



Linkes Framing: Nun soll Israel auch noch schuld an den zumeist muslimischen Silvester-Krawallen sein

SEITE 22

Tödliche Messerattacke im Regionalzug

SEITE 10



Max Liebermanns Linien

SEITE 33



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

viele jüdische Familien werden Purim nicht mit ihren Liebsten feiern können. Die Schrecklichkeit des Geschehens veranlasst mich in diesem Monat die Kolumne den Themen Judenhass und Antisemitismus in der Geschichte und der Gegenwart zu widmen. Der hasserfüllte islamische Terror hat die Opfer aus den Armen ihrer Familien und Freunden gerissen. Eine Blaupause für Hass und Gewalt ist für nicht wenige Muslime die nationalsozialistische Ideologie:

>>>The name of the shop is „Hitler“ and I like him because he was the most anti-jewish Person<<<

Der junge Mann auf dem Bild auf Seite 8, von dem dieses Zitat stammt, ist Hijaz Abu Shanab. Dieser Mann ist ebenso, wie der Messer-Attentäter von Brokstedt, ein Bewohner Gazas. Er steht stellvertretend für die Haltung der dort offensichtlich herrschenden Meinung. Anders wäre die Duldung eines Geschäftes mit einem derart empörenden Namen nicht möglich.

Die Quelle hierfür ist die vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen im Jahre 2017 mit Lügen und Ausflüchten um jeden Preis an einer Ausstrahlung gehinderte Antisemitismus-Doku „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“ von Joachim Schroeder und Sophie Hafner.

Die Doku behandelt den aktuellen Antisemitismus vor allem in Deutschland und belegt den hohen Anteil des hierher importierten islamischen Judenhasses an der sich täglich verschlechternden Lebens- und Sicherheitssituation der jüdischen Bevölkerungsminderheit in diesem Lande.

Daran hat sich auch nach dem überfälligen Abgang der Kanzlerin Merkel und der Regierungsübernahme durch die vor allem grün und links dominierte Ampel nichts gebessert – im Gegenteil !!!

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €;
Italien 4,70 €;
Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €;
Belgien 5,00 €;
Niederlande 5,90 €;



Det is Barlin: Schon wieder erkennbare Probleme bei den Wiederholungswahlen in Berlin



Von Deborah Ryszka

Berlin. Die einstige Metropole ist nicht mehr das, was sie einst war. Die „Goldene Ära“ ist passé, „arm, aber sexy“ gilt auch schon lange nicht mehr. Stattdessen heißt es in der Bundeshauptstadt rot-rot-grün. Berlins Steckenpferd? Seine inkompetente Verwaltung. Das ganze Ausmaß offenbarte sich 2021 zum 26. September. Die „Super-Wahl“ wurde zur „Gaga-Wahl“. Die Wahlen zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus, zu den zwölf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen, die Bundestagswahl und das Volksbegehren der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ liefen gehörig schief. Im Endeffekt bildete sich trotzdem eine rot-rot-grüne Regierungskoalition mit Franziska Giffey (SPD) an der Spitze. Doch es kam, wie es kommen musste. Selbstüberschätzung, Schlamperei und Schummelei übertrafen sich dieses Mal. Mittlerweile wurden die Wahlen für ungültig erklärt. Am 12. Februar wird wiederholt gewählt. Dit is Berlin.

Zur Selbstüberschätzung: Stimmen, die im Vorfeld auflogistische und organisatorische Probleme bei der Bewältigung von insgesamt vier Wahlen samt Einhaltung der damals geltenden Corona-Hygienemaßnahmen sowie dem parallel stattfindenden Berlin-Marathon hinwiesen, wurden überhört. Skandalös! Doch es geht noch weiter, die Schlamperei: Die Niederschrift über die vierte (öffentliche) Sitzung des Landeswahlausschusses für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin (4. öffentliche Sitzung 14. Oktober 2021) gibt hier detaillierte Auskunft. Erstens, es wurden falsche Stimm-

zetteln für die Briefwahl und Urnenwahl genutzt. „Am 23.8.2021 erhielt die Landeswahlleitung (LWL) durch Nachfrage eines Wählers Kenntnis vom Versand falscher Bundestagsstimmzettel in den Bezirken Reinickendorf und Spandau.[...] Auch durch fehlende Achtsamkeit [...] kam es in Wahllokalen teilweise zur Ausgabe von falschen Stimmzetteln.“

Zweitens, in 56 Wahllokalen wurden 3.789 Erststimmzettel und 1.213 Zweitstimmzettel nicht an die Wähler ausgegeben. Aus Versehen oder aus Überforderung.

Drittens, es fehlten Stimmzettel in den Wahllokalen vor Ort, und die Wahllokale waren nicht zeitgemäß geöffnet. „Für 22 Wahllokale ist nicht bekannt, wann sie geschlossen und wieder geöffnet wurden. 16 Wahllokale hatten zwischen 13 und 15 Uhr für einen Zeitraum geschlossen, 18 zwischen 15 und 17 Uhr und 17 nach 17 Uhr. Der Zeitraum, in dem keine Wahl möglich war, lag bei 26 Wahllokalen bis maximal 30 Minuten, bei 24 zwischen 40 bis 60 Minuten, bei 18 zwischen einer bis maximal zwei Stunden und bei fünf Wahllokalen ist dies nicht bekannt.“

Viertens, Stimmzettel wurden auch an Nicht-Wahlberechtigte ausgehändigt.

Fünftens, die Briefwahlunterlagen kamen zu spät an. Wie erbärmlich! Doch nun weiter zur Schummelei: Auch hier hilft ein Blick in die oben genannte Niederschrift. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus mussten die Wahlhelfer den Rotstift bei nicht gerade wenigen Wahlunterlagen zücken. Wie etwa in Neukölln. Dort musste das Wahlergeb-

nis nachträglich geändert werden. Bei den Erststimmen erhielten so die Grünen 27 statt 26 Stimmen, die Linke 76 statt 68 Stimmen und es gab 15 statt 14 ungültige Stimmen. In Steglitz-Zehlendorf gab es einen „Zahldreher“. „Die Partei“ erhielt 256 statt 265 Erststimmen. Einfach nur dreist!

Rücktritt der Landeswahlleitung

In der Konsequenz traten die Landeswahlleiterin, Petra Michaelis, sowie ihre Stellvertreterin zurück. Vorher legte Michaelis noch Einspruch gegen das Ergebnis im Wahlbezirk Marzahn-Hellersdorf (Wahlkreis 1) und Charlottenburg-Wilmersdorf (Wahlkreis 6) ein. Kurios an der Personie Michaelis, Abteilungsleiterin im Range einer Senatsdirigentin, zuständig für IT-Angelegenheiten, Datenschutz und Personal? Michaelis war in der Innenverwaltung nicht mehr erwünscht. Über ihr SPD-Netzwerk und ohne Ausschreibung erhielt sie 2020 eine Stelle beim Bundesrechnungshof. Die Stelle zur Abteilungsleiterin wurde sogar eigens für sie eingerichtet. Weil diese Stelle aber auf einer geringeren Besoldungsstufe war als ihre bisherige Position, behalf man sich eines Kniffs. Um auf die gewünschte Gehaltssumme für Michaelis zu kommen, beteiligten sich sowohl der Bundesrechnungshof als auch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport an der Besoldung der Abteilungsleiterin. Rechtlich gesehen ist dieses Vorgehen dubios. Doch es zeigt, wie die Berliner Crème de la crème so tickt. Wie bei der Wahl-Blamage letztes Jahr.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Det is Barlin: Schon wieder erkennbare Probleme bei den Wiederholungswahlen in Berlin

Nach der historischen und mit großer Wahrscheinlichkeit wohl nicht nur zufälligen Serie von erheblichen Unregelmäßigkeiten am Super-Wahltag in Berlin am 26. September 2021 findet nach sehr späten anderthalb Jahren einer nicht wirklich legitimierten Regierung in Berlin endlich eine Wiederholungs-Wahl am 12. Februar statt. Allerdings gilt das unzureichenderweise nur für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen. In der Zwischenzeit bestimmte - untragbar für eine Demokratie wie Deutschland - eine nicht legitimierte Regierung das politische Geschehen. Ungewählte Politiker haben Gesetze erlassen, die nach der Wahlwiederholung nur schwierig zurückgenommen werden können. Hätte all dies eine aus grünlinker Seite „falsche“ Regierung der Mitte getan, dann wäre, wie im Falle des - allerdings legitimierten - Kurzzeit-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) in Thüringen, der Aufschrei von Grün und Links nicht einen Tag verstummt. (JR)

Fast niemand im politischen und medialen Berlin hatte so wirklich Interesse diesen politischen Skandal aufzudecken. Medien mieden das Thema. Wieso auch nicht? Bei der Wahl kam schließlich das raus, was sich die zumeist rot-grün gefärbte Clique der Ampel-Koalition wünschte. Politiker aus FDP und Linke dagegen befürchteten Stimmeneinbußen. Zu Recht. Letztlich bagatellierte der medial-politische Komplex das Geschehene zum Kavaliersdelikt. Der Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages wollte nur in rund einem Fünftel der Berliner Wahlbezirke Neuwahlen durchführen lassen. Erst durch massiven Druck und zahlreich eingereichten Beschwerden und Klagen, kamen immer mehr und genauere Details ans Licht. Der Fall landet schließlich vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin. Dieser entschied im November letzten Jahres, dass die Wahlen zum

19. Berliner Abgeordnetenhaus und zu den zwölf Berliner Bezirksverordnungen komplett wiederholt werden müssen. Am 12. Februar 2023. Obwohl gegen diese Entscheidung, nach Berliner Recht, keine Rechtsmittel möglich sind, wurden Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Auffällig viele von FDP-Politikern. Vermutlich bangen diese um ihre Mandate. Die Bundestagswahlen hingegen werden in 431 (von 2256) Berliner Stimmbezirken wiederholt werden. Das entschied der Bundestag bereits am 10. November. Doch auch hier wurden Klagen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Hier steht das Ergebnis noch aus.

39 Millionen auf Steuerzahlerkosten. Ob die Wahlwiederholung besser wird? Abwarten. Feststeht jedenfalls: Sie soll das dreifache von der „Ursprungs-Wahl“

im Jahr 2021 kosten. Satte 39 Millionen sind hierfür vom Land Berlin einkalkuliert. Kosten, die der unbeteiligte Steuerzahler unverschuldet übernehmen muss. Für ein nicht funktionierendes System und für die Inkompetenz seiner Staatsvertreter. Erste Kostproben offenbarten sich dem Steuerzahler bereits: So steht auf der Wahlbenachrichtigung als Datum für den Urnengang der 12. September 2023, nicht der 12. Februar. Im Wahlbezirk Treptow-Köpenick wurden in 49 Fällen die Briefwahlunterlagen doppelt verschickt. Das fängt ja heiter an. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss großes Vertrauen in Berlin haben. Obwohl der Wahlleiter, Stephan Bröchler, eine mögliche Beobachtung durch die OSZE wünschte, schlug diese sein Begehren ab. Das zeigt, wie groß die Verunsicherung im Bürokratieapparat an der

Spree ist. Denn in der Zwischenzeit, in den knapp anderthalb Jahren zwischen Pannen-Wahl und Wiederholungs-Wahl, konnte eine nicht legitimierte Regierung tun und lassen, was sie wollte. Ohne Mucken und Aufschrei. So komplettierte sie das Mobilitätsgesetz, indem sie entschloss, dem Lieferverkehr Vorrang im Berlin einzuräumen. Oder sie erhöhte zum 1. Januar 2023 die Park-Gebühren in jeder Gebührenstufe um jeweils einen Euro pro Stunde. Dass diese Gesetze und Regelungen rückwirkend annulliert werden, ist eher unwahrscheinlich. Schließlich ist allseits bekannt: Rot-Grün gehört zu Berlin ebenso wie Selbstüberschätzung, Schlamperei und Schummelei. Dit is Berlin.

Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, Doktorandin der Philosophie und freie Publizistin.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Es ist schon sehr enttarnend für die Haltung auch unserer gegenwärtigen Politik und ihrer affilierten Mainstream-Medien, dass sich Arte und ARD erst gezwungen sahen, diese Doku auszustrahlen, nachdem Bild.de entgegen allen dortigen Pressionen den Film einen Tag lang veröffentlicht hatte. Natürlich wurde die ausgestrahlte Version, besonders was den muslimischen Judenhass betrifft, von den Sendern erheblich modifiziert und entschärft sowie an vielen Stellen von den Verantwortlichen der öffentlich-rechtlichen Medien zur Ausblendung wesentlicher Fakten Sinn-entstellend gekürzt. Seitdem ist die wichtige Doku aus dem Sendebereich verschwunden.

Machtergreifung der NSDAP

Anlass für meine Entscheidung dieses widerwärtige Zitat anzusprechen, ist vor allem auch der Umstand, dass sich letzten Monat 3 Tage nach dem 78. Jahrestag des Endes der Hölle von Auschwitz zum 90. Male der Tag der sogenannten "Machtergreifung" Hitlers vom 30. Januar 1933 jährt. Der Fackelzug der Nazis durch das Brandenburger Tor markiert nicht nur das Ende der glücklosen Weimarer Republik sondern auch den Beginn der schrecklichen 12 Jahre der als sogenanntes "Drittes Reich" benannten Nazi-Barbarei unter der Führung des Massenmörders Adolf Hitler.

Unbedingt festgehalten sollte auch werden, dass es sich dabei nicht – wie der Begriff "Machtergreifung" suggeriert – etwa um einen usurpatorischen Putsch der linken Hitler'schen Prekariats-Bewegung handelt. Vielmehr war es nach dem konsekutiven Scheitern der letzten drei Präsidialkabinette unter den Kanzlern Heinrich Brüning, danach Franz von Papen und zuletzt Kurt von Schleicher ein legaler und freiwilliger Akt der Übergabe

der Regierungsmacht an den vom Staatspräsidenten Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannten Parteichef der NSDAP.

Hitlers Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die im Reichstag der Weimarer Republik zwar rechts saß, sich aber – wie der Name deutlich und einwandfrei belegt – als nationale, im heutigen Kontext extrem linke Arbeiterbewegung verstand und auch massiv von der entsprechenden Klientel häufig missglückter, besonders gegenüber Juden neiderfüller Lebensverläufe gewählt wurde. (NSDAP – nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei – wieviel links braucht man eigentlich im Namen)

Die NSDAP war schon zuvor und auch nach den Wahlen vom 6. November 1932 mit 33,1% stärkste Fraktion im Parlament der Weimarer Republik und konkurrierte besonders auch mit den auf Sowjetkurs ausgerichteten ebenfalls extremistischen und Demokratie-feindlichen Kommunisten.

Allen anderslautenden heutigen Beschönigungsaussagen entgegen wuchs die Akzeptanz der Nazi-Partei im deutschen Volk auch nach der blitzartigen Ausschaltung des Parlaments, dem machtsichernden Ermächtigungsgesetz und der Verabschiedung der hauptsächlich gegen die jüdische Bevölkerungsminderheit gerichteten Nürnberger Rassen- oder auch Arier-Gesetze des 7. Parteitages der NSDAP vom 15. September 1935.

Im Verlauf der sich – zumindest bis zur Niederlage von Stalingrad im Jahre 1943 – breitester Zustimmung des deutschen Volkes erfreuenden skrupellosen Nazi-Herrschaft wurden schrecklichste Verbrechen gegen die Menschlichkeit und insbesondere gegen jüdische Menschen begangen. Vernichtungsmaschinerie der Nazis

Nur 78 Jahre nach der Befreiung von

Auschwitz missbraucht die Ampelregierung die Juden zu reinen Statisten ihres Gedenk-Theaters. Am Holocaust-Gedenktag verkündet Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, dass es während der Nazi-Herrschaft die Homosexuellen „am härtesten“ getroffen hätte und vergisst dabei, dass man ein Menschenleben nicht gegen ein anderes aufwiegen darf. Es war kein Mord an 6 Millionen Juden, sondern es waren 6 Millionen einzelne Morde an 6 Millionen einzelnen Menschen, Kindern, Frauen und Männern. Jeder einzelne ermordete Tote der Nazizeit wiegt schwer aber die ungeheuerliche und überwältigende Zahl ermordeter jüdischer Menschen schließt jede Umwidmung in gleich welche andere Richtung aus. Es ist für mich außerordentlich befremdlich und nur schwer zu verstehen, dass seitens des Zentralrats zu diesem Geschehen im Bundestag keine wirkliche Kritik zu vernehmen war.

Kritiker migrantischer Gewalt werden mundtot gemacht. Der grassierende grün-linke McCarthyismus, dem sich die öffentlich-rechtlichen Medien als willfährige Inquisitoren andienen, treibt die ideologische Gleichschaltung der Gesellschaft voran.

Auch wenn das Shoah-Gedenken dieses Jahres besonders von grün-linker Seite und dazu gehörigen Parlamentspräsidentin von dem unsäglichen und einzigartigen Genozid am Jüdischen Volk inhaltlich getrennt und umgewidmet wurde, es waren vor allem jüdische Menschen, die von den Nazis erst in diesem Lande und ab 1939, nach Beginn des von Nazi-Deutschland vom Zaun gebrochenen 2. Weltkrieges, in nahezu ganz Europa ausgegrenzt, entrechtet, gedemütigt, misshandelt, massenhaft erschossen und in eigens dafür vorgesehenen Vernichtungslagern im industriellen Maßstab ermordet wurden.

Juden wurden denunziert, jüdische Familien wurden von den Nazis und ihren bereitwilligen Helfern auseinandergerissen. Jüdische Menschen wurden grundlos und zu jeder Tages- und Nachtzeit aus ihren Wohnungen geholt, jüdische Mütter wurden rücksichtslos von ihren Kindern getrennt. Juden wurden deportiert, in Konzentrationslagern unter entmenschten Bedingungen in Hunger und Kälte interniert, versklavt, gefoltert, ihrer materiellen und physischen Existenz beraubt, mutiliert, erschossen und industriell vergast.

Vor dem Einsatz der industriellen Massenvergasungen jüdischer Opfer erschossen im September 1941, in der größten Einzel-Erschießungsaktion an jüdischen Menschen, in der ukrainischen, vor Kiev gelegenen Schlucht Babi Yar, Angehörige der SS unter Standartenführer Paul Blobel und der deutschen Wehrmacht unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau gemeinsam mit bereitwilligen ukrainischen Kollaborateuren aus den nationalistischen OUN-Verbänden von Melnyk und des bis heute besonders in der West-Ukraine mit zahlreichen Denkmälern und nach ihm benannten Straßen hoch geehrten Judenmörders Stepan Bandera innerhalb von 38 Stunden 33771 jüdische Frauen, Kinder und Männer. Dabei wurden Säuglinge von den Nazimördern und ihren ukrainischen Helfern bevorzugt auf den Armen der jüdischen Mütter erschossen oder ihnen entrisen brutal in die stellenweise bis zu 30 Meter tiefe Schlucht geworfen.

Vom Fackelzug der Nazis am 30. Januar 1933 bis zum Zusammenbruch des Nazi-Reichs und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 vernichtete der deutsche Genozid an dem jüdischen Volk nahezu die gesamte Judenheit vor allem in Polen und Osteuropa.

►► Fortsetzung auf Seite 8

Medial nahezu ausgeblendete Aktenaffäre: Geheime Dokumente in Bidens Garage gefunden

Noch im August und unter lebhafter Anteilnahme der Presse stürmte das FBI Donald Trumps Anwesen und brach sogar die Tür auf, die man gerade erst im Januar selbst verschlossen hatte, mit dem Ziel geheime Dokumente zur Belastung des ehemaligen Präsidenten zu finden. Jetzt wurden die Bundesagenten aber in Joe Bidens Garage fündig, quasi neben Bidens grüner Corvette. Natürlich blieb hier der vorwurfsvolle Aufschrei in den linksgeleiteten Medien beinahe völlig aus, man konnte förmlich das beredte Schweigen in den ideologisierten Redaktionsstuben weltweit und ganz besonders in unseren deutschen Medien hören. (JR)

Roger Letsch / Achgut.com

Im Januar 2022 bekam der ehemalige Präsident Trump in seinem Domizil in Florida Besuch vom FBI. Das Nationalarchiv hatte sich beschwert, dass Trump einige Dokumente nicht herausrücken wollte, welche dieser bei seinem Ausscheiden aus dem Amt ein Jahr zuvor mitgenommen hatte. Die Beamten des FBI mussten mit leeren Händen wieder abziehen. Trump hatte erklärt, die Unterlagen dem zukünftigen Trump-Archiv übergeben zu wollen, also einer Art Stiftung, wie sie bisher noch jeder Präsident initiiert hat. Immerhin inspizierten die FBI-Agenten den Ort der Aufbewahrung der Dokumente und brachten schließlich ein zusätzliches Schloss an der Tür an. Den einzigen Schlüssel dazu nahmen sie mit.

Im August und unter lebhafter Anteilnahme der Presse stürmte das FBI Trumps Anwesen und brach die Tür auf, die man im Januar selbst verschlossen hatte. Da man den Schlüssel offenbar nicht dabei hatte, wird es sich wohl um eine andere Dienststelle gehandelt haben. Das Foto der ausgebreiteten Geheimdokumente ging um die Welt, und empörte Kommentare hallten durch die Medien. Diebstahl, Verrat, Niedertracht, Leichtsinns – was auch immer am Ende hängen bleiben würde, für Trumps Gegner stand fest, dass so etwas die Disqualifikation für das Amt des Präsidenten bedeute, besser noch lebenslange Haft. Allen voran schüttelte Präsident Joe Biden missbilligend den Kopf, als er am 18. September 2022 in der CBS-Sendung „60 Minutes“ interviewt wurde. Die nationale Sicherheit sei gefährdet, Trump handle unverantwortlich! Es gehe ja auch um die Sicherheit von Mitarbeitern und Informanten, die womöglich in den Dokumenten erwähnt seien.

Wir wissen nicht, was in den nächsten eineinhalb Monaten durch Bidens Hirn schwappte, aber womöglich hatte er eine Ahnung oder erinnerte sich vage daran, dass er womöglich selbst geheime Unterlagen irgendwann und irgendwo... Vielleicht erinnerte ihn auch einfach der Dekan der PennState Universität daran, dass man die Büroräume in Washington gern wieder selber nutzen würde, aus denen Biden und sein ThinkTank „Penn Biden Center for Diplomacy and Global Engagement“ 2017 nach Ende seiner Vizepräsidentschaft ausgezogen waren und die seitdem ungenutzt blieben.

Irgendwer plauderte den Fund der Presse gegenüber aus

Doch eine vage Ahnung muss Biden wohl gehabt haben, denn sonst hätte er als Räumkommando ein Umzugsunternehmen schicken oder das Weiße Haus mit der Sache betrauen können. Stattdessen räumten Bidens persönliche Anwälte in jenem Büro die Schränke aus. Man schrieb den 2. November 2022, als eben diese Anwälte auf die



US-Präsident Joe Biden hat nun sein eigenes „Document-Gate“

als „Streng geheim“ gekennzeichneten Unterlagen stießen. Und statt die Dokumente – einige steckten in mit „privat“ gekennzeichneten Ordnern – einfach mit einzusacken, informierten sie das Weiße Haus, wo man erst mal beim Nationalarchiv anrief, wo die Unterlagen ja eigentlich sein sollten.

Das Nationalarchiv schließlich informierte das Justizministerium, und spätestens am 4. November 2022 wussten alle Ermittlungsbehörden Bescheid. Doch weil am 8. November 2022 Wahlen stattfinden würden, hielt man die Öffentlichkeit aus der Sache heraus. Keine Einsatzfahrzeuge vor dem Bürogebäude, keine fürs Foto ausgebreiteten „Streng Geheim“-Mappen, keine Livebilder auf CNN. Zwei Monate lang. Zweifellos hätte das auch so bleiben sollen. Doch irgendwer plauderte den Fund der Presse gegenüber aus.

Als Vergleich drängt sich die Handhabung der „Trump-Files“ natürlich geradezu auf, doch die Mainstream-Medien wiegelten ab. Das könne man doch nicht vergleichen! Biden habe, anders als Trump, von Anfang an mit den Ermittlern kooperiert, und außerdem seien es noch nur ganz wenige Akten gewesen. Als gäbe es eine Stückzahl, ab der aus einem kleinen Vorfall eine Riesensauerei wird. Oder einen qualitativen Unterschied zwischen dem einen, der die Herausgabe von Dokumenten verzögerte, und einem, der nicht einmal mehr wusste, dass er sie irgendwo vergessen hatte.

Die notorische Spardenkerin Joy Behar von „The View“ verstieg sich bei der Beurteilung der Causa sogar zu der entwaffnend naiven Aussage, Biden könne man eben trauen, während Trump bekanntlich ein ausgemachter Lügner sei, genau das sei der Unterschied der beiden Fälle. So einfach war es dann aber doch nicht, wie sich schnell zeigte.

Biden posierte damals in einer grünen 1967er Corvette

Ich stelle mir vor, dass Bidens Stab und seine Pflegekräfte verzweifelt versuchten, die Erinnerung ihres Chefs zurückzuholen, wo sonst noch belastendes Material gefunden werden könnte. Und Joe erinnerte sich. Diesmal an sein Haus in Delaware, und die losgeschickten Beamten wurden in der Garage des Hauses sowie in mindestens einem Schrank im Haus fündig. Gefunden wurden die Dokumente bereits am 20. Dezember 2022.

Die Pressekonferenz am 12. Januar 2023, auf der Biden – sicher auf Empfehlung seiner Anwälte – eigentlich nur den vor ihm liegenden Zettel vorlesen sollte, wird wohl als legendärer Moment der Selbstanklage in die Geschichte eingehen. Denn die Garage von Bidens Haus ist der Presse seit einem Wahlwerbespot für die Kampagne 2020 gut bekannt. Biden posierte damals in seiner grünen 1967er Corvette, die er im Spot rückwärts durch deren offenes Tor fuhr. Im Hintergrund: Krempel und Kartons und irgendwo dazwischen vermutlich auch die Top-Secret-Dokumente.

„Geheimes Material neben Ihrer Corvette? Was haben Sie sich dabei gedacht?“ fragte Peter Doocy von Fox-News. Die ehrliche Antwort hätte wohl „nichts“ lauten müssen.

Biden sagte jedoch: „Übrigens steht meine Corvette in einer abgeschlossenen Garage. Es ist also nicht so, dass sie auf der Straße steht“.

„Das Material war also in einer abgeschlossenen Garage?“ fragte Doocy nach.

„Ja, genau wie meine Corvette.“ bestätigte Biden.

Die von einigen Medien und Politikern leise verbreitete Legende, die Dokumente könnten böse Trumpisten in böser Absicht in Bidens Haus platziert haben, verpuffte also, noch bevor sie groß und laut werden konnte.

Sowohl Biden als auch Trump haben nun ihr „Document-Gate“

Justizminister Merrick Garland blieb nichts anderes übrig, als auf die Biden-Dokumente ebenso einen Sonderermittler anzusetzen wie zuvor auf Trump. Und beide Ermittlungen werden am Ende im Sande verlaufen. Die Ermittlungen gegen Trump, weil der als Präsident im Gegensatz zum Vizepräsidenten die Befugnis hatte, Dokumente „einfach so“ zu deklassifizieren. Die gegen Biden, weil er als Präsident der Demokraten von einem von den Demokraten geführten Justizministerium nichts zu befürchten hat, selbst wenn er geheime Dokumente aus seiner Zeit als Vizepräsident besitzt, die er eigentlich nicht haben dürfte und die in sechs Jahren offenbar niemand vermisst hat.

Aber die Sache hat auch was Gutes. Denn die Praxis, alle möglichen Dinge als „geheim“ zu klassifizieren und sie dadurch dem Blick einer kritischen Öffentlichkeit zu entziehen, hat in Washington in den letzten Jahrzehnten extrem zugenommen. Die res publica, die öffentliche Sache, nimmt daran Schaden, und die fehlende öffentliche Kontrolle ließ so manche politische Entscheidung im Verborgenen und in Hinterzimmern keimen. Eine gefährliche Praxis in einer Republik, die dazu führt, dass das Misstrauen des Volkes zu seiner Regierung wächst – und vice versa, wie man auch in Deutschland sehen kann, wenn man auf den Bau des Grabens rund um das Reichstagsgebäude schaut.

Dass sowohl Biden wie auch Trump nun ihr „Document-Gate“ haben, könnte dabei helfen, endlich eine einheitliche und transparente Regelung für den Umgang mit derlei Dokumenten zu finden. Außerdem sollte das FBI gleich mal Besuche in den Geschäftsräumen und Büros aller anderen Ex-Präsidenten machen. Jede Wette, dass auch dort so einiges auf Entdeckung wartet.

Heilsarmee vom Secret Service

Der neu gewählte Sprecher des Repräsentantenhauses hat bereits angekündigt, die Geheimniskrämerei zu beenden, wo sie nicht wirklich unbedingt nötig ist. So werden einige hundert Stunden bisher geheim gehaltenes Videomaterial freigegeben, das die Überwachungskameras des Kapitols am 6. Januar 2021 aufgenommen hatten, auch um die Rolle von Polizei und FBI beim „Sturm auf das Kapitol“ genauer zu untersuchen. Dies wurde bisher mit der Begründung abgelehnt, der Betrachter könne aus den Videos herleiten, was die Kameras alles sehen könnten und wozu sie per Zoom in der Lage sind. Ich würde sagen, genau dazu sind sie doch da, oder? Ein bisschen mehr Licht der Öffentlichkeit ist seit jeher das beste Desinfektionsmittel gegen Korruption, Intrigen und auch Verschwörungstheorien.

Die Rache der verfehlten Migrationspolitik: Die Gewalt krimineller islamischer Banden in schwedischen Migrationshochburgen eskaliert

Während der Jahreswechsel im migrantenarmen Nordschweden relativ ruhig begangen wurde, brannte in den Vierteln mit hohem Migrationsanteil quasi die Luft. Schon seit Wochen eskaliert die Bandengewalt auf den Straßen, sogar Explosionen gehören mittlerweile zum dortigen kriegsähnlichen Alltag. Allein in Stockholm, in Malmö und Göteborg sieht es nicht viel anders aus, hat es seit Weihnachten mehr als 20 Gewalttaten mit Schüssen oder Explosionen gegeben. Die Polizei ist dabei häufig zahlenmäßig unterlegen und muss Unterstützung aus der Umgebung anfordern, um der Lage überhaupt noch Herr werden zu können. Nun hat die schwedische Politik nach der Reaktion der Wähler, die in unserem Lande noch ausgeblieben ist, einen Kurswechsel im Umgang mit gewalttätigen Migranten angekündigt. (JR)

Von Matthias Nikolaidis/
Tichys Einblick

Schweden erlebt seit Weihnachten eine ganze Serie von Explosionen, Schießereien und Morden in der Hauptstadtregion. Die Polizei ist überlastet. Die neue Regierung will das Thema Bandengewalt nun mit geballter Kompetenz angehen.

Die letzten Wochen waren eine Zeit der Ausschreitungen und kriminellen Gewaltexzesse in Stockholm. 1.077 Personen in der schwedischen Hauptstadt sind angeblich als Bandenmitglieder bekannt. Man kann nun auch in der Zeitung nachlesen, in welchen Nachbarschaften sie wohnen. Dein Nachbar, der Bandenkriminelle – das könnte manchen Gesprächen am Wegesrand die nötige Würze verleihen.

Die Polizei der Hauptstadtregion gerät nun unter Druck, der in diesem Fall auch von der neuen Regierung ausgeht. Die Regierung greift laut der Zeitung Aftonbladet direkt in die Polizeiarbeit ein, will einerseits im Innern Ergebnisse sehen, während zum anderen die Zuwanderung deutlich erschwert werden soll. Justizminister Gunnar Strömmer hat sich in letzter Zeit gehäuft mit der Polizeiführung getroffen. Zu Weihnachten kündigte er fortan wöchentliche Treffen an, um das Vorgehen gegen die organisierte Schwermriminalität zu besprechen. Normalerweise finden diese Treffen routinemäßig einmal im Monat statt. Aber die Routine wurde nun abgelegt. Die Regierung will außerdem eine Kommission zur Überprüfung der Polizeiarbeit und der jüngsten Ereignisse bilden.

Es begann mit einer Schießerei im Stadtteil Rinkeby am ersten Weihnachtstag. Seitdem soll es praktisch jeden zweiten Tag eine Schießerei oder eine von Kriminellen hervorgerufene Explosion gegeben haben. Drei Menschen wurden so erschossen, drei weitere verletzt. Am 28. Dezember schossen zwei Jugendliche (14 und 15 Jahre alt) auf eine Wohnungstür in Gubbängen. In der Silvesternacht wurde eine Haustür in Rågsved weggesprengt. Das sind Vororte im Stockholmer Süden und Westen, die stark durch die Massenzuwanderung nach Schweden in den letzten Jahren geprägt sind.

In derselben Nacht wurde vor dem McDonald's in Vällingby ein Mann erschossen, wobei Raketen als Ablenkung eingesetzt wurden.

Am 4. Januar wurde eine Person in Jordbro erschossen. Sechsmal wurde Sprengstoff in Treppenhäusern oder an Haustüren zum Explodieren gebracht, zuletzt am 5. Januar in Farsta, einem ausgedehnten Randbezirk im Süden. Dahinter stecken angeblich mehrere parallel ausgelegene Bandenkriege,



Der amtierende regionale Polizeichef Mattias Andersson (R) und die Leiterin des Polizeikommandos Hanna Paradis geben eine Pressekonferenz zu den jüngsten Gewalttaten in der Region Stockholm, Schweden, am 20. Januar 2023.

die die Hauptstadtpolizisten in Atem halten. In vielen der genannten Viertel leben inzwischen mehrheitlich Migranten, wodurch sie in gewisser Weise einen eigenen Mikrokosmos bilden – zugleich scheint das der ideale Nährboden für Bandenkriminalität und die damit einhergehenden Gewaltexzesse zu sein.

Polizeikommandantin: „Wir leben schon ziemlich lange mit diesem Problem“

Dabei werden laufend Kriminelle verhaftet und Waffen im Bandenmilieu beschlagnahmt. Auch andere strafrechtliche Ermittlungen in Stockholm leiden inzwischen unter der Gewaltwelle. Die Polizei hat inzwischen Kräfte aus anderen Regionen angefordert, zum Beispiel auch aus Malmö, das allerdings auch ein Brennpunkt der Banden- und Migrantengewalt ist. Wie wird man dort nun mit eventuellen Ausbrüchen fertigwerden? Angeblich gibt es zudem „starke Gründe für die Annahme, dass es in naher Zukunft mehr gewalttätige Zwischenfälle im Süden Stockholms geben wird“. Neue Waffen strömten ständig in dieses Milieu, so ein namenloser Informant in Aftonbladet. Die Täter sind laut Bild meist zwischen 20 und 29 Jahre alt und ebenso wie ihre Opfer fast alle männlich.

Die stellvertretende Polizeikommandantin in Stockholm, Lisa Granqvist, gibt sich abgeklärt: Das Problem sei mit der Zeit auf dieses Niveau angewachsen. Normalerweise sei man in der Lage, damit fertigzuwerden, aber in den letzten

Wochen konstatiert sie eine „enorme Eskalation“: „Jetzt war es für eine relativ kurze Zeit sehr intensiv, aber wir leben schon ziemlich lange mit diesem Problem.“ Hat man das bekannte Problem also schleifen lassen?

Geradezu beruhigend wirkt da eine weitere Aussage Granqvists: „Die Vorfälle sind so schwerwiegend, dass wir sie absolut untersuchen.“ Man wird die Fälle also zumindest nicht fallenlassen. Angesichts der Gewalteskalation müsse man nun „Prioritäten setzen“, die es in der „besten aller Welten“ nicht bräuchte. Das heißt im Klartext: Anderes bleibt derweil liegen. Eine Sonderkommission Bandenkriminalität sei aber nicht geplant.

Eigentlich hat Schweden traditionell eine geringe Kriminalitätsrate. Die Bandenkriminellen verderben diese Statistik. Seit 2012 nahmen Mord und Totschlag in Schweden entgegen dem europäischen Trend zu, und zwar allein durch männliche Täter. Im Jahr 2018 gab es allein 40 Bandenschießereien.

Polizei spricht von Mauer des Schweigens im Bandenumfeld

Der Revisionsbericht der Regierung vom 2. November 2022 stellt fest: „Straftaten wie Bandenschießereien und Explosionen waren früher ... seltene Straftaten, sind aber heute fast alltäglich, zumindest in den Ballungsgebieten.“ Die Methoden der Polizei müssten folglich angepasst werden. Ein nationales Wissenszentrum soll helfen, „um Erfahrungen aus der operativen Arbeit

rund um Schießereien und Explosionen schneller nutzen zu können“. Dabei soll es auch um die „Abschöpfung krimineller Gewinne“ gehen.

Schwere Gewaltverbrechen im Bandenumfeld sind oft schwer aufzuklären und verbrauchen viele Ressourcen, weil sie so komplex seien, schreibt die schwedische Polizei dazu in einer Pressemitteilung. „Viele Menschen sind an den Verbrechen beteiligt, es gibt oft keine Verbindung zwischen Tätern und Opfern von Straftaten, die forensischen Spuren sind gering, und die Kultur des Schweigens und der Angst hindert die Menschen daran auszusagen.“ Eine „methodische Unterstützung“ soll den Polizeibeamten vor Ort bei den Ermittlungen helfen.

Übrigens: Auch in den Stockholmer Randbezirken und einigen anderen Regionen gab es zu Silvester mehrere Vorfälle mit fahrlässig gehandhabtem Feuerwerk. Im Zentrum von Stockholm blieb es dagegen ruhig. Auch in Nordschweden, das dieses Jahr recht mildes Wetter hatte, war es laut The Local ein ruhiges Silvester: „Im Großen und Ganzen war es ein relativ gutes Jahr mit vielen Veranstaltungen, aber nicht in irgendeiner Weise extrem. Ein paar Schlägereien, betrunkene Leute und Jugendliche, die Feuerwerkskörper zünden, aber nichts, was auffällt“, kommentierte der Polizeikommandant der Nordregion Björn Pettersson. So viel zur Normalität der Nordregion. Aber es kann wohl nicht überall Nordschweden sein.

Ernährung: Die EU serviert uns jetzt Insekten

Schon seit jeher verbietet die jüdische Halacha gemäß den Kaschrut-Vorschriften und nicht ohne guten Grund den Verzehr von Insekten. Nun dürfen Hausgrille, gelber Mehlwurm oder Getreideschimmelkäfer mit Jahresbeginn dank der Europäischen Kommission pulverisiert in unsere Cerealien, Backwaren oder Pizzen verwendet werden. Wenn der irrwitzige Green Deal erst mal seine Folgen zeitigt und die grün-gelenkte Farm-to-Fork-Strategie umgesetzt ist, wird eine Nahrungsmittelknappheit in Europa früher oder später ein realistisches Szenario werden. Sicher will man uns mit den Mehlwürmern und dem anderen Insektenkonsum schon einmal an dieses, durch die grüne Politik wohl unvermeidbar gewordene, Szenario herantreiben. (JR)

Claudio Casula/Achgut.com

Zu Jahresbeginn hat die Europäische Kommission eine Vielzahl neuartiger Lebensmittel zugelassen, darunter die Hausgrille und den Getreideschimmelkäfer. Sollen wir zu Entomophagen erzo-gen werden?

Vor vielen Jahren las ich das sowohl äußerst interessante als auch recht witzige Buch eines amerikanischen Anthropologen. Es hieß „Wohlgeschmack und Widerwillen. Die Rätsel der Nahrungstabus“, und Marvin Harris beschrieb darin, warum in manchen Kulturen bestimmte Dinge nicht gegessen werden oder eben doch – und warum. Man kennt das ja: Der eine isst nichts, was Augen hat, der andere nur das, was den Rücken nach oben trägt. Zwar steht in der Bibel: „Du sollst allerart Greuel nicht essen“ (5. Buch Mose 14.3), aber was man unter einem Greuel zu verstehen hat, ist ja relativ. Zum Beispiel zählt in besagtem Buch Deuteronomium dazu, was aus dem Wasser kommt, aber „keine Flosse und Schuppe hat“, weshalb gegrillte Garnelen laut jüdischer Speisevorschriften leider nicht koscher sind und deshalb von frommen Juden verschmäht werden, von mir jedoch nicht.

Speziell der Verzehr von Insekten ist im westlichen Kulturkreis stark tabuisiert. Hier herrscht ausgeprägter Ekel vor, abgesehen von Ausnahmen wie Johannes dem Täufer, der sich laut Markus 1,6 und Matthäus 3,4 von Heuschrecken ernährt haben soll, und dem Weltreisenden und Überlebenskünstler Rüdiger Nehberg, dem „Würmerfresser der Nation“. Der verzehrte gern vor laufender Kamera alles mögliche Gewimmel, und zwar roh (während manche indigene Stämme die proteinreichen Riesenwasserwanzen vorher zu rösten pflegen). Hier beschreibt „Sir Vival“, was er auf seinen abenteuerlichen Reisen in Wüsten und Urwäldern fernab der Zivilisation so zu sich nahm.

In anderen Kulturen jenseits der nordatlantischen Länder ist der Ekel vor allem, was krecht und fleucht, nicht so ausgeprägt. In weiten Gebieten Süd- und Ostasiens, in Australien und Ozeanien, in fast allen afrikanischen Kulturen, in Mexiko und Teilen Südamerikas ist der Insektenverzehr so verbreitet wie selbstverständlich. Gesottene Raupen und kandierte Käfer mögen manche an die in der Arena feilgebotenen Snacks (Lerchenzungen, Zaunköniglebern, Buchfinkenhirne, gefüllte Jaguarohrläppchen, Wolfszitzen-Chips, Otternasen) aus Monty Pythons „Das Leben des Brian“ erinnern und daher skurril erscheinen, aber Thailänder essen gern Schaben und Larven, während mit Schokolade überzogene Heuschrecken in Guatemala ein Renner sind. Gebratene Hormigas Culo-nas (wörtl.: dickärschige Ameisen) gelten in Kolumbien als Aphrodisiakum, in Nigeria schätzt man gekochte Termiten.

Gelbe Mehlwürmer zum Verzehr freigegeben

Nun spielt beim Thema Lebensmittel der kulinarische Aspekt für die Europäische Union eine untergeordnete



Gefriergetrocknete Mehlwürmer sollen unseren Speiseplan erweitern.

Rolle, auch wenn die Politiker in Brüssel Miesmuscheln mit Fritten essen und in Straßburg Leberknödel. Aber wenn der Green Deal erst mal Folgen zeitigt und die Farm-to-Fork-Strategie umgesetzt wird, ist eine Nahrungsmittelknappheit in Europa früher oder später eine realistische Option, und dann greifen die Menschen auch zur gemeinen Hausratte oder eben zu Kerbtieren. Letztere haben eine ganze Reihe ökologischer Vorteile, sie verbrauchen nur wenig Wasser und Land, sind also „nachhaltiger“ als Nutztiere, und erzeugen zugleich ein hochwertiges Protein, aber nur wenige Treibhausgas. Klimaneutrale Ernährung bedeutet also im Kern: Leute, fress mehr Insekten! In diesem Sinne hat die EU im Oktober 2021 gelbe Mehlwürmer als erste Insektenart offiziell zum Verzehr freigegeben.

Obwohl der Vorreiter bei der Verarbeitung von Insekten zu Tierfutter, die Firma AgriProtein aus Südafrika, bereits seit einiger Zeit in einer Madenfabrik bei Kapstadt auf der Basis organischer Abfälle einige hundert Kilogramm Larvenmehl pro Tag produziert, das als Ersatz für teures Fischmehl oder Soja an Hühner- und Schweinefarmer verkauft wird, und es angeblich mit Interessenten aus mehr als 30 Ländern eine erhebliche Nachfrage gibt, tat sich die EU bislang schwer mit der Zulassung, denn noch sind einige rechtliche Fragen zu klären. Nicht nur, dass Speise-Insekten, die im deutschen Lebensmittelhandel angeboten werden, ausschließlich aus kontrollierter Aufzucht stammen müssen. Eine EU-Richtlinie schreibt zum Beispiel vor, dass landwirtschaftliche Nutztiere keine anderen Tiere fressen dürfen (Ausnahme: Fischmehl) und dass alle Nutztiere in Schlachthäusern geschlachtet werden müssen.

Macht bei Insektenlarven, die durch Schockfrostung abgetötet werden,

natürlich keinen Sinn. Aber längst ist Bewegung in die Sache gekommen. Offenbar will man uns den Insektenverzehr als Alternative zu herkömmlichem Fleisch langsam, aber stetig schmackhaft machen:

„Protein-Quelle mit Vitamin B: Darum sind Insekten gesund: Essbare Insekten sind eine exzellente Quelle von Omega-3-Fettsäuren, B-Vitaminen und wichtigen Mineralstoffen. In allen Insekten kommen einfach und mehrfach ungesättigte Fettsäuren vor und die Krabbeltiere haben ähnlich viel Protein wie das Fleisch von Rind, Schwein oder Pute, gefriergetrocknet aber einen deutlich höheren.“

Und so eine gefriergetrocknete Heuschrecke schmeckt ja auch nussig-crispy, heißt es. Ist vielleicht eine Frage der Gewöhnung.

Gerösteter Mistkäfer – bald auch bei uns?

Weiter teilt die Verbraucherzentrale mit:

„Auch auf dem deutschen (Internet-) Markt erhalten essbare Insekten inzwischen Einzug und werden in den verschiedensten Formen angeboten: Es gibt sie ganz als Snack (z. B. frittierte gewürzte Heuschrecken), in Schokolade oder Honig, gemahlen als Insektenmehl (z. B. als Zutat für Insektennudeln) sowie als Proteinriegel und -pulver für Sportler.“

Lecker! Um pulverisierte Insekten geht es auch in der EU-Durchführungsverordnung „zur Genehmigung des Inverkehrbringens von teilweise entfettetem Pulver (...) als neuartiges Lebensmittel.“ Sagt Ihnen Acheta domesticus etwas? Das ist die Hausgrille, auch als Heimchen bekannt. Und Alphitobius diaperinus? Das ist der Getreideschimmelkäfer. Hört sich jetzt nicht so wirklich appetitlich an, darf aber künftig, wie von mehreren Firmen beantragt und nunmehr genehmigt, von diesen pulverisiert und in den Ver-

kehr gebracht werden. Vor allem in Cerealien, Getreideriegeln und Backwaren, aber auch in Suppen, Snacks und Pizzen könnten sich also die sterblichen Überreste von Acheta domesticus und Alphitobius diaperinus befinden, außerdem auch fermentiertes Erbsen- und Reisprotein und Vitamin-D2-Pilzpulver.

Gut, mag sein, dass damit nur ein ohnehin üblicher Zustand legalisiert wird. Aber so fängt es an, und wer weiß, wie es aufhört. Mit dem Nachhaltigkeitsargument wird der Rückschritt auf allen Ebenen begründet, die Massen sollen das „Weniger ist mehr“ verinnerlichen, auf Fleisch verzichten, Gemüse füttern oder besser noch Insekten, wenn nicht gar eines Tages künstlich hergestellte Nahrungsmittel wie jene aus der sehr hellsichtigen filmischen Dystopie „Soylent Green“ von 1973, während die Damen und Herren in Davos, die diese Zukunft für uns planen, selbst die feinere Küche genießen. Doch nur kein Neid! Wie der britische Arachnologe William S. Bristowe einmal berichtete:

„Ein Mistkäfer oder der weiche Körper einer Spinne haben, wenn geröstet, ein knuspriges Äußeres und ein weiches Inneres von der Konsistenz eines Soufflés, das keineswegs unangenehm ist. Gewöhnlich kommt Salz daran, manchmal werden Chili oder die Blätter von wohlriechenden Kräutern zugefügt, und verschiedentlich werden sie mit Reis gegessen oder mit Soßen oder Curry gereicht. Geschmacksrichtungen zu bestimmen, ist außerordentlich schwierig, aber mit Kopfsalat ist, meine ich, der Geschmack von Termiten, Zikaden und Grillen am ehesten beschrieben; mit Kopfsalat und roher Kartoffel der der Riesenspinne Nephila; und mit konzentriertem Gorgonzola der der Riesenwasserwanze.“

„Novel Food“ heißt das heute. Yummie!

Revolution der Rückkehr – Papst Benedikt XVI. und die Juden

Als Kardinal Joseph Ratzinger zum Papst gewählt wurde, galt diese Personalie in der grün-links dominierten deutschen Presse wegen seiner konservativen Haltung vielfach als „umstritten“. Anlässlich seines Todes ist es hilfreich, an sein Verhältnis zu den Juden zu erinnern. Bei seiner Ernennung nannten ihn Teile der Medien „reaktionär“ und einen „Großinquisitor“, doch Israel würdigte die Verdienste des Kardinals und Theologen bei der christlich-jüdischen Annäherung und der Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan und war daher sogar bereit, über seine Mitgliedschaft in der Hitlerjugend in seinen sehr jungen Jahren hinweg zu sehen. Unter Ratzingers ständiger Beratung wurde das wohl wichtigste theologische Projekt im Pontifikat seines Vorgängers Johannes Paul II. umgesetzt: 1994 wurde das „Mea Culpa“ für das Versagen der Kirche im Holocaust veröffentlicht. Die durch Ratzinger geförderte Erklärung scheute sich nicht darauf hinzuweisen, dass dieses Versagen aus der langen Tradition des christlichen Judenhasses erwachsen und tief in der Kirchengeschichte verwurzelt war. (JR)

Von Chaim Noll

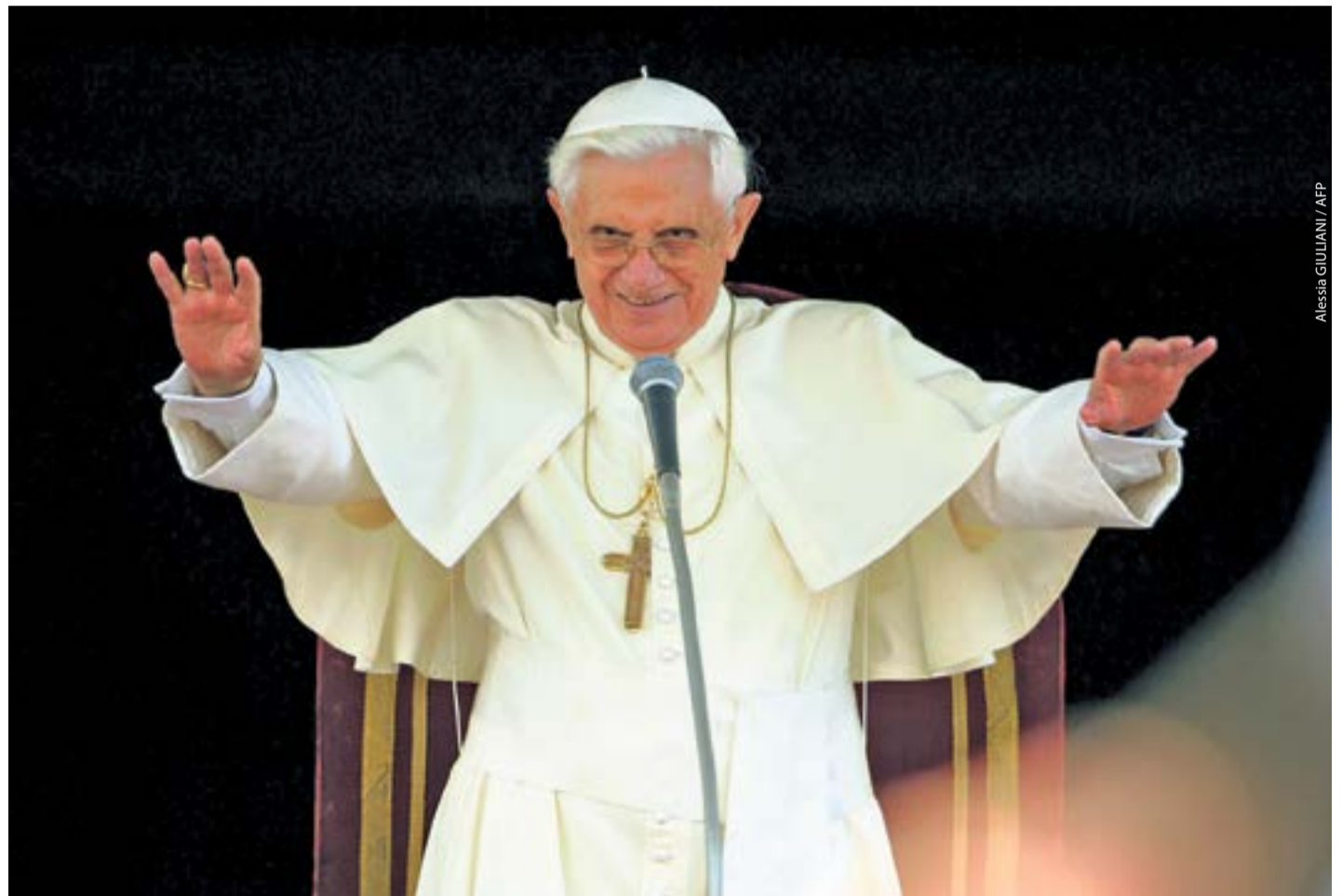
Wenn der helle Rauch aufsteigt, zum Zeichen, dass sich das Konklave der Kardinäle auf einen neuen Papst geeinigt hat, laufen die Römer auf dem Petersplatz zusammen, heute wie seit Jahrhunderten. Und nun war es dieser, il tedesco, der Deutsche. C'è un attimo di silenzio di troppo, nella piazza... schrieb eine italienische Zeitung: Unten auf dem Platz, bei Bekanntwerden der Nachricht, sei ein Augenblick des Schweigens zu viel gewesen.

Dies die feine italienische Art, jene Verblüffung zu beschreiben, die große Überraschung oder, wie man im Deutschen sagt, das „ungläubige Staunen“, das offenbar einen Augenblick lang über dem Platz gelegen hatte. Für das Staunen der Römer gab es zunächst einen historischen Grund: Selten in der Geschichte der Päpste sind Nicht-Italiener auf den Heiligen Stuhl gelangt, und nun gleich zwei hintereinander. 1978 der Pole Karol Wojtyła, der erste Ausländer seit Hadrian VI., seit rund vierhundertfünfzig Jahren also, und jetzt sein Nachfolger Josef Ratzinger, ein deutscher Kardinal. Poi l'applauso, certo. Abbiamo il Papa, viva il Papa. Viva questo Papa, viva Benedetto sedicesimo, il tedesco.

Anderswo hatte das Erstaunen andere Gründe, und die Medien, die Sprachrohre jener unwägbaren, unbeeindruckbaren, dennoch oft irrenden Kraft, die sich „öffentliche Meinung“ nennt, fanden drastischere Worte. Dabei ist erstaunlich, wie verschiedene die Beurteilungen des neuen Pontifex ausfallen, von unverhohlener Begeisterung bis zu Beleidigungen. Es werde schwer sein, diesen Papst zu lieben, erklärte ein brasilianischer Befreiungs-Theologe sofort nach der Wahl, während die Mailänder Zeitung Corriere della Sera seine große Beliebtheit voraussagte: Sarà un Papa amato.

Der „konservative Chefdenker“

Kardinal Joseph Ratzinger, seit fast fünfundzwanzig Jahren Präfekt der Glaubenskongregation und Präsident der Theologienkommission der katholischen Kirche, galt als „konservativer Chefdenker“ des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. Bereits dieser hatte – trotz seiner weltweiten Popularität – manche liberale Hoffnung enttäuscht. Erst recht nun der Mann, der als federführend bei den grundlegenden vatikanischen Erklärungen der letzten zwei Jahrzehnte gilt, etwa bei dem 1992 veröffentlichten Katechismus der Katholischen Kirche oder dem viel kritisierten päpstlichen Papier Dominus Jesus aus dem Jahre 2000. Oft hätten Ratzingers Entscheidungen den „Geist des Verbohrten geatmet“, schrieb ein



Papst Benedikt XVI

deutscher Journalist, Ratzinger sei ein „Betonkopf“, ein anderer, und die Pariser Zeitung Libération bezeichnete ihn als „Panzerfahrzeug Gottes“. Der Zürcher Tages-Anzeiger – alte Ängste vor der katholischen Kirche ausspielend – nannte ihn einen „Großinquisitor“. In Anlehnung an kommunistische Propagandasprache verurteilten ihn der Londoner Independent oder die dänische Zeitung Politiken als „reaktionäre Gestalt“. „Vielen Katholiken und Christen“, so der Berliner Tagesspiegel, „läuft beim Namen Ratzinger wegen seiner harten Art ein eiskalter Schauer über den Rücken.“

Die negativen Stimmen kommen vor allem aus Europa, genauer aus Mittel- und Nordeuropa. Dort gibt es Kirchaustritte in alarmierender Zahl, eine zunehmende Abwendung vom Christentum, einen spürbaren Verlust an Tradition und historischem Bewusstsein, zugleich scheint ein verbohrt Euro-Zentrismus viele Mitteleuropäer an der Einsicht zu hindern, dass die Welt nicht nur aus Mitteleuropa besteht. Schon eine ost-europäische Stimme, die ungarische Zeitung Magyar Nemzet, wertete den neuen Papst vollkommen anders: „Die Botschaft des Heiligen Geistes an das Konklave war: Lasst uns die Kirche panzern, denn wir dürfen Europa nicht aufgeben.“

Positive Stimmen aus Israel

Ich zitiere diese Stimmen als Außenstehender, der weder in Europa lebt noch irgendeiner Richtung christlichen Glaubens angehört. Israel, das Land, in dem ich lebe, war eins der wenigen weltweit, in dem die Wahl Kardinal Ratzingers zum neuen Papst mit fast ungetrübter Zustimmung begrüßt wurde. Seine Mitgliedschaft in der Hitlerjugend – für europäischen Zeitungen Grund zu bedrohlichen Schlagzeilen – wurde in israelischen Medien nur kurz, eher pflichtschuldig, unter Hinweis auf die Unmündigkeit des Knaben abgehandelt. Dafür gab es ausgiebige Würdigungen der Verdienste des Kardinals und Theologen bei der christlich-jüdischen Annäherung und der Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan. Bekannte Rabbiner und der Vorsitzende des jüdischen Weltkongresses erklärten Ratzingers Wahl für „good news“. Man möchte von einem Paradoxon sprechen: ein in der eigenen Heimat als „Reaktionär“ und „Großinquisitor“ bezeichneter Theologe genießt weitreichende Sympathien im jüdischen Staat und bei jüdischen Organisationen in aller Welt.

Die diplomatische Anerkennung des jüdischen Staates durch den Vatikan erfolgte 1993. Dahinter stand mehr als politische Vernunft angesichts der wachsenden Stärke und Bedeutung

des Staates Israel in der mittelöstlichen Region und in der Welt. Tiefe theologische Arbeit ging in diesem Fall der diplomatischen voraus: es galt zweitausend Jahre Zerwürfnis zu überwinden, Jahrhunderte währende Fehlurteile der Kirche gegenüber dem Judentum, Jahrhunderte christlichen Judenhasses und christlicher Judenverfolgung. Die Heilung des aus der Antike stammenden Bruches der Kirche mit dem Judentum war, unter Ratzingers ständiger Beratung, das wohl wichtigste theologische Projekt im Pontifikat seines Vorgängers Johannes Paul II. Die von Kardinal Cassidy geleitete Vatikanische Kommission für die Beziehungen zum Judentum veröffentlichte 1994 ihr mea culpa für das Versagen der Kirche im Holocaust. Die Erklärung wies darauf hin, dass dieses Versagen aus der langen Tradition des christlichen Judenhasses erwachsen und tief in der Kirchengeschichte verwurzelt war.

Wurzeln des christlichen Antisemitismus

Bei der Annäherung des päpstlichen Staates an den der Juden ging es um mehr als ein mea culpa wegen Auschwitz. Die Wurzeln des christlichen Antisemitismus reichen viel tiefer, viel weiter zurück. Sie reichen in frühes kirchliches Selbstverständnis, mindestens bis zur Passa-Homilie des

Bischofs Melito von Sardis, geschrieben um 150 christlicher Zeit, in der „die Juden“ zum ersten Mal offen als Christismörder bezeichnet wurden, obwohl Melito und anderen frühchristlichen Judenfeinden bekannt war, dass nur der römische Prokurator von Judäa Todesurteile verhängen und nur die römische Behörde sie vollstrecken konnte. Der einflussreiche christlich-römische Philosoph Laktantius folgte der Unwahrheit zwei Jahrhunderte später in seinem Standardwerk *Divinae Institutiones*, wodurch sie ins lateinische Schrifttum einging. Ambrosius von Mailand im vierten Jahrhundert, die Kirchenväter Johannes Chrysostomos (*Homiliae adversus Iudaeos*) oder Augustinus (*Tractatus adversus Iudaeos*) kennzeichnen weitere Etappen der Kirche auf dem abschüssigen Weg in Judenhass und Verfolgung des Volkes Jesu. Hinzu kamen tendenziöse Übersetzungen auslegbarer Stellen im Neuen Testament (Matthäus 27, 25, Titus 1,10-11 u.a.), die der Entstellung den Anschein des Unvermeidlichen gaben. „Sagen wir es direkt“, schrieb der Theologe und Papyros-Forscher Carsten Peter Thiede, „Übersetzungen und Ausleger, die sich darauf stützten, haben hier Schuld auf sich geladen.“

Christlicher Judenhass verfestigte sich durch die Jahrhunderte zu einem scheinbar unerlässlichen Bestandteil christlicher Weltsicht. Auch Reformatoren wie Luther, bei allem Widerstand gegen die katholische Kirche, übernahm ihn fast unbesehen. Gelegentlich versuchten Theologen, einige Male sogar Päpste, das verhängnisvolle Stereotyp zu brechen. Pius II. war ein Freund der Juden, Martin V. erließ nicht weniger als fünf Bullen zu ihrem Schutz. Sixtus V. sicherte sie 1587 durch die Bulle *Christiana Pieta*. Doch es blieb bei einzelnen Initiativen, nicht wirklich durch theologische Grundsatzarbeit untermauert, immer wieder durch Rückfälle zu nichte gemacht. Papst Leo XII. konnte die römischen Juden im 19. Jahrhundert erneut ins Ghetto verbannen, noch Pius IX., einige Jahrzehnte später, fiel in die alten Vorurteile zurück.

Wie tief der unsinnige Hass auf das Volk, dem Jesus angehörte, dem Christentum geschadet hat, enthüllte das 20. Jahrhundert, das die offiziellen Kirchen unfähig sah, dem beispiellosen Verbrechen der europäischen Judenvernichtung entgegenzutreten: aus eigener Verstrickung heraus, aus eigener Mitschuld an der theologischen und psychologischen Vorbereitung des Ungeheuerlichen. Die europäischen Kirchen verloren ihre Glaubwürdigkeit als Institutionen, die für die Wahrung des Humanen einstehen müssen, gerade in Tagen des gewalttätigen Angriffs gegen die Menschlichkeit. Unmittelbar auf diese Schwäche folgte ihr Niedergang in vielen europäischen Ländern. Es ist offenkundig, dass hier ein Zusammenhang besteht: zwischen der Mitschuld, dem Verlust an Glaubwürdigkeit und der Einbuße an Bedeutung im heutigen geistigen Leben Europas. Ein Ausweg aus der Misere führte nur über Gewissenserforschung und das Eingeständnis eigener Schuld. Und tiefer noch: über das Bloßlegen der bis in die Antike reichenden Wurzeln christlicher Feindseligkeit gegenüber dem Volk der Juden.

Altes und Neues Testament untrennbar

Zu den tiefsten Denkern auf diesem Gebiet gehört seit langem der deut-

sche Theologe Josef Ratzinger. Vielleicht hat der Umstand, dass er ein Deutscher ist, daran wesentlichen Anteil. „Man könnte seine Sensitivität auf diesem Gebiet, entstanden aus der Gewissenserforschung eines in Deutschland Geborenen, mit der seines Vorgängers Johannes Paul II. vergleichen, der in Polen geboren wurde, einem der ‚Opferländer‘ Nazi-Deutschlands“, schrieb die amerikanische Journalistin Lisa Palmieri-Billig in Rom. „Der frühere und der künftige Papst scheinen verbunden durch ihre gemeinsamen persönlichen Erinnerungen an die Verbrechen des Holocaust.“

Dies war vermutlich nur die äußerste Schicht einer viel intensiveren geistigen Nähe zwischen dem verstorbenen polnischen Papst und seinem Berater in theologischen Fragen, dem deutschen Kardinal. Um die tiefen Ursachen des katholischen Judenhasses zu durchschauen, muss man – so paradox es klingen mag – ein konservativer Denker sein. Kardinal Ratzinger hat 1990 in einem Interview den nucleus christlicher Judenhasshaftigkeit bloßgelegt. Er sprach über seine Bemühungen, „die alten legalistischen Interpretationen der Schrift zu überwinden, die typisch sind für sogenannte liberale katholische Kreise, und die Jesus als jemanden porträtieren, der die pharisäische Interpretation der Schrift gebrochen hätte.“

In der Tat beginnt das christliche

„Dieses Volk ist nicht einfach ein Volk wie andere.“

„Problem“ mit dem Judentum bei der Frage, ob Jesus ein pharisäischer Schriftgelehrter war, eingebettet in das rabbinische Judentum seiner Zeit, oder ob er mit der Tradition des Judentums gebrochen hat und sich gegen sie wandte, wie gerade moderne und linke Theologen behaupten. Ratzinger, als Konservativer, besteht auf einer „grundsätzlichen Kontinuität“ zwischen dem Alten und dem Neuen Testament. Er sieht eine niemals unterbrochene Traditionslinie allen Denkens und Glaubens, das sich christlich nennt, aus dem Judentum heraus, aus dem mosaischen Gesetz, dem biblischen Wertekanon der Humanität.

Es gab Perioden in der Geschichte der katholischen Kirche, in denen energische, zum Teil gewaltsame Versuche unternommen wurden, das „Alte Testament“ vom Christentum abzutrennen, als etwas Reaktionsäres, die Entwicklung Hemmendes, von Jesus selbst Verworfenen. Die Auslegung moderner Theologen, Jesus sei ein „Revolutionär“ gewesen, ein Rebell gegen die ihn prägende Überlieferung und pharisäische Tradition, hat solche Versuche begünstigt. Die Evangelien geben dazu keine Handhabe: sie porträtieren den Schriftgelehrten Jeshua oder Jesus als Anhänger des rabbinischen Lernhauses, aus dem er hervorging, vermutlich des Hauses Hillel, genauer von dessen Enkel Rabbi Gamliel, der, wie im Neuen Testament überliefert, auch Paulus' Lehrer war. In diesem streng schriftgetreuen Sinn soll der neue Katechismus der katholischen Kirche, veröffentlicht in den neunziger Jahren, die Position zum Judentum grundlegend klären. Der entscheidende Gedanke ist, wie Kardinal Ratzinger betonte, „dass ohne das Alte Testament, ohne

Kontakt zu einem unsterblichen, alles überdauernden Judentum, das Christentum seinen eigenen Ursprüngen nicht treu sein kann“.

Erwähltheit des jüdischen Volkes

Der Theologe Ratzinger erweist sich als einfühlsamer Psychologe: die Identitätskrise des europäischen Christentums im 20. Jahrhunderts entstand, seiner Diagnose nach, nicht zuletzt aus einem gestörten Verhältnis zur eigenen Herkunft, den eigenen Wurzeln. Die Wurzeln des Christentums liegen im Judentum. Eine das Judentum verleugnende, womöglich hassende Kirche kann nicht gedeihen, nicht überzeugen. Sie kann, mit diesem inneren Defekt, der Unmenschlichkeit nicht wehren, ihre Botschaft nicht mehr glaubhaft erfüllen, nicht mehr wirksam in die Tat umsetzen. Es ist eine für manchen Christen schmerzliche Diagnose. Sie beinhaltet das Eingeständnis, aus einer anderen, älteren Religion hervorgegangen und dieser – als der Quelle eigener Identität – für immer verpflichtet zu sein. Seit jeher gab es Christen, denen dieses Eingeständnis unerträglich war. Doch die Krise der europäischen Kirchen im 20. Jahrhundert gibt Ratzinger Recht.

Der verstorbene Papst Johannes Paul II., unter Ratzingers theologischer Beratung, ging den entscheidenden Schritt. Er bekannte sich, wohl als erster Papst in der Geschichte, zur umstrittenen „Erwähltheit“ des

troffene, ob er will oder nicht, annehmen muss, und mit ihm alle, die sich zu diesem Gott bekennen.

Jüdisch-christliches Miteinander

Von jüdischer Seite wurde mit der Gründung des neuen jüdischen Staates eine positive Lösung der „Judenfrage“ begonnen. Zugleich stellt die Rückkehr des verstreuten Volkes in die alt-neue Heimat wiederum ein theologisches Problem für viele Christen dar. Für die Kirchen war „Israel“ über Jahrhunderte nicht mehr das Volk der Juden, sondern die weltweite Gemeinde der Christen. Wenn Rabbiner und Pfarrer in den letzten zweitausend Jahren vom „Volk Israel“ oder von „Israel“ sprachen, meinten sie zwei verschiedene, einander ausschließende Menschengruppen. Auch an diesen heiklen Punkt wagte sich der Theologe Ratzinger heran, wissend, dass er für ein jüdisch-christliches Miteinander von Morgen entscheidend ist.

Befragt, ob der neue Staat Israel eine besondere Bedeutung für das Christentum hätte, erklärte er: „Ich denke ja, ohne damit voreilig theologische Schlüsse ziehen zu wollen, denn der israelische Staat entstand aus säkularem Denken heraus und ist selbst ein säkularer Staat. Aber dieses Geschehen hat große religiöse Bedeutung, denn dieses Volk ist nicht einfach ein Volk wie andere. Sie haben stets die Verbindung zu ihrer großen Geschichte gehalten, und deshalb finden sie sich heute wieder im Heiligen Land, dem Heiligen Land der Geschichte aller drei monotheistischen Religionen. Darin liegt selbstverständlich eine Botschaft für Christen.“

Ratzinger vertrat die These einer besonderen Rolle Israels unter den Völkern, er nannte als den für diese Besonderheit entscheidenden Grund: Israels auffallende Geschichtsverbundenheit, eine konservativ-kreative Haltung, aus der heraus, in einem gottgegebenen Augenblick, plötzlich ein großes Neues entsteht. Der spätere Papst erkannte das Revolutionäre in der Rückbesinnung, in der gedanklichen Rückkehr zur historischen Herkunft, zur spirituellen Quelle. Eine Kirche der Zukunft, davon war er überzeugt, findet diese Quelle im Judentum.

Es gibt viele verschiedene Sichtweisen auf Papst Benedikt XVI., auf den Theologen Josef Ratzinger, sein Wirken und sein Werk. Er wird auch jetzt wieder scharf kritisiert, gerade von Seiten deutscher Christen. „Der Streit um Benedikts Erbe beginnt“, verkündete das deutsche Leitmedium *Spiegel* schon einen Tag nach seinem Tod. Umso mehr fällt auf, dass auch diesmal von jüdischer Seite eine der dankbarsten Würdigungen kommt:

„Im Namen aller Bürger Israels sende ich mein tiefempfundenes Beileid aus Anlass des Ablebens von Papst Benedikt XVI.“ schrieb Israels Premierminister Netanyahu in einer an die „christliche Welt“ gerichteten Erklärung am Todestag. „Er war ein großer geistiger Anreger und fühlte sich ganz der historischen Wiederannäherung zwischen der Kirche und den Juden verpflichtet (...) In meinem Treffen mit ihm (2009 in Jerusalem) hörte ich ihn voller Wärme über das gemeinsame Erbe von Christen- und Judentum sprechen und über die Werte, die dieses Erbe der gesamten Menschheit hinterlassen hat. Wir gedenken seiner als eines treuen Freundes Israels und aller Juden.“

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

In nur 12 Jahren Hitler-Herrschaft wurden unter reger und bereitwilliger Beteiligung des deutschen Volkes 6 Millionen unschuldige, an Kriegshandlungen des 2. Weltkriegs nicht beteiligte jüdische Menschen, darunter Säuglinge, Klein- und Schulkinder, Frauen und Männer, Alte und Kranke aus nahezu ganz Europa bestialisch und willkürlich aus antisemitischem Rassenwahn Deutschlands ermordet.

Die wenigen der Nazi-Hölle zumeist kaum noch lebend Entronnenen verblieben mehr tot als lebend nach dem Zusammenbruch des mörderischen Hitler-Regimes enturzelt, traumatisiert, verschleppt, ihrer physischen Existenzgrundlage und ihrer ermordeten Kinder und Familien beraubt, verwaist und verwitwet vor einem Nichts aus Elend und Verzweiflung.

Der von den Deutschen angezettelte 2. Weltkrieg zerstörte darüber hinaus große Teile Europas, entwurzelte über 100 Millionen Menschen und verursachte einen Blut-zoll von über 50 Millionen Toten, darunter über 35 Millionen Zivilisten.

Vor dem Hintergrund dieser nur an der Oberfläche des Grauens bleibenden, dem unaussprechlichen, beispiellosen Schrecken dieser finstersten Periode Europas im Detail der entsetzlichen jüdischen Einzelschicksale hier nicht auch nur annähernd gerecht werdenden Zusammenfassung ist die widerwärtige Verhöhnung des millionenfachen jüdischen Leids durch den in Gaza und anderen islamischen Staaten keinesfalls zu einer Gesinnungs-Minderheit gehörenden jungen Araber.

Der islamische Judenhass

Wie tief der Hass auf Juden in islamischen Gesellschaften wurzelt und wie unvereinbar der Mangel an grundlegenden ethischen Prinzipien mit dem noch vor noch nicht allzu langer Zeit in der Prä-Ampel und Prä-Merkel auch in unserer Republik geltenden moralischen Axiomen der Menschheit ist, belegt der Umstand, dass die plakatierte Glorifizierung Hitlers seit Jahren in aller Öffentlichkeit ganz offensichtlich mit Billigung und Förderung des dortigen Machtapparats und im unausgesprochenen Konsens mit unserer grün-linken Politik geschieht.

Es ist auch dieser trotz aller geheuchelten Gedenktage für gute, weil tote Juden, von unserer grün und links dominierten Politik und ihrer Islam-Anbiederung sogar finanziell gestützte, auch hier vielfach gelebte islamische, gewalttätig jüdenfeindliche und anti-westeuropäische Rassismus der im Übrigen auch längst dafür gesorgt hat, dass Gaza ganz im Sinne der Nazis "jüdenrein" bleibt.

Wer hier eine längst überfällige entschiedene Reaktion, Verurteilung oder gar Sanktionen unserer politischen Gedenktagsredner und sinnfreien "Nie-Wieder"-Sprechblasenpolitik erwartet, wird enttäuscht bleiben.

Ganz im Gegenteil, die neue brutale und mörderische arabische Terrorserie und die jüngsten arabischen Morde an unschuldigen Zivilisten in Israel stoßen seitens unserer Politik und ihrer nachgeschalteten Gesinnungsmedien mit faktenverdrehender Täter-Opfer Schuldumkehr und mit Schelte gegen die israelische Regierung sowie wachsender Diffamierung Israels auf mildes Verständnis sowie widerwärtige Banalisierung und Relativierung der heimtückischen, bestialischen islamischen Morde.

Gleichzeitig wird der sogenannte, sich im zwanzigsten Amtsjahr seiner vierjährigen Amtsperiode befindliche arabische Judemordanführer und Mit-Finanzierer der Morde an der israelischen Olympiamannschaft in München Mahmut Abbas von unseren Politikern und natürlich auch von dem ganz und gar unerträglichen US-präsidenten, senilen Politflop Biden mit Ehrenbesuchen überhäuft, während er die an ihn im Über-

maß aus Europa und den USA fließenden Geldmittel außer zu seiner persönlichen Bereicherung vor allem dazu nutzt, die Witwen und Familien der ruchlosen terroristischen Judenmörder mit großzügigsten Renten auf Dauer zu alimentieren.

Islam-Appesement, auch bei den nahezu täglichen Mordattacken auf Menschen dieses Landes, vorsätzliche einseitige Erblindung und bewusstes thematisches



Ausblenden des fulminanten islamischen Judenhasses gepaart mit Delegitimierung und nicht seltener Verurteilung des jüdischen Staates sind die mehr als ernüchternden Kennzeichen unserer grün und links dominierten deutschen Politik und setzen nur 78 Jahre nach Auschwitz Zweifel, ob der Dauerangriff auf vermeintlich brandgefährliche rechte Meinungen wirklich dem Antisemitismus gilt oder nicht doch eher der Sorge um die eigenen, wegen des eklatanten politischen Versagens, hoffentlich bald wieder schwindenden Pfründe.

Der tradierte Judenvorbehalt

Natürlich ist es nur allzu richtig, sensibelst auch vor den mega-dummen rückwärtsgerichteten nationalen Überhöhungen und intolerablen antijüdischen Stereotypen der Ewig-Gestrigen in diesem Lande auf der Hut zu sein und davor zu warnen.

Und ja, es gibt sie auch in der gesamten autochthonen deutschen Bevölkerung zur Genüge, quer durch alle Gesellschaftsschichten.

Es gibt die am Rande der Debität xenophob und ganz wie "der Führer" voller Hass gegenüber Juden durch ihr sinnleeres Leben taumelnden tumblenden Neo-Nazi-Glatzen. Es gibt die vor Selbstmitleid über die vermeintliche Verunrechtung der Deutschen Wehrmacht zerfließenden und fremdem Leid gegenüber unzugänglichen Stammtisch-Schwadronierer und Täter-Opfer-Schuld-Verkehr. Es gibt die akademischen Schuldrelativierer, die Holocaust-Bagatellierer, die Schlussstrich-Debattler, die verschlagenen Whataboutisten mit dem tradierten antijüdischen Sentiment, die alles Fremde und besonders Juden nun mal nicht mögen, weil man Juden – auch wenn man sie gar nicht kennt – eben einfach nicht leiden kann und Juden für die Wurzel allen Übels hält.

Hierzulande gilt man ohnehin erst und nur dann als Antisemit, wenn man Juden noch weniger mag als es landesweit üblich ist. Und last not least gibt es auch die pathologischen Judenhasser wie den Breivik von Halle, wenn auch G'ttlob wirklich selten.

Kurzum – es gibt schon so viel tradierten Judenvorbehalt in der angestammten deutschen Bevölkerung selbst, dass wir wirklich keine islamischen Neu-Importe vom Stil des eingangs erwähnten jungen Hitler-Verehrers und Judenhassers zur Bestandssicherung oder schlimmer noch zur Stärkung des Antisemitismus brauchen.

Es ist wahr, sichtbarer und hörbarer ist der Antisemitismus hier auch geworden – die verfehlte, am Sicherheitsbedürfnis der eigenen Bevölkerung vorbeigehende, weit nach links abgedriftete Politik der Merkel-Ära und ihrer gänzlich untragbaren Ampel-

Erben und die Zerstörung der politischen Mitte, hat dessen unbelehrbaren Trägern jeder Couleur Mut gemacht, wieder vernehmbarer aus der verdienten Jauchegrube der Geschichte zu treten.

Dabei gibt es Antisemitismus, der zur tradierten Muttermilch christlicher Gesellschaften gehört, kein Stück weniger in allen bislang etablierten, ganz besonders aber in den grün-linken Islam-affinen Par-

teien, wo der Antisemitismus wie etwa der der Mord-Mullah Freundin und islamischen Documenta-Antisemitismus-Ausrichterinnen Claudia Roth – nur allzu durchsichtig als Israelkritik getarnt – und durch eine offenkundige Duldungs- und Förderungs-Allianz mit dem gewalttätigen islamischen Judenhass heute deutlich gefährlicher ist als der überlieferte.

Grün-linker McCarthyismus

Jedenfalls verlassen Juden Deutschland und Europa nicht wegen rechter Umtriebe, schon gar nicht wegen der neuen mit einem durchsichtig konstruierten Antisemitismus-Anwurf überzogenen, sich eines letztes Funkens gesunden Menschenverstandes und liberal-demokratischer westlicher Werte bewahrenden vorsätzlich und mit Beschädigungsabsicht rechts verorteten Opfer des heute immer neue Urstände feiernden grün-linken McCarthyismus.

Letztes Beispiel der allgegenwärtigen leider auch von Teilen jüdischer Funktionäre emsig mitbetriebenen linken Inquisition und vom Parteausschluss bedroht ist Hans-Georg Maaßen, der kürzlich zum Vorsitzenden der Wertunion gewählte ehemalige Chef des Verfassungsschutzes und langjähriges Mitglied einer seit der Kanzlerschaft Merkel die politische Mitte vor allem nach grün verlassenden, ihre bürgerlich-konservativen Inhalte verrätenden und besonders die faschistoiden Grünen auf grüner Bäumeumarmenseite überholenden CDU.

Dass sich die CDU als eigene Partei des von grün und links mit konstruiertem und abwegigem Antisemitismus-Vorwurf zum Abschluss freigegebenen kompetenten Kritikers des nahezu ubiquitären und für unser westliches Wertesystem suizidalen Versagens der gegenwärtigen Politik einer bösen, faktenverdrehenden Kampagne gegen die Vernunft und unsere gesellschaftlichen Werte anzuschließen droht, ist weniger eine Causa Hans-Georg Maaßen als vielmehr ein sehr düsterer und trauriger Beleg für den Grad der konservativen Rückgraterweichung, die diese Partei in der unsäglichen Merkel-Ära erleiden musste und von der sie sich offensichtlich bis heute trotz deutlicher aber immer noch falsch interpretierter Wählerabkehr nicht erholt hat.

Jüdisches Leben in Gefahr

Ausgeblendet von ihrer sich der grünen und linken Israel-Diffamierungspolitik bis zur Übelkeit anbietenden Zentralrats-Vertretung verlassen Juden Deutschland und Europa zunehmend wegen des wachsend unerträglicher werdenden jüdenfeindlichen Zustandes unserer sich unter dem Diktat der grünen Klima-Erben ihrer

Nazi-Großväter, der wachsenden vor allem islamischen Rechtsverachtung und einem zusehends gewalttätig daherkommenden islamischen Judenhass ergebenden Republik.

Diese unerträgliche Situation nur 78 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wird sich auch keinesfalls ändern, jedenfalls solange nicht, wie sich unsere Politik und unsere Medien weigern die längst bekannte Diagnose auszusprechen: Selbst in den vermeintlichen Gedenkreden zur Shoah werden neuerdings die Juden – wie in diesem Jahr im Bundestag geschehen – nicht mehr als Hauptopfer der Nazi-Gräueltat genannt und der Islam wird mit keiner Silbe als heute größte Brutstätte oder zumindest wesentlichstes Revirement des gewalttätigen Judenhasses erwähnt.

So lange sich aber auch jüdische Repräsentanten, die eigentlich Vertreter jüdischer Interessen sein sollten, den politischen Islam-Appesern, Terror-gegen-Israel-Verstehern und Judenmörder-Freunden aus den in ihrer Israel-Ablehnung und dem implizierten antijüdischen Vorbehalt gleichgesinnten grün-linken Politik anbietern, gibt es allen anders lautenden Heucheleien zum Trotz keine Zukunft für Juden in unserem Lande.

Das gilt ganz besonders auch, so lange unsere Schusters, Knoblochs u.a. nur scheinbar als Vertreter jüdischen Interesses daher kommenden jüdischen Funktionäre den Islam-Judenhass-Importeuren durch beredtes Schweigen zu diesem Thema und durch konstruierte Angriffe auf Vertreter der bürgerlichen Mitte Wahlhilfe leisten, statt ernsthaft und lautstark zu hinterfragen, wann die grün-linken Judenfreund-Pretender sich jenseits ihrer Inhalts-leeren Sprechblasen endlich wirklich hinter die jüdischen Menschen in Israel und hier stellen werden.

Statt sich der grünen und linken Anti-Israel Politik anzubiedern, wäre es richtiger zu hinterfragen, wann unsere Politik endlich damit aufhört, islamische Morde an Juden zu finanzieren, islamische „Juden ins Gas“ Rufe auf unseren Straßen zu dulden. Es wäre zu hinterfragen, wie lange noch die gerade wegen des schrecklichen Genozids am jüdischen Volk unter den Muslimen weit verbreitete Verehrung Hitlers vorsätzlich ungenannt und ungeahndet bleiben soll, statt klar und eindeutig auch in unseren Medien zu der längst überfälligen, aber verweigerten Distanzierung vom islamischen Judenhass zu führen.

Die Jüdische Rundschau und ich verspüren jedenfalls gerade vor dem Hintergrund der nachweislich weit-greifenden islamischen Judenhass-Sozialisation – trotz aller auch persönlich gegen mich gerichteten Diffamierungen und infam bösen politischen Falschverortungen – keine Neigung, das willfährige jüdische Alibi für dieses antijüdische politische und mediale Treiben zu liefern. Ebenso wenig für die Fortsetzung unserer gegenwärtigen, für die Verunmöglichung eines offenen und würdigen jüdischen Lebens ohne entwürdigendes und demütigendes Identitäts-Mimikry allein verantwortlich zeichnenden, Islam-Gewalt kleinredenden Israel-Diffamierungs- und Verurteilungs-Politik.

Das bin ich und bleibe ich dem Gedenken an meine in Majdanek ermordeten Familienangehörigen und die übrigen 6 Millionen in der Shoah geschundenen und ermordeten jüdischen Menschen schuldig.

Dem Staat Israel, dem ganzen jüdischen Volk, allen Lesern und uns allen wünschen wir auch zum bevorstehenden Purim-Fest weiterhin Gesundheit, Glück und Wohlergehen.

**Chag Purim Sameach!
Am Israel Chai!!!**

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Zeitzeuge Karl Pfeifer mit 94 Jahren in Wien verstorben

Der jüdische Journalist Karl Pfeifer hat mit seinem Tod eine große Lücke hinterlassen. Der Verstorbene, der auch jahrelang ein geschätzter und kompetenter Autor für die Jüdische Rundschau war, galt als ein unermüdlicher Aufklärer über die Verbrechen der NS-Zeit und als ein wertvoller Mahner der Gegenwart. Er kämpfte im Israelischen Unabhängigkeitskrieg mit und stellte seine letzten Lebensjahrzehnte in den Dienst der Erinnerung an die Shoah. Seine Arbeit wurde mit zahlreichen Preisen gewürdigt, 2022 wurde Karl Pfeifer mit dem Simon-Wiesenthal-Preis geehrt. (JR)

Von Lioba Lobmayr

"Wenn hierzulande die Lüge wieder zur einzigen Wahrheit erklärt wird und das Totschweigen beredter ist denn je, dann ist da immer einer, der sicher nicht stillhalten kann, der schon auf dem Sprung liegt, der – wie es im Wienerischen heißt – sich seinen Karl macht, auf alle Untertänigkeit und Eintracht zu pfeifen, denn der Pfeifer Karl lässt sich nicht eingemeinden, nicht hier und auch nicht anderswo. Karl Pfeifer ist ein gebürtiger Badener und überall der geborene Außenseiter, der gar nicht vorhat, willfährig und still sich einzureihen oder gar unterzuordnen", leitete der österreichisch-jüdische Schriftsteller Doron Rabinovici die Laudatio zum 90. Geburtstag von Karl Pfeifer ein.

Kindheit in Niederösterreich und Flucht nach Palästina

Geboren wurde Karl Pfeifer am 22. August 1928 in Baden bei Wien als Sohn ungarisch-jüdischer Eltern. Seine Mutter sprach ungarisch, sein Vater, der aus dem damaligen Deutsch-Westungarn stammte, sprach deutsch. Karl Pfeifer wuchs in einer assimilierten bürgerlichen Familie auf, jedoch nahm seine Kindheit 1938 ein frühes Ende. Nach antisemitischen Angriffen in der Schule gegen ihn erkannten seine Eltern früh die Gefahr und flohen mit ihm 1938 über die Schweiz, Italien und Kroatien nach Ungarn. Sein älterer Bruder Erwin ging bereits 1937 nach Palästina. In Budapest lernte er schnell ungarisch und lebte sich rasch ein. Dennoch musste er auch dort die Erfahrung machen, dass er von vielen Einheimischen als "Saujud" beschimpft wurde. Bereits in jungen Jahren atheistisch, trat er 1940 der sozialistisch-zionistischen Jugendorganisation "Haschomer Hatzair" bei. Nach der deutschen Besetzung Ungarns gelang Pfeifer unter falschem Namen mit einem Kindertransport auf höchst abenteuerliche Weise die Flucht über Rumänien, Bulgarien und die Türkei nach Palästina. Im Kibbuz Schaar Haamakim wurde er im Rahmen der Jugend-Alija erzogen.

Ab 1947 diente Pfeifer in der Elite-truppe Palmach der Untergrundorganisation Hagana, einer Phase seines Lebens, in der er viele seiner Freunde im Kampf für die Freiheit sterben sah, und später in der israelischen Armee. Über die Geburtswehen Israels hat er folgende Erinnerung: Er verfolgte in Jerusalem am 29. November 1947 im Radio die Abstimmung der Generalversammlung der UNO zur Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina: "Wir jubelten, als wir hörten, dass die Mehrheit für die Teilung gestimmt hatte. 50 Jahre nach Gründung der zionistischen Bewegung rückte Theodor Herzls Traum in greifbare Nähe. Heute wird oft 'vergessen', dass auch ein Staat für die Araber Palästinas entstehen sollte, die noch nie zuvor einen gehabt hatten." Am 29. November 1947 stimmte die Vollversammlung der Vereinten



Karl Pfeifer sah sich stets der Wahrheit verpflichtet, auch wenn sie unbequem war.

Nationen für die Errichtung von zwei Staaten auf dem Gebiet des britischen Mandatsgebietes - eines jüdischen und eines arabischen Staates. Die Juden nahmen den Vorschlag an, die Araber lehnten ihn ab.

Der spätberufene Journalist

Karl Pfeifer war unbequem, er eckte an. "Er verzichtete nie auf seine eigene Meinung. Er blieb widerborstig, ja, er wurde so zu einem Störfaktor, zu einem Querkopf, der seine Stimme erhebt, wenn der politische Ungeist wieder um sich greift", beschrieb Doron Rabinovici sein Wesen.

1951 kehrte Pfeifer zeitweilig in seine alte Heimat Österreich zurück und war zunächst im Hotelgewerbe tätig, wo er zuletzt als Empfangschef im Hotel Astoria arbeitete. Einige Jahre arbeitete er auch in Neuseeland und Schweden, später fungierte er als Direktor der Bowlingbahn im Wiener Prater sowie als Manager in London. Damals zu seiner Rückkehr gefragt, wie er sich hier fühle, antwortete er: "Für meinen

Geschmack sind die Nazis viel zu laut." Dem dort immer noch herrschenden ewiggestrigen Dunst entzog er sich schließlich mit mehrfachen Orts- und Berufswechseln und avancierte zum Kosmopolit mit weiteren Stationen unter anderem in Italien und den USA.

Der spätberufene Journalist, der nach eigenen Angaben über 20 Arbeitsstellen in ganz Europa hatte, kam erst spät und als Autodidakt zu seiner publizistischen Berufung. Ab 1979 arbeitete er für unterschiedliche Medien, unter anderem für Kol Israel und war von 1979 bis 1995 als Chefredakteur der "Gemeinde", dem offiziellen Organ der Israelitischen Kultusgemeinde, IKG, tätig. Nach 1995 und in den 2000er Jahren war er Wiener Korrespondent des israelischen Radios sowie als freier Journalist für das britische Magazin "Searchlight" und das Internetmedium "haGalil" tätig. Ebenso schrieb er für die in Wien erscheinende "Illustrierte Neue Welt" und das Berliner Wochenblatt "Jüdische Allgemeine". Er publizierte mehrere Monografien, darunter

"Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg" (2013).

Der kritische Betrachter

In seiner ersten Monographie "Nicht immer ganz bequem ..." – einer Zusammenstellung seiner publizistischen Arbeiten, die in zahlreichen in- und ausländischen Medien erstveröffentlicht wurden – setzte sich Pfeifer darin nicht nur mit dem Antisemitismus in Österreich, sondern auch mit einschlägigen Phänomenen in Jugoslawien, Ungarn und anderswo auseinander.

Zum Hassobjekt der deutschsprachigen rechtsextremen Szene geriet Pfeifer 1995. Dem an der Fachhochschule Münster lehrenden Politologen Werner Pfeifenberger, einem "Apologeten des Nazitums" (O-Ton Pfeifer), wies er nach, dass dieser in einem Artikel mit dem Titel "Internationalismus gegen Nationalismus – eine unendliche Todfeindschaft, das NS-Regime verarmlos hatte und dass er den Juden vorgeworfen hatte, Hitler-Deutschland 1933 zum Krieg herausgefordert zu haben. Durch seine journalistische Arbeit wurde Pfeifer im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Brückenbauer zwischen Österreich und Israel.

Zwischen allen Stühlen

Pfeifer hatte auch eine weithin eher unbekannt Seite. So pflegte dieser seit Ende der 70er Jahre enge Kontakte zur demokratischen Opposition in Ungarn und wurde infolgedessen mehrfach aus dem vermeintlich sozialistischen Land ausgewiesen. Verhasst war dem Regime insbesondere die Presseberichterstattung Pfeifers über die Diskriminierung von Wehrdienstverweigerern.

Karl Pfeifer trat sein Leben lang vehement gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus auf und für Demokratie ein. Noch bis ins hohe Alter besuchte er Schulklassen als Zeitzeuge und wurde dabei zum lebendigen "Nie wieder". 2008 entsteht der autobiografische Kinofilm "Zwischen allen Stühlen", 2011 erscheinen seine Lebenserinnerungen: "Einmal Palästina und zurück: Ein jüdischer Lebensweg."

Erst spät in seinem Leben wurde sein Lebenswerk auch öffentlich gewürdigt. 2018 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und 2022 mit dem Simon-Wiesenthal-Preis sowie die Goldenen für Verdienste um das Land Wien und das Bundesland Niederösterreich geehrt. "Mit Geduld und Verstand lassen sich Vorurteile und Judenhass zurückdrängen", sagte er damals. "Daran wollen wir gemeinsam weiterarbeiten." Charly, wie ihn seine Freunde nennen durften, starb am Freitag, den 6. Jänner 2023 mit 94 Jahren in Wien und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Baden bei Wien beigesetzt.

Karl Pfeifer wird uns als Kosmopolit und Philanthrop, NS-Zeitzeuge, Aufklärer und Mahner, Mensch und Freund in Erinnerung bleiben. Baruch Dayan haEmet.

Tödliche Messerattacke im Regionalzug: Täter natürlich verwirrt, Herkunft anfangs wie immer unbenannt

Zwei junge Menschen wurden kürzlich bei einem hinterhältigen Messerangriff in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein ermordet, fünf weitere teils schwer verletzt. Über den Täter erfährt man in den öffentlich-rechtlichen Medien zunächst nichts, dann, wenn auch zögerlich, dass er ein sogenannter „staatenloser Palästinenser“ ist. Im selben Atemzug wird in den Medien ohne psychiatrische Untersuchung sofort verkündet, der Täter sei „verwirrt“ gewesen, womit unmittelbar auf seine mögliche Schuldunfähigkeit hingewiesen wird. Ein Blick auf die Strafakte von Ibrahim A. aus Gaza, der den Attentäter vom Breitscheidplatz heroisiert und zu seinem Vorbild gemacht hat, verrät aber seine lange Gewalt-Laufbahn. 2017 wurde ihm sogar subsidiärer Schutz gewährt. Eine Abschiebung setzt voraus, dass jemand "vollziehbar ausreisepflichtig" ist, dies hat die linksgrün-ideologisierte Politik auch im Fall von Ibrahim A., trotz der vielen Gewaltdelikte, nicht sehen wollen. Sie und ihre Migrationspolitik sind es, die die gegenwärtigen Opfer und auch die Toten früherer, ähnlich gelagerter Fälle auf dem Gewissen haben. (JR)

Von Steffen Meltzer

Messeranschlag im Regionalzug von Kiel nach Hamburg. Ein 33-jähriger staatenloser „Palästinenser“ tötet mit einem Messer ein 17-jähriges Mädchen und einen jungen Mann (19). Außerdem verletzt er sieben weitere Menschen, davon werden gegenwärtig zwei Opfer im Krankenhaus operiert. Der Täter (korrekt: Tatverdächtiger) war erst sechs Tage nach seiner Haftentlassung auf freien Fuß. Das Verbrechen kam dabei keineswegs „überraschend“, die bisherige Strafakte:

Seit 2015 ist der „Flüchtling“ mindestens zwölfmal polizeilich in Erscheinung getreten.

2015 Ladendiebstahl in Euskirchen, Missbrauch von Scheckkarten in Bonn, 2016 gefährliche Körperverletzung in Euskirchen, gefährliche Körperverletzung in Bad Münstereifel, Ladendiebstahl in Euskirchen,

2018 Körperverletzung in Köln,

2019 sexuelle Nötigung in Euskirchen,

2020 Sachbeschädigung in Euskirchen, Körperverletzung in Bonn und 2x Körperverletzung in Euskirchen und Bedrohung in Euskirchen. Er befand sich bis zum 19. Januar dieses Jahres in Untersuchungshaft.

Selbst in U-Haft soll Ibrahim A. Mitläufer angegriffen haben.

Focus-online berichtet: „...attackierte er bereits drei Mal Menschen mit einem Messer.“

2023 nunmehr ein Haftbefehl wegen zweimal Mord und viermal wegen versuchten Totschlags.

Bemerkenswert ist die bei solchen Taten oft zu lesende Behauptung, der Messerstecher, hätte (angeblich) „einen verwirrten Eindruck gemacht“, so die einheitliche Medienberichterstattung aufgrund einer Ermittleraussage. Dabei ist gar nicht wichtig, ob der „Palästinenser“ nach der Tat schuldhaftig war, entscheidend ist vielmehr, ob er zum Tatzeitpunkt Herr seiner Sinne war. Das kann kurz nach der Festnahme kein Ermittler ernsthaft und seriös beurteilen wollen. Ein Negativbeispiel ist ein Messerstecher, der am 6. November 2021 im ICE 928 Passau – Hamburg vier Fahrgäste verletzt hatte und der kurz nach der Tat zu den festnehmenden Polizeibeamten sagte: „Ich bin krank, ich brauche Hilfe“. Bei einer Pressekonferenz wurde dieser „Hinweis“ des Täters genutzt, um eine eventuelle psychische Erkrankung ins Spiel zu bringen. Ein Gericht entschied später, dass er seine Tat in voller Schuldhaftigkeit begangen hatte, bei der Tat hatten islamistische Motive eine Rolle gespielt.

„Raptus-Effekt“ vermutet

Auch jetzt schaut wieder einmal eine „psychische Störung/Erkrankung“ verdächtig um die Ecke, die in den Medien



Müssen sich Zugfahrgäste in Zukunft auf Terror-Anschläge gefasst machen?

faktisch fast jedem schweren Verbrecher mit Migrationshintergrund explizit genannt wird. Jemand, der in der Lage ist, zwei Menschen mit einem Messer zielgerichtet zu ermorden, ist nicht „wahr“, sondern meines Erachtens bei Verstand. Zumal hier eine gewisse Konditionierung/Erfahrungen durch die Vortaten in die Bewertung einbezogen werden muss. Zwei Menschen zu töten und sieben weitere (teils schwer) zu verletzen, das bedarf der Vorbereitung/Planung, Raffinesse und Hinterhältigkeit, sehr schnellen Handlungen in der Abfolge, um die Angriffe erfolgreich zu Ende zu führen. Diese geistigen-anspruchsvollen Leistungen zu erbringen, zeugt für mich von Rationalität und Schuldhaftigkeit während seines Vorgehens. Dass er NACH der Tat von sich selbst ergriffen ist, und das auf manche vielleicht etwas „komisch“ wirken könnte, mag sein. Muss jedoch nichts mit „Verwirrtheit“ zu tun haben. Zwei Menschen umzubringen und über ein halbes Dutzend zu verletzen, macht nicht einmal ein Serienmörder jeden Tag.

Ein Psychiater bewertet in Focus-online dessen emotionalen Zustand folgendermaßen: „Vielleicht wirke es so, als sei dieser wütend geworden, aufgebracht – und habe dann aggressiv gehandelt. „Eine Art Raptus-Tat.“ Dass er ein Messer dabei hatte, könne man mutmaßlich auch auf die kulturellen Hintergründe des Mannes zurückführen. Zitat Ende.

Nun ja, wenn man seine Strafakte liest, muss der „Raptus-Effekt“ aber sehr oft aufgetreten sein. Ein Fachkollege des Psychiaters hatte bei einer psychiatrischen Begutachtung in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Billwerder

kurz vor dessen Entlassung schriftlich attestiert, dass bei dem sogenannten „Palästinenser“ „weder eine Eigen- noch Fremdgefährdung“ vorliegt. Ich nehme an, der Focus-Psychiater wird bei der nächsten Messertat wieder vom Focus kontaktiert. Wer einmal „das Richtige“ sagt, ist immer wieder dabei.

Viel wichtiger als die Frage einer „Raptus-Tat“ ist die Erörterung, warum der 33-Jährige noch nicht abgeschoben wurde. Und das ist kein Einzelfall. Abschiebungen retten Menschenleben.

Täterherkunft

Einmal mehr ein großer Streitgegenstand. So weigerte sich der NDR-Hamburg anfangs, die Täterherkunft zu benennen, weil es angeblich der Demokratie abträglich wäre und „zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung oder zu Fehlinterpretationen“ führen würde. Betreutes Denken von selbsternannten Oberlehrern ist mir persönlich als Rundfunk-Gebührenzahler zuwider. Mir wäre es lieber, der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde seiner Informationspflicht nachkommen.

Warum ist die Täterherkunft für mich wichtig? Im Grunde ist es mir tatsächlich „egal“ ob der Täter ein Deutscher, Afghane oder ein Alien von einem fernen Planeten ist, das mit einem UFO gelandet ist.

Wer Straftaten erfolgreich bekämpfen will, muss selbstverständlich die Täterherkunft und dessen ursächliche Sozialisation in Bezug auf Land, Kultur, Elternhaus, Religion, Geschlecht, Alter u. v. m. glasklar analysieren. Präventivmaßnahmen ins Blaue, wie so oft geschehen, sind Geld- und Zeitverschwendung, bestenfalls Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen aus Gefälligkeiten. Täter lachen darüber. Deshalb müssen nach den Ursachenforschungen konkrete spezifische Maßnahmen auf die jeweilige Tätergruppe sehr genau festgezurrt werden. So würden es verantwortungsvolle Zeitgenossen tun. Tagungen und Arbeitsgruppen beispielsweise gegen „die Jugendgewalt“, wie in Berlin vorgesehen, bearbeiten Probleme, ohne diese konkret zu benennen. Aktionismus, Alibi und Zeitverschwendung. So verhindert man eher, dass ein konkret-spezifisches Programm zusammengestrickt wird, um punktgenau die Zielgruppe tatsächlich zu erreichen. „Egal“ könnte die Täterherkunft mutmaßlich nur für diejenigen sein, die eigene Fehler gemacht haben. Zum Beispiel für Verantwortliche, die es verpasst haben, Täter, die wiederholt straffällig werden, aufzuspüren und abzuschieben. „Egal“ könnte die Täterherkunft mutmaßlich für diejenigen sein, die mit einer unkontrollierten Einwanderungspolitik Straftätern, Gefährdern u. ä. Personen, ungefiltert die Tore öffnen. Egal ist es den Angehörigen der Familien eben NICHT, wenn durch diese Versäumnisse ihre Kinder, Ehefrauen und Mütter ums Leben kommen. Diese Haltung „Täterherkunft – egal“ finde ich deshalb menschenverachtend.

Die nicht durchgeführten Abschiebungen von notorischen Straftätern, selbst von denen, die schwere Verbrechen begehen, sind einfach auf den Punkt zu bringen. Wir werden Zeitzeugen von gesellschaftlichen Zerfallsprozessen. Verantwortungsbewusste Sozialwissenschaftler sprachen davon bereits vor der Flüchtlingskrise 2015. Die Flüchtlingswelle, die ungefilterte Einwanderung, die oftmals anzutreffende Unfähigkeit bzw. der mangelnde Wille, kriminelle Ausländer abzuschieben, sind nur der Katalysator. Die EU sprach davon, bei den Abschiebungen hart durchzugreifen. Prompt vernehme ich, unsere Innenministerin Faeser ist dagegen. Dezidiert kann hier Ideologie über das Recht und den gesellschaftlichen Frieden gestellt werden. Da hilft auch die gebetsmühlenartige undifferenzierte Parole nichts, dass die Kriminalität sinken würde. Bei deutlich weniger jungen Männern als vor vielen Jahrzehnten ist das alles andere als unnormale. Das ist ohnehin eine reine statistische Erhebung des polizeilich bekannten Hellfeldes, jedoch ausdrücklich nicht die Lebensrealität. Wohin die Reise weitergehen könnte, haben uns des Weiteren die vielen Ausschreitungen in Frankfurt, Stuttgart und Berlin gezeigt.

Steffen Meltzer ist Autor des Buches „Ratgeber Gefahrenabwehr: So schützen Sie sich vor Kriminalität – Ein Polizeitrainer klärt auf“

Lützerath: Unheilige Allianz der „Klima-Aktivisten“ mit Antisemiten

Die Klima-Proteste in Lützerath waren geradezu ein Lackmustest für den Rechtsstaat. Gewaltbereite mit der euphemistischen Bezeichnung „Aktivist“ nur unzureichend charakterisierte Gesetzesbrecher übten lautstark den Schulterchluss mit Linksextremen und überzeugten Antisemiten. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Umwelt- und pseudo politischen Organisationen mit einschlägigen Akteuren der linksextremen Szene zeigt den Grad der erheblichen Radikalisierung der gewalttätig missionierenden Klima-Religion. Bezeichnenderweise tauchte bei einem „offenen Spaziergang“ mit der grünen Gallionsfigur und Familienangehörigen des steinreichen Reemtsma-Zigaretten-Clans Luisa Neubauer die Flagge eines nicht existierenden Staates „Palästina“ auf. Faschismus ist nicht immer braun, Faschismus kommt in Deutschland häufig und zunehmend in Grün daher. (JR)

Von Deborah Ryszka

Idealisten sind immer gefährlich. Der Ökonom und Politiker, Joseph A. Schumpeter fasste es pointiert zusammen: „Es gibt nicht nur den einen Feind der Menschheit – den geistig Minderbemittelten –, es gibt noch einen anderen, den Idealisten.“ Ob die Klimaschutz-Aktivistinnen zur ersten Kategorie gehören, sei einmal dahingestellt.

Feststeht jedenfalls: Klimaschutz-Aktivistinnen sind Idealisten. Das macht sie so gefährlich. Denn für sie hat die Rettung des Klimas höchste Priorität. Ohne Rücksicht auf Kollateralschäden. Für sie ist das Klima sogar wichtiger als der Mensch. So nehmen die Klimaschutz-Aktivistinnen für die Rettung des Klimas in Kauf, dass die soziale Ungleichheit zunimmt. Das ist das Ergebnis von zwei Befragungen, durchgeführt von der Universität Konstanz, während der Fridays-for-Future-Demonstrationen in Konstanz 2019. 73 Prozent der Befragten stimmten einer CO₂-Steuer in Höhe von 180 € pro Tonne zu, sofern die soziale Ungleichheit „kaum größer“ ausfalle. Satt 53 Prozent stimmten dieser Aussage zu, auch wenn die soziale Ungleichheit „deutlich größer“ werde. Dass es einem so großen Prozentsatz gleichgültig ist, knapp einem Drittel der Bevölkerung, den existentiellen Boden unter den Füßen zu entziehen, ist beunruhigend. Wie es der französische Wirtschaftswissenschaftler, Thomas Piketty, in „Eine kurze Geschichte der Gleichheit“ formuliert: „Für die ärmsten 20% oder 30% bleibt der Begriff des Vermögens recht abstrakt: Manche haben nur Schulden, andere bestenfalls ein paar Tausend Euro auf dem Konto oder Sparbuch“. Kaum auszumalen, wie es heutzutage mit steigender Inflation und Energiekosten aussehen mag.

Antisemitismus bei FFF

Den Klimaschutz-Aktivistinnen scheint es nicht die Bohne zu interessieren. Ebenso wie den Antisemitismus, der in den Reihen der Fridays-for-Future-Bewegung die Runde macht. In aller Offenheit rufen Aktivistinnen zum Kampf gegen den „israelischen Neokolonialismus“ auf. Zum „Free Palestine Day“ im letzten Jahr twiterte „Fridays-for-Future-International“: Heute ist ‚Free Palestine Day‘. Heute gedenken wir aller palästinensischen Opfer des israelischen Neokolonialismus und der Apartheid. Heute denken wir auch an all die Heuchler, die das Leid der Palästinenser seit Jahrzehnten ignoriert haben. Wir sind traurig und wütend. Der Kampf geht weiter ¡viva Palestine libre! Doch das ist nicht alles. Bei den Demonstrationen im nordrhein-westfälischen Lützerath schwenkten Klimaschützer die „palästinensische“ Flagge.

Es ist eine absonderliche Mischung. Sie verdeutlicht dennoch, wie im Grunde menschenfeindlich die Klim-



Luisa Neubauer ist die Gallionsfigur der FFF-Bewegung in Deutschland

abewegung ist. Schaut man sich die soziale Zusammensetzung der Aktivistinnen an, wird diese Menschenverachtung verständlich. Laut einer wissenschaftlichen Untersuchung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) im Jahre 2019 setzten sich die Klimaschutz-Aktivistinnen wie folgt zusammen: 71,8 Prozent der Aktivistinnen sind Schüler (fast alle Gymnasiastinnen) oder Studentinnen, insgesamt 87 Prozent besitzen die Fachhochschulreife oder streben diese an. Mehr als 50 Prozent der Aktivistinnen zählt sich selbst zur oberen Mittelschicht oder Oberschicht. Dass es sich demnach bei der Klimabewegung, um eine Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft handele, ist purer Unsinn. Hingegen stimmt: es ist eine Bewegung der Privilegierten. Genau das bestätigt auch der junge Clemens Traub, ehemaliger Klimaschutz-Aktivist, der seinen ehemaligen Mitstreitern einen fehlenden Bezug zu den realen Problemen der breiten Bevölkerung attestierte.

Links-grüne Eliten-Bewegung

Schaut man sich die Köpfe der deutschen Fridays-for-Future-Bewegung an, bestätigt sich diese Diagnose. Luisa Neubauer, das bekannteste Gesicht der deutschen Klimaschutz-Bewegung, stammt nicht nur aus der wohlhabenden Reemtsma-Familie, Neubauer ist auch Parteimitglied der Grünen. Neubauers Cousine, Carla Reemtsma, engagiert sich ebenfalls bei Fridays-for-Future. Der dritte einigermaßen öffentlich Bekannte im Bunde, Jakob Blasel, ist auch Mitglied der Grünen. Klimaschutz-Aktivistinnen übernehmen vermeintlich Verantwortung. Verantwortung für das

Klima, Verantwortung für die Gesellschaft. De facto ist jedoch Verantwortung in ihrer Bedeutung gleichbedeutend mit „Verantwortung für uns selbst“. Andernfalls würden sich die Aktivistinnen für die Probleme des unteren Drittel der Bevölkerung, oder zumindest der unteren Hälfte, engagieren, die da etwa wären: Wohnungsnot, niedrige Löhne und prekäre Arbeitsplätze. Weil jedoch Klimaschutz-Aktivistinnen überwiegend im Eigeninteresse handeln, sind ihnen diese Probleme einerlei.

Weil es sich, ohne jeglichen Zweifel, bei Fridays-for-Future um eine links-grüne Eliten-Bewegung handelt, spiegeln ihre Mitglieder sehr gut die Einstellung ihrer Eltern wider. Diese besetzen zu einem großen Teil Professoren-Stühle, Redaktionen und Kultureinrichtungen. Das erklärt das mediale Dauerfeuer, nebst Sympathien aus dem wissenschaftlichen und kulturellen Bereich für den Umwelt- und Klimaschutz.

Es erklärt auch, dass Klimaschutz-Skeptiker als „populistisch“ oder „rechts“ bezeichnet werden. Gleiches gilt für alle anderen Positionen, zumeist Positionen der Mehrheitsbevölkerung, die den links-grünen elitären Einstellungen diametral entgegenstehen. Wie etwa die Frage nach der Notwendigkeit von Zuwanderung oder eine kritische Einstellung zur Gendersprache. Michael J. Sandel, Professor für Politische Theorie an der Harvard University und bekannter Verfechter des Kommunitarismus, schreibt in seinem Buch „Vom Ende des Gemeinwohls“: „In den USA und in Europa ist die Verachtung gegenüber Ungebildeten stärker ausgeprägt, oder wird zumindest eher zugegeben als Vorurteile gegenüber anderen benach-

teiligten Gruppen“. Darüber hinaus rezipiert er eine Umfrage aus den Niederlanden, Großbritannien und Belgien. Hierbei kam heraus, dass bei Befragten mit Uni-Abschluss die Abneigung gegenüber Ungebildeten am stärksten ausgeprägt war. Die Autoren kommen unter anderem zu folgendem Schluss: Sie zweifeln an der moralischen Aufgeklärtheit und Toleranz gesellschaftlicher Eliten. „Außerdem sind den Eliten ihre Vorurteile nicht peinlich. Rassismus und Sexismus mögen sie anprangern, aber was ihre negativen Einstellungen gegenüber geringer Gebildeten angeht, haben sie kein schlechtes Gewissen.“

Diskrepanz zwischen Worten und Taten

So viel zum verzerrten Selbstverständnis vieler Angehöriger links-grün privilegierter Schichten. Dieses moralische Armutszeugnis bestätigt auch eine Befragung aus Großbritannien, die der Klima- und Umweltsoziologe, Tobias Rüttenauer, und seine Mitarbeiter vom University College London durchführten. Seit 2009 befragten sie hierzu zehn Jahre knapp 40.000 Personen. Ihr Ergebnis: Das Bewusstsein für den Klimaschutz ist zwar vorhanden, das eigene Verhalten zum Wohl der Umwelt zu verändern, ist jedoch zu mühselig. Das gilt auch für junge Leute, die ihr umweltschädliches Verhalten nicht ändern.

Der Spitzname für Neubauer, Langstrecken-Luisa, zeugt von dieser Diskrepanz zwischen Worten und Taten. Während sie sich für das Klima engagieren, sollen bitteschön die anderen die „Suppe auslöffeln“. Das zeigt sich auch im Umgang mit antisemitischen Kräften innerhalb der Klimaschutz-Bewegung. Einerseits distanziert sich Fridays-for-Future von jeglichen antisemitischen Kräften in den eigenen Reihen. Zumindest wörtlich. In der Praxis schwenken Umweltaktivistinnen die „palästinensische“ Flagge, wie jüngst in Lützerath, oder sie twitern antisemitische Parolen. Verbote und Verzichte, wie etwa ein Tempo-100-Limit auf Autobahnen oder eine Emission-Reduktion in Deutschland und Europa auf Kosten von Energiesicherheit und Wohlstandverlust, obwohl die größten CO₂-Treiber China, Indien und Nordamerika sind, sprechen auch nicht gerade für die Aktivistinnen. Antisemitische Stimmen werden ebenso geduldet, wie die Verelendung breiter Massen. Konstruktive, sozial verträgliche Lösungsvorschläge sucht man vergeblich. Anders gesagt: Die Klimaschutz-Bewegung ist eine Bewegung der Menschenverachtung. Schumpeter hatte Recht. Idealisten mit ihrer Einseitigkeit und Blindheit sind gefährlich. Quod erat demonstrandum.

Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, Doktorandin der Philosophie und freie Publizistin.

Nun muss auch Preußen weichen: Die grüne Verbotspartei steht für Cancel Culture und ein verzerrtes Geschichtsbild

Die Grünen tun sich ganz offensichtlich schwer mit dem kulturellen Erbe Deutschlands. Erst benennt die außenpolitische Fehlbesetzung Annalena Baerbock das „Bismarck-Zimmer“ im Auswärtigen Amt in „Saal der deutschen Einheit“ um, obwohl gerade auch die Grünen strikt gegen die Wiedervereinigung waren. Nun lässt sie auch noch das Portrait des preußischen Fürsten abhängen. Jetzt will Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz umbenennen. Viele Museen und Kultureinrichtungen sind unter dem Dach der Stiftung gebündelt, sie ist zu einer essentiellen Institution unseres Landes geworden. Nun nimmt die alles andere als kompetente Kulturstaatsministerin Anstoß am Namen „Preußen“. Dieser bringe nicht „die Weltläufigkeit der Kulturgüter zum Ausdruck“, so die grüne Fehlbesetzung im Amt. Besser zu Gesicht gestanden hätte Claudia Roth, wenn sie sich mit einem Bruchteil ihres kulturfeindlichen Engagements, das sie nun an den Tag legt, dafür eingesetzt hätte, die jüdenfeindlichen indonesischen Aussteller auszubremsten und den antisemitischen Eklat bei der Documenta zu verhindern. (JR)

Von Ronald G. Asch/
Tichys Einblick

Die Bundesregierung will offenbar Preußen endgültig aus der offiziellen historischen Erinnerung tilgen. Aber wie verträgt sich das mit der heute beschworenen Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik? Achtung: In diesem Text ist Ironie von Realsatire kaum zu unterscheiden.

Die gegenwärtige Bundesregierung wird oft heftig kritisiert und offenbar, das zeigen neueste Umfragen, nimmt das Vertrauen der sonst ja sehr folg-samen und vertrauensseligen Deutschen in die Regierung auch rasant ab. Das ist sehr zu bedauern und in vieler Hinsicht auch ganz ungerecht, wenn nicht gar staatszersetzend, wie uns der Verfassungsschutz warnen wird, denn zumindest in einer Hinsicht übertrifft diese Regierung alle ihrer Vorgänger: Sie besitzt einen ausgeprägten Sinn für Humor.

Nur so konnte man die Besetzung des Verteidigungsministeriums mit einer Frau wie Christine Lambrecht erklären, und ja, diese Personalentscheidung ist wirklich ein voller Erfolg gewesen. Die jüngste Neujahrsprache der Ministerin hat international Lachstürme ausgelöst; das ist so noch kaum einer Vorgängerin gelungen und hat wohl auch zu ihrem Rücktritt beigetragen. So ist es nur fair, diesem großen Erfolg auch einmal Tribut zu zollen, und damit als Bürger seine Verfassungstreue und Loyalität unter Beweis zu stellen. Diese Regierung versucht uns in düsteren Zeiten wenigstens zu unterhalten, um die Stimmung zu heben, und das gelingt ihr ja am Ende auch oft.

Einen Sinn für Selbstironie und einen Hang zur Realsatire verrät aber auch die Ernennung von Claudia Roth zur Kulturstaatsministerin. Leider hat sie anders als Frau Lambrecht während ihrer Amtszeit keinen Milliardenetat zu verwalten, sie muss also auf andere Weise als die ehemalige Verteidigungsministerin die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen. Das freilich gelingt ihr dann doch gelegentlich, so jüngst mit dem Vorschlag, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz umzubenennen. Sicher versuchte sie damit auch Anschluss zu gewinnen an Frau Baerbock, die im Auswärtigen Amt bereits Bismarck entsorgen will, einen anerkannten Reaktionär, Bösewicht und finsternen borussischen Machtpolitiker, der sich angeblich im kleinen Kreis in den 1880er Jahren auch sehr abfällig über das damals noch ganz neue und, wie manche meinen, sogar von der englischen Königin Viktoria vertretene Konzept der feministischen Außenpolitik geäußert haben soll.



Kulturstaatsministerin Claudia Roth will die Stiftung Preußischer Kulturbesitz umbenennen.

Allerdings, die Umbenennung eines Konferenzsaales und das Abhängen eines Bildes, das sind vergleichsweise Banalitäten. Die Stiftung preußischer Kulturbesitz verwaltet immerhin

bestimmenden Kräfte in der Bonner Republik waren ja gerade diejenigen, die in Preußen zumindest vor 1918 marginalisiert worden waren, der politische Katholizismus, der das eigentli-

ders und während unmittelbar nach der Wiedervereinigung auch Politiker aus den Reihen der SPD vorsichtig versuchten, die Erinnerung an das untergegangene Preußen wachzuhalten und in das aktuelle Geschichtsbild einzubauen, sind diese Zeiten heute definitiv vorbei.

Natürlich ist die Erinnerung an Preußen in unterschiedlichster Weise durch historische Mythen geprägt. Für die negativen stehen zum Beispiel die Schlagworte Untertanengeist, Militarismus und Junkertum, für die positiven Disziplin, Fleiß, eine effiziente und korruptionsfreie Verwaltung und „Mehr sein als Scheinen“, aber auch konfessionelle Toleranz. Beide Mythen, die negative und die positive Geschichtserzählung, haben erhebliche Schwachstellen. Wie etwa der amerikanische Historiker William Hagen gezeigt hat, waren die erbuntertänigen Bauern der Mark Brandenburg im 18. Jahrhundert, besonders nach 1763 durchaus bereit, sich vor Gericht auf Konflikte mit den Guts-herren einzulassen und konnten diese unter Umständen, wenn ein ganzes Dorf zusammenlegte, auch finanziell ruinieren. Fügsame Untertanen waren diese Bauern nicht unbedingt.

Umgekehrt muss aber auch die preußische Toleranz mit Skepsis betrachtet werden, denn mit der Aufnahme der

„ „ Preußen adé – Freuen wir uns auf eine grün gereinigte historische Erinnerung. “

weltbekannte Kunstsammlungen und das alte Preußische Geheime Staatsarchiv. Im Vergleich zur Entsorgung Bismarcks wäre eine Umbenennung da schon ein echter Paukenschlag, wobei man freilich auf den neuen Namen gespannt sein kann. Der Name „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ ist ja leider schon vergeben, sonst würde er sich sicher anbieten und Berlin-Brandenburgische Kulturstiftung klänge ein wenig trivial, zu wenig programmatisch.

Die Bundesrepublik tat sich mit dem preußischen Erbe immer schwer

Wie man einräumen muss, tat sich schon die alte, Bonner Bundesrepublik mit dem preußischen historischen und kulturellen Erbe recht schwer. Die

che Fundament der CDU besonders in den Anfangsjahren der Bundesrepublik darstellte, und die Sozialdemokratie, wobei man freilich nicht vergessen darf, dass zwischen 1919 und 1932 der Freistaat Preußen fast durchgehend von der SPD regiert wurde.

Es fiel der Bundesrepublik vor 1989 andererseits leichter, die Institutionen, die an das alte Preußen, das die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg als Staat förmlich aufgelöst hatten, zu tolerieren, weil Einrichtungen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ihren Sitz ohnehin in Westberlin hatten, das dem westdeutschen Staat wegen seines Besatzungsstatuts nur mit Einschränkungen als Bundesland angehörte. Das ist heute, da Berlin nun mal leider die deutsche Hauptstadt ist, natürlich an-

vertriebenen Hugenotten in den 1680er Jahren versuchte der Große Kurfürst gerade jene konfessionelle Minderheit zu stärken, der er selber angehörte, und im Übrigen ließ auch das Reichsrecht den Hohenzollern nach 1648 kaum eine andere Wahl, als Besitzstände der Lutheraner und in einigen Provinzen auch die der katholischen Kirche, wenn auch zum Teil widerwillig zu respektieren. Ein Zeichen toleranter Gesinnung war das nicht unbedingt. Das mochte sich mit Friedrich II. d. Gr. ändern, der freilich Agnostiker war, und dem daher die konfessionellen Unterschiede eher gleichgültig waren, auch wenn auf einer persönlicher Ebene seine Abneigungen gegen den Katholizismus sicher größer als gegen den Protestantismus war.

Preußen war eine europäische Großmacht und Keim des deutschen Nationalstaates – das macht seine Geschichte heute inakzeptabel

Aber das sind Details, die Frau Roth gänzlich unbekannt sein dürften; würde sie mit ihnen konfrontiert, würde sie sie als irrelevant vom Tisch wischen. Das eigentliche Problem, das die preußische Geschichte für die heutige politische Klasse darstellt, ist ein ganz anderes: Brandenburg war das einzige deutsche Territorialfürstentum, dem es unter seinen Herrschern gelang, zur europäischen Großmacht aufzusteigen. Sicher, die bayerischen Wittelsbacher und zum Teil auch die sächsischen Wettiner waren lange ähnlich ehrgeizig wie die Hohenzollern, und besaßen anfänglich eine bessere Ausgangsposition, aber namentlich die Wittelsbacher scheiterten mit ihren Versuchen, sich im Bündnis mit Frankreich in der Konkurrenz zum Haus Habsburg als bedeutende europäische Dynastie zu etablieren, immer wieder.

Die Habsburger selbst wiederum nahmen spätestens seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts durch

ihren kontinuierlich durchgesetzten Anspruch auf die Kaiserwürde und durch ihre erfolgreiche Heiratspolitik, die ihnen unter anderem 1477 das burgundische Erbe einbrachte, eine Sonderstellung ein. Ihre Besitzungen reichten schon im frühen 16. Jahrhundert weit über die Grenzen des Reiches hinaus und trugen einen multiethnischen Charakter, während Brandenburg-Preußen als Staat in seiner ganzen Ausrichtung provinzieller, aber eben auch stärker auf seine deutschen Kernlande fokussiert blieb, jedenfalls vor dem Ausgang des 18. Jahrhunderts und erneut nach 1815, nachdem ein großer Teil der in den 1790er Jahre annektierten polnischen Gebiete verloren gegangen war. Von daher war Brandenburg-Preußen der einzige deutsche Fürstenstaat, dem es gelang, Aufnahme in das Konzert der europäischen Großmächte zu finden.

Dass dieser Aufstieg zumindest phasenweise, wie nach 1740 und erneut zwischen 1864 und 1871 mit einer rücksichtslosen Machtpolitik einherging, ist nicht zu leugnen, aber das Gleiche galt natürlich für die etablierten Großmächte wie Frankreich oder England, aber auch für einen anderen Aufsteiger, Russland. Nur, was man in Deutschland nach 1945 bereit war, den anderen Großmächten nachzusehen, bis hin zur imperialen Expansion außerhalb Europas, das vergab man Preußen nicht, weil man eine Projektionsfläche für die Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte im frühen 20. Jahrhunderts und ihre vermeintlichen historischen Wurzeln suchte. Soweit die Bonner Republik sich überhaupt auf eine weiter zurückreichende historische Tradition in ihrem Selbstverständnis bezog, war es eher die Geschichte des „Dritten Deutschlands“, der mittleren und kleineren Territorien, die zwischen Preußen und der Habsburgermonarchie standen. Hier schien eine beschauliche

Gemütlichkeit sich mit kulturellem Glanz und relativem Wohlstand zu verbinden.

Die Realität sah natürlich in Wirklichkeit im späten 17. und im 18. Jahrhundert oft anders aus, zumal auch vielen mindermächtigen Dynastien militärische Ambitionen und machtpolitischer Ehrgeiz keineswegs fehlte, aber immerhin konnte man Fürstentümern wie Hessen-Kassel oder gar Reuß-Greiz ältere Linie – das erst in jüngster Zeit durch den gefährlichen Reußenputsch in Misskredit geriet – nicht vorwerfen, nach der Vorherrschaft in Europa zu streben, und von daher waren sie ein ideales Vorbild für die Bonner Republik, die bewusst als machtpolitisch harmlos erscheinen wollte und sich daher politisch auch immer kleiner machte als sie war.

Das Bemerkenswerte ist freilich, dass die Berliner Republik nach 1989 diese Linie fortsetzte und im Grunde genommen noch steigerte, indem sie aus der Bundeswehr eine reine Operettenarmee werden ließ und auch sonst ganz auf Appeasement setzte. Diese Entscheidung für eine bewusste Wehrlosigkeit erscheint im Rückblick und angesichts der Ukraine-Krise allerdings als hochproblematisch. Es entbehrt dabei nicht einer gewissen Ironie, dass es gerade die Grünen sind, die seit dem Februar letzten Jahres besonders laut eine Zeitenwende und eine neue Sicherheitspolitik, die auch den Ernstfall einkalkuliert, fordern und auch für die stärkere Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf eintreten. Sie scheinen nicht zu begreifen, dass eine Bundesrepublik, die alles Preußische dämonisiert und sich dann konsequenterweise vor allem als gemüthlicher Kleinstaat sieht, der sich bedingungslos auf dem Schutz durch andere Mächte verlässt, wohl kaum ein affirmatives Verhältnis zu aktiver Sicherheitspolitik oder zum Militärischen entwickeln wird.

Natürlich können der ruhmstüchtige Hasardeur Friedrich d. Gr. oder der Machtpolitiker Bismarck keine Vorbilder für heutige deutsche Außenpolitik sein, das sollte jedem klar sein. Aber ebenso richtig ist, dass die pauschale Ablehnung Preußens und seines Erbes oft mit einem expliziten Pazifismus oder zumindest Anti-Bellizismus einhergeht. Man sieht die Bundesrepublik sicherheitspolitisch eben doch eher als erfreulich machtlosen Duodezstaat und genießt die eigene Ohnmacht geradezu.

Will man diese Haltung ändern, dann wäre eine differenzierte Betrachtung der deutschen und preußischen Geschichte vor 1900 zumindest hilfreich. Das würde freilich voraussetzen, dass man überhaupt historisch denkt, was die meisten Politikerinnen der Grünen natürlich dezidiert ablehnen, es sei denn, es ginge darum, eine deutsche Schuldbilanz, etwa bei der kolonialen Expansion in Afrika oder sonst irgendwo zu erstellen. Unter diesen Umständen wird freilich auch die vielbeschworene Zeitenwende in der Sicherheitspolitik mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern.

Profitieren von der Verfestigung des antipreußischen Geschichtsbildes werden auch Bundesländer wie Berlin. Gerade weil es mal preußische Hauptstadt war, stellt Berlin den perfekten Gegenentwurf zu allem dar, was man mit Preußen irgendwie assoziieren könnte. Chaos und administrative Ineffizienz, aber auch die ständige institutionalisierte Revolte gegen den Staat und seine Vertreter sind hier mit Erfolg zu einer höheren Kunst entwickelt worden, und in einer solchen Stadt hat dann vielleicht eine Stiftung, deren Name an Preußen erinnert, wohl wirklich keinen Platz mehr, wenn der Name nicht einfach nur noch als Vorwurf an die Gegenwart oder als reiner Witz wirken soll. Von daher liegt dann Frau Roth mit ihrem „Weg damit“, vielleicht doch nicht ganz falsch.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau



COUPON
ABO-
BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)
- 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Die große Transformation: Der marxistische Marsch durch die Institutionen

Der neomarxistische Gesellschaftsumbau und sein gezielter „Marsch durch die Institutionen“ begann vor Jahrzehnten – eine Transformation, an deren Ende eine kapitalfreie Kollektivgesellschaft „gleicher“ statt gleichberechtigter Menschen stehen soll. Bewährte Instrumente dafür sind u.a. die kontinuierliche Absenkung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus oder die Durchsetzung der sogenannten „Klimaschutzverträge“, die den Unternehmen in vorgegeblicher Freiwilligkeit aufgezwungen werden und die Großindustrie in ein faktisch planwirtschaftlich gelenktes System zwingen. (JR)

Von Thomas Spahn/Tichys Einblick

Rudi Dutschke war Vordenker des Marschs durch die Institutionen. 50 Jahre nach der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds ist sein Konzept verwirklicht. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ließ das Bürgertum in Dornröschenschlaf fallen. Keiner wehrt sich.

Sie haben dazugelernt. Träumten die Marxisten 1968 noch davon, in Lenin-Nostalgie einen Staat in Form einer, wie sie es nannten, „Revolution“ zu übernehmen, so wurde deren Vordenker seit Alfred Willi Rudi Dutschke zunehmend bewusst: Eine Wohlstandsgesellschaft ist nur zu knacken, indem man sie von innen heraus zerstört. Das Wort vom „Marsch durch die Institutionen“ war geboren. Dabei galt es, jede Chance zu ergreifen, um die Schritte zum angestrebten Ziel unumkehrbar zu machen. Der marxistische Gesellschaftsumbau begann über sogenannte Graswurzelbewegungen, die zu meist mit Einzelzielen in die Gesellschaft hineinwirkten. Die Marxisten erkannten, dass die Okkupation der an die Wandervogelbewegung im Deutschen Reich erinnernden Ökobewegung in der breiten Bevölkerung deutlich mehr Wirkkraft entfalten würde als jenes pseudointellektuelle Theoretisieren der 68er, das am Volk schlicht vorbeilief. Die frühen 1980er waren geprägt von der Übernahme der konservativromantisierenden Ökologiebewegung durch vor allem maoistisch geschulte Neomarxisten. Sie verknüpften Umweltschutz mit Atomangst, mobilisierten über einen an die Ökobewegung angelehnten, technikfeindlichen Kurs jene Aversion gegen den Fortschritt, die an der Startbahn West, bei Kernkraftwerken und Kohleförderung sowie während der Transporte zu den Brennstablagern im Wendland jene öffentlichen Bilder erzeugte, in deren Rahmen verunsicherte Bürgerkinder ein erstes kollektives Wir-Gefühl mit einer vermeintlich „progressiven“ Bewegung finden konnten.

An Schulen und Hochschulen übernahmen Zöglinge der 68er-Bewegung die Regie. Statt jedoch bisher Benachteiligte auf den hohen Anspruch des bürgerlichen Bildungsideals zu heben, senkte das Ziel eines „Abiturs für alle“ kontinuierlich das Bildungs- und Ausbildungsniveau. Es ist ein Vorgang, der bis heute nicht abgeschlossen ist und der einen neuen Höhepunkt in der Forderung findet, dass naturwissenschaftliche Fächer wie Mathematik „entkolonialisiert“ werden müssten. Kurz: Nullniveau statt Anspruch, weil europäische Wissenschaft angeblich die Ursache der gefühlten Unterdrückung der globalen Massen durch weiße Eliten sei.

Marxistische Übernahme der Medien

Parallel dazu erfolgte die Übernahme der als Kampfinstrument des Bürgertums gegen staatliche Pression entstandenen Medienwelt durch Vertreter des



Wirtschaftsminister Robert Habeck ist Anhänger der „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“.

marxistischen Systemumbaus. Das frühere Leitmedium „Der Spiegel“ und seine kleine Konkurrenz „Stern“, ohnehin bereits entzaubert durch die Hitler-Tagebücher, übernahmen die Avantgarde des „Haltungs“-Propagandismus. Selbst die publizistischen Bollwerke des Bürgertums, einst angesiedelt im Axel-Springer-Verlag und bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, öffneten die Gesinnungspolizisten nach. Das Bürgertum

sondern in der bereits in den 1970ern begonnenen Unterwanderung der Sozialdemokratie und der finalen Übernahme der Ökobewegung durch Neomarxisten. Als der dem linken antirevisionistischen Flügel zugerechnete Sozialdemokrat Gerhard Schröder 1998 mit den Alt-Maoisten von Bündnis 90/ Die Grünen die Bundesregierung übernahm, konnte der in der Dutschke-Tradition stehende Vordenker Jürgen Trittin nach der bereits erfolgten

mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz final zur neomarxistischen Neuinterpretation des Grundgesetzes. Zum einen definierte es in der Verfassungstradition seit 1871 den Aufbau des Staates als föderalistischen Bund deutscher Länder und schrieb dabei die jeweiligen Aufgaben der staatlichen Institutionen nebst verfassungssichernder Kontrollfunktionen zwischen Legislative, Exekutive und Judikative fest. Zum anderen beschrieb es nach den Erfahrungen mit der Diktatur sehr dezidiert die Rechte des Bürgers gegen den Staat als individuelle Freiheits- und Schutzrechte vor der möglichen Übergriffigkeit staatlicher Organe. Das Grundgesetz von 1949 ist vor allem anderen ein Schutzrecht des Bürgers vor dem Staat, wobei es der juristischen Logik folgend den Bürger als real existierendes Individuum begreift, dessen individueller Schutzanspruch im Rahmen des Grundgesetzkatalogs mit absolutem Vorrang vor staatlichen Forderungen und Missbräuchen zu gewährleisten ist. Hierzu richtete das Grundgesetz eine unabhängige Judikative ein, an deren Spitze das Bundesverfassungsgericht steht, dessen vornehmste Aufgabe dieser Individualschutz des Bürgers vor dem Staat ist. Auch die Gründung eines Bundesamts für Verfassungsschutz im Jahr 1950 war darauf ausgerichtet, dass dieses zwar die Aufgabe hat, das Gemeinwesen vor Bestrebungen zu schützen, die auf eine gewaltsame Überwindung der Verfassungsgrundsätze von 1949 zielen, dabei jedoch in der Pflicht steht, ebendiese Aufgabe auch dann wahr-

„ Der Verfassungsschutz ist kein Staatsschutzorgan, sondern soll die Bürger gegen staatliche Übergriffigkeit verteidigen. “

selbst schaute dieser Entwicklung hilflos zu. Ob in den Öffentlich-Rechtlichen oder in privaten Medienhäusern – Liberale und Konservative hatten keine wahre Heimat mehr. Schon die Regierung Kohl, die angetreten war, die nach links gerückte Republik „politisch und moralisch“ zu erneuern – also auf einen liberal-bürgerlichen Kurs zurückzuführen – prallte auf eine Front marxistischer Gegenwehr und scheiterte zuletzt, gleichsam als Paradoxon der Geschichte, an der Vereinigung der immer noch gefühlt bürgerlichen BRD mit der sozialistisch durchwirkten DDR.

Während sich die Liberalen und Konservativen an ihrem Pyrrhussieg berauschten, wirkten linksextreme Bestrebungen erfolgreich nicht nur in der SED-Nachfolgepartei der orthodoxen Marxisten,

Unterwanderung des Bildungs- und des Medienbereichs die entscheidende Weiche stellen, um den angestrebten Umbau der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Kollektivsystem abzusichern.

Grundgesetz neu interpretiert

Das entscheidende Instrument war das sogenannte Verbandsklagerecht, das 2002 durchgesetzt wurde. Ursprünglich als Anspruch anerkannter Umweltverbände definiert, einen Klageweg für virtuelle und kollektive Betroffenheit anstelle der persönlichen zu beschreiten, erweiterte sich der Anspruch kontinuierlich und schuf nicht nur die Grundlage für räterepublikanische Strukturen durch die Gründung und Finanzierung von Vereinen und Verbänden, sondern führte im März 2021

zunehmen, wenn die im Grundgesetz definierten Bürgerrechte durch staatliche Organe bedroht werden.

Der Verfassungsschutz ist ausdrücklich kein Staatsschutzorgan, sondern steht im Auftrag des Bürgers, dessen verfassungsmäßige Rechte er notfalls auch gegen staatliche Übergriffigkeit zu verteidigen hat. Dieses seit 1848 erkämpfte Bürgerrecht auf vom Staat nicht zu gängelnde Selbstverwirklichung des Einzelnen steht jedoch in unüberwindbarem Gegensatz zu den marxistischen Vorstellungen eines vom Kollektiv der ursprünglich niederen Stände totalitär geführten Gemeinwesens. Individuelles Freiheitsrecht gebiert gesellschaftliche Ungleichheit, da es auf Leistungsorientierung aufbaut und individuelle Vorteile durch rechtmäßig erworbenen Besitz nicht nur toleriert, sondern als selbstverständlich erachtet – der Unions-Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ war deutlich mehr als eine Parole.

Bürgerliches Selbstbewusstsein

Gleichwohl stand mit der Sozialgesetzgebung seit Bismarck bereits der Sozialstaatsgedanke im Mittelpunkt des Gemeinwesens, der dem weniger Leistungsfähigen zulasten der Leistungsfähigen sowohl individuelle Entfaltung als auch politische Partizipation garantieren sollte. Da dieser Sozialanspruch, von Ludwig Erhard als Soziale Marktwirtschaft zur Grundlage eines modernen Bürgerstaats in Abgrenzung zum sozialistischen Kollektivstaat entwickelt, den Wohlstandsunterschied zwischen „oben“ und „unten“ zulässt, verletzt er eine Grundanforderung des marxistischen Weltbilds. Jedes marktwirtschaftliche Modell fordert den Bürger in seiner Entfaltung durch Eigenleistung und schafft dadurch jenes bürgerliche Selbstbewusstsein, das staatlichen Institutionen aus guten Gründen kritisch gegenübersteht.

Die neomarxistische Transformation, an deren Ende eine kapitalfreie Kollektivgesellschaft „gleicher“ statt gleichberechtigter Mitglieder mit zudem identischem Glücksanspruch steht, lässt jenen Individualismus hinter sich, welcher notwendig den gesellschaftlichen Erfolg auf der naturgegebenen Ungleichheit der Menschen aufbaut. Sie ersetzt die individuelle Lebensentscheidung nebst persönlicher Verantwortung durch das kollektivistische Gesellschaftsziel. Aktuelles Beispiel der Transformation ist die vorgeblich alternative Verstaatlichung von Schlüsselun-

ternehmen der Grundversorgung (Uniper). Anders als noch im real existierenden Sozialismus erfolgt die Transformation des Marktes außerhalb der Schlüsselindustrien ohne formelle Verstaatlichung, sondern orientiert am Weg der aus dem Nationalsozialismus bekannten Gleichschaltung einer Wirtschaftsaktion – indem die politische Führung das Ziel wirtschaftlichen Handelns definiert und einfordert sowie zwecks Beschleunigung auch finanziell fördert. Ein aktuelles Instrument ist die Durchsetzung der sogenannten „Klimaschutzverträge“, die den Unternehmen in vorgegeblicher Freiwilligkeit aufgezwungen werden und die Großindustrie in ein faktisch planwirtschaftlich gelenktes System zwingen.

Auf der Strecke bleibt dabei der Mittelstand, der durch die Gängelung über staatliche Zielvorgaben an den Rand seiner Leistungsfähigkeit gebracht wird. Dieses ist durchaus erwünscht, denn die Vertreter des Mittelstands bilden das letztverbliebene Bollwerk bürgerlichen Selbst-

„ Die Demokratie des Grundgesetzes wird abgeschafft und durch einen pseudo-demokratischen Kollektivismus ersetzt. “

verständnisses wider die sozialistische Kollektivgesellschaft. Die Ruhigstellung der unabhängig vom Unternehmensgewinn Lohnabhängigen erfolgt im unteren Lohnsegment über die Gewerkschaften, die unter Vernichtung der Arbeitsplätze durch Planwirtschaft den Übergang in die Gruppe der Sozialstaatsabhängigen organisieren.

Im Hochlohnsegment lassen sich die sogenannten Industrieführer ohne eigene Unternehmensverantwortlichkeit bereitwillig zu leitenden Angestellten degradieren, denen jegliches Lebensrisiko abgenommen ist, solange sie dem Staatszielauftrag gerecht werden.

Unsozial-ökologische Planwirtschaft

Der Ökomarxist Robert Habeck erfand für das Transformationsziel das Schlagwort von der „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“. Ein Wording, das „sozial“ nur insoweit ist, als es die ideologischen Ziele der Neomarxisten erfüllt, und mit „Markt“ im klassischen Sinne von Konkurrenz und Risiko überhaupt nichts mehr zu tun

hat. Vorbild des Gesellschaftsumbaus der Maoisten ist das Wirtschaftsmodell der kommunistisch gelenkten Volksrepublik China. Unverzichtbare staatsrelevante Versorgungsindustrien befinden sich zwecks Absicherung des Gemeinwohls als Grundlage des elitären Führungsanspruchs unmittelbar in staatlicher Hand. Industrien, die darüber hinaus Versorgungs-, Luxus- und Exportgüter produzieren, deren eventuelle Verluste nicht unmittelbar der politischen Führung anzulasten ist, werden als scheinunabhängige Gesellschaften vom staatlich gelenkt. Hierzulande geschieht dies über sogenannte „Verträge“, orientiert an Staatszielen, deren vorgebliche Notwendigkeit sich nach aktuellem politischem Belieben begründen lässt.

Um den revolutionären Gesellschaftsumbau ohne klassische Revolution zu erreichen, kann und muss auf allzu deutlich spürbare und radikale Veränderung des staatlichen Grundgerüsts verzichtet werden. So läuft der Umbau auf Hochtouren und vermeidet, dass die Verfassungsstrans-

formation offenkundig wird. Anders als nach 1933, als eine nach wie vor geltende Weimarer Verfassung schlicht nicht mehr stattfand, gehen die Transformatoren der Gegenwart einen geschickteren Weg. Das Grundgesetz, welches im Widerspruch zur Intention von 1949 spätestens mit dem Beitritt der DDR zur Diskussion und Abstimmung hätte vorgelegt werden müssen, wird nicht stillschweigend außer Kraft gesetzt – und es fällt auch nicht der Nichtbeachtung anheim.

Stattdessen wird es gezielt uminterpretiert und scheinbar im Sinne von Individualrechtsansprüchen gegenüber dem Staat, sprich der Gemeinschaft, ergänzt. Galt beispielsweise der Gleichbehandlungsgrundsatz ursprünglich ausschließlich für das Verhältnis des Staates gegenüber dem Bürger, wird nun daraus ein Individualanspruch, der sich nur noch scheinbar gegen den Staat richtet und stattdessen einen Gesellschaftsumbau durch Umerziehung der Bürger einfordert. Vorgaben wie beispielsweise eine explizite Festschreibung von Kinderrechten – in der Sache überflüssig, da Kinder als Menschen ohnehin

den Schutzstatus des Grundgesetzes genießen – schaffen „dem Staat“ unmittelbare Eingriffsmöglichkeiten in zuvor vor dem Staat geschützte Bürgerrechte. So wird, flankiert durch Gesetzgebungen wie „Ehe für alle“ oder Kita-Anspruch, nicht nur die ursprünglich vom Grundgesetz festgeschriebene, bürgerliche Identität ausgehebelt, sondern die Intention des Grundgesetzes auf den Kopf gestellt. Diente das Grundgesetz ursprünglich dem Schutzanspruch des Individuums vor dem Staat, wird es nun zu einem Instrument des staatlichen Anspruchs gegen den Bürger.

Vom Bürgerschutz zum Staatsschutz

Mit dem Klimabeschluss vom Frühjahr 2021 haben die Verfassungsrichter den bürgerlichen Individualanspruch in Richtung eines Kollektivs verlagert. Darüber hinaus haben sie die Orientierung an real existierenden Personen, den Staatsbürgern, aufgegeben und in einen Rechtsanspruch für noch nicht geborene, künftige Personen umgewandelt. Damit hat die Verfassungsverinterpretation ihren Bezug zum Realen verlassen und sich einer Fiktion des Erwarteten verschrieben – den Herrschaften in den roten Roben darf eine im Sinne des Gesellschaftsumbaus perfekte Planübererfüllung gutgeschrieben werden. Mit diesem Fiktivanspruch eines zur Selbstbestimmung unfähigen Kollektivs gedachter künftiger Generationen kann die neomarxistische Herrschaftselite sicherstellen, dass ihre Überwindung des Grundgesetzgedankens von 1949 nicht nur unangefochten exekutiert und unwiderruflich wird, sondern sogar noch einer Fiktion der Verfassungsmäßigkeit unterliegt. Die große Transformation ist nicht mehr aufzuhalten – bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode werden die Aktivisten ihr Werk dahin vorangebracht haben, dass eine Umkehr unmöglich ist. Die Demokratie des Grundgesetzes wird abgeschafft und durch einen pseudodemokratischen Kollektivismus ersetzt. Der setzt an die Stelle des sozial verantwortlichen Marktmechanismus einen willkürlichen, zentral festgelegten Plan. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hat – 50 Jahre nach seiner offiziellen Auflösung – doch noch gesiegt. Es brauchte dazu die von Dutschke verordnete Beharrlichkeit – und den Zusammenbruch des real existierenden, orthodoxen Sozialismus. Ohne Feindbild fiel das Bürgertum in Dornröschenschlaf.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Silvester-Krawalle: Wie die sogenannte Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes Ferda Ataman muslimische Gewalt relativiert

In der Silvesternacht ist es in mehreren Städten des Landes zu schweren Ausschreitungen durch vorwiegend männliche migrantische Jugendliche gekommen. Allein in Berlin wurden 41 Polizeibeamte und 15 Rettungskräfte verletzt. 145 Personen wurden in Berlin festgenommen, darunter 45 mit deutschem Pass, 27 Afghanen und 21 Syrer – der Rest verteilte sich auf 17 weitere Nationalitäten. Doch anstatt zu hinterfragen, warum die migrantischen Jugendliche zu Gewalt neigen, entrüstet sich die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung Ferda Ataman darüber, dass man den Migrationshintergrund der Täter überhaupt thematisiert. (JR)

Von Collin McMahon

Es dauerte einige Tage, bis Politik und Medien zur Kenntnis nahmen, was auf den zahlreichen Videos im Internet offensichtlich war. Am 3. Januar räumte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) ein, was sich nicht länger leugnen ließ: „Bei den Randalierern hatten wir es offenbar ganz überwiegend mit jungen Männern in Gruppen zu tun, häufig mit Migrationshintergrund.“

Von „Szenen, die an bürgerkriegsähnliche Zustände erinnern haben“, sprach der Bezirksbürgermeister von Neukölln Martin Hikel (SPD), in der Welt: „In einzelnen Fällen wurden Rettungskräfte bewusst in einen Hinterhalt gelockt, um sie dort anzugreifen.“ Dies sei ein „hochkriminelles Verhalten“.

„Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden“, sagte Innenministerin Nancy Faeser am 4. Januar. Die Gewalt müsste Konsequenzen haben – „mit harter Hand und klarer Sprache – aber ohne rassistische Ressentiments zu schüren“, sagte Faeser.

„Ich muss sagen, was sich bisher kein Politiker getraut hat zu sagen: Es handelt sich meistens um Menschen mit Migrationshintergrund, und es handelt sich um Flüchtlinge“, sagte Ahmad Mansour bereits am 2. Januar der Welt. Es gebe offenbar ein „Integrationsproblem“.

Die Täter seien laut Mansour Menschen „die unseren Rechtsstaat ablehnen und ihn als schwach wahrnehmen“. Viele Politiker sähen Ausländer „per se alle als Opfer“, kritisierte Mansour, es gebe „keine Wahrnehmung dafür, dass Integration eine Bringschuld ist von Zugewanderten... Wer Polizisten angreift, begeht einen Angriff auf den Rechtsstaat und verspielt sein Aufenthaltsrecht.“

Andere Ideologie, andere Perspektive

Das beste Beispiel für eine solche Politikerin lieferte die „Anti“-Diskriminierungsbeauftragte des Bundes Ferda Ataman im Gespräch mit Anne Gellinek beim „ZDF Heute Journal“ am 6.1.2023:

„Die Gewalt, die ich auch gesehen habe, die wir beobachten konnten, hat mich schockiert und sehr betroffen gemacht. (...) Hier wurden rote Linien überschritten und das kann man so nicht akzeptieren. Gleichzeitig muss ich sagen, dass ich gerade sehr irritiert bin über die Debatte, die wir führen. Statt darüber zu reden, dass es große Probleme offenbar mit Jugendgewalt gibt (...), reden wir eigentlich seit sechs Tagen darüber, ob man jetzt sagen darf, wie viele der Täter*innen vor Ort einen Migrationshintergrund hatten oder nicht.“

Die offensichtliche Frage, warum die Silvestergewalt hauptsächlich von jungen Männern mit „Migrationsgeschichte“ aus-

ging, wurde für Ataman also das eigentliche Problem.

„Tatsächlich wissen wir überhaupt nicht, ob es eine Mehrheit der Angreifer deutschlandweit ist. Wir warten gerade auf das Lagebild, das das Innenministerium macht. Das, was sie sagen, was wir wissen, ist, dass es in Neukölln eine Mehrheit der Täter*innen war.“

Wie viele „Täterinnen“ Polizisten beschossen und Feuerwehrleute in Fallen lockten, wird vermutlich auch erst vom Innenministerium zu klären sein, denn auf den zahlreichen Videos sind ausschließlich junge Männer zu sehen. Kein Wunder, denn nach dem Silvester-Taharrusch in Köln 2015/16 bleiben junge Frauen am Silvester in vielen deutschen Großstädten lieber daheim.

Die Tatsache, dass vorwiegend muslimisch geprägte junge Männer an den Ausschreitungen beteiligt waren, dürfe „nicht verwundern“, so die Antidiskriminierungsbeauftragte, denn „wenn man sich auskennt, weiß man, in Neukölln, einem Stadtteil in Berlin, der sehr stark migrantisch geprägt ist, sind über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien.“

Vornamen entlarven kulturellen Hintergrund

Der innenpolitische Sprecher Frank Balzer der Berliner CDU fragte die Stadt nach den Vornamen der 45 „deutschen“ Täter. Eine Antwort hat er bis heute nicht erhalten. Warum, lässt eine Anfrage der AfD NRW zu festgenommenen „deutschen Tatverdächtigen“ am Hauptbahnhof Köln im Zeitraum 1.1.2021 bis 30.11.2021 erraten.

Die Liste beginnt folgendermaßen: Aaron, Abbas, Jasim, Mohammed, Abbou, Abd Lmalak, Abdakedh, Abdalhalim, Abdel Elrahim, Abdel Illah, Abdel-Rahman, Abdelali, Abdelhakim, Abdelilah, Abdelkader, Abdelkarim, Abdellah, Abdellatif, Abdelmadjid, Abdenour, Abdirisak, Abdisaban, Abdisalim, Abdokadre, Abdolali, Abdoulaye, Abdoulaye Ka, Abdouramane, Abdrahim, Abdul, Abdul Hamid... (Drucksache 17/16185 des Landtages NRW).

Die ehemalige Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Sawsan Chebli (SPD) schrieb daraufhin am 6. Januar auf Twitter: „Mein Vorname ist Sawsan. Und jetzt?“ Ob Chebli damit aussagen wollte, dass sie eine der wenigen „Täterinnen“ war, war nicht bekannt.

„Viele der Jungs, die hier als „Integrationsverweigerer“ bezeichnet werden, schreiben hunderte Bewerbungen, um eine Arbeit zu finden und bekommen nur Absagen. Wie soll so Integration funktionieren?“, schrieb Chebli am 5. Januar, und wollte scheinbar der rassistischen Gesellschaft die Schuld an den Gewaltexzessen und 56 verletzten Beamten in Berlin geben.

Trotz inflationären Versorgungsposten landesweit für rassistische Antidiskriminierungsbeauftragte, antisemitische Antisemitismusbeauftragte und integra-



Die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung Ferda Ataman

tionsunwillige Integrationsbeauftragte nehmen in Deutschland Antisemitismus und Gewaltexzesse wie an Silvester immer weiter zu. Rassismus-Experten wie Ataman und Chebli scheinen hauptsächlich dafür bezahlt zu werden, der Mehrheitsgesellschaft zu erklären, dass sie ihren eigenen Augen nicht trauen dürften. Und wer die Missstände beim Namen nennen will, muss damit rechnen, als „Rassist“ diffamiert zu werden. Eine mächtige Waffe, die in der BRD 2023 rasch ins berufliche Aus und ins private Exil führt, während die Gewaltrelativierer mit Posten und Pfründen belohnt werden.

Strategie „Gaslighten“

Auf Englisch gibt es den Begriff „Gaslight“ dafür, abgeleitet vom Film noir 1944 von George Cukor mit Charles Boyer und Ingrid Bergman in den Hauptrollen, indem der intrigante Ehemann (Boyer) seine Ehefrau (Bergman) mit Psycho-Tricks in den Wahnsinn treibt, u.a. in dem er das Gas-Licht in ihrem Haus verdunkelt, aber seiner Frau einredet, es wäre noch taghell.

Die Strategie, jede Kritik an der schleichenden Unterwanderung als „rassistisch“ darzustellen, gehört zum klassischen Repertoire der Muslimbruderschaft, wie Sigrid Herrmann-Marschall in „The Muslim Brotherhood: Strategies and Approaches in Germany“ schreibt. EU-Abgeordneter Charlie Weimers hat in seinem Bericht „The Muslim Brotherhood in Europe“ darauf hingewiesen, wie die EU Gruppen finanziert, die der Muslimbruderschaft nahestehen.

Zur Strategie der Muslimbruderschaft gehört es ebenfalls, ihre Fürsprecher und Apologeten in hohe politische Ämter zu bringen, der schleichende „Marsch durch

die Institutionen.“

Sawsan Chebli gründete 2010 den Verein JUMA e.V. - Jung, Muslimisch, Aktiv zusammen mit dem Islamwissenschaftler Dr. Ali Özgür Özdil, der laut Herrmann-Marschall Verbindungen zur Muslimbruderschaft hat. JUMA e.V. wird von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Familienministerium, Innenministerium und dem Berliner Senat sowie den Open Society Foundations gefördert. Die heutige Vizepräsidentin des Bundestages Aydan Özoğuz trat bei der Gründung von JUMA 2010 als Rednerin auf.

Aus dem Umfeld von JUMA erwuchs die „Poetry Slam“ Gruppe „i'Slam“ und der öffentlich-rechtlich finanzierte YouTube Kanal „Datteltäter“ um Younes al-Amyra und Nemi El-Hassan, die 2021 ihren Job als Moderatorin beim WDR verlor, nachdem der YouTuber Irfan Peci Bilder von ihr auf dem antisemitischen Al-Kuds-Marsch veröffentlichte.

JUMA arbeitet mit der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD) zusammen, die seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird, da sie eine „Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ darstelle. MJD ist Mitglied im Forum of European Muslim Youth & Student Organisations (FEMYSO), das seit 2007 mit mindestens 200.000 € von der EU finanziert wurde. Am 12.8.2022 veröffentlichte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Video, das u.a. FEMYSO bewarb.

JUMA, die „Datteltäter“ und „i'Slam“ sind Mitglied bei den „neuen deutschen Organisationen“, von Ferda Ataman gegründet, das von Demokratie leben!, der bpb und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung gefördert wird.

„Islam, Eine kritische Geschichte“: Buchpräsentation von Hamed Abdel-Samad über den Islam nur mit Personenschutz

Der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad hat in Berlin sein neues Buch vorgestellt. Sieben Personenschützer mussten die Lesung sichern, der Autor wurde dennoch von Islam-Befürwortern und fanatisierten Gegnern seiner klaren islamkritischen Positionen attackiert und bespuckt. Im Buch geht es um die Frage, ob der Islam Europa verändert – oder Europa den Islam? Genauso wie die Jüdische Rundschau sieht Hamed Abdel-Samad die Problematik darin, dass Muslime die ungerechtfertigte Opferrolle annehmen, die das woke-linke Establishment nur allzu gern anbietet, trotz erheblicher Rechtsstaatverachtung, Integrationsverweigerung und Gewaltproblematik. Nahezu jede Kritik an jungen Muslimen wird heute ausgeblendet und als ein Tabu dargestellt. Sehr zum Schaden unserer Gesellschaft gewährt die grünlinke Politik den Muslimen die Freiräume für die Begehung von Gewalttaten und Rechtsbrüchen. Ein gutes Beispiel hierfür ist unter anderem auch die letzte Silvesternacht in Berlin. (JR)

Von Mario Thurnes/Tichys Einblick

Hamed Abdel-Samad geht gerne dort hin, wo es wehtut. Das ist in dem Fall Berlin. In arabischen Ländern habe er viele Fans, sie würden einen Bedarf empfinden für seine kritische Sicht auf den Islam. Sie wollten über Reformen reden. Doch in Berlin müsse er mit sieben Personenschützern unterwegs sein. Trotzdem spuckten ihn junge Männer an und wollten ihn attackieren.

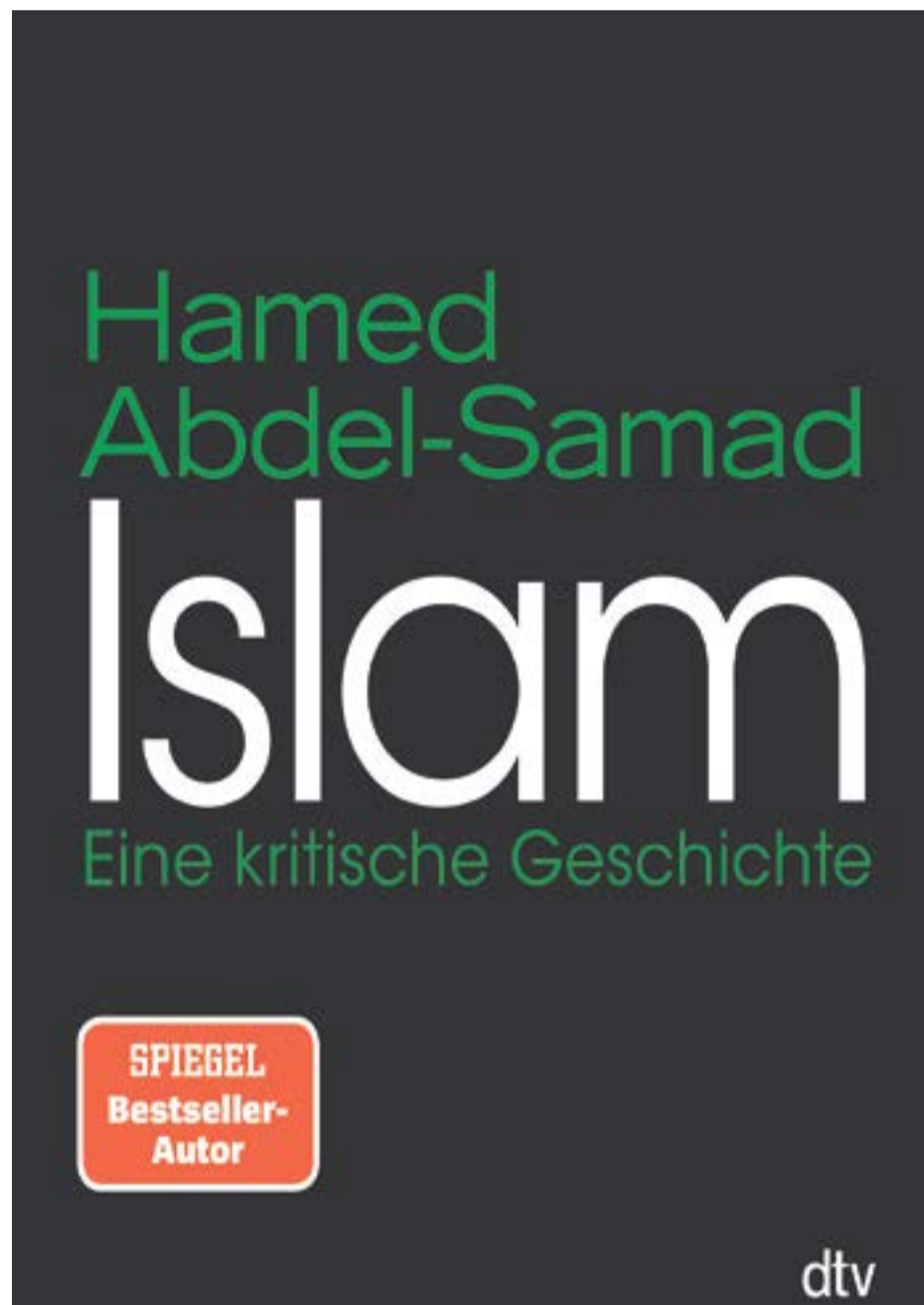
Abdel-Samad beschreibt in der Lesung diese Spanne genauer, die auseinandergehen: Zwischen den islamischen Ländern, in denen es ein Interesse an einer Reform des Islams gebe und den europäischen Ländern, in denen die bisherigen Strukturen der Religion und ihrer politischen Interpretation glorifiziert würden. Diese Spanne ist auch Teil seines neuen Buchs „Islam, Eine Kritische Geschichte“, in dem er nicht nur – wie der Name es sagt – die Geschichte der Religion darstellt. Sondern auch der Frage nachgeht, inwiefern deren Geschichte mit Europa verbunden ist. In der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft.

Im Buch geht es ebenso um die Frage, ob der Islam Europa verändert – oder Europa den Islam? Der Politikwissenschaftler denkt, es werde eher die Religion sein, die prägnant sein wird: „Vertreter des Islams glauben energischer an ihre Sache als Europäer an die Freiheit.“ Sie würden ein Umfeld schaffen, in dem es für junge Menschen attraktiv sei, sich selbst über die Religion zu definieren. Während in den islamischen Ländern selbst die jungen Menschen erkannten, welche hemmende Folgen der archaische Einfluss der Religion auf den Fortschritt habe, könnten junge Menschen in Europa den Islam erklären, ohne dafür die wirtschaftlichen Folgen tragen zu müssen.

Bequeme Opferrolle

Das bringe diesen jungen Menschen hierzulande in eine bequeme Situation: Sie könnten die Opferrolle annehmen, die das woke-linke Establishment ihnen anbiete. Dieses stelle jede Kritik an jungen Muslimen als Rassismus unter ein Tabu. So erhielten sie Freiräume sich auszutoben, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen – wie etwa in der Silvesternacht in Berlin. Die Motivation des linken Establishments, dies zu tun, sieht Abdel-Samad als bedenklich an: „Es ist ein Rassismus der gesenkten Erwartungshaltung.“ Die woke-linken Politiker und Journalisten würden Muslime infantilisieren und ihnen quasi die Kritikfähigkeit absprechen. So schadeten sie einerseits dem öffentlichen Diskurs massiv und würden andererseits diejenigen, die sie vermeintlich schützen wollen, diskreditieren, weil sie diese nicht wirklich ernstnehmen.

Für Politiker sei das bequem: Kritik an Muslimen steht unter einem Tabu. Gewalt gegen Frauen, die Unterdrückung von Frauen, die Verweigerung, Lehre-



rinnen zu akzeptieren – das alles gibt es in der öffentlichen Diskussion nicht, wenn es niemand anspricht. Aber wenn es jemand anspreche, werde der diskreditiert und müsse mit schweren Folgen rechnen: „Die Nazikeule funktioniert immer noch.“ In der Konsequenz würde über Probleme öffentlich geschwiegen, „obwohl jeder Politiker weiß, dass die Integration gescheitert ist“. Das werde ermöglicht durch Journalisten, die sich nicht mehr in der Rolle sähen, Informationen zu liefern, sondern die Welt retten zu wollen. Das täten sie aber nur mit Themen, durch die sie keinen eigenen Schaden fürchten müssten. Etwa Klimaschutz oder Rassismus. Deutscher Rassismus wohl gemerkt. Zu den Grauen Wölfen schwiegen deutsche Medien so beharrlich.

Professorin Susanne Schröter warnt

Und nicht nur die. In Deutschland gebe es keine Professur zum Thema islamisch motivierter Extremismus, berichtet Professor Susanne Schröter. Die Leiterin des „Frankfurter For-

schungszentrums Globaler Islam“ sitzt in Berlin mit Abdel-Samad auf dem Podium. Auch die Politik vernachlässige das Thema islamischer Extremismus. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) habe eine Arbeitsgruppe aufgehoben, die sich damit beschäftigt hatte: Es gäbe keinen Bedarf.

Dass Bedarf an dem Thema da ist, zeigt die Lesung im Theater Pfefferberg. Das ist mit gut 200 Besuchern voll – obwohl in der Stadt nur wenig Werbung für den Abend gemacht wurde. Mutmaßlich auch, um Proteste nicht anzuheizen: Vor der Lesung steht Polizei am Eingang des Theaters, während der Lesung sichern Personenschützer jeden Aufgang zur Bühne. Im Publikum beschwerten sich bürgerliche Damen über die strengen Taschenkontrollen. Das sind sie nicht gewohnt. In den Reihen des Theaters sitzen zur Hälfte ältere Menschen, die solche Sicherheitsmaßnahmen offensichtlich nicht kennen – zur anderen Hälfte besteht das Publikum aus jungen Menschen, die sich kritisch mit dem Autor auseinandersetzen.

Er wolle weitermachen, versichert Abdel-Samad dem Moderator des Abends, dem ZDF-Journalisten Abdul-Ahmad Rashid. Auch wenn das für den Autor selbst unbequem ist: die spuckenden, pöbelnden jungen Männer in Berlin. Die Personenschützer, ohne die er sich nicht bewegen könne. Oder seine andere Heimat Ägypten, die ihn aus Sicherheitsgründen nicht einreisen ließ, als seine Mutter im Sterben lag – die der Publizist so vor ihrem Tod nicht mehr sehen konnte.

Weil die Nazikeule funktioniere, sagt Abdel-Samad, traue sich kaum ein deutschstämmiger Publizist an das Thema Islam ran. „Ich habe einen Ausländerbonus – ich darf das noch.“ Mit „Islam, Eine kritische Geschichte“ hat er nun ein Buch vorgelegt, das Abdul-Ahmad Rashid als das „Meisterwerk“ des Autors bezeichnet. Der ZDF-Journalist findet es versöhnlicher als frühere Werke. Doch Abdel-Samad sagt, es gehe nicht darum, kontroverser oder versöhnlicher zu sein. Es gehe darum, zu sagen, was ist. Er sehe Bewegungen, die beschreibe er in seinem Buch.

Erfreuliche Bewegungen einerseits. In den islamischen Ländern seien Reformen möglich. Nicht am Islam selber, dessen Lehre sei nicht reformierbar. Sondern an der „Mentalität der Menschen“. So wie die Europäer in der Aufklärung gelernt hätten, die Religion nicht als alles bestimmenden Faktor zu akzeptieren, so lernten



Hamed Abdel-Samad entlarvt in seinen Büchern die menschenverachtende Ideologie des Islam.

das in den islamischen Ländern jetzt muslimische Menschen zunehmend. Für Europa sieht Abdel-Samad andererseits eine bedenkliche Entwicklung: Die Freiheit erschlafe hierzulande, sagt der Autor. Das erleichtere islamischen Hardlinern die Arbeit. Das könne dazu führen, dass Europa in Sachen Islam stärker fundamentalistisch wird, als es die islamischen Länder selbst sind.

Hamed Abdel-Samad, Islam. Eine kritische Geschichte. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv), Hardcover, 320 Seiten, 24,00 €.

Die Probleme der Schulen haben zu erheblichen Teilen mit Migration zu tun

Die „Bildungsnation Deutschland“ ist angeschlagen, das Bildungsniveau verschlechtert sich zunehmend. Neben dem akuten Lehrermangel spielt dabei eine erhebliche Rolle, dass viele Schulen heute soziale Brennpunkte sind. Ein Migrantenanteil von teilweise bis zu über 80 Prozent im Klassenzimmer mit teils schlechten Deutschkenntnissen und vom muslimischen Elternhaus nicht selten übernommener Verachtung des Rechtsstaates, Geringschätzung von Frauen und Judenhass machen einen regulären Unterricht schier unmöglich. Gerade weibliche Lehrkräfte und jüdische Mitschüler werden von zumeist muslimischen Schülern und deren Eltern, unter untätigem Zusehen der Elternvertretungen und der Behörden, bedroht oder zumindest nicht hinreichend respektiert. Würde es nicht von Grün und Links verhindert, müsste die Politik hier eigentlich gegensteuern. Dies umso mehr, als die allseits anerkannte Pisa-Studie bereits 2000 ergab, dass ein Ausländeranteil von mehr als zwanzig Prozent zu einer „sprunghaften“ Verringerung des Leistungsniveaus führt. (JR)

Von Josef Kraus/Tichys Einblick

Der Migrantenanteil allein von Viertklässern hat sich binnen eines Jahrzehnts verdreifacht. Wenn es nicht gelingt, Schüler „mit Zuwanderungsgeschichte“ an gewisse Standards heranzuführen, wird es düster für die „Bildungsnation“ Deutschland.

Eines der größten Gesellschaftsprobleme dieses Landes hat mit Migration zu tun – konkret: mit Integrationsverweigerern. Gewiss gibt es Vorbehalte in Teilen der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Zum weitaus größeren Teil aber kommen die Integrationsverweigerer aus der Migranten-Community selbst. Das gilt für „Zugewanderte“ ohne deutschen Pass, aber auch mit deutschem Pass – mögen sie nun verschleiern und politisch korrekt auch nur „junge Männer“ genannt werden. Die Kriminalitätsstatistiken belegen die Probleme, denn hier sind Tatverdächtige und Täter „westasiatischer“ Herkunft (Berliner Neusprech) deutlich überrepräsentiert. Die jüngsten Exzesse in der Silvesternacht 2022/2023 in Berlin, Hamburg und andernorts beweisen es. Die Kölner Silvesternacht (2015/2016) und die Stuttgarter „Party“-Randale (20./21. Juni 2020) ebenso.

Die „hohe“ Politik und der Großteil der arrivierten Medien verhalten sich gegenüber diesen Problemen wie das Schimpansen-Trio in der Karikatur: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen! Bloß nicht sehen und hören wollen, dass es Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte sind, die sich verweigern und ihre abgrundtiefe Verachtung gegen diesen Staat gemeingefährlich ausleben.

Wir erleben seit der Silvesternacht erneut den hilflosen Versuch, ein Feuer löschen zu wollen, indem man einfach nur den Rauch wegbläst: Gipfel gegen „Jugendgewalt“ inszenieren; über Böllerverbote diskutieren; mangelnde Integrationsbereitschaft als Ergebnis sozialer Probleme und nicht als Folge kultureller Prägung werten; die Berliner Ausschreitungen professoral auf das warme Wetter zurückzuführen; nach noch mehr Sozialarbeitern verlangen; noch mehr Integrationsbeauftragte bestellen; den „Rechten“ kein argumentatives Futter bieten wollen

Das sind alles nur Placebos einer Symptomtherapie. Alles nur weiße Salbe. Man pflügt eine Lebenslüge!

Multikulturelle Schulrealitäten

Szenenwechsel: Auch Tausende von Schulen in Deutschland kommen mit der ungesteuerten Migrations- und Zuwanderungspolitik nicht klar. Seit einigen Jahren kommen immer wieder Bücher auf den Markt, in denen Lehrer



Das Bildungsniveau an deutschen Schulen ist bedenklich

(bezeichnenderweise meist Lehrerinnen) die katastrophalen Umstände an Deutschlands Schulen mit 80 und 90 Prozent Migrantenanteil beschreiben. (Zum Beispiel: Ingrid König: Schule vor dem Kollaps. 2019. Katha Strofe (Pseudonym): Leaks aus dem Lehrerzimmer. Mein Jahr als Lehrerin an der Grundschule des Grauens. Berlin 2020)

Was in diesen Büchern geschildert wird, findet sich nicht in schlaun Studien und Gefälligkeitsgutachten wieder. Nämlich: Multikulti-Schule geht nicht. Es ist in diesen Büchern glaubhaft die Rede davon, dass in solchen Realitäten an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Schüler-Väter wollen nicht mit Lehrerinnen reden. Lehrer und zumal Lehrerinnen werden von radikalen muslimischen Eltern und deren Nachwuchs

„Der Rückstand der jungen Syrer entspricht vier bis fünf Jahren Schulbildung.“

bedroht, wenn sie sich kritisch über Kopftuch, Kinderehe, Zwangsbeschneidung, Verwandtenehe, Mehrfachehe und dergleichen äußern. Oder sie sehen sich Beschwerden ausgesetzt, wenn sie die Weltgeschichte der Sklaverei behandeln oder auf den Völkermord der Osmanen an den Armeniern eingehen. Sanktionen für rabiate Schüler, die schon auch mal in Begleitung von drei starken Brüdern auftreten, gibt es nicht. Lernstoff, der noch in den 1990er Jahren in der 2. Klasse bewältigt werden konnte, muss heute in die 4. Klasse verschoben werden. Womit sich indirekt bestätigt, was die erste Pisa-Studie über die Auswirkungen des Migrantenanteils in einer Klasse auf deren Leistungsniveau aussagt. Bereits in Pisa 2000 heißt es nämlich, dass ein Ausländeranteil von mehr als zwanzig Prozent

zu einer „sprunghaften“ Verringerung des Leistungsniveaus führt.

Ein zentrales Problem für die Schulen ist zugleich die Propaganda in Moscheen. Dort wird nicht selten gegen Deutschland und „Andersgläubige“ gehetzt. Der vormalige ARD-Mann und Chef des linksliberalen Magazins „Panorama“ Joachim Wagner sieht die Schulen denn auch völlig überfordert. Er schreibt: In Deutschland gebe es ein „repressives Meinungsklima“, das Thema Integration sei „tabubelastet“. Zudem sei Deutschland besonders attraktiv für Zuwanderer mit niedrigem Bildungsniveau.

Statistik lügt nicht

Der renommierte Demographieforscher Gunnar Heinsohn hat die Testleistungen der Testanden bei Pisa 2018 mit und

ohne Migrationshintergrund ausgewertet. Danach weisen Migrantenkinder der 2. Generation in Kanada, den USA und Australien gleichgute oder sogar leicht bessere Pisa-Ergebnisse aus als „Alteingesessene“. Nachfolgend die Ergebnisse der „Alteingesessenen“ zu Kindern der 2. Zuwanderergeneration: Kanada 525 versus 535, USA 510 versus 512, Australien 504 versus 523. In Schweden und in Deutschland ist es völlig anders, hier fallen Migrantenkinder deutlich hinter das Niveau der „Alteingesessenen“ zurück: Deutschland 519 versus 477, Schweden 525 versus 471.

Angesichts einer Verdreifachung des Migrantenanteils allein von Viertklässern binnen eines Jahrzehnts kann man erahnen, wie es mit der „Bildungsnation“ Deutschland weitergeht, wenn es nicht

gelingt, Schüler „mit Zuwanderungsgeschichte“ an gewisse Standards heranzuführen.

Unbestritten ist auch, dass die Leistungen der Viertklässer in Deutschlands Schulen seit zehn Jahren insgesamt massiv nach unten gefallen sind und immer weniger Schüler die Mindest- bzw. Regelstandards in den Fächern Deutsch und Mathematik erreichen. Da hat auch (!) mit dem drastisch gewachsenen Migrantenanteil dieser Schülerpopulation zu tun.

Wunderglaube und Denktabus?

Die These, dass Migration Bereicherung sei, ist in dieser Pauschalität nicht von dieser Welt. Man darf sich auch nicht täuschen lassen von dem angeblich hohen Bildungsniveau und

der Bildungswilligkeit von Zuwanderern. Das ifo-Institut der Universität München war von Anfang an ganz realistisch: „Der Rückstand der jungen Syrer entspricht vier bis fünf Jahren Schulbildung.“ Das heißt: Sie bewegen sich auf Grundschulniveau. Hans Werner Sinn, ifo-Chef bis Dezember 2015, konkretisierte dies: Bei seiner Abschiedsvorlesung in München sagte er: „65 Prozent der Bevölkerung in Syrien können die Grundrechenarten nicht.“ So jedenfalls löst sich das vielfach berufene Problem des Fachkräftemangels nicht in Wohlgefallen auf.

Auch über eine womöglich unterschiedliche kognitive Begabung „Zuwandernder“ darf man nicht nachdenken. Der Psychologieprofessor Bruno Klauk hatte dies auf empirischer Basis dennoch getan. In der Fachzeitschrift „Wirtschaftspsychologie“ hatte er dazu 2020 einen Beitrag mit dem Titel veröffentlicht: „Intelligenzdiagnostik bei überwiegend Nicht-EU-Migrantinnen und -Migranten.“ Im Durchschnitt erzielten die 505 Getesteten das Niveau von deutschen Hauptschülern. Zusammenhänge fanden sich allerdings zwischen der Testleistung und der Weltregion, aus der jemand zugewandert ist, ferner dem Beruf im Heimatland. Vier Mitherausgeber der „Wirtschaftspsychologie“ sind deswegen zurückgetreten. Sie meinten, in Klauks Studie rechtspopulistische Ambitionen zu erkennen.

Fazit: Der zunehmend miserable Zustand der Bildungsnation hat eben auch mit Migration zu tun. Auch! Denn es gibt hausgemachte Probleme, die wir hier nur kurz nennen: Absenkung von Anspruchsniveaus, Inflation an Bestnoten, Abitur-Vollkasko-Wahn, Ausbluten der beruflichen Bildung, Pseudoakademisierung, Lehrermangel Aber es bleibt dabei: Ein Kernproblem ist importiert. Und das wiederum korrespondiert qua Niveauabsenkungen wechselseitig mit anderen, hausgemachten Problemen.

Der antisemitische Antisemitismusbeauftragte: Urteil zu Michael Blume

Das Landgericht Hamburg hat entschieden, dass Michael Blume, umstrittener Antisemitismusbeauftragter des vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geführten Landes Baden-Württemberg als „antisemitisch“ bezeichnet werden darf. Dies sei eine „zwar scharfe, aber noch zulässige Meinungsäußerung“ für die „hinreichende Anknüpfungstat-sachen“ vorlägen. In der Urteilsbegründung führt das Gericht auch Recherchen der Jüdischen Rundschau an. Blume wurde u.a. von dem Presseorgan des Zentralrats der Juden in Deutschland, der regierungsnahen Jüdischen Allgemeinen, in Schutz genommen. So wurde in einem Artikel über die israelisch-zionistische Graswurzelbewegung „Im Tirtzu“ der extrem diffamierende Sprachduktus „ultrarechts“ übernommen, der von unser grünlinken Israel-Delegitimierungspolitik nahezu ausschließlich für Israel verwendet wird. (JR)

Von Benjamin Weinthal

Das Landgericht Hamburg veröffentlichte im Januar ein wegweisendes Urteil in Bezug auf den modernen Antisemitismus. Das Gericht erklärte, dass man einen Regierungsbeamten als 'antisemitisch' bezeichnen dürfe, da er, Michael Blume, eine deutsche Jüdin mit dem Nazi-Massenmörder Adolf Eichmann auf eine Stufe gestellt und einen der zionistischen Gründer der 'IDF' als Kriegsverbrecher bezeichnet habe.

Die 'Jüdische Rundschau' (JR) erhielt eine Kopie des Urteils. In der Urteilsbegründung beruft sich das Gericht, warum man Michael Blume antisemitisch bezeichnen dürfe, u.a. auf einen Artikel der JR. Blume, der als antisemitisch vom Simon Wiesenthal Center eingestuft wird, ist vom Land Baden-Württemberg beauftragt, Antisemitismus zu bekämpfen.

Im Gerichtsurteil ist zu lesen: „Zudem hat der Antragsteller unwidersprochen vorgetragen – indem er entsprechende Vorwürfe aus einem Artikel der Jüdischen Rundschau (Anlage JS 8) in Bezug genommen hat –, dass B. die konservative jüdische Aktivistin Goldstein-Wolf mit Adolf Eichmann verglichen habe.“ Der Buchstabe „B.“ im Gerichtsurteil steht für 'Blume'.

Im Oktober 2022 reichte Rechtsanwalt Joachim Nikolaus Steinhöfel Klage gegen Twitter ein, weil ein Tweet, in welchem er, Steinhöfel, Blume als antisemitisch bezeichnete, von Twitter gelöscht wurde. Steinhöfel twittert am 30. September 2022: „Baden-Württemberg leistet sich einen antisemitischen Antisemitismusbeauftragten.“

„Die Löschung des Tweets stellt eine Pflichtverletzung des zwischen dem Antragsteller und der Antragsgegnerin bestehenden Nutzungsvertrag dar. Bei dessen Auslegung sind die beiderseits betroffenen Rechtsgüter abzuwägen. Hierbei überwiegt im vorliegenden Fall die Meinungsäußerungsfreiheit des Antragstellers,“ stellt das Hamburger Gericht fest.

Blumes Hetze gegen Juden und den zionistischen Helden Orde Wingate, der als einer der Gründungsväter der 'IDF' gilt, spielte schließlich eine Rolle in der Urteilsfindung des Gerichts.

Das Hamburger Gericht führt in Begründung die 'Jüdische Rundschau' weiter an: „Des Weiteren habe B. in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 10. Februar 2022 kritische Juden als rechtsextrem bezeichnet und von „rechtsextremen Menschen in den jüdischen Gemeinden“ gesprochen. Auch insoweit hat der Antragsteller auf entsprechende Vorwürfe aus einem Artikel der Jüdischen Rundschau (Anlage JS 8) Bezug genommen.“

Recht auf Meinungsfreiheit

Zur Erläuterung: „Soweit der Antragsteller den baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten in dem streitgegenständlichen Tweet als antisemitisch



Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, darf laut Gericht als „antisemitisch“ bezeichnet werden.

bezeichnet, handelt es sich nicht um eine Schmähkritik, sondern um eine – zwar scharfe, aber noch zulässige – Meinungsäußerung. Dies gilt umso mehr, als es sich bei der Beurteilung des Verhaltens eines Antisemitismusbeauftragten eines deutschen Bundeslandes um eine Frage von erheblichem öffentlichem Interesse handelt. Für die Äußerung liegen dabei hinreichende Anknüpfungstatsachen vor: (...)“, ist im Gerichtsurteil zu lesen.

Steinhöfel erklärte gegenüber der 'JR': „Es gibt hinreichend Tatsachen, die die Einstufung Blumes als antisemitisch rechtfertigen; diese Einstufung ist von der freien Meinungsäußerung geschützt.“ Steinhöfel ergänzt, „(es) hat seine offensichtliche Inkompetenz oder Narzissmus Dr. Blumes Rücktritt bisher nicht herbeigeführt. Seine wiederholten Niederlagen vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart sorgen auch nicht dafür, trotz der ehrenrührigen Tweets, die jüdische Publikationen oder mich als ihren Anwalt zu verleumden. Das Landgericht in Hamburg hielt auch fest, dass es hinreichend Anknüpfungspunkte für die Meinung gibt, dass Blume ein Antisemit ist. Antisemitismus zu bekämpfen ist eine viel zu wichtige Aufgabe, als sie in die Verantwortung eines landesweit wie international diskreditierten Bürokraten zu geben.“

Blume hat auf 'JR'-Presseanfragen nicht reagiert.

Blume ist neuerlich durch die von der Bundesregierung mitfinanzierte 'Jüdische Allgemeine Zeitung' in Schutz genommen worden. „Aktuell gibt es leider massive antizionistische Tendenzen in der 'Jüdische Allgemeine Zeitung', die sich mit der Hetze gegen 'Im Tirtzu', der unsachlichen Kritik an der Regierung Netanjahu und der oft sehr fraglichen Berichterstattung zur Wirtschaft Israels substantiieren“, sagt

der israelische Herausgeber der US-israelischen Wirtschaftszeitung mit Fokus Israel - 'VonNaftali' - und CEO der 'Awraham Corp' (USA), Dr. Naftali Hirschl, gegenüber der JR.

Angriffe auf „Im Tirtzu“

Nach umstrittenen anti-israelischen Ausführungen der 'Jüdische Allgemeine' gegen die israelische NGO 'Im Tirtzu', setzt sich die bekannte, zionistische Organisation zur Wehr.

In einem Schreiben fordert Yonatan Shay, Leiter der 'Hasbara'-Abteilung von 'Im Tirtzu' zur nachstehenden Richtigstellung auf, die da lautet:

„In Ihrem Artikel mit der Überschrift „Erneut verschoben“, erschienen am 17.11.2022 auf der Website der Jüdischen Allgemeinen, bezeichnen Sie die Organisation Im Tirtzu tatsächlich und massivst verleumderisch als „ultrarechte Organisation“.

Die Bezeichnung als ultrarechts kann nicht einfach ins Blaue hinein erfolgen, sondern sollte auf entsprechenden Tatsachen beruhen. Mit dieser Charakterisierung wird unzweifelhaft der Eindruck erweckt, Im Tirtzu weise eine Nähe zu antidemokratischem, faschistischem und nationalsozialistischem Gedankengut auf. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass es sich bei Im Tirtzu um eine der größten jüdisch-zionistischen Organisationen handelt, ist dies skandalös.

Die israelische zivilgesellschaftliche Organisation Im Tirtzu ist ausweislich ihrer Satzung allen demokratischen Werten des Staates Israel verpflichtet. Es gibt keinerlei Anknüpfungstatsachen, die auf einen ultrarechten Charakter Im Tirtzus hindeuten.

Somit handelt es sich bei Ihren Äußerungen um tatsächwidrige Falschbehauptungen und Verleumdungen.

Ich will Ihnen gerne Gelegenheit geben, Ihre Falschbehauptungen und Verleumdungen schnell und ohne finanzielle und strafrechtliche Folgen für Sie aus der Welt zu schaffen und fordere Sie hiermit auf, Ihre tatsächwidrige Falschbehauptung und Verleumdung, Im Tirtzu sei ultrarechts, per Richtigstellung online innerhalb von 48 Stunden nach Zugang dieser Nachricht, zu widerrufen. (...)“

Yonatan Shay ('Im Tirtzu') schickte oben zitierte Aufforderung zur Richtigstellung an Ralf Balke, der Autor des Artikels 'Erneut verschoben' ist. Balke hat auf Shays Schreiben bis Redaktionsschluss der JR nicht reagiert. Auf eine Presseanfrage der 'Jüdische Rundschau' (JR) schrieb Balke: „(...) woher hast du meine Nummer? (...)“ und „(...) kenne ich bereits. Kein Kommentar! (...)“

Tendenziöse Berichterstattung

Die Recherche der 'JR' zeigt, dass Balke schon im Jahr 2019 in einem Artikel mit der Überschrift 'Sie sind Soldatin. So werden Sie auch behandelt' 'Im Tirtzu' kritisierte. Shay begehrt auch eine Richtigstellung der 'JA' in Bezug auf einen Satz aus diesem Artikel von 2019, der da lautet: „Und Anhänger der extrem nationalistischen NGO Im Tirtzu (...)“

Israels längst dienender Premierminister Benjamin Netanjahu gratulierte und lobte 'Im Tirtzu' in einem Video. Die ehemalige Kulturministerin Miri Regev dankte 'Im Tirtzu' ebenfalls für ihre Arbeit. Auch der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett ist ein großer Befürworter der Arbeit von 'Im Tirtzu'.

Die 'JR' schickte Presseanfragen an den Chef-Redakteur der 'JA', David Kauschke. Der Geschäftsführer des 'Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R.', Daniel Botmann, erhielt ebenfalls eine Presseanfrage der 'JR'.

Die 'JA' steht seit Jahren wegen der antiisraelischen Tendenzen ihrer Berichterstattung in der Kritik. Die 'JR' entlarvte im November, dass Michael Thaidigsmann, der für die 'JA' schreibt, ein 'Pro-Iran-Nuklear-Deal' Interview auf der Website von „EU Watch“ publizierte. Das Interview befürwortet den 'Iran-Nuklear-Deal', der nachweislich die Sicherheit Israels gefährdet.

Thaidigsmann und die 'JA' sind Michael Blumes Sprachrohr, so Kritiker von Blume und der 'JA'. Die 'Welt' hat im Oktober über Blume geschrieben: „Das Landgericht Hamburg hat entschieden: Die Bezeichnung des baden-württembergischen Antisemitismus-Beauftragten Michael Blume als „antisemitisch“ ist zulässig – wie sie der Anwalt Joachim Steinhöfel benutzt hatte. Das Gericht bezog sich auf frühere Äußerungen Blumes.“

Die 'JA' hat diese Nachricht in Bezug auf die Hamburger Gerichtsentscheidung gegen Blume ignoriert.

Benjamin Weinthal ist israelischer Journalist und Writing Fellow für The Middle East Forum.

Failed Berlin: Wochenlanges Warten auf den Totenschein

Wer in Berlin einen Angehörigen bestatten will, stößt heute auf eine Mauer bürokratischen Irrsinns. Die Standesämter der Bezirke sind unterbesetzt und arbeiten sehr langsam. So kann die Ausstellung eines Totenscheins nicht selten mehrere Wochen dauern. Ohne Totenschein kann kein Begräbnis durchgeführt und nicht einmal die Wohnung des Verstorbenen gekündigt werden. Gerade für Juden ist dieser Zustand untragbar, da die Halacha eine sehr schnelle Bestattung zwingend vorschreibt und die heutige immer mehr Raum greifende Verzögerungspraxis der Behörden bei den Bestattungen einen klaren Verstoß gegen das grundgesetzliche Recht auf freie Ausübung der Religion darstellt. (JR)

Von Julian M. Plutz

Wenn ein Mensch für immer diese Welt verlässt, ergeben sich zwangsläufig Fragen und Probleme. Sollen wir seinen Platz am Esstisch weiterhin decken? Kümmern wir uns dann noch um ihn und seine Seele? Was tun wir mit den Kleidungsstücken, seine ausgeleierte Schuhe, die er trotz mehrerer Aufforderungen nicht entsorgen wollte. Was geschieht mit seinem Zimmer? Jeder Brief, der das Haus erreicht, vielleicht auch nur eine nett gemeinte, „unaufmerksame“ Aufmerksamkeit zum Geburtstag, holt den ganzen Schmerz zurück. Zumindest für den einen Moment.

In Zeiten der Hoffnungslosigkeit voller Fragen um das „Warum?“ ist der Trost, wie auch der Glaube und das Ritual bedeutsam. Rituale mögen den Weg zu G'tt zu finden helfen. Doch sie sind zu mehr in der Lage. „Ich war nicht religiös, doch ich mochte die Rituale. Es tat gut, eine Erinnerung mit einer Handlung zu verbinden“, schrieb der Schriftsteller John Green. Wie Recht der Autor von „Das Schicksal ist ein mieser Verräter“ doch hat, bemerkt man erst, wenn man in der Lage des Abschiednehmens ist. Rituale helfen in schwierigen Zeiten, in denen jede Bewegung für Geist und Körper eine Zumutung erscheint. Umso unverständlicher und schmerzvoller, wenn Rituale, die älter sind, als wir alle, von Staates wegen verhindert werden.

Finanzielle Belastung aufgrund politischer Verfehlungen

Das passiert jeden Tag in Berlin. Im Durchschnitt müssen Hinterbliebene in Marzahn-Hellersdorf mehr als vier Wochen warten, bis das hiesige Standesamt die Genehmigung für die Bestattung ausstellt. Dieses Dokument ist in Deutschland elementar, um eine Beisetzung zu vollziehen. Doch damit nicht genug: Auch die Wartezeiten, bis die Sterbeurkunde den Weg zur Familie findet, ist lang. Neben den psychischen Schmerzen, die das Warten evoziert, kommen noch finanzielle Probleme hinzu.

Ist der Ehegatte oder die Ehefrau verstorben, so kann der Partner so lange keinen Antrag für die Übergangsrente stellen, bis die Sterbeurkunde ausgestellt ist. Die Übergangsrente wird auf Basis des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers während der letzten 12 Monaten berechnet und beträgt 85% der Vollrente. „Und dann dauert es noch einmal sechs Wochen, bis die Rente berechnet wird“, sagt Hendrik Ruda, Leiter eines Bestattungsunternehmens in Hellersdorf gegenüber der Berliner Morgenpost.

Das bedeutet: Im Ernstfall müssen Hinterbliebene zwölf Wochen lang ohne Geld auskommen. Doch nicht nur das: Ohne Sterbeurkunde gibt es keine Kündigung von Mietverhältnissen oder Vereinsmitgliedschaften, keine Auflösungen von Versicherungen, keine Schließung, oder Zusammenlegung von Konten und der Dinge mehr.



Jüdische Gräber am Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee

Die Wartezeit ist nichts weiter als ein Affront

„Die Erdbestattungen sind kompliziert im Moment“, sagt Hendrik Ruda weiter. Laut gesetzlicher Vorgabe muss der Sarg innerhalb von zehn Tagen beigelegt werden. „Das ging in Berlin noch nie – auch nicht in Zeiten vor Corona, weil die da einfach zu langsam für sind.“ Aber man habe es wenigstens innerhalb von 14 Tagen geschafft. Inzwischen bedeutet die lange Wartezeit von vier bis sechs Wochen für Angehörige, die eine Erdbestattung wünschen, weitere finanzielle Belastungen: Verstorbene müssen bei dem jeweiligen Bestattungsunternehmen nicht nur aufbewahrt, sondern auch gekühlt werden. Aufkommen für

möglich erfolgen. Deutsche, wie auch österreichische Gesetze, ermöglichen eine Beisetzung allerdings frühestens nach 48 Stunden. Alles, was darüber hinausgeht, verletzt die religiösen Befindlichkeiten von Juden, übrigens auch von Muslimen. Würde ein Angehöriger in einem Krematorium verbrannt, gilt das als Entledigung und als Verfehlung der letzten Ehre. Die Seele eines Verstorbenen kann erst aufsteigen, wenn dieser in ewiger Ruhe gebracht wird, sprich nach halachischer Gesetzmäßigkeit bestattet wird.

Die Politik redet sich heraus

Und was macht die Politik? Aus Sicht der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport, ist eine Beschleunigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum möglich, wenn man Pressesprecherin Sabine Beikler richtig versteht: „Die Personalsituation ist aktuell auch in den anderen Behörden angespannt.“ Die Verzögerungen in der Bearbeitung entstünden aufgrund der aktuellen Personalsituation: „Die Anwesenheitsquote liegt im Juni im Standesamt Marzahn-Hellersdorf aufgrund von Urlaub und krankheitsbedingter Abwesenheit bei 47 Prozent.“ Bei der Ausstellung von Bestattungsgenehmigungen weist das Standesamt Rückstände in Höhe von 130 Vorgängen auf. Rücksicht auf jüdisches Leben? Fehlzanzeige.

Bürokraten verweisen auf bürokratische Hürden.

diese Kühlungskosten müssen die Hinterbliebenen.

Und das ist nicht wenig: Zwischen 30 Euro und 80 Euro müssen die Familien pro Tag bezahlen, damit der Leichnam ihres Liebsten gelagert wird. Im Zuge der höheren Kosten für Energie sind die Preise bereits gestiegen und dürften auch in Zukunft auf einem hohen Niveau bleiben.

Für Juden bedeutet eine Wartezeit von mehreren Wochen nichts weiter als ein Affront gegenüber den halachischen Gesetzen. Laut denen ist nicht nur eine Feuerbestattung untersagt, darüber hinaus muss eine Bestattung so schnell wie

Für den bezirkspolitischen CDU-Sprecher Stephan Schmidt sei dieser Zustand „schwer zu ertragen“. Er bezeichnet ihn als „symptomatisch“ für die Personalsituation in allen Bezirken und in den Hauptverwaltungen Berlins. „Ich kann jetzt die genauen Hintergründe für den derzeitigen Engpass in Marzahn-Hellersdorf nicht beurteilen, Fakt ist aber: Bei der Personalgewinnung und Nachwuchsförderung in der Hauptstadt liegt Vieles im Argen.“ so der Politiker gegenüber der Berliner Morgenpost. Der rot-grün-rote Senat bekomme seit jeher die bekannte Misere nicht in den Griff. „Das ist Politikversagen der schlimmsten Sorte“, so Schmidt. Die Bezirke seien beim Personalrecruiting oft das schwächste Glied in der Kette, weil sie kaum Möglichkeiten hätten, Bewerberinnen und Bewerber Anreize zu bieten. „Da sind häufig Bundesbehörden oder das Land Brandenburg der attraktivere Arbeitgeber.“

Ins gleiche Horn bläst Roman Francesco-Rogat, Sprecher für Verwaltungsmodernisierung der FDP-Fraktion und Abgeordneter aus Marzahn-Hellersdorf: „Die Dysfunktionalität zieht sich wie ein roter Faden durch alle Verwaltungseinheiten in dieser Stadt.“ Dabei sei es egal, ob es um die Ausstellung von Geburtsurkunden im Bezirk Mitte ginge oder eben die langen Wartezeiten auf Sterbeurkunden in Marzahn-Hellersdorf – Berlin verspiele bei den Verwaltungsaufgaben das Vertrauen bei den Berlinerinnen und Berlinern.

„An allen Enden mangelt es an Personal, was aufgrund der anstehenden Pensionswelle der geburtenstarken Jahrgänge in den kommenden Jahren noch schlimmer wird. Gleichzeitig ist die Personalgewinnung viel zu langsam, starr und un kreativ.“ Zudem räche sich, dass Berlin seit Jahren die Digitalisierung der Verwaltung verschlafen habe: „Wenn deutlich mehr Prozesse digital angeboten werden, wäre der Einsatz von Personal wesentlich effizienter und nachhaltiger.“

Am Abschiednehmen gehindert

Für die Hinterbliebenen, die gerade ihren Liebsten verloren haben, helfen diese Schuldzuweisungen seitens der Politik nicht weiter. Im Schmerz aufgrund des Verlustes erwarten Angehörige zu Recht, dass sie in Ruhe und mit ihren Riten trauern können. In einer Stadt, die immer noch ein relativ florierendes jüdisches Leben vorzuweisen hat, was den einen, oder anderen Juden jenseits der Bundeshauptstadt angesichts der massiven antisemitischen Gefahr stutzig macht, muss eine Beisetzung in Frieden und in dem Rahmen, den die religiösen Gesetzmäßigkeiten vorgibt, möglich sein.

Passiert das nicht, werden Angehörige und Familien unnötig belastet. Denn der Verlust eines Bruders, Vaters, einer Mutter oder Schwester darf nicht von Staates wegen konterkariert werden. Während Bürokraten auf bürokratische Hürden verweisen, werden jeden Tag Juden am Abschiednehmen ihrer Verstorbenen gehindert.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
verliefjährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 93 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,51 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3357.

Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.,
Berlin N. 54, Auguststrasse 49.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vor-
mittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 7
Berlin, 20. Schebat 5666 — 16. Februar 1906
XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt
für das Jüdische Volk die
Schaffung einer öffentlich-
rechtlich gesicherten Heim-
stätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Von wo wir ausgingen
Von Ch. P. Lotzki

**Rede des Dr. M. Mandelstamm
auf der Brüsseler Konferenz
(Schluss.)**

Orient-Ferienkursus.
Die Juden in Tunis

**Vom jüngsten, nicht — letzten Pogrom
Rundschau**
Preussische Justizverwaltung
Vom neuen Ausnahmegesetz
Verfassung und Schulgesetzentwurf
Geschworene und Schöffen
Getaufter Jude — besserer Jude
Aus dem Lande Schemjakas
„Bund“ und Reichsduma
Rechte — kein Recht
Rechte im Mordland
Jewrejsky Sojuz

Von der Judenjagd
Nur drei Juden
Rundschau der Presse
Kleine Mitteilungen

Zur gefälligen Beachtung
Jüdischer Vortragsabend
Geschäftliches

Feuilleton
Der Ring des Propheten Elijahû (Forts.)

Beilage:
Mitteilungen des Zentralbureaus
Judentum und Sozialismus
Von Dr. Max Besser (Schluss)
Aus den Ortsgruppen
Berlin. Berlin. Berlin. Lübeck.
Breslau. Perugia.

Jüdische Kolonialbank
Nationalfond

Literaturblatt No. 5

Jüdische Nation und Nationalität
Von Dr. Aron Sandler-Breslau (Fortsetzung)

Literaturbericht
Dr. N. Samter, Judentaufen
Unsere Judenfrage

SHARE KLUB-ZENTRALE

ADRESSE FÜR ANMELDUNGEN
M. GOLDSCHMIDT,
HAMBURG, STADTHAUSBRÜCKE 12/14

Linkes Framing: Nun soll Israel auch noch schuld an den zumeist muslimischen Silvester-Krawallen sein

Die deutsche Gedenkkultur ist durch und durch ideologisiert, so wurde der Holocaust-Gedenktag dieses Mal den „queeren“ Opfern der Nationalsozialisten gewidmet. Nach Originalton der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas traf die Barbarei der Nazis die Homosexuellen „am härtesten“. Juden spielen nur noch eine Statistenrolle, in der sie nach grün-linkem Drehbuch die Vielfalt preisen, den islamischen Juden-Hass aber verschweigen. Gleichzeitig wird Israel systematisch dämonisiert. So behauptete der iranisch-stämmige Autor Behzad K. Khani infamerweise in der „Berliner Zeitung“, an den Silvester-Krawallen wäre Israel schuld, da – Originalzitat: „zahlreiche Menschen, die heute auf der Sonnenallee leben“ – und damit auch seiner Meinung nach wohl zu dem Hauptteil der Täter der Silvesternacht gehören, schließlich vor Israel geflohen wären. (JR)

Von Mirjam Lübke

Die Schuldgefühle der Deutschen wegen zweier verlorener Weltkriege anzufeuern und gleichzeitig auch noch Israel eine Mitschuld an den Silvesterunruhen in Berlin zu geben – diesen Spagat muss man erst einmal hinbekommen, sollte man meinen.

In seinem trotzig »Integriert euch doch selber!« benannten Artikel bekommt der iranische Autor Behzad K. Khani beides hin und impliziert zugleich, man könne froh sein, wenn »Israelkritik« nicht sofort von der Redaktion zensiert werde. Der Artikel erschien in der »Berliner Zeitung«, falls es dort irgendwelche Hemmungen geben sollte, dem jüdischen Staat Vorwürfe zu machen, wäre Herrn Khani anzuraten, seine berufliche Zukunft entweder beim »Spiegel« oder der »Süddeutschen Zeitung« zu suchen, eventuell auch in der Nachrichtenredaktion der öffentlich-rechtlichen Sender. Denn dort kennt man derlei Hemmungen nicht – auch wenn das Gegenteil immer wieder gern quer durch alle politischen Lager behauptet wird. Denn Behzad K. Khani hat den Rundumschlag gegen Deutsche und Israelis keineswegs erfunden, er richtet sich lediglich gemütlich in der Hängematte ein, die schon von der 68-er Bewegung, der RAF und ihren Sympathisanten aufgespannt wurde.

Auch ganz rechts kennt man dieses Narrativ, wobei die Argumentationslinie hier natürlich umgekehrt verläuft: Der »Schuld kult« ist es, der Deutschland angeblich zum willenlosen Sklaven Israels macht. Man lässt sich gern von den salbungsvollen Reden deutscher Politiker überzeugen, dass Israel eine Sonderstellung in der Politik unseres Landes einnehme und übersieht dabei vollkommen, wie wenig Worte und Taten übereinstimmen, dazu genügt ein Blick auf das Abstimmungsverhalten Deutschlands bei der UN. Gerade deshalb sollte man sich diesen »Schuld kult«, der Deutschland im Griff hält, einmal näher anschauen. Allein das Wort lässt Juden zusammensucken, und das nicht ohne Grund: Wer Aversionen gegen uns oder den Staat Israel hegt, der glaubt im Allgemeinen, wir seien Profiteure dieses ominösen Kultes, der ein Füllhorn von Wohltaten über uns ausschüttet. Aber sind wir – jenseits unserer eigenen Gedenkkultur – nicht längst zu Statisten in diesem Spiel geworden?

Unbequeme jüdische Stimmen unerwünscht

Prominente Juden wie Josef Schuster oder Charlotte Knobloch dürfen ab und an einen Auftritt absolvieren, wenn sie im Sinne der allgemeinen Agenda sprechen – etwa gegen rechten Antisemitismus – sagen sie aber etwas Unbequemes, etwa zur Iran-Politik der Bundesregierung oder der Gefahr durch muslimische Masseneinwanderung für die deutschen Juden, dann möchte man



Für die Randalie vorwiegend muslimischer Migranten in Berlin-Neukölln wird Israel verantwortlich gemacht.

sie am liebsten abschalten wie einen ungeliebten Radiosender.

Hannah Arendt hatte in ihrer Vorlesung »Persönliche Verantwortung in der Diktatur« schon früh erkannt, dass »Kollektivschuld« sich auch gut zum Abtauchen in Lippenbekenntnisse eignet, anstatt sich individueller Verstrickung ins Unrecht zu stellen. Wahrscheinlich hat sie nicht geahnt, wie sich das auf die Migrationsdebatte in Deutschland auswirken würde, denn die Bekämpfung des eigenen Schuldgefühls rief schon rasch die trotzig solidarische mit den sogenannten »Palästinensern« ins Leben, die in den Herzen vieler Deutscher unmittelbar den Platz der Ermordeten einnahmen, weil es so herrlich befreiend war, sich nun gleichzeitig auf die »richtige Seite« zu stellen und diesmal moralisch überlegen zu sein. Heute hat sich diese Solidarität auf die gesamte muslimische Gemeinschaft übertragen, die selbst von sich sagt »Wir sind die neuen Juden!«. Meist dann, wenn ein islamistischer Anschlag stattgefunden hat oder ein ganzes Stadtviertel außer Rand und Band gerät.

Auch Behzad K. Khani setzt diesen Hebel an und das gleich doppelt – auch wenn es sich nicht erschließt, warum zwei von deutscher Seite verlorene Weltkriege es rechtfertigen, Feuerwehr- und Rettungsleute anzugreifen oder ein Grund sind, sich nicht zu den Geschehnissen zu äußern. Sogleich legt er noch das Märchen von der angeblich unbegrenzten Unterstützung Israels durch Deutschland nach, das in seinen Augen ein Apartheid-Staat ist. Die Randalierer, so führt er weiter aus, seien eben durch Israel traumatisierte Flüchtlinge, deren Wut die deutschen Bürger nun einmal

aushalten müssten. Zurecht durfte er auf das verständnisvolle Nicken aus linksgrünen Kreisen hoffen, die trotz solcher Hass-Bekenntnisse wieder einmal appellierten, nun bloß nicht zu pauschalisieren.

Queere Ideologie am Holocaust-Gedenktag

Bei allen Gelegenheiten, auch zum Gedenktag am 27. Januar wird es formelhaft wiederholt: »Wir kämpfen gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie.« Ferda Ataman hat in diesem Jahr die jüdischen Opfer von Auschwitz gleich ganz vergessen und hisste die verbale Regenbogenflagge gegen den Nationalsozialismus. Ohnehin stand das Gedenken im Bundestag in diesem Jahr ganz im Zeichen der queeren Ideologie. So gesehen, wurden in diesem Jahr die homosexuellen Opfer der Nationalsozialisten genauso vereinnahmt, wie es mit den jüdischen Opfern schon länger der Fall ist. Denn die Aneinanderreihung der gesellschaftlichen »Intoleranzen« ist nicht der reinen Menschenfreundlichkeit geschuldet, sondern führt letztlich dazu, dass praktisch jede Gruppe, die sich unterdrückt fühlt – oder auch tatsächlich unterdrückt wird – unter den Schutz der deutschen Gedenkkultur begeben kann. In der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam führt das bekanntlich rasch zu Konflikten: Da Antisemitismus und »Islamophobie« dank geschickter Lobbyarbeit inzwischen nahezu gleichgesetzt werden, kann sich der unter vielen jungen Migranten verbreitete Judenhass bequem in einen Opferstatus umwandeln lassen: Angriffe auf Synagogen werden zur »Israelkritik« und Angriffe

auf Juden in Deutschland zum Ausdruck eines Minderwertigkeitsgefühls erklärt. Nach jedem islamistischen Attentat, bei dem die muslimische Ideologie klar als Hintergrund benannt wird, wird auch von Politik und Medien eilig betont, man dürfe nun keine Vorurteile schüren. Befördert wird das von der Lehre der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« – selbst wenn niemand die Muslime als Gesamtheit beschuldigt, sondern nur die Vermutung geäußert wird, Teile des Korans könnten den Attentätern als Ansporn gedient haben.

Auch wenn das Wort »Schuld kult« von Antisemiten benutzt wird, um die üblichen antijüdischen Vorurteile zu befeuern – sie haben mit islamistischen Lobbyisten gemein, sich durch jegliche Art von Gedenkkultur zurückgesetzt zu fühlen – ist schon etwas Wahres daran, dass in der deutschen Gedenkkultur der Wurm steckt. Denn die Initiatoren von Gedenkveranstaltungen neigen sehr dazu, sich auch genau jene Juden einzuladen, die nach ihrem Drehbuch spielen. Beim »Jiskor«-Gebet, bei dem der verstorbenen Eltern gedacht wird, ist es üblich, dass jene, die noch Vater und Mutter haben, die Synagoge verlassen, in Rücksicht auf die Trauernden. Diese Rücksicht gönnt man den bei Gedenkveranstaltungen befragten Juden oft nicht, sie dürfen sich nicht auf die Trauer um ihre ermordeten Verwandten beschränken, sondern man möchte Bekenntnisse von ihnen hören: Gegen Fremdenhass, zugunsten der offenen Migrationspolitik. Sorgen dürfen sie sich nur wegen der »Rechten« machen, also ganz konform mit der offiziellen Lesart. Zynisch gesagt ist dies die abgespeckte Version des »aber die Juden müssen doch etwas aus der Geschichte gelernt haben«, welches man Israel stets entgegenhält.

Die gesamte deutsche Gedenkkultur scheint sich im selben Spagat wie Behzad K. Khani zu befinden: Man möchte einerseits die Bürger zum Gedenken drängen, aber das daraus abgeleitete »Wehret den Anfängen!« wird vom linken Mainstream eifersüchtig gehütet und streng verwaltet, damit es nur nicht entgegen der eigenen Agenda verwendet wird. Manche Kritiker der Gedenkkultur sehen das nicht, oder wollen es nicht sehen, weil sie sich an ihrem Narrativ festklammern, Juden hätten »zu viel Einfluss« oder bestimmten die Geschichte Deutschlands. Damit arbeiten sie aber dem »woken« Gedenken zu, das im Grunde das Gleiche zugunsten der gerade bevorzugten Opfergruppe behauptet. Selbstverständlich ist es vollkommen richtig, sich gegen Rassismus und Fremdenhass zu wenden, aber wenn dies dazu führt, arabischen Antisemitismus zu verharmlosen und zu rechtfertigen, kann man das nur noch als Missbrauch der Gedenkkultur bezeichnen. Es ist eine Unverschämtheit denjenigen Juden gegenüber, die heute wieder Opfer von Gewalt werden – und wir sollten das klar benennen.

Terror in Jerusalem: Die Wegbereiter der Gewalt und die jubelnde Menge

Am Holocaust-Gedenktag hat ein arabischer Terrorist nach Beginn des jüdischen Schabbats das Feuer vor einer Synagoge in Ost-Jerusalem eröffnet und dabei sieben Menschen ermordet. Einen Tag später erschoss ein 13-jähriger Araber einen jüdischen Vater und seinen Sohn und verletzte beide schwer. Während Israel um seine Toten trauerte, brach im Westjordanland und in Gaza Jubel über die ruchlosen Mordtaten aus. Die feigen Täter werden als Helden gefeiert und ihre Familien durch nicht zuletzt mit EU-Geld finanzierte "Pay-to-slay"-Fonds der PLO belohnt. (JR)

Von Daniel Greenfield/JNS.org

Am Donnerstag, dem 26. Januar, gab die „Palästinensische“ Autonomiebehörde bekannt, dass sie die "Sicherheitskoordination" mit Israel aussetze, nachdem israelische Sicherheitskräfte eine Terrorzelle in Dschenin zerschlagen hatten, die einen größeren Anschlag geplant hatte.

Am Freitag, dem 27. Januar, eröffnete ein islamistischer Terrorist vor einer Jerusalemer Synagoge das Feuer und tötete sieben Menschen, darunter Asher Natan, einen 14-jährigen Jungen, Eli und Natali Mizrahi, ein Ehepaar, das den Opfern zu Hilfe eilte, und Shaul Chai, einen 68-jährigen Synagogenküster. Am Samstag, dem 28. Januar, wurden bei einer zweiten Schießerei in Jerusalem zwei weitere Israelis verletzt. Ein weiterer bewaffneter Terrorist wurde von einem örtlichen Sicherheitsteam in Kedumim ausgeschaltet. Das wird nicht das letzte Mal sein.

Der Zeitpunkt dieser Welle der Gewalt, der tödlichsten seit Jahren, ist nicht zufällig gewählt.

CIA-Direktor Bill Burns traf am 27. Januar in Israel ein, am selben Tag, an dem die PLO das Ende ihrer Sicherheitskoordination bekannt gab. US-Außenminister Blinken war Ende Januar zu Besuch in Israel. Bidens nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan war zuvor nach Israel gereist. Die Aussetzung der Sicherheitskoordination durch die PLO und die darauffolgenden Anschläge wurden zu deren Gunsten inszeniert. Bislang wurden sieben Israelis getötet, um der Regierung Biden zu helfen, Druck auf Israel auszuüben.

Hätte Israel die Terrorzelle in Dschenin nicht ausgeschaltet, wäre die Zahl der Opfer vielleicht noch viel höher gewesen.

Das letzte Mal, dass Anschläge dieses Ausmaßes stattfanden, waren 11 Israelis bei drei Anschlägen Ende März 2022 getötet worden. Auch diese Anschläge ereigneten sich, nachdem die „Palästinensische“ Autonomiebehörde einen Monat zuvor die "Sicherheitskoordination" ausgesetzt hatte, und überschritten sich mit dem Negev-Gipfel, an dem arabische Führer und Minister Blinken teilnahmen.

Was hier geschieht, ist kein willkürlicher Terror, sondern sorgfältig kalkulierter Terror, der wie üblich durch glaubhaft abstreitbare Angreifer ausgeführt wird, die durch den "Pay-to-slay"-Fonds der PLO belohnt werden, oder deren Familien belohnt werden.

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde machte eine Show daraus, ihre größtenteils wertlose "Sicherheitskoordination" auszusetzen, bevor sie Terroranschläge verübte, um zu zeigen, dass sie die Gewalt an- und abschalten kann.

Aber nicht der gesamte Druck kommt von außen.

Die Anschläge wurden weniger als einen Monat nach der Vereidigung der neuen israelischen Regierung verübt.



Der arabische Attentäter hat sieben Synagogenbesucher getötet.

Die Regierung Netanjahu hat sich verpflichtet, die linksgerichtete Justiz des Landes zu reformieren, die den Terrorismus ermöglicht.

Eine Generation von Israelis ist in einem Belagerungszustand aufgewachsen, weil die Terroristen, die das Land bekriegen, im Ausland umfangreiche Unterstützung durch den Iran, die Europäische Union und das US-Außenministerium genießen und auch im Inland von der israelischen Linken unterstützt werden, die ihre offiziellen und aktivistischen Mittel einsetzt, um den Kampf gegen den Terrorismus auf jede erdenkliche Weise zu untergraben.

Die Linke war in der Lage, die PLO zu legitimieren und ihr die Kontrolle über beträchtliche Teile Israels zu geben, indem sie frühere Bemühungen konser-

te, dass Justizreformen die "Demokratie" bedrohen und versuchte, Maßnahmen gegen das Haus des jüngsten Terroristen zu verzögern.

Bei den Toten in Jerusalem handelte es sich hauptsächlich um Mizrachim, Nachkommen jüdischer Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, die oft ärmer sind und eher in der Nähe muslimischer Gebiete leben und zur Zielscheibe von Gewalt werden.

Sie stehen stellvertretend für die "zwei Israels": das eine, das einen Deal mit den Terroristen anstrebt, und das andere, das sie zu besiegen versucht. Die neue Netanjahu-Koalition wurde von jenen Wählern gewählt, den mizrachischen, orthodoxen Juden, den Menschen, die in den Entwicklungsstädten und in Judäa und Samaria, in Jerusalem und in

mediale Empörung über die Justizreform, die Kürzung der Subventionen für den linksgerichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk Kan und die Abschaffung einer Umweltsteuer auf Einweggeschirr.

Das ist es, was hier auf dem Spiel steht.

Was sich in Israel abspielt, ist nicht nur ein Krieg, sondern ein Kulturkrieg zwischen der demokratischen Mehrheit und einer fest verankerten linken Elite, der jedes Mittel recht ist, um ihre Macht und ihre Privilegien zu schützen.

Das terroristische Massaker in Jerusalem hat die Unterstützer der Terroristen in Tel Aviv, die mit PLO-Fahnen gegen die Justizreform protestierten, kaum aufgehalten. Dieselben Medien, die sich darüber echauffern, dass die Linken in marxistischen Hemden, die Terrorflaggen schwenken, die "Jugend" sind, die sich für "Demokratie" einsetzen, werden jedes wütende Wort junger

Mizrachis, die gegen die Terroristen protestieren, als erste Bedrohung der "Demokratie" darstellen.

Wenn ein arabisch-muslimisches Haus bei einem Anschlag verwüstet wird, schreien die Medien, dass dies eine ewige Schande für das ganze Land sei und einen Krieg gegen die "Extremisten" erfordere. Jeder, der die israelische Politik verfolgt, hat diese zynische Farce schon oft erlebt.

Die neue israelische Regierung wurde von verzweifelten Menschen gewählt, in der Hoffnung, endlich den Kreislauf von Beschwichtigung und Terror, von vorgetäuschten politischen Skandalen und dritten Parteien, von einer nicht gewählten Justiz, die im Namen der "Demokratie" höchste Macht beansprucht, und von Polizei und Staatsanwälten, die sich zusammenschließen, um alle gewählten Vertreter zu beseitigen, die sich ihrer Macht widersetzen, zu durchbrechen. Das heißt, von der Linken.

Diese mutigen und belagerten Menschen, die in schlechten Vierteln und Außenposten in Judäa und Samaria ausharren, sind der wahre Widerstand. Die Terroristen in Jerusalem und im ganzen Land waren hinter ihnen her. Sie töteten unschuldige Menschen im Namen der islamischen Terroristen im Lande, der Regierung Biden und der Linken, als Teil ihrer gemeinsamen Mission, Israel zu zerstören.

Daniel Greenfield, ein *Shillman Journalism Fellow* am *Freedom Center*, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Dies ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der zuerst im *FrontPage Magazine* veröffentlicht wurde.

Was sich in Israel abspielt, ist nicht nur ein Krieg, sondern ein Kulturkrieg

vativer Regierungen, die Terroristen zu besiegen und sie aus Israel zu vertreiben, zunichtemachte. Lange nachdem der Deal mit den Terroristen in Verrat und Raketenangriffe auf israelische Städte ausartete, verlassen sie sich immer noch darauf, die Terroristen als ihren "Knüppel" zu benutzen, um die Konservativen zu besiegen und die institutionelle Macht zu behalten.

Die Schießereien in Jerusalem fanden weit entfernt von den Tummelplätzen der herrschenden Elite in Tel Aviv statt, wie z. B. Generalstaatsanwalt Gali Baharav-Miara, der sich gegen die Todesstrafe für Terroristen aussprach, den schmutzigen Hisbollah-Deal der vorherigen Regierung ermöglichte, behauptete

den nicht so schönen Teilen von Tel Aviv und Haifa leben, die die Terroristen besiegen wollen.

Und sie wollen die Macht der Linken zurückdrängen, die eine Generation von Massakern ermöglicht haben, die Terroristen ins Land brachten, sie bewaffneten und versprachen, dass dies zum Frieden führen und Israels Position in der Welt verbessern würde, während genau das Gegenteil passiert ist.

Das sind die wahren Israelis, die sich den Reportern entgegenstellten, die ihren Tod in Jerusalem ausschalteten, und die zur Wahl gingen, um sich über die Lügen der Eliten hinweg Gehör zu verschaffen. Ihr Tod ist für die Eliten von weitaus geringerem Interesse als die

Angst vor Machtverlust: Israels Linke spalten das Land und versuchen einen Bürgerkrieg herbeizureden

Das hysterische Gerede der Linken über einen Bürgerkrieg ist ganz offensichtlich auf die Angst zurückzuführen, dass ihre jahrzehntelangen Bemühungen um eine Machtergreifung durch den Erfolg der gegenwärtigen Regierung zunichte gemacht werden. Seit der Knesset-Wahl am 1. November 2022 und dem eindeutigen Sieg Benjamin Netanjahus werden die von der Linken dominierten hebräischen Medien von einem kollektiven Nervenzusammenbruch beherrscht. Lapid und seine Kollegen warnen atemlos, ohne Unterbrechung und ohne jede Verantwortung, vor einem Bürgerkrieg und verkünden infam und faktenwidrig das Ende der israelischen Demokratie sowie den Beginn des Faschismus. In Wirklichkeit aber bringt die geplante Justizreform dem jüdischen Staat mehr Demokratie, indem die uneingeschränkte Macht des Gerichtshofs gebrochen wird, der bislang selektiv und durchweg zugunsten des links-arabischen Blocks und gegen die überwiegende Mehrheit des israelischen Volkes urteilt. (JR)

Caroline Glick/JNS.org

"Seit Jahren erscheint mir Israel wie ein Mann, der schlafwandelnd auf eine Klippe zusteuert. Jetzt sind wir von der Klippe gefallen."

So verkündete der Autor Hillel Halkin in einem hysterischen Requiem für Israel, das letzte Woche in der Jewish Review of Books veröffentlicht wurde.

Halkins metaphorische Klippe ist der Wahlsieg des rechtsreligiösen Blocks am 1. November 2022 und die Bildung der sechsten Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu. Halkin erklärt seinen besorgten Lesern, dass es nicht so ist, dass Israel am 1. November aufhört, eine Demokratie zu sein. Viel schlimmer. An diesem Tag hat Israel seine Seele verloren.

Und Halkin identifiziert den Schuldigen: Das Judentum.

In einer Sprache, die an antisemitische Verschwörungsreden erinnert, gab Halkin dem "Judentum" die Schuld an der Zerstörung des "Zionismus", der, so argumentierte er, seltsamerweise versucht habe, uns von den "Fantasien und Wahnvorstellungen des Judentums zu heilen", nur um selbst von ihnen infiziert zu werden.

"Der Zionismus wollte aus uns ein normales Volk machen", schrieb er. Leider "ist er gescheitert und hat sich dabei selbst entstellt".

Amerikanisch-jüdische Leser mögen schockiert gewesen sein, dass der langjährige israelische Liebling der neokonservativen Clique jetzt ein hasserfüllter Linker ist. Aber für israelische Leser war an Halkins Essay nichts Originelles. Seit dem 1. November 2022 werden die von der Linken dominierten hebräischen Medien vom kollektiven Nervenzusammenbruch der Linken beherrscht. Weitaus extremere Botschaften als die von Halkin werden der Öffentlichkeit rund um die Uhr aufgedrängt. Angeführt wird der Vorwurf von Politikern, pensionierten Generälen und Richtern und anderen Mitgliedern des nicht gewählten, linken Establishments Israels. Berichten zufolge finanziert und organisiert die progressive US-Stiftung New Israel Fund die Kampagne.

Yair Lapid demonstrierte gegen zukünftige Regierung

Unmittelbar nachdem der vom Likud angeführte rechtsreligiöse Block eine komfortable Mehrheit von 64 Sitzen im Parlament errungen hatte, begann der damalige kommissarische Ministerpräsident und heutige Oppositionsführer Yair Lapid von einem Bürgerkrieg zu sprechen. Noch als Ministerpräsident rief Lapid die Menschen dazu auf, auf die Straße zu gehen und gegen die noch gar nicht gebildete Regierung Netanjahu zu demonstrieren. Er nahm sogar an einer Demonstration gegen die neue



Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem

Regierung teil, als er noch Ministerpräsident war.

Andere führende Mitglieder von Lapid's links-arabischer Koalition sprangen ohne zu zögern auf seinen Zug auf. In den zweieinhalb Monaten seit dem 1. November und mit zunehmender Geschwindigkeit und andeuteter Gewalt, seit die Regierung vereidigt wurde, haben Lapid und seine Kollegen atemlos vor einem Bürgerkrieg gewarnt, zum Aufstand aufgerufen und das Ende der israelischen Demokratie und den Beginn des Faschismus verkündet.

Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofs, Aharon Barak, der Schutzpatron der Linken, gab allen drei von der Linken dominierten Fernsehsendern Interviews (er weigerte sich, mit Kanal 14 zu sprechen, dem einzigen Fernsehsender, der mit dem rechtsreligiösen Block verbunden ist). Seine Interviews wurden am Folgetag gleichzeitig ausgestrahlt. Barak verglich die Vorschläge von Justizminister Yariv Levin zur Justizreform mit einem Panzerangriff und einer Revolution. Er sagte, er wäre bereit, sich eine Kugel einzufangen, um den Angriff zu stoppen. Er rief seine Anhänger auf, die Barrikaden zu bemanen. Die Demokratie, so warnte er, sei in Gefahr.

Während Baraks Aufruf zu den Waffen ausgestrahlt wurde, versammelten sich Tausende von Linken in Tel Aviv, um gegen die seit einer Woche amtierende Netanjahu-Regierung zu protestieren. Sie hielten Plakate hoch, auf de-

nen sie Levin als Nazi darstellten und die Netanjahu-Regierung als "Sechstes Reich" bezeichneten. Rufe nach einem Bürgerkrieg waren zu hören. PLO-Fahnen wurden geschwenkt.

Gewaltaufrufe linker Politiker

Auf die Kundgebung folgte eine neue Welle von Aufrufen ranghoher Politiker von Lapid an abwärts, die bestenfalls mit Gewalt kokettierten. Der Abgeordnete Michal Shir von Lapid's Partei Jesch Atid rief dazu auf, "die Straßen in Brand zu setzen". Der ehemalige stellvertretende Meretz-Minister und ehemalige stellvertretende Generalstabschef der IDF, Yair Golan, rief zu einem zivilen Aufstand auf. Der ehemalige IDF-Generalstabschef und Verteidigungsminister Moshe Yaalon rief Polizisten dazu auf, Befehle zu missachten. Yaalons Nachfolger in beiden Ämtern, der Führer der Staatspartei, Benny Gantz, sagte, wenn es zu einem Bürgerkrieg komme, sei Netanjahu schuld. Die Vorsitzenden fast aller Oppositionsparteien erklärten sich bereit, an einer vom New Israel Fund organisierten Folgedemonstration teilzunehmen.

Die derzeitigen Paten der Rebellion sind die beiden Baraks – Aharon Barak und der ehemalige Premierminister Ehud Barak. In der Zeitung Yediot Ahronot erklärte Ehud Barak: "Der Kampf hat begonnen. Es handelt sich nicht um einen falschen Alarm. Befehl zur Notfallmobilisierung. Eine klare und unmittelbare Gefahr für den sich

rasch nähernden Zusammenbruch der israelischen Demokratie. Wenn eine Million Bürger auf die Straße gehen, wird diese böse Regierung stürzen."

Aus all dem ergeben sich zwei Fragen. Erstens: Was schürt die Hysterie und die Aufwiegelung? Und zweitens, wie muss die Regierung mit der Situation umgehen?

Leute wie Halkin, die Baraks und ihre Landsleute bestehen darauf, dass es um "Demokratie" geht. Die von Levin vorgeschlagenen Reformen werden die derzeit unkontrollierten Befugnisse des Obersten Gerichtshofs Israels unter Kontrolle bringen und den Generalstaatsanwalt der Regierung unterstellen, der er dient. Die Linke besteht darauf, dass die Minderheitenrechte in Israel verschwinden werden, wenn Levins Reformen verabschiedet werden.

Das Problem bei diesem Argument ist, dass der Gerichtshof nicht die Rechte von Minderheiten an sich schützt. Er schützt die Rechte von Minderheiten, die mit der Linken verbunden sind. In der Tat verleiht er ihnen außergesetzliche Rechte. Seit Aharon Barak Anfang der 1990er Jahre seine juristische Revolution durchführte und die Befugnisse der Regierung zur Festlegung der Politik und der Knesset zur Verabschiedung von Gesetzen an sich riss, hat der Oberste Gerichtshof „palästinensische“ Terroristen vor den IDF geschützt. Er schützt arabische Israelis vor den Bemühungen, Israels Planungs- und Raumordnungsgesetze durchzusetzen. Er schützt illegale Einwanderer aus Afrika vor den Einwanderungsgesetzen. Und so weiter und so fort.

Einseitiger Schutz durch den Gerichtshof

Andererseits erhalten Minderheiten, die mit dem rechtsreligiösen Block verbündet sind – Bewohner der Arbeiterklasse in Vierteln, die Opfer illegaler Einwandererkriminalität sind, israelische Bewohner von Gemeinden in Judäa und Samaria und gemischten jüdisch-arabischen Vierteln in Jerusalem und im ganzen Land, ultraorthodoxe Israelis sowie Sephardi- und Mizrahi-Israelis – keine entscheidende Unterstützung oder Schutz durch den Gerichtshof.

Mit anderen Worten: Die Beschneidung der uneingeschränkten Macht des Gerichtshofs wird die Rechte von Minderheiten nicht untergraben. Sie wird die Macht des Gerichtshofs einschränken, selektiv zugunsten des links-arabischen Blocks und gegen den rechts-religiösen Block zu urteilen.

Die Hysterie, die durch diese Aussicht ausgelöst wird, entspringt zwei Quellen, die beide nichts mit Demokratie oder der Seele Israels zu tun haben. Die erste Quelle sind Hass und Vorurteile. Halkins spöttische Verunglimpfung der orthodoxen israelischen Juden ist nur die aktuelle

Wiederholung des seit langem bestehenden Vorurteils der Linken gegen alle, die anders aussehen und denken. Diese Art von Hass gegen sephardische und mizrachische Juden, nationalreligiöse Juden, ultraorthodoxe Juden und andere traditionell rechtsgerichtete Gruppen ist seit der Zeit vor der Staatsgründung das Hintergrundrauschen des gesellschaftlichen Diskurses in Israel.

Mehr als ihre zunehmend radikalen, pro-„palästinensischen“ Positionen ist es der unverkennbare Hass der Linken auf die Gruppen, die den rechts-religiösen Block bilden, der die meisten Israelis davon überzeugt hat, dass sie zu hasserfüllt und verächtlich ihnen gegenüber sind, um mit der Macht betraut zu werden.

Anschuldigungen gegen Netanjahu haben sich zerschlagen

Die Entscheidung der Juristenbruderschaft, Netanjahu vor den Wahlen 2019 anzuklagen, überzeugte vorübergehend genügend Mitte-Rechts-Israelis, für Mitte-Links-Parteien zu stimmen, um Israel für drei Jahre ins politische Chaos zu stürzen. Doch in den letzten anderthalb Jahren der Regierung Bennett-Lapid-Gantz-Abbas geschahen zwei Dinge, die dem rechtsreligiösen Block am 1. November 2022 einen überwältigenden Sieg bescherten.

Erstens haben sich die Anschuldigungen, die die Juristen gegen Netanjahu erhoben hatten, vor Gericht zerschlagen. Die wütenden Anschuldigungen, Netanjahu sei ein korrupter Gauner, führten zu vier ergebnislosen Wahlen in kurzer Folge von 2019 bis 2021. Aber bei der letzten Wahl klangen sie hohl.

Zweitens haben die anderthalb Jahre linker Herrschaft die Öffentlichkeit daran erinnert, warum sie die Linke in die politische Wüste geschickt hatte. Gemessen an der Politik, die sie verfolgte, war das einzige verbindende Merkmal der Regierung Bennett-Lapid-Gantz-Abbas nicht der Hass auf Netanjahu. Es war der Hass auf den rechtsreligiösen Block und seine Wähler. Als Finanzminister verkündete Avigdor Liberman stolz eine Politik, die bewusst ultraorthodoxe Israelis verfolgte. Als Verkehrsminister diskriminierte der Chef der Arbeitspartei, Merav Michaeli, absichtlich die israelischen Gemeinden in Judäa und Samaria. Lapid bezeichnete die Opposition als "Scheißer" und sagte, ihre Vertreter in der Knesset seien des Gesetzes nicht würdig, das ihn verpflichtet, sein Gasgeschäft mit dem von der Hisbollah kontrollierten Libanon der Knesset zur Genehmigung vorzulegen. Die von der Regierung handverlesene Generalstaatsanwältin Gali Meara Baharav gab Lapid und seinen Kollegen grünes Licht, die Opposition mit Füßen zu treten und alle Beschränkungen zu ignorieren, die ihr Vorgänger den Netanjahu-Regierungen auferlegt hatte.

Übertragung der Macht auf nicht gewählte Staatsorgane

Die zweite Ursache für die derzeitige Hysterie der Linken und ihre Einladung zu politischer Gewalt ist politischer Natur. Nachdem der Likud und die Rechten 1977 ihre ersten Knessetwahlen gewonnen hatten, initiierte die Linke einen Plan zur Übertragung der Regierungsgewalt von der Knesset und der Regierung auf Israels nicht gewählte Staatsorgane – ins-

besondere den Obersten Gerichtshof und die staatlichen Justizbehörden im Allgemeinen.

In den folgenden vier Jahrzehnten wurden den gewählten Führern Israels immer mehr exekutive und legislative Befugnisse entzogen und auf die nicht gewählten Eliten übertragen, die mit der Linken verbunden sind und sie schützen, so dass es heute schwer ist, Israel als Demokratie zu betrachten. Die unkontrollierten Befugnisse der nicht gewählten Juristenbruderschaft haben sie allmächtig gemacht.

Es brauchte viele Jahre, bis die Politiker begriffen, was vor sich ging, und noch länger, bis die Mehrheit der Öffentlichkeit begriff, dass sie faktisch entmündigt worden war. Die wachsende Mehrheit der Israelis, die sich der Realitäten ihres politischen Systems bewusst sind, wurde erst nach der Eröffnung des Prozesses gegen Netanjahu im Jahr 2021 zur Mehrheit. Das Scheitern der Anklage gegen Netanjahu vor dem Jerusalemer Bezirksgericht einerseits und die Enthüllungen über den tiefgreifenden und systematischen Missbrauch von Zeugen und Verdächtigen durch die Staatsanwaltschaft und die Ermittlungsbehörden während der gesamten Ermittlungsphase des juristischen Angriffs auf den amtierenden Premierminister andererseits reichten aus, um der Rechten ein klares Mandat für eine Rechtsreform zu erteilen.

Heute stehen die Baraks und ihre Genossen zum ersten Mal vor der realen Aussicht, dass ihr postdemokratischer Regierungsapparat aus der Zeit nach 1977 demontiert und eine echte Demokratie im Lande wiederhergestellt wird. Und das

werden sie nicht einfach so hinnehmen. In den letzten Wochen hat die Juristenbruderschaft ihre Muskeln spielen lassen, indem sie strafrechtliche Ermittlungen gegen die Minister der Regierung forderten und den Ministern Steine in den Weg legten, wenn sie hohe Beamte in ihre Ministerien berufen wollten. Weitere Anklagen gegen Netanjahus Mitarbeiter aufgrund von Vorwürfen sind in Arbeit. Und natürlich wird es weitere Massenproteste und Aufrufe zu Gewalt und Aufstand von Politikern, pensionierten Generälen und Richtern geben.

Die Regierung muss bei der Festlegung ihres Kurses vorsichtig sein. Die Minister müssen daran denken, dass sie jetzt das Sagen haben. Sie können die Dinge ändern und haben keinen Grund, das Feuer in gleicher Weise zu erwidern, wenn sie angegriffen werden. Die Knesset kann Levins Justizreformpaket verabschieden, und sie sollte dies unverzüglich tun. Andere politische Maßnahmen sollten mit minimaler Fanfare umgesetzt werden. Die Rechte hat eine Generation lang darauf gewartet, die demokratischen Fundamente des parlamentarischen Systems in Israel wiederherzustellen. Die Ernsthaftigkeit der Bedrohung durch Gewalt und Unruhen muss unseren Führern bewusst machen, warum ihr Plan zur Wiederherstellung der Demokratie unerlässlich und dringend ist.

Caroline Glick ist eine preisgekrönte Kolumnistin und Autorin von "The Israeli Solution: A One-State Plan for Peace in the Middle East" ("Die israelische Lösung: Ein Ein-Staaten-Plan für den Frieden im Nahen Osten").

Holocaust-Aufklärung an arabischen Schulen hat ihre Tücken

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben angekündigt, den Holocaust als Unterrichtsthema in den Lehrplan für Grund- und Sekundarschulen aufzunehmen. Dies wird allerdings unangenehme Fragen zur arabischen Kollaboration mit den Nationalsozialisten aufwerfen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die meisten Juden wegen der Araber und wegen der Vertreibung aus deren Ländern nach Israel gekommen sind. Sie kamen und suchten auch nach der Staatsgründung Israels Schutz vor der Alltagsbenachteiligung und den diskriminierenden Gesetzen der Arabischen Liga im Nürnberger Stil. (JR)

Von Lyn Julius/JNS.org

Gute Nachrichten aus der Golfregion: Die Vereinigten Arabischen Emirate werden in ihren Schulen den Holocaust unterrichten. Es ist nur recht und billig, dass die Golfstaaten im Rahmen des laufenden Normalisierungsprozesses mit Israel dafür sorgen, dass die Schulkinder mit der größten Katastrophe, die das jüdische Volk je erlebt hat, vertraut gemacht werden.

Doch wenn der Holocaust-Unterricht dazu dienen soll, in der arabischen Welt Sympathien für Israel zu gewinnen oder gar die Legitimität des jüdischen Staates in den Augen der Araber zu erhöhen, birgt dieser Ansatz einige Fallstricke.

Einer davon ist, dass einige Unterstützer der „Palästinenser“ den Holocaust missbrauchen, um einen falschen Vergleich mit der „palästinensischen“ Nakba zu ziehen. Die Flucht von etwa 700.000 Arabern aus dem späteren Israel war jedoch nicht auf einen systematischen Massenmord zurückzuführen, sondern auf den arabisch-israelischen Krieg von 1948.

Ein passenderer Vergleich wäre der zwischen der arabischen Nakba und der jüdischen Nakba – der Vertreibung von fast einer Million Juden aus arabischen Ländern, von denen die meisten im Rahmen eines De-facto-Austauschs der Flüchtlingsbevölkerung in Israel landeten.

Ablenkung vom muslimischen Antisemitismus

Die zweite Gefahr besteht darin, dass die Lehre über den Holocaust dazu neigt, den Antisemitismus als ein rein europäisches Phänomen darzustellen. Dadurch wird der Fokus vom arabischen und muslimischen Antisemitismus wegelenkt und der Mythos aufrechterhalten, dass Juden und Araber vor der Gründung Israels immer in Frieden und Harmonie gelebt hätten.

Wie Matti Friedman es ausdrückte, sind die meisten Juden in Israel wegen der Araber, nicht wegen der Nazis. Sie kamen und suchten Schutz vor Unruhen, vor den diskriminierenden Gesetzen der Arabischen Liga im Nürnberger Stil, vor willkürlichen Verhaftungen, vor Menschenrechtsverletzungen und vor erzwungener Enteignung.

Die dritte Gefahr besteht darin, dass die Araber irreführend als "unschuldige Zuschauer" des Holocaust dargestellt werden, die mit der Gründung Israels "den Preis" für ein europäisches Problem bezahlt haben.

Die Wahrheit ist, dass eine beträchtliche Anzahl von Arabern mit den Nazis sympathisierte, und sei es nur aus dem pragmatischen Grund, dass die Nazis dem britischen und französischen Kolonialismus feindlich gegenüberstanden. In der arabischen Welt gab es zahlreiche

paramilitärische Jugendgruppen nach nationalsozialistischem Vorbild, und arabische nationalistische Parteien, die vom Nationalsozialismus inspiriert waren, existieren noch heute,

Arabische Kollaboration mit den Nazis

Die vierte Gefahr besteht darin, dass die aktive arabische Kollaboration mit den Nazis und die besondere Rolle des „palästinensischen“ Mufti von Jerusalem, Haj Amin Al-Husseini, des so genannten "Führers" der arabischen Welt, im Unterricht über den Holocaust ignoriert wird.

Der Mufti half 1941 bei der Inszenierung eines pro-nazistischen Staatsstreichs im Irak und stiftete das als Farhud bekannte antijüdische Massaker an, wobei er keinen Hehl aus seinem Wunsch machte, die Juden in seinem Einflussbereich zu vernichten. Als Hitlers Gast in Berlin stellte der Mufti SS-Einheiten aus muslimischen Truppen auf und verbreitete giftige antijüdische Propaganda. Aus Gründen der Realpolitik wurde er in Nürnberg nie wegen Kriegsverbrechen angeklagt, obwohl dies durchaus möglich gewesen wäre.

Es ist notwendig, die Verbindung zwischen den Nazis, ihren arabischen Sympathisanten und dem israelisch-„palästinensischen“ Konflikt zu verstehen, die oft aus Gründen der politischen

Korrektheit ausgeblendet wird. Der Mufti war, so der Wissenschaftler Matthias Kuntzel, der Dreh- und Angelpunkt im großen Krieg der Nazis gegen die Juden und im kleinen Krieg der Araber gegen Israel.

Im Krieg von 1948 kämpften Nazis an der Seite der Araber, und Nazis wurden zu Militärberatern von Gamal Abdel Nassers Ägypten. In den 1950er Jahren wurde der islamisierte Antisemitismus, der von europäischen Vorstellungen von jüdischer Verschwörung und Kontrolle beeinflusst war, in der Ideologie der Muslimbruderschaft verankert.

Die arabischen Regierungen sind sich nicht mehr einig in ihrem Wunsch, Israel zu vernichten, aber es gibt immer noch einige, die das Werk Hitlers vollenden wollen. Würde das "Lehren des Holocausts" auf diese Weise dazu beitragen, die Ablehnung an der Basis zu schwächen? Wäre es nicht einfacher, das Thema ganz zu umgehen?

Lyn Julius ist die Autorin von "Entwurzelt: Wie 3.000 Jahre jüdischer Zivilisation in der arabischen Welt von heute auf morgen verschwanden" ("Uprooted: How 3,000 Years of Jewish Civilization in the Arab World Vanished Overnight", Vallentine Mitchell, 2018).

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Entgegen allen Behauptungen unserer hiesigen Israel-Diffamierungspolitik: Die Reform des Obersten Gerichtshofs Israels fördert die Demokratie

Die Pläne des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu für eine Justizreform sind überfällig und zwingend notwendig. Sie verhindern, dass eine mächtige und demokratiefeindliche Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Israels Gerichte haben kein verfassungsmäßiges Mandat, sich über die Knesset hinwegzusetzen. Das derzeitige Justizsystem wurde von einem nicht gewählten Mitglied des linken politischen Spektrums, Aaron Barak, einem ehemaligen Richter des israelischen Obersten Gerichtshofs - aus dem Nichts geschaffen. Barak beschloss seinerzeit und quasi ohne Widerstand, dass seine Institution die Befugnis haben sollte, die Entscheidungen der demokratisch gewählten Vertreter Israels in der Knesset schlichtweg aufzuheben. So hat der Oberste Gerichtshof Israels aus ideologischen Gründen häufig nicht nur von der Knesset erlassene Gesetze aufgehoben und dabei bewusst ein wirkungsvolles Handeln des Staates verhindert, sondern sogar militärische Entscheidungen, die der Verteidigung des Landes dienen sollten, aufgehoben. Dem wird durch die Justizreform bald ein Riegel vorgeschoben werden. (JR)

Von Jerome M. Marcus/JNS.org

Die israelische Linke hat sich ein Beispiel an ihren amerikanischen Freunden genommen und das Programm ihrer politischen Gegner als "antidemokratisch" angeprangert. Wie in den USA werden die von der Rechten vorgeschlagenen Schritte als regelrechter Faschismus angegriffen.

Nirgendwo ist dies mehr der Fall als bei dem Vorschlag, die Zuständigkeit des israelischen Obersten Gerichtshofs und die Methode zur Auswahl der Richter zu ändern. Und nirgendwo könnte die Hysterie lächerlicher sein.

Israel hat ein Einkammernparlament und keine geschriebene Verfassung. Eine solche Regierungsstruktur ist kaum einzigartig, und in der Tat hat das Land, in dem die Idee eines Parlaments geboren wurde, England, das gleiche System seit Jahrhunderten. Ein wesentliches Element dieses Systems ist die parlamentarische Oberhoheit: Niemand, weder die Krone, noch die Exekutive oder die Gerichte, hat die Macht oder das Recht, den Befehl des Parlaments zu missachten oder rückgängig zu machen. In England, so erklärt Blackstones Kommentar, wäre jeder Versuch, "die richterliche Macht über die der Legislative zu stellen ... ein Vergehen an der gesamten Regierung".

Der Grund dafür ist, dass es in Ermangelung eines Gesetzes keine Grenzen für das Handeln der Richter gibt. Die richterliche Kontrolle in Ermangelung einer geschriebenen Verfassung - dem Gesetz, das die Gesetze regelt - bedeutet zwangsläufig, dass die Richter die Entscheidungen der politischen Instanzen aufheben, ohne dass das Gesetz sie leitet oder einschränkt. Wenn Richter über ein Gesetz urteilen, das nicht durch ein anderes, höheres Gesetz eingeschränkt ist, fragen sie einfach, ob die politische Entscheidung, die ihnen vorliegt, unvernünftig ist, gegen die Billigkeit verstößt oder eine andere großspurige Formulierung ist, die in Wirklichkeit bedeutet: "Halte ich, der Richter, das für eine schlechte Idee?" Wenn die Meinung einer Person den Befehl des Volksgesetzgebers umkehrt, ist das die Wörterbuchdefinition von "antidemokratisch".

Kein verfassungsmäßiges Mandat der Gerichte

Israels Gerichte haben kein verfassungsmäßiges Mandat, sich über die Knesset hinwegzusetzen. Das derzeitige Justizsystem wurde von einem nicht gewählten Mann - Aaron Barak, einem ehemaligen Obersten Richter des israelischen Obersten Gerichtshofs - aus dem Nichts geschaffen. Barak beschloss einfach,



Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem

dass seine Institution die Befugnis haben sollte, die Entscheidungen der demokratisch gewählten Vertreter Israels in der Knesset aufzuheben. Über mehrere Jahrzehnte hinweg, beginnend in den späten 1980er Jahren, räumte sich Baraks Gericht einseitig diese Befugnis ein.

Im Gegensatz dazu beruht die richterliche Kontrolle in den USA auf der Tatsache, dass wir eine geschriebene Verfassung haben, die nur vom Volk durch eine Änderung geändert werden kann. Der Oberste Richter des Obersten Gerichtshofs der USA, John Marshall, berief sich vor langer Zeit auf die geschriebene Verfassung als Grundlage für das Recht seines Gerichts, ein vom Kongress erlassenes und vom Präsidenten unterzeichnetes Gesetz aufzuheben. Der Gedanke dahinter ist, dass die Verfassung ein Gesetz ist, das vom Souverän selbst ("Wir, das Volk") angenommen wurde, und dass die Verfassung die Befugnisse der Legislative und des Präsidenten begrenzt. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ist als höchstes Gericht befugt, die Verfassung gegenüber anderen, untergeordneten Gesetzen, wie z. B. Statuten, durchzusetzen.

Mit anderen Worten, die geschriebene Verfassung schränkt den Obersten Gerichtshof ein, der somit nicht seine Ansichten gegenüber dem Kongress

und dem Präsidenten durchsetzt, sondern nur den Befehl des Volkes in der Verfassung.

Dennoch hat sich das amerikanische System am Rande der Antidemokratie bewegt, wenn die Verfassung ohne Treue zum Text "gelesen" wurde. Die amerikanische Reaktion auf einen solchen richterlichen Aktivismus war, wenn überhaupt, erbitterter, intensiver und unmittelbar einschüchternd - das heißt, wirksamer - als alles, was die Netanjahu-Regierung in Erwägung zieht.

New-Deal-Gesetzgebung in den USA

In den USA ging die größte Bedrohung der Demokratie von der Rechten aus. Sie begann im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, als zum Beispiel ein Gesetz zur Einschränkung der Kinderarbeit für ungültig erklärt wurde, weil es gegen den Grundsatz der Vertragsfreiheit verstieß (der, gelinde gesagt, in der Verfassung schwer zu finden ist). Der Höhepunkt und der Grund für den Zusammenbruch der richterlichen Macht kam jedoch zu Beginn des New Deal. In einer Reihe von knappen Abstimmungen (meist 5:4) kippten die politisch konservativen Richter des Obersten Gerichtshofs Gesetze, die im Rahmen von Präsident Franklin D. Roosevelts Plan zur Umgestaltung der Bundesregierung und - so wurde behauptet - zur Überwindung der Großen

Depression erlassen worden waren.

Als Reaktion darauf schlug Roosevelt vor, den Obersten Gerichtshof mit weiteren Richtern zu besetzen - "packing the Court", wie es später genannt wurde -, was es ihm ermöglicht hätte, eine ausreichende Anzahl neuer Richter zu ernennen, um sicherzustellen, dass der Gerichtshof sich ihm nicht länger widersetzen würde. Zwei Monate nach Bekanntgabe des Plans wechselte einer der ehemals konservativen Richter des Obersten Gerichtshofs die Seite und stimmte mit den Liberalen für die Aufrechterhaltung der New-Deal-Gesetzgebung. Der Plan zur Zusammenlegung von Gerichten scheiterte, der Gerichtshof behielt seine Integrität, und der Kongress und der Präsident konnten sich wieder der Entscheidung über die Politik widmen, die das Land regieren sollte.

In Israel hat sich im Wesentlichen das gleiche Drama abgespielt, allerdings mit umgekehrter politischer Ausrichtung. Die Linke, nicht die Rechte, begann, sich in die politische Entscheidungsfindung einzumischen, und die Rechte wurde in ihren Bemühungen behindert, eine von den Wählern gewählte politische Plattform umzusetzen. In den späten 1980er und 1990er Jahren - nicht zufällig einige Jahre, nachdem Menachem Begin 1977 das Monopol der Linken auf die politische Macht beendet

hatte – begann der Oberste Richter Barak, Gutachten zu verfassen, in denen der Gerichtshof die Befugnis geltend machte, von der Knesset erlassene Gesetze aufzuheben.

Wie in den USA, wo jedes Ressort der Exekutive durch einen Erlass des Kongresses geschaffen wird, gibt es in Israel so genannte Grundgesetze. Diese Gesetze sind Gesetze wie alle anderen, die auf die gleiche Weise verabschiedet werden und den gleichen Verfahren unterliegen. Doch Barak entschied selbst, dass sie dem Obersten Gerichtshof Israels eine Grundlage bieten, um das zu tun, was der Oberste Gerichtshof der USA tut – Gesetze der Legislative zu Fall zu bringen.

Es gab jedoch zwei wesentliche Unterschiede zwischen dem, was in Israel und dem, was in Amerika geschah.

Unterschied zwischen den USA und Israel

Erstens: Da Israel keine geschriebene Verfassung hat, gab es nicht einmal den Anschein, dass es sich bei dem, was die Richter taten, um die Durchsetzung einer vom Volk getroffenen Entscheidung handelte. Es war von Anfang an klar – Barak sagte dies in seinen Entscheidungen –, dass das Gericht kein geschriebenes Gesetz durchsetzte, sondern nur die Überzeugung der Richter darüber, was "vernünftig" ist. Kein Gesetz kann unvernünftig sein, so die Theorie, und wenn ich, der Richter, eine Maßnahme der Knesset (oder der IDF) für "unvernünftig" halte, dann kann sie nicht bindendes Recht sein.

Zweitens waren israelische Richter bereit, so weit zu gehen, wie es ihre amerikanischen Kollegen nicht taten, um Gesetze rückgängig zu machen. In der Tat hat der Oberste Gerichtshof Israels nicht nur von der Knesset erlassene Gesetze, sondern sogar im Eifer des Gefechts getroffene militärische Entscheidungen aufgehoben oder die Befugnis dazu geltend gemacht. Es hat darüber geurteilt, wo genau die Trennmauer verlaufen soll, die Israel von seinen Nachbarn trennt. Es hat die Angemessenheit von Ernennungen des Premierministers in Ministerien überprüft und die Entscheidungen, die dem Gericht nicht passten, rückgängig gemacht. Er hat sogar die Befugnis, ein Grundgesetz zu streichen, geltend gemacht.

Oberster Richter Barak hat den Obersten Gerichtshof Israels dazu veranlasst, Rechtsgrundsätze abzuschaffen, die die gerichtliche Kontrolle einschränken; Grundsätze, die auch in den USA gelten. In Amerika sind die Gerichte durch die Verfassung ermächtigt, über "Fälle und Kontroversen" zu entscheiden, so dass nur Personen, die durch staatliche Maßnahmen geschädigt oder beeinträchtigt wurden oder denen ein Schaden droht, die Gerichte anrufen können. Nur solche Personen haben "Klagebefugnis", wie es die US-Gerichte ausdrücken.

In ähnlicher Weise entzieht die Doktrin der politischen Frage den US-Gerichten die Befugnis, über Fälle zu entscheiden, in denen es kein rechtliches Gebot gibt, das das Gericht durchsetzen könnte, um den Fall zu entscheiden. Die Verfassung sagt uns beispielsweise, wie wir Verträge abschließen sollen, aber sie sagt nichts darüber, wie wir sie rückgängig machen können. Der Oberste Gerichtshof der USA hat vor langer Zeit entschieden, dass es sich hierbei um eine "politische Frage" handelt – eine Frage für den Präsidenten und die Legislative, die beide vom



Aharon Barak, ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofs Israels

Volk gewählt werden, und nicht für die Justiz – und daher eine Frage, die der Gerichtshof nicht entscheiden darf.

Undemokratische Machtbefugnisse des Gerichts

Barak lehnte ausdrücklich jede Einschränkung der Klagebefugnis und der Doktrin der politischen Frage ab. Somit kann jedes Mitglied der Öffentlichkeit – unabhängig davon, ob es persönlich betroffen ist oder nicht – vor dem Obersten Gerichtshof Israels eine Klage gegen Regierungsmaßnahmen einreichen, und das Gericht kann jede Regierungsmaßnahme als "unangemessen" ablehnen.

Das ist kaum demokratisch. Es ist das Gegenteil von Demokratie. Die Abschaffung dieses Zustands bedeutet daher die Wiederherstellung der Demokratie.

Die Vorschläge von Netanjahu sehen jedoch keine Abschaffung der gerichtlichen Überprüfung von Knessetgesetzen vor. Stattdessen werden höhere Mehrheiten am Gerichtshof erforderlich sein, um Gesetze zu kippen, und eine absolute Mehrheit aller Knessetmitglieder – nicht nur die Mehrheit der Anwesenden – wird befugt sein, eine Entscheidung zur Kippung eines Gesetzes aufzuheben.

Es ist kein Zufall, dass Baraks außergewöhnliche Behauptung der richterlichen Macht kurz nach dem Erstarben der politischen Rechten in Israel erfolgte. Das liegt daran, dass die Behauptung der richterlichen Macht von einem bestimmten Segment der israelischen Gesellschaft ausging: der säkularen, aschkenasischen Linken.

Dies bringt uns zum zweiten Element der vorgeschlagenen Änderungen des israelischen Rechts für den Gerichtshof.

In Israel haben die Volksvertreter nicht die Macht, Richter auszuwählen, wie dies in den USA der Fall ist. Stattdessen wird die Auswahl hinter verschlossenen Türen von einem bunt zusammengewürfelten Ausschuss getroffen, in dem nur eine Minderheit der Knessetmitglieder vertreten ist. Beteiligt sind auch führende Privatanwälte – die vor den Richtern, die sie er-

nennen, argumentieren werden – und amtierende Mitglieder des Obersten Gerichtshofs, die somit befugt sind, ihre eigenen Kollegen und Nachfolger auszuwählen.

Wer sind diese Richter, und wer sind die führenden Köpfe der Anwaltschaft, die befugt sind, diese Macht der Richterauswahl auszuüben? Es sind nicht die Mizrachim, die Religiösen, die Lastwagenfahrer und Ladenbesitzer. Das sind die Leute, die die politische Rechte unterstützen und die vor langer Zeit als "chachchachim" bezeichnet wurden – eine abfällige Bezeichnung für Mizrachi-Juden. Die Menschen, die die Ausübung dieser enormen Macht durch den Obersten Gerichtshof unterstützen, sind die Menschen, die diese Macht ausüben: Die säkulare aschkenasische Linke, die seit Jahrzehnten vor dem Gerichtshof argumentiert und sich selbst in den Gerichtshof berufen hat.

Mehr Transparenz bei der Ernennung von Richtern

Aus diesem Grund besteht die zweite Säule des Netanjahu-Plans zur Demokratisierung der israelischen Gerichte darin, sicherzustellen, dass die Mitglieder des Obersten Gerichtshofs von denjenigen gewählt werden, die politisch verantwortlich sind. Der Vorschlag sieht vor, die Anhörungen der Richterandidaten öffentlich zu machen und die Macht der Richter im Auswahlausschuss zu beschneiden (aber nicht zu beseitigen).

Derzeit sitzen drei Richter in dem neunköpfigen Ausschuss, der die Richter des Obersten Gerichtshofs auswählt, aber eine Mehrheit von sieben Richtern ist erforderlich, um eine Ernennung zu billigen. Das bedeutet, dass die drei amtierenden Richter ein Vetorecht gegen jedes neue Mitglied des Gerichtshofs haben. Der Netanjahu-Vorschlag sieht vor, dieses Vetorecht abzuschaffen und der israelischen Anwaltschaft ihre Sitze im Ausschuss zu entziehen. Sie würden durch Mitglieder der Öffentlichkeit ersetzt, die vom Justizminister ausgewählt werden, der wiederum vom demokratisch gewählten Premierminister ernannt wird.

Ist dies das Werk von Braunhemden, die Fackeln schwingen und Steine durch Fenster werfen? Handelt es sich um die Aussetzung des Rechts oder die Kriminalisierung von Meinungsverschiedenheiten? Ist es, wie Aharon Barak behauptet, ein Vorschlag, der "die Demokratie strangulieren" wird? Offensichtlich nicht. Es handelt sich um die Umkehrung einer Machtergreifung durch eine Minderheit.

Die Befürworter dieser Änderungen erkennen an, dass "Demokratie" mehr bedeutet als nur eine Regierung, in der 50 % plus eine Person die Gesetze machen können. Es bedeutet auch eine Regierung, in der die Rechte von Minderheiten respektiert werden. In den USA wird diese Achtung durch unsere schriftliche Verfassung und unsere schriftliche Bill of Rights vorgeschrieben. Aber in Israel bedeutet das Fehlen einer schriftlichen Verfassung, dass die Rechte von Minderheiten auf dieselbe Weise geschützt werden wie in England – durch den politischen Prozess.

Schutz aller vor dem Gesetz

Die Rechte von Minderheiten in Israel werden ganz anders geschützt als die Rechte von Minderheiten in den USA, weil in Israel "Minderheiten" jeden einschließen. Es gibt keine angelsächsische oder christliche weiße Mehrheit, wie es sie bis vor kurzem in den USA gab. Laut einer Pew-Studie von vor ein paar Jahren machen die muslimischen Araber 14 % des Landes aus, sie sind also eine Minderheit. Die Drusen, die im Allgemeinen im Gegensatz zu den muslimischen Arabern stehen, machen nur 2 % aus, ebenso wie die Christen. Die Haredim machen 12,9 % aus. Religiöse Zionisten machen etwa 10 % aus. Traditionelle Juden, die sich nicht unbedingt an das jüdische Gesetz halten, machen 23 % aus. Die größte Gruppe? Die Hilonim – säkulare Juden – mit 40 % der Bevölkerung, was bestenfalls eine Mehrheit darstellt.

Und darin liegt sowohl das Problem als auch seine Lösung. Jahrzehntlang waren die Hilonim die effektivste politische Gruppe. Sie hatten sich so sehr daran gewöhnt, das Land zu regieren, dass sie glaubten, es sei ihr gutes Recht, zu herrschen und jede andere Gruppe, die versuchte, Macht auszuüben, zu "korrigieren" oder einzuschränken. Religiöse Zionisten, traditionelle Juden und die Haredim begannen in den 1980er Jahren politisch reif zu werden, und die Instrumente, die jetzt abgebaut werden, wurden damals geschaffen, um die Hilonim in die Lage zu versetzen, die Ausübung der politischen Macht der Rechten zu beschränken.

Heute haben die Rechten genug Macht, um die Instrumente, die zu ihrer Einschränkung geschaffen wurden, zumindest einzuschränken, und zwar aus dem einfachen Grund, dass sie bei den letzten Wahlen eine klare Mehrheit gewonnen haben. Wie ein bedeutender Liberaler vor langer Zeit sagte, "Wahlen haben Konsequenzen". Die Konsequenz wird hier jedoch nicht die Zerstörung der Demokratie sein. Sie wird die Durchsetzung der Demokratie sein.

Es sollte nicht überraschen, dass diese einst mächtige Minderheit aufschreit, aber wenn wir die Fakten kennen, werden wir uns nicht überzeugen lassen.

Jerome M. Marcus ist Rechtsanwalt und Stipendiat des Kohélet Policy Forum in Jerusalem.

Tempelberg: Ein Gebetsverbot für Juden in ihrem uralten Heiligtum ist purer Antisemitismus und klare Diskriminierung!

Der illegitime Status quo, der heute auf dem Tempelberg herrscht und Juden das Beten dort verbietet, verstößt einwandfrei gegen unterzeichnete internationale Abkommen. Die jüdische Präsenz auf dem Tempelberg existiert seit über 2.200 Jahren vor dem Beginn des Islam. Dennoch droht der jordanische König Abdullah II. mit Gewalt, wenn es Juden erlaubt wird, auf ihrer heiligsten Stätte des Judentums, ihr gesetzliches, religiöses und moralisches Recht auf freie Gebete auszuüben. Abdullah ist der gegenwärtige Monarch des Landes, das während seiner unrechtmäßigen Okkupation 1948-1967 Ost-Jerusalem dort über 50 Synagogen zerstört, jüdische Grabsteine entehrt und zur Pflasterung von Straßen verwendet hat. (JR)

Von Morton A. Klein/JNS.org

Die Zionist Organization of America kritisiert die jüngsten illegalen Drohungen des jordanischen Königs Abdullah II. in Bezug auf die heiligste Stätte des Judentums, den Tempelberg, die gegen die Friedensvereinbarungen zwischen Israel und Jordanien verstoßen. Der jordanische König erklärte gegenüber CNN, er sei "auf einen Konflikt vorbereitet", habe "rote Linien" und "wir müssen uns vor der nächsten Intifada fürchten" (d. h. einem Terrorkrieg, in dem „palästinensische“ Araber unschuldige Juden ermorden und verstümmeln), falls es zu einer "Statusänderung" an der Stätte komme.

Abdullah II. droht mit Gewalt, wenn es Juden (und anderen Nicht-Muslimen) erlaubt wird, ihr gesetzliches, religiöses und moralisches Recht auf freie Gebete an der heiligsten Stätte des Judentums auszuüben.

Eine wichtige Tatsache wird dabei ignoriert: Der israelisch-jordanische Friedensvertrag, der von Jordaniens König Hussein (dem Vater von Abdullah II.) am 26. Oktober 1994 unterzeichnet wurde, garantiert den Juden den freien Zugang zum Tempelberg. In Artikel 9.1 des Vertrages heißt es: "ORTE VON HISTORISCHER UND RELIGIÖSER BEDEUTUNG. Jede Vertragspartei wird den freien Zugang zu Orten von religiöser und historischer Bedeutung gewährleisten."

Der ehemalige US-Botschafter in Israel, David M. Friedman, bestätigte dies, indem er am 4. Januar twitterte: "Der israelisch-jordanische Friedensvertrag von 1994 verpflichtete beide Nationen, den Zugang aller Glaubensrichtungen zu bedeutenden religiösen Stätten, einschließlich des Tempelbergs, zu gewährleisten... Juden ist der Besuch des Tempelbergs weder nach dem Vertrag noch nach der Definition des "Status quo" (so undurchsichtig er auch sein mag) verboten, und Regierungsminister haben dies bei vielen Gelegenheiten getan. Keine Drohung der Hamas sollte diese Realität beeinträchtigen."

Status quo ist nicht gerecht

Der rassistische, sexistische, ungerechte Status quo, dass schwarze Amerikaner und Frauen nicht wählen durften, wurde beendet; der rassistische, ungerechte Status quo, dass schwarze Amerikaner keine "weißen" High Schools und Universitäten besuchen durften, wurde beendet; und der antisemitische, ungerechte "Status quo", dass Juden ihre heiligste Stätte nicht besuchen und dort beten durften, muss ebenfalls beendet werden.

Der scheinbare Status quo, der heute auf dem Tempelberg herrscht, verstößt gegen unterzeichnete internationale Abkommen sowie gegen Israels Gesetz zum Schutz heiliger Stätten von 1967.

Die wirkliche "Statusänderung" sind die ungerechten, diskriminierenden, il-



Die jüdischen Tempel standen etwa 1.000 Jahre lang auf dem Tempelberg, lange bevor der Islam aufkam.

legalen Beschränkungen des jüdischen Zugangs und der Gebete sowie die jahrzehntelangen Vergehen des jordanischen Wafk, die Zerstörung jüdischer Antiquitäten und Verstöße auf dem Tempelberg. Das vorgeschlagene Gesetz zur Erhaltung des Tempelbergs aus dem Jahr 2001, das von 37 überparteilichen Kongressmitgliedern mitgetragen wurde, bestätigte, dass die jordanische Wafk "groß angelegte Bulldozerarbeiten und die Zerstörung von Altertümern auf dem Tempelberg" durchführte. Tausende von Tonnen Schutt wurden ausgegraben und einfach in das nahe gelegene Kidron-Tal gekippt. Archäologen haben nachgewiesen, dass diese Artefakte aus der Zeit des Ersten Tempels [vor über 2.500 Jahren] stammen."

Heilige Stätte soll „judenrein“ sein

Die Gewaltandrohungen Abdullahs II. verstoßen auch gegen weitere Bestimmungen des israelisch-jordanischen Friedensvertrags, darunter die Forderung, dass Jordanien "es unterlassen muss, kriegerische, feindselige, subversive oder gewalttätige Handlungen oder Drohungen gegen die andere Vertragspartei [Israel] zu organisieren, dazu anzustiften, zu verleiten, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen" (Artikel 4. 3.2), die Souveränität und territoriale Integrität Israels zu respektieren (Artikel 2.1), im Bereich der Sicherheit zusammenzuarbeiten (Artikel 4.1) und nicht in das Israel innewohnende Recht auf Selbstverteidigung einzugreifen (Artikel 4.a).

Die Drohung des jordanischen Königs verschärft die jüngsten arroganten, antisemitischen, rassistischen, diskriminierenden, ungesetzlichen, ungerechten Forderungen und Propaganda-Lügen der Biden-Regierung, der Hamas-Terroristen, der Terror-Diktatur der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde und einiger anderer arabischer Regierungen, um die heiligste Stätte des jüdischen Volkes judenrein (für Juden tabu) zu machen.

Der israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, spazierte etwa 13 Minuten lang friedlich auf dem Tempelberg umher (ohne einen Fuß in die Moschee zu setzen). Dennoch wurde Israel absurderweise und fälschlicherweise beschuldigt, die Moschee zu "stürmen", "in die Moschee einzudringen", "Gewalt zu provozieren" und zu planen, dort einen "neuen jüdischen Tempel" zu bauen.

Jahrtausendalte jüdische Geschichte

Die jüdische Geschichte auf dem Tempelberg liegt über 2.200 Jahre vor dem Beginn des Islam. Abraham band Isaak dort etwa 1677 v. Chr. König David kaufte den Tempelberg und errichtete dort einen Altar für Gott, und Davids Sohn, König Salomon, vollendete den Bau des Ersten Tempels an diesem Ort im Jahr 957 v. Chr. - über 1.600 Jahre vor der Gründung des Islam im Jahr 610 n. Chr.

Die jüdischen Tempel standen etwa 1.000 Jahre lang auf dem Tempelberg - wiederum lange bevor der Islam aufkam. Juden pilgerten dreimal im Jahr zu den Tempeln (an Pessach, Schawuot und Sukkot); 180 (der 613) Mitzvahs (jüdische Gebote) beziehen sich auf den Tempel. Und während die Muslime mit Blick auf ihren heiligsten Ort, Mekka, beten, beten Juden auf der ganzen Welt mit Blick auf ihren heiligsten Ort, den Tempelberg.

Die (falsche) Behauptung der Muslime, die Stätte sei ihnen heilig, wurde dagegen um 1100 n. Chr. erfunden - Jahrhunderte nach Mohammeds Tod im Jahr 632 n. Chr. - und beruht auf einem bloßen Traum und nicht auf einer tatsächlichen Begebenheit, wonach Mohammed die "am weitesten entfernte Moschee" besuchte. Bemerkenswert ist, dass die Al-Aqsa-Moschee erst Jahrzehnte nach Mohammeds Tod erbaut wurde und nicht die "entfernteste Moschee" in seinem Traum war und

auch nicht sein konnte. Außerdem gab es keine einzige Moschee in Jerusalem, als der Koran geschrieben wurde. Außerdem hat Mohammed den Tempelberg im wirklichen Leben nie besucht. So wird ein falsch dargestellter Traum benutzt, um zu versuchen, Tausende von Jahren tatsächlicher jüdischer Geschichte auszulöschen.

König Abdullah II. verriet sein wahres Ziel, als er im vergangenen April ungeheuerliche und zahlreiche illegale Forderungen stellte, um den Tempelberg vollständig zu kontrollieren.

Jordanien forderte absurderweise:

1. Israel solle dem jordanischen islamischen Wafk die volle Autorität über den Tempelberg geben, einschließlich der Befugnis, Besuche von Nicht-Muslimen stark einzuschränken (oder zu verhindern).

2. Dass Nicht-Muslimen den Besuch im Voraus schriftlich beantragen müssen.

3. Israelische Sicherheitskräfte dürfen den Tempelberg auch dann nicht betreten, wenn „palästinensische“ Araber gewaltsam randalieren, schießen und/oder Steine, Eisenstangen und Brandbomben auf jüdische und andere Gläubige auf dem Tempelberg oder dem darunter liegenden Platz der Kotel (Westmauer) werfen.

4. Dass nicht-muslimische Gebetsutensilien (Gebetsbücher, Thora, Tallits) von der Stätte verbannt werden.

5. Dass nicht-muslimische Besucher auf Gruppen von nicht mehr als fünf Personen beschränkt werden (wodurch Juden daran gehindert werden, einen Minjan zum Beten zu bilden).

6. Nicht-Muslimen sollen nur auf Routen von maximal 150 Metern in jede Richtung geführt werden.

7. Die Durchsetzung einer Kleiderordnung für Nicht-Muslimen (erniedrigende Dhimmi-Kleiderordnung für Juden).

Darüber hinaus plante der Wafk, von Nicht-Muslimen Eintrittsgelder zu verlangen - Juden sollten Muslime für den Besuch der heiligsten Stätte des Judentums bezahlen!

All diese Forderungen verstoßen gegen die Garantie des israelisch-jordanischen Friedensvertrags, dass Juden uneingeschränkter Zugang zu ihrer heiligsten Stätte haben werden. ZOA fordert Jordanien, andere arabische und muslimische Länder, die Vereinigten Staaten, andere Länder und die Vereinten Nationen auf, die Bestimmungen des israelisch-jordanischen Friedensvertrags sowie die religiösen, moralischen und gerechten Rechte des jüdischen Volkes zu respektieren. Schluss mit diesem offensichtlichen Juden- und Israelhass! Lasst mein Volk beten!

Morton A. Klein ist der nationale Präsident der Zionist Organization of America (ZOA).

Ursprünglich veröffentlicht in Israel Hayom.

Das Bündnis zwischen Ankara und der Terror-Hamas lebt unvermindert

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Spannungen zwischen Israel und der Türkei ist ein weiterer Versuch der Annäherung im Gange. Doch gibt es dabei ganz offensichtlich einen großen Stolperstein: Seit Januar 2013 können Hamas-Terroristen in der Türkei frei operieren und geschützt ihren Terror gegen Israel vorbereiten. Sie erhalten mittlerweile sogar die türkische Staatsbürgerschaft. Ungehindert von ihren Nato-Partnerländern bleibt die Türkei zum Nachteil Israels die wichtigste Lebensader für die islamische Terrororganisation. (JR)

Von Uzay Bulut/JNS.org

Präsident Isaac Herzog nahm Anfang Januar das Beglaubigungsschreiben des neuen Botschafters von Ankara in Israel, Şakir Özkan Torunlar, entgegen.

Der türkische Diplomat, der zwischen 2010 und 2013 als Generalkonsul in Jerusalem (und "Botschafter" bei der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde) tätig war, übernahm das Amt vier Jahre, nachdem Präsident Recep Tayyip Erdoğan den türkischen Botschafter aus Israel abberufen und den obersten Gesandten Jerusalems inmitten der Kämpfe zwischen der IDF und den „Palästinensern“ an der Grenze zum Gazastreifen abgesetzt hatte.

Am 27. Dezember empfing Erdoğan das Beglaubigungsschreiben der israelischen Botschafterin Irit Lillian im Präsidialkomplex in Ankara.

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Spannungen zwischen den beiden Ländern ist ein weiterer Versuch der Annäherung im Gange. Doch es gibt einen großen Stolperstein im Raum: Seit Januar 2013 können Hamas-Terroristen in der Türkei frei operieren.

Mitte Januar berichtete der Journalist Yoni Ben Menachem für das Jerusalem Center for Public Affairs, dass "die Hamas von Istanbul aus Israel für den Iran ausspioniert". Im Jahr 2022 jährte sich die offizielle Einrichtung der Büros der Hamas-Terrororganisation in Istanbul zum zehnten Mal.

Im Dezember 2021 veröffentlichte das Jerusalem Center for Public Affairs einen Bericht mit dem Titel "Hamas' Istanbul Headquarters Has Directed Hundreds of Terror Attacks Against Israel and Laundered Millions of Dollars". Darin heißt es:

"Die Türkei arbeitet sowohl auf ideologischer als auch auf operativer Ebene mit Terrororganisationen zusammen. Auf türkischem Boden tätige Terroristen bauen Infrastrukturen auf und planen Terroranschläge gegen Israel. Hochrangige Hamas-Funktionäre (die meisten von ihnen sind ehemalige Terroristen, die im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen wurden) operieren von der Türkei aus gegen Israel...."

"Trotz der offiziellen türkischen Behauptungen sind nicht nur politische Aktivitäten der Hamas betroffen. Nach Angaben des Shabak (israelische Sicherheitsbehörde) [auch bekannt als Shin Bet] haben die Istanbul Hauptquartiere, Zweigstellen und Agenten im Laufe der Jahre Hunderte von Terroranschlägen und versuchten Anschlägen in Israel und insbesondere im Westjordanland geleitet."

Der Bericht wirft auch ein Licht auf die Hamas-Unternehmen und die Geldwäsche in der Türkei.

Geldwäsche der Hamas

"Die Untersuchung des Shabak ergab, dass die Hamas in der Türkei unter der Aufsicht von Zaher Jabarin in großem Umfang Geld wäscht, wobei die Behörden ein Auge zudrücken, wenn es um die Herkunft der Gelder geht. Die Untersuchung ergab auch, dass Hamas-Aktivisten eine Firma namens Imas besaßen, die



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (R) schüttelt die Hände von Hamas-Chef Ismail Haniyeh (L).

der Hamas bei der Tarnung von Geldwäscheaktivitäten diente, bei denen Millionen von Dollar nach Gaza und in andere Länder überwiesen wurden."

Einige der Hamas-Terroristen, die in der Türkei operierten und sogar Israelis ermordeten, waren dem Bericht zufolge: „Mahmoud Atwan, ursprünglich aus dem Ost-Jerusalem Stadtteil Sur Baher, im Rahmen des Shalit-Deals freigelassen, Mitglied der Zelle, die 1992 den Grenzpolizisten Nissim Toledano entführte und ermordete; Majid Abu Katish, ursprünglich aus Anata, ebenfalls Mitglied dieser Zelle; Taiser Suleiman, im Rahmen des Shalit-Deals ausgewiesen, ermordete einen israelischen Soldaten; Fahad Sabri Barhan al-Shaludi, tritt gelegentlich im türkischen Fernsehen auf; Walid Zakaria Akel, Gründer der Izzadin al-Qassam-Brigaden der Hamas, wurde zu 21 Mal lebenslanglich verurteilt; Haroun Mansour Yakoub Nasser al-Din, der in der Vergangenheit damit geprahlt hat, dass die Türkei ehemaligen Hamas-Gefangenen volle Freiheit gewährt, nach Belieben zu kommen und zu gehen; Ayman Mohammad Abu Khalil; Bakri Hanifa, ein hochrangiger Wirtschaftsvertreter der Hamas, der Millionen von Dollar aus Katar über die Türkei an die Hamas überwiesen haben soll; und Maher Abid, ein Mitglied des Politbüros der Hamas und hochrangiger Finanzfunktionär, der Berichten zufolge bis 2016 für die internationalen Beziehungen der Hamas zuständig war.“

Eine Rolle in der „palästinensischen“ Arena

Bei einem Besuch in Ankara im Jahr 2022 bat Israels damaliger Verteidigungsminister Benny Gantz seinen türkischen Amtskollegen, die Hamas aus dem Land zu vertreiben - eine Bitte, die die Türkei zurückwies.

"Wir haben keine Forderung bezüglich der Hamas erfüllt. Wir betrachten die Hamas nicht als terroristische Orga-

nisation", sagte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu im November 2022 laut der Zeitung Sözcü.

Tatsächlich können einige Hamas-Terroristen mit ihren türkischen Pässen frei durch die Welt reisen. Ankara hat mindestens 12 hochrangigen Hamas-Mitgliedern die Staatsbürgerschaft gewährt und plant, sie weiteren Mitgliedern zu gewähren, berichtete der Telegraph. Dies wurde von Roey Gilad, Geschäftsträger der israelischen Botschaft in der Türkei, bestätigt.

Im Jahr 2020 stellte der tschechische Europaabgeordnete Tomáš Zdechovský eine Anfrage an die Legislative bezüglich der Gewährung der türkischen Staatsbürgerschaft an Hamas-Aktivisten:

"Diese Informationen geben Anlass zur Sorge, dass die palästinensische Gruppe bei der Planung von Anschlägen auf israelische Bürger in der ganzen Welt größere Freiheiten haben wird. Die türkische Staatsbürgerschaft wird es Hamas-Mitgliedern ermöglichen, die Türkei als Basis für ihre Operationen zu nutzen. Gleichzeitig betrachten die USA und die Europäische Union die Hamas als eine terroristische Organisation, so dass die Sicherheit der gesamten EU auf dem Spiel steht.

"1) Ist sich die Kommission der Tatsache bewusst, dass die Sicherheit der Europäischen Union auf dem Spiel steht?

"2. Führt die EU eine diesbezügliche Debatte mit der Türkei?" fragte Zdechovský.

Die Präsenz von Hamas-Unternehmen in der Türkei wurde von der US-Regierung bestätigt. Am 24. Mai 2022 verhängten die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen einen Finanzbeamten der Hamas sowie gegen ein Netzwerk von Finanzvermittlern und Unternehmen, die Einnahmen für die Terrorgruppe generierten.

Die Sanktionen richten sich gegen das Investment Office der Hamas, dessen Vermögen auf mehr als 500 Milli-

onen Dollar geschätzt wird. Dazu gehören Unternehmen, die in der Türkei, dem Sudan, Saudi-Arabien, Algerien und den Vereinigten Arabischen Emiraten tätig sind.

Erlangung der türkischen Staatsbürgerschaft

Seitdem das Europäische Parlament die Frage von Zdechovský unbeantwortet gelassen hat, sind weitere Nachrichten über Hamas-Aktivisten bekannt geworden, die die türkische Staatsbürgerschaft angenommen haben und türkische Namen verwenden, um einer weltweiten Kontrolle zu entgehen.

Die Nachrichtenseite Nordic Monitor berichtete am 6. Juni 2022, dass ein jordanischer Hamas-Finanzier, Hisham Younis Yahia Qafisheh, der Miteigentümer einer vom US-Finanzministerium sanktionierten türkischen Immobiliengesellschaft ist, die türkische Staatsbürgerschaft angenommen und seinen Namen in einen türkischen geändert hat:

"Hisham Yunis Qafisheh, der eine wichtige Rolle beim Transfer von Hamas-Geldern spielte und mehrere Unternehmen im Auftrag der militanten Organisation verwaltete, ist als eines der Vorstandsmitglieder der türkischen Immobilien-Investmentfirma Trend Gayrimenkul Yatırım Ortaklığı A.Ş. aufgeführt.

"Im Jahr 2021 nahm er offenbar den türkischen Namen Haşmet Aslan an und erhielt eine türkische Identifikationsnummer, was bedeutet, dass er die türkische Staatsbürgerschaft erworben hat."

An der finanziellen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Hamas sind auch das iranische Regime und die Hisbollah beteiligt. In einem Bericht des Nordic Monitor aus dem Jahr 2021 heißt es:

"Eine türkische Firma, die von Hamas-Aktivisten gegründet wurde, um Gelder vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC-Quds Force) und der Hisbollah an die Qassam-Brigaden weiterzuleiten, löste sich selbst auf, nachdem sie vom US-Finanzministerium als Sponsor des Terrorismus eingestuft worden war."

Die türkische Regierung ist stolz darauf, die Hamas bei ihren militärischen und finanziellen Unternehmungen zu unterstützen. Deren Terroristen planen dann Anschläge und töten Israelis, um den jüdischen Staat zu zerstören. Diese Terroristen genießen das Privileg der türkischen Staatsbürgerschaft, nehmen türkische Namen an, reisen mit ihren türkischen Pässen ins Ausland, eröffnen türkische Bankkonten, operieren unter dem Deckmantel türkischer Unternehmen oder Büros und waschen Millionen von Dollar. Hamas-Führer werden vom türkischen Staatspräsidenten in offiziellen Sitzungen vor den Augen der ganzen Welt empfangen und sprechen auf Kongressen der türkischen Regierungspartei.

Uzay Bulut ist eine türkische Journalistin, die früher in Ankara lebte. Sie ist außerdem wissenschaftliche Mitarbeiterin des Philo-Projekts.

Die Gerechten unter den Völkern, damals und heute

1953 verabschiedete die Knesset das Gesetz zum Gedenken an Märtyrer und Helden und beauftragte die Gedenkstätte Yad Vashem, eine Gedenkabteilung für die „Gerechten aus den Völkern“ einzurichten, um zu erkunden, was jene "hochgesinnten Nichtjuden, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten" bewegte. Der jüdische Professor für Soziologie, Samuel P. Oliner, der selbst als Kind Zuflucht und Rettung bei einer polnischen Bäuerin fand, ermittelte die Hauptmotive der Retter: Empathie und starke ethische Grundsätze. Seit 1963 wurden fast 28.000 Nicht-Juden von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt. (JR)

Chaim Steinmetz/ JNS.org

Am 15. August 1942 schlich sich ein 12-jähriger Junge namens Shmulik auf der Suche nach einem Versteck aus dem Ghetto Bobov. Am Tag zuvor waren alle Ghetto-Bewohner in die Wälder gebracht und erschossen worden. Shmulik, der noch seinen Schlafanzug trug, überlebte, indem er sich in einem Kriechgang zwischen dem Dach und dem Dachboden versteckte.

Als er aus dem Ghetto herauskam, fand er den Weg zum Haus einer polnischen Bäuerin, Balwina Piecuch, die seine Familie in der Vergangenheit freundlich behandelt hatte. Als er an ihrer Türschwelle ankam, nahm ihn Balwina Shmulik sofort auf, verschloss die Tür und versteckte ihn auf dem Dachboden. Nach ein paar Tagen beschloss Balwina, dass Shmulik verlegt werden musste, da zu viele Leute in der Gegend wussten, wer er war. Also gab sie ihm einen neuen Namen, Jozek Polewski, und lehrte ihn, sich als polnisches Bauernkind auszugeben, das Arbeit suchte. Er fand eine Arbeit auf einem Bauernhof in einer anderen Stadt und zog dorthin, während Balwina ihren Sohn Stanislaw schickte, um nach ihm zu sehen und ihm Vorräte zu bringen, unter dem Vorwand, sie seien "Brüder". Der Rest von Shmuliks Familie kam im Holocaust um, aber dank Balwina überlebte er.

Was macht einen Menschen zum Retter?

Was bewegt Menschen wie Balwina und Stanislaw dazu, ihr Leben zu riskieren, um andere zu retten? Sicherlich nicht die Ausbildung oder die Wahl des Berufs. Mehr als die Hälfte aller deutschen Ärzte trat in die Nazi-Partei ein und übertraf damit alle anderen Berufsgruppen. Hier waren eine einfache Bäuerin und ihr Sohn, die sich selbst in Gefahr brachten, um einen Juden zu retten, während so viele ihrer intellektuell Höhergestellten zu den Verfolgern gehörten.

Jahre später sollte Shmulik nach einer Antwort auf diese Frage suchen. Nach seiner Emigration in die Vereinigten Staaten wurde Samuel P. Oliner Professor für Soziologie und der Hauptautor einer bahnbrechenden Studie mit dem Titel "The Altruistic Personality: Rescuers of Jews in Nazi Europe" ("Die altruistische Persönlichkeit: Judenretter in Nazi-Europa"). Oliner führte ausführliche Interviews mit 406 Retterinnen und Rettern und ermittelte drei Hauptmotivationen der Retter: Empathie, starke ethische Grundsätze und Loyalität gegenüber einer Gruppe, die sich der Rettung verschrieben hatte.

Oliner fand heraus, dass die Erziehung der Retter oft einen tiefgreifenden Einfluss auf sie hatte. Die elterlichen Werte spielten eine wichtige Rolle; die Eltern der Retter erzogen ihre Kinder mit Argumenten statt mit körperlicher Bestrafung und legten Wert auf Unabhängigkeit und Empathie für andere.

Die Geschichte dieser außergewöhn-



„Garten der Gerechten“ in der Gedenkstätte Yad Vashem

lichen Retter gilt heute als ein wesentliches Kapitel in der Geschichte des Holocaust. In der Gründungsurkunde von Yad Vashem, der israelischen Holocaust-Gedenkstätte, wurde der neuen Einrichtung als eines von neun Gründungsprinzipien aufgetragen, jener "hochgesinnten Nichtjuden zu gedenken, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten". Diese Retter wurden von Yad Vashem mit dem Titel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichnet, ein Begriff aus der rabbinischen Literatur. Seit 1963 wurden fast 28.000 Nicht-Juden von Yad Vashem als solche anerkannt. Balwina und Stanislaw sind zwei der Geehrten.

Auf den ersten Blick erscheint die Entscheidung, die "Gerechten unter den Völkern" als zentralen Bestandteil von Yad Vashem aufzunehmen, seltsam. Ihr Heldentum war zwar außergewöhnlich, betraf aber nur einen sehr kleinen Prozentsatz der europäischen Juden. Doch die Entscheidung hat einen bedeutenden Präzedenzfall im Tanach, ganz am Anfang der Parscha der letzten Woche.

Biblische Vorbilder

Gleich zu Beginn der Versklavung werden zwei Geschichten über prominente Ägypter erzählt, die sich weigern, die Anordnungen des Pharaos zu befolgen. Da sind zum einen die Hebammen Schifrah und Puah (hameyaldot haivriot), die den Auftrag haben, alle männlichen Kinder in aller Stille zu töten; aber sie leisten Widerstand und verweigern sich den Befehlen des Pharaos.

Aus dem Text geht nicht klar hervor, ob die Worte "meyaldot haivriyot" als "Hebammen, die Hebräerinnen sind" oder "Hebammen für die Hebräer" zu interpretieren sind. Die Grammatik dieses Punktes wird vom Rashbam und Bechor Shor diskutiert. Während Raschi und mehrere andere Kommentatoren

sagen, dass Schifrah und Puah jüdische Hebammen waren, deutet die einfache Lesart des Textes auf etwas anderes hin. Wie Abarabanel hervorhebt, scheint es sehr unwahrscheinlich, dass der Pharaos von jüdischen Hebammen erwartete, dass sie ihre eigenen Leute töten.

Es war jedoch die eigene Tochter des Pharaos, die sich am stärksten widersetzte. Beim Baden am Flussufer sieht sie einen Korb mit einem kleinen Jungen, den sie richtig als Juden identifiziert. Dennoch beschließt die Tochter des Pharaos, den Jungen wie ihren eigenen aufzuziehen und stellt sogar die Mutter des Babys als Amme ein.

Dies war ein dramatischer Akt des Trotzes. Wie der Talmud in Sotah (12b) berichtet, waren ihre Diener schockiert, dass sie überhaupt daran dachte, ein jüdisches Kind zu adoptieren. Sie wandten sich an sie und sagten: "Unsere Herrin, es ist Brauch in der Welt, dass ein König aus Fleisch und Blut ein Dekret erlässt, und wenn es auch nicht die ganze Welt erfüllt, so erfüllen es doch wenigstens seine Kinder und die Mitglieder seines Haushalts; und nun verstößt du gegen das Dekret deines Vaters!"

Ähnlich wie die Retter während des Holocausts haben die heldenhaften ägyptischen Frauen in unserer Parscha unterschiedliche Motive; die Hebammen sind sehr prinzipientreue, gottesfürchtige Frauen, die sich weigern, zu morden. Die Tochter des Pharaos sieht das weinende Baby und "hatte Mitleid mit ihm".

Moralischer Kampf als Symbol

Was genau sie dazu bewegte, ist unklar. Einige, wie Malbim und Seforno, sagen, dass sie erkannte, dass das Baby einzigartige Qualitäten hatte, und sich aus diesem Grund entschied, es zu retten. Die naheliegende Interpretation ist jedoch

folgende: Ihr Herz brach, als sie dieses unglückliche Kind sah, das weinte und allein war. Einfühlungsvermögen führt die Tochter des Pharaos auf einen heldenhaften Weg.

Die Bedeutung der Tochter des Pharaos ist nicht zu unterschätzen. Ihr ist es zu verdanken, dass der Erlöser Israels lebt; schon der Name Mose, "weil ich ihn aus dem Wasser gezogen habe", stellt ihr Vermächtnis in den Mittelpunkt der Erlösung aus Ägypten.

Die Aufnahme der Vignetten der heldenhaften ägyptischen Frauen gleich zu Beginn des Buches Exodus vermittelt eine starke Botschaft: Dies ist ein moralischer Kampf zwischen denen, die versklaven, und denen, die kommen, um zu retten. Ja, der Exodus steht für die nationale Erlösung und die Anfänge des jüdischen Volkes, aber er ist zugleich der früheste Ruf nach Freiheit und einer universellen Erlösung. Und die Retter, sowohl in biblischer als auch in zeitgenössischer Zeit, antworten auf diesen göttlichen Ruf nach Güte und Freiheit.

Leider hören zu wenige diesen Ruf. Elie Wiesel weist darauf hin, dass die Taten der Gerechten unter den Völkern uns daran erinnern, dass solches Heldentum möglich ist. Leider stellt sich für die gesamte Menschheit eine beunruhigende Frage: "Warum gab es so wenige dieser vorbildlichen und tapferen Menschen?"

Solange wir diese Frage nicht beantworten, wird die Welt unerlöst bleiben.

Rabbiner Chaim Steinmetz ist Oberrabbiner der Kongregation Kehilath Jeshurun in New York.

Dieser Artikel wurde ursprünglich von The Jewish Journal veröffentlicht.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

US-Botschafter in Israel spielt Terrorgefahr herunter

Der US-Botschafter der Biden-Administration Thomas Nides in Israel ist offensichtlich und irrtümlich der Meinung, dass die "große, große Mehrheit" der „Palästinenser“ den Terror gegen Israel ablehnt. Allerdings sprechen die tatsächlichen Zahlen eine andere Sprache. Seine Einschätzung mag darauf fußen, dass die Regierung Biden sofort nach dem Weggang Präsident Trumps, eine Reihe von einseitig pro-„palästinensischen“ Maßnahmen ergriffen hat und den „Palästinensern“ jedes Jahr Hunderte von Millionen Dollar zukommen lässt. Deshalb muss wohl das falsche Narrativ aufrechterhalten werden, dass die Mehrheit der dortigen Araber gegen Terrorismus ist. Die Regierung Biden hat also ihre Parteilinie, und die Aufgabe von Botschafter Nides ist es, ihre Position und sei sie noch so unhaltbar zu verteidigen und zu artikulieren. Dabei scheint es offensichtlich gar keine Rolle zu spielen, ob er selbst daran glaubt oder nicht. (JR)

Von Stephen M. Flatow/JNS.org

Zahlen lügen nicht, aber was Diplomaten manchmal mit Zahlen machen, ist eine andere Geschichte.

Der US-Botschafter in Israel, Thomas Nides, gab der jüdischen Wochenzeitung Hamodia kürzlich ein faszinierendes Interview. An einer Stelle fragte ihn die Interviewerin Sara Lehmann nach einer kürzlich durchgeführten Umfrage des bekannten „palästinensischen“ Meinungsforschers Khalil Shikaki und seines „palästinensischen“ Zentrums für Politik- und Umfrageforschung, aus der hervorging, dass "72 % der Palästinenser Terrororganisationen unterstützen".

Der Botschafter antwortete: "Ich bin der festen Überzeugung, und Sie mögen mir nicht zustimmen, aber die große, große Mehrheit der durchschnittlichen Palästinenser wacht morgens nicht mit dem Wunsch auf, jemanden zu töten, der zufällig Jude ist. Sie wollen genauso leben wie Sie und ich."

Er fügte hinzu, dass nur ein "kleiner Prozentsatz der Menschen ... Israel schaden will".

Solidarität mit einem Mörder

In der gleichen Woche, in der Nides das Interview gab, berichtete Palestinian Media Watch, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde angekündigt hatte, 40.000 Solidaritätsbriefe von „palästinensischen“ Studenten einem Mörder zu überreichen, der demnächst aus dem Gefängnis entlassen werden sollte.

1980 nahm der Terrorist Karim Younis einen jungen israelischen Soldaten namens Avraham Bromberg mit, der auf dem Heimweg per Anhalter unterwegs war. Younis schoss Bromberg in den Kopf und warf seine Leiche am Straßenrand aus dem Auto.

Zusätzlich zu den 40.000 Briefen begrüßten Medienberichten zufolge "Tausende" von Einwohnern von Younis' Dorf ihn mit "Luftballons, Umarmungen und Feiern", als er am 5. Januar freigelassen wurde.

Ich habe nichts über Gegendemonstrationen der gemäßigten, friedlichen „Palästinenser“ gelesen, auf die sich Botschafter Nides bezog. Ich habe keine Mahnwachen oder Pressemitteilungen von Arabern gesehen, die den kaltblütigen Mord an dem israelischen Anhalter anprangerten.

Und ich habe auch nichts von „palästinensischen“ Studenten gehört, die Anti-Terror-Briefe geschrieben haben, die zu den 40.000 pro-terroristischen Briefen passen. Ich habe noch nie von der Existenz auch nur einer einzigen Studenten-Gruppe in den von der PA kontrollierten Gebieten gelesen, die sich gegen „palästinensische“ Massenmörder wendet und sie anprangert.

Botschafter Nides hat auch die Grundlage für seine Berechnung nicht erklärt.



Der US-Botschafter in Israel, Thomas Nides.

Woher weiß er, was "die große, große Mehrheit" der „palästinensischen“ Araber denkt? Er kann sich sicherlich nicht auf Umfragen stützen, denn es hat im Laufe der Jahre unzählige Umfragen gegeben, die zeigen, dass eine große Mehrheit der „palästinensischen“ Araber die Anwendung von Gewalt gegen Israel befürwortet.

Auch Steinewerfer sind Terroristen

Nides stützte seine Meinung sicherlich nicht auf die tatsächliche Zahl der „palästinensischen“ Araber, die im Laufe der Jahre an Terroranschlägen beteiligt waren. Seit der Gründung Israels im Jahr 1948 hat es jedes Jahr Hunderte, manchmal Tausende von Bombenanschlägen, Schießereien und Messerstechereien gegeben. Die Zahl dieser Anschläge im Laufe von 74 Jahren geht in die Zehntausende. Sie wurden von Menschen verübt, die "morgens aufwachen und jemanden töten wollen, der zufällig Jude ist".

Dazu kommt noch die enorme Zahl der Steine werfenden Terroristen. Das heißt, „palästinensische“ Araber, die "morgens aufwachen und jemanden töten wollen, der zufällig Jude ist" und Steine als Waffe benutzen, in der Hoffnung, Juden zu Tode zu steinigen. Solche Waffen sind leicht zu beschaffen, und die Chancen, nach dem Angriff zu entkommen, sind wesentlich höher. Die Gesamtzahl solcher Angriffe muss inzwischen in die Hunderttausende gehen.

Die Tatsache, dass es Steinewerfer gelungen ist, weniger Juden zu töten als diejenigen, die Bomben oder Schusswaffen benutzen, bedeutet nicht, dass

sie keine Terroristen sind. Terroristen, die Messer benutzen, töten viel weniger Juden als diejenigen, die Bomben benutzen, aber das bedeutet nicht, dass die Messerstecher keine Terroristen sind.

Bisher habe ich mich auf die Terroristen bezogen, die nicht nur "jemanden töten wollen, der zufällig Jude ist", sondern es auch versuchen.

Hinzu kommen die vielen „palästinensischen“ Araber, die zwar Juden töten "wollen", es aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht wirklich versuchen. Ich meine diejenigen, die Solidaritätsbriefe an Terroristen schreiben, sich an terroristischer Propaganda beteiligen oder Meinungsforschern sagen, dass sie Gewalt unterstützen.

Und es gibt noch eine weitere Kategorie, die zu berücksichtigen ist: „Palästinensische“ Araber, die den Terrorismus unterstützen, den Meinungsforschern aber sagen, dass sie das nicht tun, weil sie Angst haben, in Schwierigkeiten zu geraten.

Ich kann die Zahl der „palästinensischen“ Araber, die in eine oder mehrere der oben genannten Kategorien passen, nicht genau beziffern. Aber zu sagen, dass die "große, große Mehrheit" der „palästinensischen“ Araber in keine dieser Kategorien fällt, ist offensichtlich lächerlich.

Taktisches Verharmlosen

Ich beschuldige Botschafter Nides nicht der bewussten Lüge. Ich gebe ihm den Vorteil des Zweifels. Ich erkenne an, dass er die Regierung Biden vertritt, die eine Reihe von pro-„palästinensischen“ Maßnahmen ergriffen hat, die auf der Prämisse beruhen, dass die "große, gro-

ße Mehrheit" der „Palästinenser“ gegen den Terrorismus ist.

Die Regierung kann den „Palästinensern“ nicht jedes Jahr Hunderte von Millionen Dollar geben, wenn sie glaubt, dass sie den Terrorismus unterstützen. Sie kann nicht dafür plädieren, ihnen einen souveränen Staat entlang der alten neun Meilen breiten Grenzen Israels zu geben, wenn sie glaubt, dass sie den Terrorismus unterstützen.

Die Regierung Biden hat also ihre Parteilinie, und die Aufgabe von Botschafter Nides ist es, sich daran zu halten und sie so gut wie möglich zu artikulieren. Vielleicht glaubt er sogar daran. Vielleicht glaubt er wirklich, trotz aller gegenteiligen Beweise, dass die "große, große Mehrheit" der „Palästinenser“ den Terrorismus ablehnt.

Aber wir anderen müssen uns unsere Meinung auf der Grundlage von Fakten bilden, nicht auf der Grundlage von Wunschdenken. Und alle verfügbaren Fakten weisen auf die tragische Realität hin, dass die große Mehrheit der „palästinensischen“ Araber den Einsatz von Bomben, Kugeln, Messern und Steinen zur Tötung von Juden unterstützt.

Stephen M. Flatow ist Rechtsanwalt und der Vater von Alisa Flatow, die 1995 bei einem vom Iran gesponserten „palästinensischen“ Terroranschlag ermordet wurde. Er ist der Autor von "A Father's Story: My Fight for Justice Against Iranian Terror" ("Geschichte eines Vaters: Mein Kampf für Gerechtigkeit gegen iranischen Terror").

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Hilfe für Mütter in Not – und für ihre ungeborenen Kinder

Die Organisation Be'ad Chaim, „für das Leben“, berät und unterstützt in Israel schwangere Frauen in schwierigen Lebenssituationen. Schätzungen zufolge endet ein Fünftel aller Schwangerschaften im Lande durch eine Abtreibung. Be'ad Chaim hat eine Hotline eingerichtet, die Anruferinnen in Not zuhört und mit ihnen über ihre Ängste und Bedürfnisse redet. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Wenn Tehila Aharoni mit ihrer neun Monate alten Tochter Anael spielt, wirken beide glücklich. Dabei sind ihre Lebensumstände schwierig: Tehila ist alleinerziehend und arm. Sie lebt in einer bescheidenen Wohnung am Stadtrand von Jerusalem. Die Entscheidung, Anael zur Welt zu bringen, ist der 36-Jährigen nicht leicht gefallen, erzählt sie: „Ich komme ursprünglich aus einer orthodoxen Familie. Als ich schwanger war, befand ich mich nicht in einer wirklichen partnerschaftlichen Beziehung, sondern in einem kurzen Verhältnis. Als ich ihm erzählte, dass ich schwanger bin, sagte er: Okay, ich will diese Schwangerschaft nicht. Lass es abtreiben. Und tschüss. Ich fühlte mich verloren. Ich dachte wirklich ernsthaft an eine Abtreibung.“

Pausenbrote von der Lehrerin

Tahila hat bereits einen älteren Sohn. Weil sie unter einer posttraumatischen Störung leidet, kann sie nur zeitweise arbeiten. „Es gab Tage, an denen ich wirklich kein Essen hatte, das ich meinem

Sohn hätte in die Schule mitgeben können. Ich hatte nichts. Seine Lehrerin hat bei sich zuhause für ihn Pausenbrote geschmiert und ihm mitgebracht.“

Eine Freundin machte Tehila darauf aufmerksam, dass es in Israel eine Organisation gibt, die Frauen bei Schwangerschaftskonflikten hilft. Sie folgte ihrem Rat: „Der erste Kontakt war bereits gut, da man mir erst einmal zuhörte. Das nahm den ersten großen Druck von mir. Das zweite, das man mir sagte, war: Mach dir keine Sorgen. Wir sind hier, um dir zu helfen. Ich bekam für mein Baby einen Kinderwagen, Babybadewanne und Babybett. Jeden Monat erhalte ich auch Windeln und Feuchttücher. Ich bekomme auch jeden Monat etwas Geld zum Leben, für die täglichen Ausgaben.“

Die Organisation, die Tehila unterstützt, heißt Be'ad Chaim, „für das Le-



Engagierte Lebensschützerin: Sandy Shoshani, die Leiterin von Be'ad Chaim.

ben“. Direktorin ist Sandy Shoshani. In Israel sei es recht einfach, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden, berichtet sie:

„Unsere Regierung finanziert Abtreibungen. Eine Frau muss zu einem Komitee gehen, danach kann sei eine legale

Abtreibung haben, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt. Aber 99,6 Prozent der Frauen erfüllen diese Bedingungen.“ Schätzungen zufolge enden ein Fünftel aller Schwangerschaften in Israel durch eine Abtreibung.

Be'ad Chaim hat eine Hotline eingerichtet. Anruferinnen in Not werden zu einer der Betreuerinnen vermittelt, die im ganzen Land bereitstehen. Die hören zu und reden mit den Betroffenen über ihre Ängste und Bedürfnisse.

„Jeder hat ein Recht auf Leben“

In Jerusalem hält Be'ad Chaim eine große Auswahl an Kinderkleidung bereit. Außerdem gibt es Windeln und Babybedarf. Allein im Jahr 2022 haben davon mehr als 750 junge Mütter profitiert. Sandy Shoshani ist davon überzeugt, dass jedes Kind ein Recht auf Leben hat – auch ein Ungeborenes. „Die Wissenschaftler des Weizman-Instituts hier in Israel haben entdeckt, dass der Herzschlag eines Kindes 22 Tage nach der Befruchtung beginnt. Ich stelle eine ganz einfache Frage: Zellen vermehren sich, es gibt einen Herzschlag – zeigt das nicht an, dass es sich um Leben handelt?“

Israelisches Krebs Hunde-Projekt revolutioniert Früherkennung

Der israelische Hundetrainer Uriel Bakeman bildet Hunde dafür aus, Krebs zu erschnüffeln, und zwar, wenn der Tumor noch im Anfangsstadium ist. Das Hundeprojekt wird wissenschaftlich begleitet und hat großes Zukunftspotential. Die vierbeinigen Krebs-Schnüffler haben bereits eine Erfolgsquote von über 95 Prozent. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Fibi ist 15 Monate alt und bereits eine erfahrene Krebs-Schnüfflerin. Sie riecht nur kurz an den Masken, in die die möglicherweise Erkrankten mindestens fünf Minuten lang geatmet haben. Fibi markiert sofort die Probe, die von einem Krebspatienten stammt. Verschiedene Studien belegen, dass Krebs Hunde eine Erfolgsquote von über 95 Prozent haben. Wenn sie Krebs riechen, hat die betreffende Person mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächlich einen bösartigen Tumor.

Fibi wurde von einem erfahrenen Hundetrainer ausgebildet: Uriel Bakeman ist seit Jahrzehnten im Geschäft. In Südisrael bringt der 67-Jährige Hunden bei, Krebs zu erkennen. „Eine Einheit von Testhunden besteht aus drei Tieren. Wir testen mit drei Hunden und vergleichen ihre Ergebnisse. Falls sie sich nicht einig sind, bringen wir sechs Hunde her“, erläutert er.

Die Vierbeiner müssen sich konzentrieren. Das ist anstrengend, deshalb schnüffelt jeder höchstens zweimal am Tag jeweils 20 Minuten lang. Die Hunde können unterschiedliche Krebsarten riechen. Am erfolgreichsten sind sie bei Brustkrebs, hier liegen sie fast immer richtig. Uri Bakeman setzt große Hoffnungen in seine Vierbeiner: „Das Interessanteste ist, dass die Hunde Krebs zum frühest-



Uri Bakemann mit seiner „Krebsschnüfflerin“ Fibi.

möglichen Zeitpunkt erkennen können. Wenn die Medizintechnik der westlichen Welt Krebs findet, ist das oft ein Tumor, der schon mehrere Jahre lang gewachsen ist. Die Hunde erkennen Krebs auch dann, wenn der Tumor noch sehr jung ist. Deshalb können viele Betroffene geheilt werden, ohne dass schwerwiegende belastende medizinische Maßnahmen notwendig sind.“

Wissenschaftler: Großes Potenzial

Das Hundeprojekt wird wissenschaftlich begleitet. Federführend ist die aus Deutschland stammende jüdische Är-

tin Prof. Dr. Evelyne Yehudit Bischof. Die Harvard-Absolventin forscht und unterrichtet in New York, Basel und Shanghai. Sie hält viel von dem neuen medizinischen Ansatz: „Unsere Hypothese ist, dass es eine relativ gute positive Validität gibt. Das heißt, dass die Befunde, wo die Hunde das auch riechen konnten, dann in der Tat auch positiv sind, was immer das auch für eine Erkrankung ist. Aber wenn es negativ ausfällt, dann heißt das aber nicht, dass der Patient nichts hat.“

Noch immer verstehe man den Riechsinn der Hunde nicht vollständig.

Der sei nicht auf Krebs begrenzt: „Es gibt Berichte von anderen Gruppen in anderen Ländern in Asien, wo die Hunde auch spezifisches mentales Verhalten von Menschen identifizieren konnten, Aggression, Depression und weiteres.“ Vermutlich sind die Hunde auch in der Lage, Alzheimer und Parkinson frühzeitig zu erkennen. Uri Bakeman trainiert seine Hunde bereits entsprechend.

Einfacher Atemtest für viele Krankheiten

Betreut werden die Hunde von Uris Assistent Itamar Bitan. Der 24-Jährige hat bei der Armee in einer Einheit gedient, die Spürhunde einsetzt. Er ist davon überzeugt, dass das Potenzial der Hunde noch längst nicht vollständig genutzt wird: „Unsere Langzeit-Vision ist, dass es einen kleinen, einfachen Atemtest geben wird für die unterschiedlichsten Krankheiten, nicht nur Krebs. Wir haben einen Fünf-Jahres-Horizont: Jeder kann dann die Test-Sets in seiner örtlichen Apotheke kaufen, und die werden dann zu uns geschickt und von den Hunden auf ein breites Krankheitspektrum untersucht.“

Die israelischen Krebs schnüffler Hunde haben große Erwartungen geweckt – bei Forschern und Ärzten ebenso wie bei all jenen Menschen, die auf die Früherkennung von Krankheiten hoffen.

Max Liebermanns Linien

Der jüdische Maler und Berliner Original Max Liebermann war während der Weimarer Republik eine zentrale Figur des Impressionismus und Gründer der Berliner Secession. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde seine Kunst als entartet verfemt. Nach dem Krieg wurde der Künstler rehabilitiert, seine Werke sind derzeit im Max Liebermann Haus in der Ausstellung „Liebermann zeichnet“ und in der Liebermann-Villa am Wannsee zu sehen. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Die weite Landschaft, Dünen, tiefhängende Wolken: Holland. Dazu die mit der Natur verbundenen Menschen, die ganz in ihre Arbeit versunken sind. Diese Motive haben es Max Liebermann (1847-1935) angetan. Der Berliner Impressionist bringt sie in vielen Zeichnungen zu Papier. Er war aber auch von ganz anderen Szenen fasziniert, die seltener in seinem Werk zu finden sind: das Straßentreiben im Judenviertel von Amsterdam wie in „Judengasse in Amsterdam“, 1905.

Im Liebermann Haus sind diese Bilder nun in der Ausstellung „Liebermann zeichnet“ zu sehen.

Dabei war es für Liebermann gar nicht so einfach, seine Glaubensgenossen in Amsterdam zu skizzieren. Die Juden dort wollten – ihrem Glauben treu – nicht abgebildet werden. Laut dem Gebot, in dem kein Abbild G'ttes zu machen sei, und dem Verständnis, dass G'tt die Menschen nach seinem Ebenbild schuf. Um sie doch für die Außen- und Nachwelt festzuhalten, arbeitete der Maler im Verborgenen, indem er sich ein Privatzimmer mietete und den Blick aus dem Fenster auf die Straßen des Viertels nutzte.

Liebermann ist eher bekannt für seine farbigen Ölgemälde, insbesondere die der sommerlichen grünen Blätterdächer um den Wannsee herum. Es sind für die Öffentlichkeit bestimmte fein ausgearbeitete Werke. Die Zeichnungen hingegen gewähren einen Zugang zu einem privaten Teil Liebermanns künstlerischem Kosmos, auch wenn viele davon den Weg in den Handel fanden. Für ihn hatte das Zeichnen große Bedeutung: „In der Skizze feiert der Künstler die Brautnacht mit seinem Werke; mit der ersten Leidenschaft und mit der Konzentration aller seiner Kräfte ergießt er in die Skizze, was ihm im Geiste vorgeschwebt hat, und er erzeugt im Rausche der Begeisterung, was keine Mühe und Arbeit ersetzen können.“ Diese „Leidenschaft“ findet sich in den Bildern wieder: Sie besitzen eine ungeheure emotionale und atmosphärische Kraft. Als Betrachter meint man, ganz nah an Liebermann dran zu sein und zu spüren, was er empfunden haben mag, als er die Szenen vor sich sah.

Zeichnungen aus dem Bestand des Kupferstichkabinetts

Kuratiert von Anna Marie Pfäfflin, Andreas Schalhorn und Evelyn Wöldicke ist mit „Liebermann zeichnet“ eine Ausstellung entstanden, die sich erstmalig ganz seinen Zeichnungen widmet. Sie stammen aus dem Bestand des Kupferstichkabinetts, mit dem das Liebermann Haus am Pariser Platz zusammengearbeitet. Insgesamt sind 90 von 117 Arbeiten zu sehen, die das Kabinett besitzt und bisher noch nicht in seiner Gesamtheit präsentiert hat. Die Sammlung bildet dort eine Sonderstellung: Bereits zu Liebermanns Lebzeiten sind seine Bilder erworben worden, was ungewöhnlich war. Die hohe Qualität der Zeichnungen erklärt aber schnell, warum ihr



Max Liebermann, Aus dem Judenviertel in Amsterdam: Der Fischmarkt (klein), 1908, Ätznradierung.

Wert schon früh erkannt wurde.

Die Sammlung umfasst alle Schaffensphasen: die frühen Skizzen mit

(klein)“ von 1908. Sie wird allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang gezeigt, nämlich in der Ausstel-

„In der Skizze feiert der Künstler die Brautnacht mit seinem Werke“

Bleistift, die Vorstudien für Gemälde sind und wo die Linie zählt; dann der Entwicklungsschub, ausgelöst durch seine Reisen nach Holland, wo er beginnt mit schwarzer Kreide zu arbeiten und die Bildsprache flächiger wird. Die Zeichnungen erhalten dadurch einen malerischen Charakter und emanzipieren sich von den Vorstudien. Sie werden zu eigenständigen Werken. Später kommen farbige Pastelle hinzu.

In den Motiven ist ebenso eine Entwicklung zu erkennen: Von arbeitenden Figuren auf dem Land und Landschaften zu Freizeit und Gärten. Die Ausstellung greift noch zwei weitere Bereiche auf: Portraits und Massenszenen, die den letzten Abschnitt bilden. Dort befinden sich auch Liebermanns Impressionen aus dem Judenviertel. Inzwischen dienen seine Linien keinen feinfühligem Einzelportraits mehr, sondern sie werden freier, um die Betriebsamkeit des jüdischen Amsterdams einzufangen – so als sei man mitten drin.

Liebermann-Villa am Wannsee

Die Nähe zu den Motiven, ihren Ursprüngen und zu Liebermann machen die Ausstellung sehenswert, gerade wenn man als Besucher gleichzeitig Gast in seinem ehemaligen Haus ist.

Von Liebermanns Stadthaus am Pariser Platz zu seinem Landhaus, genauer, seiner Villa am Wannsee.

Dort ist ebenfalls ein Bild aus Liebermanns Zeit in Amsterdam zu sehen. Es ist die Radierung „Aus dem Judenviertel in Amsterdam. Der Fischmarkt

Bilder haben auf legale Weise ihre Besitzer gewechselt? Welche wurden auf Druck der Nationalsozialisten veräußert oder fielen direkt in ihre Hände? Liebermann starb bereits 1935, aber seine Familie musste den Nachlass unter Repressionen verwalten: Seine Tochter Käthe flüchtete mit einigen Werken ins Exil, seine Frau Martha blieb in Berlin, bis sie sich 1943 das Leben nahm, um einer Deportation zu entkommen.

In der von Alice Cazzola kuratierten Ausstellung ist anhand von 22 Beispielen das breite Spektrum der Ergebnisse zu sehen, das über farblichen Abstufungen gekennzeichnet ist: von hellgrün („unbedenklich“) über orange („eher verdächtig“) zu rot („verdächtig“). Ein Bild konnte als Raubkunst identifiziert werden – ironischerweise kein Motiv von Liebermann selbst, sondern eine von ihm produzierte Kopie eines „St. Adrianschützen“ nach einem Gemälde von Frans Hals. Im Zuge der Restitution sollte es an die Nachfahren Liebermanns in Amerika zurückgegeben werden, doch diese entschieden, das Bild der Max-Liebermann-Gesellschaft zu überlassen. Was brachte die Untersuchung zur Provenienz der Skizze des Fischmarkts in Amsterdam hervor? Gelb („offen“), d.h. die Spurensuche ist noch nicht abgeschlossen. Der einzige Hinweis ist der Stempel der Galeristen Georg Brühl, der 1931 in Breslau geboren wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg nach Sachsen übersiedelte und 2009 verstarb. Die Radierung erreichte die Max-Liebermann-Gesellschaft 2008 – allerdings aus einem Privatbesitz. Die Detektivarbeit zu den Orten, an denen das Bild zwischenzeitlich verblieben war, geht weiter.



Judengasse in Amsterdam, 1905

dieser Werke wurden auf ihre Provenienz untersucht. Es geht um das Schicksal Liebermanns Arbeiten, das mitunter eng mit den historischen Ereignissen ab 1933 verbunden ist. Liebermanns eigene jüdische Herkunft ist nun Ausgangspunkt. Welche seiner

Max Liebermann Haus Pariser Platz 7, Berlin Mitte, Mi-Mo 11-18 Uhr, bis 5. Mai 2023

Liebermann-Villa am Wannsee Colomierstraße 3, Berlin Zehlendorf, Mi-Mo 11-17 Uhr, bis 3. März 2023

Der Israelische Volkstanz – ein weltweites Phänomen – Teil 2

Tanzen verbindet die Menschen und so knüpfte auch der beliebte israelische Volkstanz sein Band rund um die Welt. Aus den überlieferten biblischen Tanzschritten und der jüdischen Musik der Diaspora entwickelte sich ein ebenso moderner, wie zugleich traditioneller Volkstanz. Die Juden waren im Laufe der Geschichte ihrer Vertreibung in ca. 180 Länder verstreut und haben zahlreiche ethnische und kulturelle Elemente aus der Galuth in ihrem Volkstanz integriert. (JR)

Von Matti Goldschmidt

Musik und Tanz im Wandel der Zeit

Was heute als etabliert im israelischen Volkstanz gilt, war nicht immer so. An moderner Technik kam selbstverständlich auch dieses Genre nicht vorbei, wobei zweifelsohne beispielsweise der inter-aktive soziale Aspekt litt. Die ursprüngliche Ausrichtung eines Tanzkreises mit durchgehender Handhaltung ist heute in Israel seit Langem verloren gegangen, ja geradezu verpönt. Denn längst hat der urbane Individualismus auch im folkloristischen Tanz den Kollektivismus des Kibbuz ersetzt, eingedenk dessen, dass der israelische Volkstanz sich aus der sozialistisch orientierten Kibbuzbewegung heraus entwickelte und um 1935 rund ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Palästinas in einem Kibbuz lebte – genau das Umfeld, in dem Gemeinschaft höchste Priorität besaß. Im Gegensatz dazu ist im 21. Jahrhundert, etwa einhundert Jahre später, das Gros der ursprünglich knapp dreihundert Kibbuzim nahezu verschwunden, d.h. haben sich in urbanähnliche Siedlungen gewandelt.

Da die Musik fast ausnahmslos über computerisierte DJ-Programme generiert wird, indem ein Musikstück praktisch ohne Pause in das andere überläuft, ist heute auf einem Volkstanzabend auch ein gegenseitiges Kennenlernen erswert; sieht man einmal von einer oft an die Schmerzgrenze gehenden Lautstärke ab – moderne Lautsprecheranlagen machen es möglich. In „alten Zeiten“, zumindest noch bis zu den Musikkassetten, boten zwangsbedingte Pausen zwischen den einzelnen Stücken die Gelegenheit, mit einem Tanznachbarn ungezwungen ein paar Worte zu wechseln. Ansagen, welcher Tanz – wie seinerzeit üblich – als nächstes käme, sind schon lange abgeschafft worden; Tanztitel werden heutzutage, falls überhaupt, über einen Monitor mitgeteilt. Letztlich hat sich auch der Musikstil gewandelt: Relativ einfache Melodien, während der Mandatszeit geschaffen von Komponisten mit in der Regel europäischem Hintergrund, sind einer Flut von zeitgenössischen orientalischen Schlagern gewichen – mit einem derart bunten mediterranen Gemisch, so dass heute nicht nur auf hebräische Texte getanzt wird. Türkisch, griechisch, georgisch, farsi, seit einigen Jahren auch hie und da russisch – all das sind Sprachen, die in den israelischen Volkstanz Eingang fanden. Wobei wohl aus politischen Gründen auf Arabisch eher verzichtet wird.

Moderne Technik erlaubt es vielen Tanzmeistern, nicht nur die Musik zu beschleunigen und so auf jeden Fall vom Original abzuweichen; überdies werden Tänze derart gekürzt, dass sie seit etwa dreißig Jahren nurmehr



Volkstanz in Bad Sobernheim

zwei komplette Durchgänge haben, ganz im Gegensatz zu früher, als – soweit nicht live-Musik gespielt wurde – die Länge der Musikstücke so geschnitten war, dass bis zu fünf oder gar sechs Durchgänge möglich waren. Diese Kürzungen erlauben dem Tanzleiter nun, in vorgegebener Zeit pro Tanzabend ein paar mehr Tänze im Gegensatz zu früher aufzulegen – Quantität zog man offensichtlich der Qualität vor. Die Komplexität der Schritte, ergänzt durch vielerlei Drehungen (in denen die Handhaltung sowieso zu lösen wäre) und erhöhtes Tempo, macht es vielen willigen Neueinsteigern schwierig mitzuhalten. Ganz abgesehen von der Masse von neuen Tänzen, die jährlich „auf den Markt“ kommen, wobei es sich durchaus um 200-300 pro Jahr handelt, und somit Gelegenheitstänzern kaum mehr eine Chance lässt, sich auf dem neuesten Stand zu halten.

Ein Blick auf die Liedtexte lässt erkennen, dass sich auch hier der Wandel vom ländlichen zum urbanen Umfeld vollzogen hat: Verse aus dem atheistisch-sozialistischem Leben des Kibbuz sind praktisch vollkommen verschwunden. Stattdessen geht es mehrheitlich nurmehr um Liebe oder verlassen und einsam zu sein – und selbstverständlich darf auch eine Ode zur Mama nicht vergessen werden, die natürlich immer die Beste von allen ist. Mit dem Einzug von Tonaufnahmen aus Heimstudios und damit erheblich reduzierten Kosten sind in den letzten zwei Jahrzehnten auch wieder Texte mit stark religiös orientiertem Inhalt in Mode gekommen.

Die Tanzmeister und Tanzveranstaltungen

Unter noch einigen mehreren markanten, hier jedoch nicht mehr erwähnten Unterschieden im Vergleich von früher mit heute sei abschließend ein Blick auf die Zusammenstellung der Tanzmeister geworfen: Handelte es sich anfänglich im Wesentlichen um aus Deutschland oder Österreich

(Wien) stammende und somit aschkenasische Frauen, hat sich das Bild über die Jahrzehnte praktisch komplett gedreht. Zumindest in Israel selbst sind Frauen bereits seit vielen Jahrzehnten weit in der Minderheit, das Gros der Tanzmeister wird heute von Männern sephardischer Herkunft gestellt (meist jemenitischen, marokkanischen oder kurdischen Ursprungs).

Tanzen kann man übrigens vielleicht mit Ausnahme des Freitagabend in Israel eigentlich täglich. So gibt es praktisch in jeder kleineren Ortschaft mindestens einmal wöchentlich einen Volkstanzabend. Meist sind die Abende in drei Stufen eingeteilt, begonnen mit einem Abschnitt für Anfänger, in denen die Grundschritte zu erlernen sind, gefolgt von den Tänzen mit mittlerem Niveau bis zu den Fortgeschrittenen. Sämtliche Hallen sind heutzutage klimatisiert und die Veranstalter größerer Tanzzirkel kommen nicht mehr umhin, im Eintrittspreis inbegriffen Tee und Kaffee sowie kleinere Snacks anzubieten, um damit auch wettbewerbsfähig zu bleiben. Die größte Tanzveranstaltung Israels findet nach wie vor donnerstags in der Universität von Tel Aviv unter der Leitung von Gadi Biton statt, zu der an einem Abend weit über eintausend Tänzer erscheinen, wenn auch auf die drei genannten Abschnitte verteilt. Bei Touristen zum Zuschauen sehr beliebt ist übrigens das samstägliche öffentliche und vor allem kostenfreie Tanztreffen am Gordonstrand von Tel Aviv.

Nicht ganz so groß sind Tanzveranstaltungen in der Diaspora, aber selbst in New York Stadt treffen sich mittwochs unter der Leitung von Ruth Goodman regelmäßig an die 200-300 Tanzenthusiasten. Da es beim israelischen Volkstanz in der Regel zu einer Melodie genau ein einziges Tanzschrittmuster gibt, kann ein etwas erfahrenerer Volkstänzer praktisch weltweit ohne größere Probleme mittanzen, sei dies nun in London, Los Angeles, Mexico Stadt, Buenos Aires,

Melbourne, Prag, Budapest oder Moskau. **Israelischer Volkstanz in Deutschland**

In Deutschland begannen ab etwa 1980 zaghafte Versuche, anfänglich mit Kontakten über die Niederlande und daraus resultierend durch die Einladung von israelischen Volkstanzchoreografen wie Rivka Sturman oder Moshiko Halevy, den israelischen Volkstanz in Kreisen des sog. internationalen Volkstanzes einzuführen – sieht man von Einzelinitiativen wie der von Ela Klindt ab, die etwa bereits 1970 eine Broschüre unter dem

Titel „Tänze aus Israel“ herausgab. Die eher als leicht zu bezeichnenden Tanzsequenzen zumindest der Tänze bis ungefähr 1980 sprachen ein relativ breites Publikum an, während (christliche) sakrale und liturgische Tanzgruppen insbesondere Gefallen an den religiösen Texten und somit den eher älteren Tänzen fanden. Darüber hinaus entsprachen Musik und Charakter dieser Tänze im Gegensatz zu den neueren dem Geschmack allseitiger Folkloretänzer. Ab Mitte der 80-er Jahre begann schließlich die Sportlehrerin Arnhild Scheiermann mit ihrer Auführgruppe Ma'agal (hebr. für „Kreis“) in Witten erste Wochenendveranstaltungen mit israelischen Volkstänzen unter Einladung von Tanzmeistern wie Moshe Telem oder Shmulik Gov-Ari zu organisieren.

Ein Wendepunkt war mit der Gründung des Israelischen Tanzhauses e.V. 1992 in München zu registrieren. Ein Verein, der sich bis heute ausschließlich der Thematik des israelischen Volkstanzes widmet und dem angesichts dessen am 24.11.2017 zum 25jährigen Bestehen für seine „geleistete Arbeit der Pflege des Volkstanzes“ mit einer Urkunde „Dank und Anerkennung“ ausgesprochen wurde, gezeichnet von Dieter Reiter, dem Oberbürgermeister der Stadt München. Bis heute wurden über diesen Verein über fünfzig verschiedene Choreografen und Tanzmeister aus Israel eingeladen, darunter so bekannte Namen wie Yankele Levi (1932-2017), Moshe Eskayo (1932-2021), Moshiko Halevy, Shlomo Maman, Gadi Biton, Shmulik Gov-Ari oder Dudu Barzilai. Ergänzt wurden diese Veranstaltungen durch organisierte Reisen nach Israel mit Schwerpunkt Tanz, indem vor allem deutsche Reisetilnehmer der Besuch beliebter wöchentlicher Tanzveranstaltungen im Lande ermöglicht wurde.

Mittlerweile existieren in vielen Städten Deutschlands meist kleinere und eher jeweils autark arbeitende israelische Volkstanzkreise. Die Größe der Tanzzirkel mag sich von etwa vier



Tanzleiterin Lucy Maman (links) mit Tirza Hodess und Matti Goldschmidt

oder fünf bis gut über fünfundzwanzig bewegen. Dass sich unter deren Teilnehmern so gut wie keine Juden befinden, mag man als Kuriosum feststellen – der israelische Volkstanz wäre in Deutschland ohne die nichtjüdischen Tänzerinnen und Tänzer fast inexistent, insbesondere eingedenk dessen, dass selbst in den jüdischen Gemeinden des 21. Jahrhunderts der israelische Folkloretanz eher ein Nischendasein fristet.

Das war allerdings nicht immer so. In den ersten etwa 25 Jahren nach Ende des 2. Weltkrieges waren es insbesondere die jüdischen Gemeinden Westdeutschlands, die den israelischen Volkstanz in Mitteleuropa pflegten. In einer Zeit, als die Koffer in Deutschland noch gepackt waren (um im Notfalle rechtzeitig das Land verlassen zu können), sollte die Kenntnis einiger Kreistänze den nach Israel Auszuwandernden eine zionistisch orientierte Integrationsstütze geben. Die Kulturzentren größerer jüdischer Gemeinden wie beispielsweise in Berlin oder Frankfurt/M. hielten an ihren wöchentlichen Volkstanzkursen allerdings auch danach noch fest, nämlich als die Koffer ausgepackt im Lande bleiben konnten, in München beispielsweise über die Jüdische Volkshochschule.

Die ZWST lädt ein

Ein erstes Mal lud vor etwa dreißig Jahren die ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Frankfurt/M.) die in Düsseldorf gebürtige Tirza Hodess (alias Angelika Borkenfeld) für mehrtägige Tanzkurse in das Max-Willner-Heim in Bad Sobernheim (Landkreis Bad Kreuznach) ein. Die Einrichtung wurde nach Max Willner (1906-1994), dem ehemaligen Mitbegründer und Vorsitzenden der ZWST (1960-1979), benannt. In Ermangelung aktiver Teilnehmer in den jüdischen Gemeinden, die sich für die in Israel populären Kreistänze interessierten, wünschten die Tanzverantwortlichen mehr Anleitung in Bühnen- bzw. reinen Aufführttänzen, die sie mit jeweils einigen anderen Enthusiasten auf Gemeindefestlichkeiten präsentieren könnten. Dafür wurde vor etwa fünfzehn Jahren Lucy Maman engagiert, die im Prinzip schon ihr ganzes Leben tanzt. 1973 wanderte sie zehnjährig mit ihren Eltern aus Jaroslavl kommend, etwa 270 km nordöstlich von Moskau an der Wolga gelegen, nach Israel aus. Es dauerte nur wenige Wochen, bis sie zu von den ihr bislang

unbekannten israelischen Volkstänzen gefesselt war und hatte alsbald Kontakt mit den seinerzeit wichtigsten Namen des israelischen Volkstanzes,



Tanzleiterin Lucy Maman (links) mit Tirza Hodess und Matti Goldschmidt

insbesondere durch die von Moshe Telem in Caesarea bzw. der Sporthalle des benachbarten Kibbutz Sdoh Yam organisierten, heute bereits legendären Freitagabende mit live-Musik und

zehnstündigem Tanzen bis weit in die Morgenstunden des folgenden Tages. Nur 16-jährig wurde sie Mitglied des bekannten Karmon Tanzensembles unter Leitung von Jonathan Karmon (1931-2020, vormals Joel Kalman). Seitdem ist Lucy Maman praktisch ohne Pause tänzerisch aktiv, so etwa auch auf dem israelischen Eurovisionsbeitrag von 1982 mit Avi Toledano und dem Titel „Hora“.

Mit Lucy Maman sollte ab 2007 den Tanzlehrgängen der ZWST eine neue Richtung gegeben werden: Den Teilnehmern aus den jüdischen Gemeinden wurden nun „Ideen“ für eigene Choreographien präsentiert. So wurden insbesondere Tanztechniken unterrichtet, aber auch auf – um ein modern gewordenes Wort zu benützen – „Nachhaltigkeit“ Wert gelegt. Die Gruppenleiter sollten eben nicht mehr an genau eine einzige Aufführung hingeführt werden, wie es zuvor Usus war. Ein jeder sollte nun die Möglichkeit erhalten, unter letztlich eigener Regie in seiner Heimatgemeinde ein eigenes Programm aufzubauen, das optimal über viele Jahre und zu vielen Anlässen angewandt werden könne. Dabei

jüdischen Gemeinden von Bamberg, Berlin, Dortmund, Erfurt, Fürth, Gießen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Marburg, München, Offenbach, Rostock, Trier, Wiesbaden, Witten, Wuppertal und Würzburg gerade nicht explizit starr an den Vorgaben Mamans halten. Diese sind, so betonte Maman in einem Gespräch, vielmehr als Inspiration der Teilnehmer gedacht, um darauf aufbauend mit eigenen Vorstellungen weiterzuarbeiten. Wie auch in anderen Bereichen des Tanzes waren Männer bei dieser Veranstaltung deutlich in der Unterzahl, das Gros der Mittanzenden waren eindeutig Frauen. Der Unterricht Mamans fand im Wesentlichen auf Englisch und Russisch statt, auch wenn sie im Eifer des Gefechtes die eine oder andere hebräische Floskel einbaute.

Neben diesem reinen für die Bühne gedachte Tanzunterricht wurden, unter Anleitung des Schreibenden, auf Deutsch auch fünf israelische Folkloretänze unterrichtet, die möglichst der Thematik des Treffens „wesamakh'tha be-khagecha“ bzw. „und freue dich an deinem Feste“ (Zunz) angepasst waren, einem Bibelzitat aus Deuteronomium 16:14. Dies schloss Tänze ein wie beispielsweise „Mekhol ha-Dvash“ mit dem zum jüdischen Neujahr passenden Stichwort „Honig“ (Choreographie: Moshiko Halevy, 1973) oder auch „wa-Yineqehu“ mit einem Text aus der Bibel (Deuteronomium 32:13, Choreographie: Rayah Spivak, 1959) ein. Zum ersten Mal wurden auf einem solchen Treffen zusätzlich Tanzbeschreibungen zu den erlernten folkloristischen Tänzen verteilt. Allerdings fehlt in den meisten jüdischen Gemeinden Deutschland der Unterbau, d.h. die Nachfrage vor allem im jüngeren Sektor, um diese neu erlernten Kreistänze auch in den Heimatgemeinden pflegen zu können.

Der dritte und somit letzte Abend war mit meist tänzerischen Präsentationen der einzelnen Teilnehmer gefüllt, entweder solo oder in Gruppenformation, darunter etwa mit einer aus vier Personen bestehenden Gruppe, die über die ZWST im Frühjahr 2022 ein Tanzseminar in Mexiko Stadt besuchte, oder ein heftig beklatschter Gesangsbeitrag in jiddischer Sprache, vorgetragen von Nathalie Ivasov aus Leipzig. Er endete schließlich unter der Leitung des Akkordeonisten Elik Roitstein, der an diesem Abend als souveräner Discjockey auftrat und die Seminarteilnehmer zum freien Tanzen aufforderte.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

"Deutsch ist sexy!" - Jüdische Freunde der deutschen Sprache

Jüdisches Engagement für die deutsche Sprache und Kultur gab es vor und auch nach dem Zweiten Weltkrieg. In Israel ist die Stadt Naharya bekannt als die Stadt der Jeckes, in der zumindest in der frühen Zeit nach der Staatsgründung Israels, zu großen Teilen Deutsch gesprochen wurde. Einer der berühmtesten jüdischen Deutsch-Fans der jüngeren Zeit war der in Polen geborene erfolgreiche Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki. Der "deutsche Literaturpapst" sah sich bereits 2010 gehalten, die Politik zu ermahnen, dass korrektes Deutsch wieder eine zentrale Rolle auf dem Lehrplan der Schulen einnehmen müsse. Vor den Auswüchsen des Genderismus und der Verhöhnung der deutschen Sprache warnen unter anderen auch der Herausgeber der Jüdischen Rundschau Dr. Rafael Korenzecher und die jüdische Publizistin, Germanistin und Literaturwissenschaftlerin Dr. Elvira Grözinger. (JR)

Von Björn Akstinat

Man möchte meinen, alle jüdischen Deutschen oder deutschsprachigen Juden hätten verständlicherweise ein zwiespältiges Verhältnis zur deutschen Nation und Kultur. Dem ist aber nicht so. Viele sind und waren trotz erlebter Diffamierungen, Benachteiligungen oder Verfolgungen große Verehrer Deutschlands sowie der deutschen Sprache und Literatur. Oft waren Juden sogar leidenschaftlicher in ihrer Kulturliebe oder ihrem deutschen Patriotismus als ihre christlichen Mitbürger.

Heinrich Heine (1797-1856) spottete gerne über seine Heimat, aber empfand gleichzeitig eine tiefgehende Liebe für sie. "Und als ich die deutsche Sprache vernahm, da ward mir seltsam zumute; ich meinte nicht anders, als ob das Herz recht angenehm verblute", dichtete er 1844 in seinem Werk "Deutschland. Ein Wintermärchen". Im Vorwort dazu schrieb er voller Vaterlandsliebe erstaunliche Zeilen, die selbst große Patrioten verblüfften: "Wenn wir das arme, glückenterbte Volk und den verhöhnnten Genius und die geschändete Schönheit wieder in ihre Würde einsetzen, wie unsere großen Meister gesagt und gesungen, und wie wir es wollen, wir, die Jünger - ja, nicht bloß Elsaß und Lothringen, sondern ganz Frankreich wird uns alsdann zufallen, ganz Europa, die ganze Welt - die ganze Welt wird deutsch werden. Von dieser Sendung und Universalherrschaft Deutschlands träume ich oft, wenn ich unter Eichen wandle. Das ist mein Patriotismus." Heine war Mitglied einer Burschenschaft in Göttingen und konvertierte 1825 im Alter von 28 Jahren vom jüdischen zum evangelisch-lutherischen Glauben, um sich noch besser in die Mehrheitsgesellschaft eingliedern zu können. Seine Muttersprache, die sein dichterisches Handwerkszeug darstellte, lag ihm sehr am Herzen und bereitete ihm gerade deswegen Sorgen: "Die deutsche Sprache ist an sich reich, aber in der deutschen Konversation gebrauchen wir nur den zehnten Teil dieses Reichtums; faktisch sind wir also spracharm." Diese Zustandsbeschreibung ist auch heute noch aktuell.

Ein anderer jüdisch geborener Deutscher, der ebenfalls seine Landsleute zum Gebrauch des Reichtums der eigenen Sprache ermunterte und in jungen Jahren zum Christentum übertrat, war Eduard Engel. Als er 1851 in der Kreisstadt Stolp in Pommern zur Welt kam, lebte Heine noch. Engel erreichte aber nicht dessen Bekanntheitsgrad und blieb, obwohl er auch schriftstellerisch und dichterisch tätig war, eher als Sprach- und Literaturwissenschaftler in Erinnerung. Er studierte Indogermanistik und Philologie in Berlin. Anschlie-



ßend promovierte er in Rostock. Seine in Latein verfasste Doktorarbeit handelte vom Satzbau der altfranzösischen Sprache. Neben seinem Hauptberuf als Stenograf im Reichstag gab er das "Magazin für die Literatur des Auslandes" sowie Bücher über französische, englische und nordamerikanische Schriftsteller heraus. Trotz seiner vielfältigen Sprachkenntnisse und seiner Internationalität galt Eduard Engels große Liebe der eigenen deutschen Muttersprache.

Sprachlicher Minderwertigkeitskomplex

1906 erschien seine "Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart" und 1911 kam sein berühmtestes Werk mit dem Titel "Deutsche Stilkunst" in die Buchhandlungen. Es erlebte über 30 weitere Auflagen. Darin beklagte er in vielen Kapiteln die Fremdwörtersuch seiner Landsleute. Er gelangte zur Einsicht, dass man mit fremden Wörtern zwar schreiben, aber weder fühlen noch denken oder träumen könne. Die übermäßige Verwendung von ausländischen Begriffen in deutschen Texten bezeichnete er als "geistigen Landesverrat" und als

„ Mit fremden Wörtern kann man zwar schreiben, aber weder fühlen noch denken oder träumen. “

"Schändung der schönsten Sprache der Welt". Seine überdurchschnittlich guten Kenntnisse geschichtlicher Entwicklungen brachten ihn zu folgender Überzeugung und Vorausschau: "Sprache ist Volk, Volk ist Sprache. ... Die Zukunft des deutschen Volkes blüht oder welkt mit der Zukunft der deutschen Sprache". Viele Sätze von ihm wirken wie zeitlose Weisheiten. So kritisierte er Gelehrte, die durch möglichst umständliche und unverständliche Formulierungen besonders geschickt wirken wollen, mit den Worten "Die wissenschaftliche Fremdwörtersprache offenbart ihr Wissen nur halb, zur andren Hälfte verschleiert, verschleimt, versteckt sie etwas, nämlich die nicht vollkommene Klarheit des Schreibers über den Gegenstand".

Wie ernst er es mit der Pflege der Muttersprache meinte, zeigte er auch 1918 mit der Veröffentlichung des

Nachschlagewerkes "Entwelschung: Verdeutschungswörterbuch für Amt, Schule, Haus, Leben". Zahlreiche darin enthaltene Übersetzungsvorschläge für französische Fremdwörter sind heute in unseren normalen Sprachgebrauch übergegangen. 1927 kritisierte er mutig ein anderes Wörterbuch: den Duden. Im Aufsatz "Das falsche Deutsch im Duden" beschrieb er die Fehlbarkeit und Unzuverlässigkeit des vermeintlichen Standardwerkes. Schon früh diagnostizierte er einen unbegründeten sprachlichen Minderwertigkeitskomplex im Lande: "Mit seiner bedientenhaften Michelei in allen geistigen Herrenfragen horcht der Deutsche, auch der kühnste deutsche Erneuerer und Schöpfer, auf die sprachlichen Befehle, die aus Frankreich, England, Amerika an ihn ergehen." Deshalb richtete er die Mahnung "Ihr seid Deutsche, also: Sprecht Deutsch!" an seine Mitbürger. Doch Engels Patriotismus wurde nicht gewürdigt. In der Zeit des Nationalsozialismus durfte er nicht mehr publizieren und starb verarmt 1938 in Potsdam-Bornim. Kurz vor seinem Tod schrieb er in einem Brief: "Ich bin vor 54 Jahren aus dem Judentum ausgetreten, trotzdem sind meine Bücher verboten, und ich leide mit meiner Frau - aus dem Hause Kleist - bitterste Not."

In der Weimarer Republik gelangte noch ein weiterer deutsch-jüdischer Sprach- und Literaturwissenschaftler zu einer gewissen Berühmtheit: Friedrich Gundolf (1880-1931). Seine Vorlesungen als Professor in Heidelberg waren äußerst beliebt. Zu den Hörern zählten Hannah Arendt, Benno von Wiese, Golo Mann, Claus Schenk Graf

von Stauffenberg und sogar Joseph Goebbels. Aufsehen erregte Gundolf 1916 über seinen Fachbereich hinaus mit einer Goethe-Biografie. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt ehrte ihn 1964, indem sie den Friedrich-Gundolf-Preis ins Leben rief, der jährlich für hervorragende Leistungen bei der Vermittlung deutscher Kultur im Ausland verliehen wird.

Jüdisches Engagement für die deutsche Kultur auch nach dem Zweiten Weltkrieg

Einer der berühmtesten jüdischen Deutsch-Fans der jüngeren Zeit war der in Polen geborene Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki (1920-2013). Er war Überlebender des Warschauer Ghettos. Wie viele andere Juden siedelte er gegen Ende der 1950er-Jahre aufgrund von Drangsalierungen durch die

kommunistische polnische Regierung in die Bundesrepublik Deutschland über, wo er zunächst als Literaturredakteur bei der Wochenzeitung "Die Zeit" in Hamburg und danach bei der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" arbeitete. Durch die Moderation der ZDF-Sendung "Das Literarische Quartett" von 1988 bis 2001 wurde er einem breiten Publikum bekannt und errang den Ruf als "deutscher Literaturpapst". Reich-Ranicki empfand sich nie als ganzer Pole, nie als ganzer Deutscher und ebenfalls nie als ganzer Jude. 1997 sagte er, dass er sich jedoch nicht heimatlos fühle, denn "meine Heimat ist die deutsche Literatur". Seine Mutter Helene, eine deutsche Jüdin, vermittelte ihm schon früh das Interesse an deutscher Kultur und Sprache sowie die Skepsis gegenüber der Religion. Den Deutschen schenkte er unter anderem den "Kanon der deutschen Literatur", den er von 2002 bis 2006 in 50 Bänden herausgab. Für die deutsche Sprache warb er im In- und Ausland. So äußerte er zum Beispiel 2010 öffentlich in einer ARD-Sendung den Spruch "Deutsch ist sexy!" und forderte von den Politikern, dass korrektes Deutsch wieder eine zentrale Rolle auf dem Lehrplan der Schulen einnehmen müsse: "Unsere Kinder werden die Sprache nicht besser lernen, wenn die Schulen nicht besser werden". An den Universitäten von Stockholm und Uppsala hielt er als Gastprofessor Vorlesungen zur Neuen Deutschen Literatur. Welcher deutsche Dichter zu seinen Favoriten gehörte, verheimlichte er nicht: "Hölderlin hat Gedichte geschrieben, die zu den Wundern in deutscher Sprache gehören und die nicht einmal von Goethe übertroffen wurden". Am Ende seines Lebens war er sehr dankbar für die Herzlichkeit, die ihm in Deutschland begegnete. Einerseits freute er sich über die vielen Preise, mit denen man ihn geradezu überschüttete, und andererseits über das Echo, das seine Arbeit hatte: "Das ist enorm, es könnte gar nicht größer sein".

Gendersternchen absurd und überflüssig

Gegen eine aktuelle Bedrohung der deutschen Sprache kämpft die jüdische Publizistin, Germanistin und Literaturwissenschaftlerin Dr. Elvira Grözinger. Sie wurde 1947 ebenfalls in Polen geboren, lebt heute in Berlin und schrieb kürzlich folgenden Zeitungskommentar: "Ich habe etwas gegen das Gendern, bin gegen das Sternchen. Als Frau meiner Generation konnte ich zahlreiche Erfahrungen mit Diskriminierung sammeln und kämpfe für die Gleichberechtigung. Als studierte Übersetzerin in sechs Sprachen, promovierte Literaturwissenschaftlerin lebe und arbeite ich mit der Sprache. Allerdings ist das Gendersternchen für mich absurd, überflüssig, eine Sprach-

verhuzung und dazu unübersetzbar. In meinem Aufsatz neueren Datums über die Geschichte des Feminismus, der auch auf Französisch erschien, wurde das von mir als eines der Beispiele angeführte "Ingenieur*Innen" von Franzosen zu "Ingenieurs d'interieur" übersetzt. Ja, die Welt lacht über uns. Das Sternchen hat die maskuline Mehrzahl abgeschafft, die Frauen auf ihr Geschlecht reduziert – es findet eine Rolle rückwärts statt. Die Sexualisierung der Sprache ist dem Anliegen der Frauen schädlich. Die deutschen Suffixe -in und -innen sind eindeutig, andere braucht man nicht. Wenn ich Dissertationen über Juden begutachte, in denen durchgehend von "Jüdinnen und Juden" die Rede ist, anstatt einer Vorabklärung, dass "Juden" zugleich "Jüdinnen" umfassen, dann habe ich den Verdacht, dass dadurch der Umfang künstlich aufgebläht werden soll.

Das generische Maskulinum ist dem Deutschen eigen und per se sexneutral, so der Sprachwissenschaftler Peter Eisenberg, es darf nicht als "männlich" missverstanden und beseitigt werden. Auch die Substantivierung von Partizipien - etwa Studentinnen und Studenten jetzt nur noch als Studierende - ist falsch. Neuerdings wird sogar die biologische Elternrolle von Mann und Frau in Frage gestellt. Schrille Transgender-Forderungen nach "Gebärenden", "Austragenden" usw. lassen ferner vermuten, dass hier sachfremde, ideologisch verquere Aspekte eine Rolle spielen. Sprachdiktate sind aber gefährliche Signale des Totalitarismus, ob die lingua tertii imperii oder ein "Jargon der Eigentlichkeit", nun ist es der Genderismus. Dagegen müssen wir uns alle - Frauen wie Männer - wehren." Grözinger hat erst mit 20 Jahren Deutsch neu gelernt, studierte dann Germanistik und unterrichtete später Deutsch als Fremdsprache. Ihre Studenten ahnten nicht, dass sie selbst erst seit Kurzem die Sprache beherrschte. "An der deutschen Sprache mag ich besonders ihren Reichtum, die Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten, ihre verschiedenen Höflichkeitsformen und die vielen Nuancen", erklärt sie. Die destruktiven Tendenzen der Sprachmanipulierer lehnt sie ab und ist deswegen in den 37.000 Mitglieder starken Verein Deutsche Sprache e. V. (VDS) eingetreten, um sich nicht allein mit Genderisten oder Leuten, die unsinnige Anglizismen verbreiten, auseinandersetzen zu müssen.

Ähnlich denkt der jüdische Journalist Henryk Broder. Er kommt wie Grözinger aus Polen, musste Deutsch nach seiner Einwanderung 1958 auch erst erlernen und hat bereits eine Unterschriftenliste des VDS gegen das grammatikalisch falsche Gendern im Duden unterzeichnet. Der bekannte Schauspieler Dominique Horwitz, 1957 in Paris als Sohn deutsch-jüdischer Eltern geboren, unterstützte den VDS hingegen nicht mit einer Unterschrift, sondern mit seiner Beteiligung am "Festspiel der deutschen Sprache" von VDS-Ehrenmitglied Edda Moser.

Deutschfreunde weltweit

Freunde der deutschen Sprache findet man aber nicht nur in Mitteleuropa, sondern in aller Welt - zum Beispiel auch in Israel: Zwei Juden, die ihr Leben dem deutschsprachigen Journalismus im Ausland gewidmet haben, waren Siegfried Blumenthal und Alice Schwarz-Gardos. Beide haben dafür gesorgt, dass deutschstämmige jüdische Auswanderer und Flüchtlinge in Israel mit deutschsprachigen Informationen versorgt werden, damit sie sich in ihrer neuen Heimat im Orient zurechtfin-



Michael Dak, Chefredakteur der deutschsprachigen "MB - Yakinton"

den. 1936 gründete Blumenthal, ein aus Berlin ausgewandertes jüdisches Buch- und Pressefachmann, in Tel Aviv die deutschsprachige Tageszeitung "BNN-Blumenthals Neueste Nachrichten". Die Auflage des Blattes überstieg in den 1950er Jahren die der meisten anderen Zeitungen Israels und zu den Kolumnisten gehörten so berühmte Schriftsteller wie Max Brod und Arnold Zweig. Später wurde die Zeitung in "Israel-Nachrichten" umbenannt. Chefredakteurin war von 1975 bis zu ihrem Tod im Jahre 2007 die Journalistin und Schriftstellerin Alice Schwarz-Gardos. Sie hatte in der Tel Aviver Redaktion zuletzt nur zwei Mitarbeiter als Unterstützung. Für ihre fast übermenschliche Arbeit als Zeitungsmacherin und

Buchautorin wurde sie mit dem deutschen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie war Mitbegründerin der Internationalen Medienhilfe (IMH), des Netzwerks der deutschsprachigen Auslandsmedien, und galt lange als älteste Chefredakteurin der Welt. In Wien am 31. August 1916 geboren und in Pressburg aufgewachsen, gelang sie nach abenteuerlicher Flucht 1939 mit ihren Eltern nach Palästina. Als sie 2007 verstarb, fehlte der "Motor" der Redaktion. 2010 wurde die Erscheinungsweise der "Israel-Nachrichten" von täglich auf wöchentlich umgestellt und 2011 kam das endgültige Aus für die gedruckte Zeitung. Im Internet existiert die Seite www.israel-nachrichten.org, die weiter an das Traditionsblatt erinnert.

Eine andere deutschsprachige Publikation erscheint noch immer in Tel Aviv - und zwar seit über 90 Jahren. Es ist die Zeitschrift "MB - Yakinton" vom Verband der Israelis mitteleuropäischer Herkunft (Irgun Olei Merkas Europa). "MB" steht für Mitteilungsblatt und "Yakinton" stellt ein Wortspiel aus "Jecke" (= deutschstämmiger Jude) sowie "iton" (= Zeitung) dar. Dass die Zeitschrift bis heute mit deutschsprachigen Artikeln existiert, ist zu einem großen Teil der Verdienst von Redaktionsleiter Michael Dak. Er erblickte 1947 in Jerusalem das Licht der Welt. Seine Eltern stammen aus dem Gebiet der früheren Tschechoslowakei und sprachen Deutsch sowie einige andere Sprachen. Als Kind lebte er einige Zeit in Österreich, da der Vater Diplomat war. Für ihn ist seine journalistische Arbeit ein Beitrag zur Völkerverständigung. An der deutschen Sprache gefällt ihm besonders, "dass man sich vorher überlegen muss, was man sagen will. Aufgrund der Grammatikregeln ist es wichtig, sich zu organisieren, bevor man den Mund öffnet - im Gegensatz zu orientalischer Sprachen, in denen man zum Thema vordringen und dann verdrehen kann. Im Deutschen kommt es vor, dass der Zweck des Satzes erst am Ende offenbart wird".

Damit es in Israel auch zukünftig deutschsprachige Menschen gibt, bildet Prof. Dr. Amir Engel in Jerusalem Deutschlehrer und Germanisten aus. Um die Jahrtausendwende studierte er noch selbst an der Hebräischen Universität Jerusalem. Heute leitet er dort die Abteilung für deutsche Sprache und Literatur. "Deutsch ist für meinen persönlichen Weg von zentraler Bedeutung, und ich freue mich, wenn andere sich mir anschließen", sagt er und erklärt weiter: "Die deutsche Sprache ist für mich ein Einstieg in die Welt der mitteleuropäischen Literatur und Kultur. An der Universität lockte mich die Möglichkeit, eine abgerundete humanistische, vielleicht sogar klassische Bildung zu erwerben. Ich wollte etwas über Geschichte, Philosophie, Religion, Musik und Literatur lernen. Das Modell dafür fand ich in der deutschen Literaturtradition, für die ich Deutsch lernte".

Juden haben in der Geschichte stark zur Verbreitung der deutschen Sprache beigetragen und in Anbetracht der gegenwärtigen Lage kann man damit rechnen, dass sie dies wohl auch weiterhin tun werden. Dafür gebührt ihnen Dank!

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITE.DE

„Die Weiße Rose“: Zwischen Hitlerjugend und pazifistischem Widerstand

Die „Weiße Rose“ war die wohl bekannteste Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime. Mit Flugblättern rief die Gruppe um die Geschwister Scholl zum Widerstand auf. Am 22. Februar 1943 wurden Sophie und Hans Scholl von den Nationalsozialisten durch die Guillotine hingerichtet. Die Geschichte der Weißen Rose ist eine Geschichte darüber, warum Freiheit alles ist – ohne Freiheit aber alles nichts ist. Es ist aber auch eine Geschichte der Ambivalenzen und nachträglicher Verklärung, gerade in der Einstellung dieser Studenten zur „Judenvernichtung“. (JR)

Von Simone Schermann

Was waren die Motive für die Taten der später Hingerichteten, die Gründe für das Entstehen einer inneren Opposition, um mit Flugblättern zum Widerstand aufzurufen? Denn nur dem Anschein nach liefen ihre Biografien auf heldenhaften Widerstand hinaus. Bei genauem Hinschauen ergibt sich ein kritischeres Bild, das keineswegs die tragische und mutige Seite schmälern will.

Den größten Schub für die Entstehung eines Heldenepos brachte das 1962 erschienene Buch von Inge Scholl. Davor nannte man den Widerstandskreis nicht „Die Weiße Rose“, man sprach vom „Scholl-Kreis“ oder vom „Scholl-Schmorell-Kreis“.

Die ersten vier Flugblätter trugen die Überschrift „Flugblätter der Weissen Rose“ und kamen im Sommer 1942 vollständig aus der Hand der zwei tragenden Säulen: Hans Scholl und Alexander Schmorell. Sophie Scholl war erst an den letzten beiden Flugblättern beteiligt, zusammen mit Willi Graf und Professor Kurt Huber, im Januar/Februar 1943.

Hans Scholl, der politische Kopf des Unternehmens, und Alexander Schmorell waren in beide Phasen involviert; mit Sophie Scholl, die Ideengeberin für die Umsetzung von Aktionen war, folgten weitere Protagonisten in den engeren Kreis, als Helfer und Berater.

Position zum Judentum

In den Darstellungen über den Widerstandskreis findet sich oft die These, eines ihrer Ziele sei der Kampf gegen die systematische Ermordung der Juden gewesen. Markantes Beispiel dafür ist die ständige Ausstellung in der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, in der die „Weiße Rose Stiftung e. V.“ den Studenten das Bild von Leichenbergen gegenübergestellt ist. Auf der Homepage der Stiftung befindet sich eine Rubrik über das Gedenken an den Holocaust. Welche Hinweise sprechen für derartige Parallelisierungen? War der Kampf gegen die Shoa tatsächlich ein Hauptanliegen?

Eine kritische Auseinandersetzung birgt immer die Gefahr in sich, ein gegenwartsbezogenes „Nach-Auschwitz-Denken“ auf die damalige Zeit zu übertragen und heutiges Wissen als Wertmaßstab zu nehmen. Dennoch darf diese Warnung nicht dazu führen, die Frage nach der Position der Gruppe zum Judentum auszuklammern, denn diese war sehr ambivalent.

Der Widerstand der Münchner Studenten war nicht vorgezeichnet, die prominenten Protagonisten waren ideologisch völlig auf Linie, enthusiastisch in Organisationen des NS-Staates tätig und manche hatten bis zu ihrem Tod kein widerspruchsfreies Verhältnis zur NS-Ideologie. Antijudaistische, also christlich-religiös begründete Einstellungen beherrschten ihre



Sophie Scholl

Denkweisen – Traditionslinien eines antijüdischen Konsenses, der in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet war und auch vor ihrer Weltsicht nicht halt machte. Sie waren schlicht Kinder ihrer Zeit!

Was also bewegte die Widerstandsbewegung, wissentlich ihre jungen Leben aufs Spiel zu setzen? Im Kampf gegen den NS-Unrechtsstaat waren die Sehnsucht nach Freiheit und individueller Entfaltung des Menschen die zentralen Faktoren, die Sophie und Hans Scholl und die Protagonisten des Widerstandskreises zu Helden werden ließen.

Freiheit!

Die Geschwister Scholl wurden am 18. Februar 1943 beim Auslegen von Flugblättern in der Münchner Universität festgenommen, vor Gericht gestellt und verurteilt.

„Menschlichkeit ist eben keine Tugend der Eliten“

Der NS-Staat selbst dokumentierte die Hinrichtung Hans Scholls am 22. Februar 1943 mit eiskalter Pedanterie: Um 17.02 Uhr wurde der Verurteilte vorgeführt, der Leiter der Vollstreckung stellte die Personengleichheit fest und die Gehilfen führten ihn an die Fallschwertmaschine, auf welcher er unter das Fallbeil geschoben wurde.

„Der Verurteilte war ruhig und gefasst, seine letzten Worte waren: Es lebe die Freiheit“, so das Hinrichtungsprotokoll. „Von der Übergabe an den Scharfrichter bis zum Fall des Beiles vergingen 7 Sekunden (...)“.

Insgesamt wurden sechs Todesurteile vollstreckt: gegen die Studenten Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf, Christoph Probst und den Philosophieprofessor Kurt Huber, zudem ein knappes Dutzend Freiheitsstrafen. Das Protokoll der Hinrichtung Hans Scholls belegt einen gefühllosen Bürokratismus, bar

jeglichen menschlichen Empfindens, im Umgang mit einem 24-Jährigen. Hans Scholls Entschlossenheit, als er dem Henker „Freiheit“ entgegenruft, seine Anklage und Forderung gegen den NS-Staat drohten mit seiner Ermordung für immer zu verhallen.

Dass der Begriff „Freiheit“ in Deutschland zur Floskel des Jahres 2022 gekürt und somit in Anführungszeichen gesetzt wurde, macht daher schier fassungslos, da er auch vor 80 Jahren mit Füßen getreten wurde. Wir erleben ein Déjà-vu, wenn Autoritäten – „heute“, „Tagesschau“ und Konsorten vermeldeten es – ein Jahr zuvor auch den Begriff „Eigenverantwortung“ zum „Unwort“ und damit implizit die „Freiheit“ diskreditieren und zum Störfaktor erklären. Doch ohne diese Form der Resilienz ist eine freiheitlich-demokratische Grundordnung schlicht am Ende; Grundrechte werden plötzlich wieder „verhandelbar“. Natürlich nur für bestimmte Personen, jene eben, die – von der Initiative „Floskelwolke“ als „Egomaninnen und Egomanen“ denunziert wurden – den Freiheitsbegriff angeblich „vereinnehmen“ und „entwürdigen“. Sophie Scholl ist keine 22 Jahre alt, als sie am 22. Februar 1943 als „Vaterlandsverräterin“ unter dem Fallbeil endet, weil sie Freiheit einforderte.

Weg in den Widerstand

Die Geschwister Scholl und ihre Weggefährten stammten aus bürgerlich-elitären Haushalten. Was veranlasste sie dazu, sich für Deutschland zu opfern? Viele Zeitgenossen mit ähnlicher Biografie fanden Möglichkeiten, sich mit dem Regime zu arrangieren und Karrieren im System anzustreben.

Der Weg der Studenten in den Widerstand ist daher weder zwangsläufig

sie mit der Nazi-Ideologie und dem unvermeidlichen militärischen Drill von Kinder- und Jugendorganisationen groß. Gerade Mädchen genießen im Bund Deutscher Mädels (BDM) neue Freiheiten und für die naturverbundene Sophie sind Zeltferienlager reine Abenteuer.

Die Scholl-Kinder blicken in freudiger Erwartung auf die Regierung Hitlers, arbeiten am Aufbau des NS-Staates mit und sahen ihre Aufgabe in der NS-Jugendbewegung. Hier gibt es keine Stände mehr, das „Deutschsein“ übt starke Anziehung aus und die Verführung ist groß. Im März 1933 tritt Hans Scholl der Hitlerjugend bei und steigt schnell die Karriereleiter im Jungvolk nach oben; nach Jungzugführer wird er 1935 Fähnleinführer, verantwortlich für 160 Jungen.

Sophie Scholls Karriere ist innerhalb des BDM vergleichbar mit der ihres Bruders im Jungvolk. 1934 tritt sie mit 13 Jahren der Jungmädelschaft bei, wird ein Jahr später Jungmädelschaftsführerin, 1937 Gruppenführerin von 160 Mädchen.

Als BDM-Führerin ist sie mehr als nur enthusiastisch. Zeitzeugen berichten über ihren strengen Führungsstil. Almut Grote erzählt, Sophie Scholl sei „radikal und rigoros fanatisch (...) im BDM“ gewesen, „wie sie es vielleicht später im Widerstand war.“

Zu ersten Brüchen mit dem System führt der Konformismus innerhalb der NS-Gliederungen, da sich der NS-Staat als willkürlich und ungerecht handelnder Unrechtsstaat ihnen gegenüber entpuppt. Wie ihr Bruder den Militärdienst verabscheut, sieht sie den Reichsarbeitsdienst als „Zwangsjacke“, ihre Dienstpflicht als Zwangsdienst. Glaube und Naturliebe werden zum Gegenwurf zur NS-Herrenideologie.

Für Hans Scholl werden die Jahre als Student und als Soldat zur Zeit der Sinnsuche und des Erwachsenwerdens. Er grenzt sich von der „Masse“ zusehends ab, die ihm „immer verhasster“ wird; sukzessive werden für ihn die Begriffe Freiheit und das Individuum wichtig. Seine Kriegserfahrung hinterfragt er im Brief an die Eltern: „Bin ich ein Dieb oder ein anständiger Mensch?“, da „ein guter Mensch zu sein und gleichzeitig in den besetzten Häusern von Zivilisten zu wohnen“ für ihn nicht zusammengeht. Er übt keine generelle Kritik an der NS-Politik, dafür am Militärdienst, der ihn einengt; eine geistlose Gehorsamsübung, die ihm die persönliche Entfaltung raubt. Die Freiheitseinschränkung, der subalterne Gehorsam, der jegliche geistige Entwicklung abtötet, „wo uns doch die Welt offenstehen müsste“, bewirken eine Radikalisierung. Die Geistlosigkeit des Gehorsams versus persönliche Freiheit und Krieg versus Freiheit.

Die entscheidende Zäsur brachte die Hinwendung zum Christentum, das für den (politisch-)philosophisch Su-

Mit ihren fünf Geschwistern wird

chenden zum einzig wahren Weg des Widerstands wird.

Widerwillen gegen Konformismus

Alexander Schmorell besucht eine Privatschule, studiert und tritt im Gegensatz zu den Scholls bereits vor der Machtergreifung Hitlers der HJ bei.

Er entwickelt zwar einen Widerwillen gegen Gehorsam und Konformismus, jedoch ist bei ihm wie auch bei den Scholls neben der Freiheitsliebe ein elitäres Denken ausschlaggebend.

Das Gemeinwesen teilt er in Gruppen: „Sie sind froh und glücklich, wenn sie nach fremden Regeln leben dürfen, auf fremde Befehle gehorchen dürfen, um selber nicht denken zu brauchen, der Masse nachzugehen, folgen ihrem Herdentrieb, um nicht zu irren.“ Dem „Herdentrieb“ der „Masse“, die er für nicht reflexionsfähig hält, stellt er die „Auserwählten“ gegenüber, die zur „Freiheit“ und „eigenem Willen fähigen“.

Die enge Verbindung zwischen Schmorell und Scholl entstand durch die gemeinsame Vorbereitung auf das Physikum im Herbst 1941. Eine durchaus privilegierte Gruppe, die sich über Kontakte in Hörsälen, Konzerten und Leseabenden verbündet. Von zentraler Bedeutung war der Umgang Scholls mit älteren Intellektuellen, die seine Widerstandstätigkeit maßgeblich beeinflussen sollten. Die Nazigegnerschaft dieses Mentoren-Kreises rührte aus ihrem Zugang zum christlichen Glauben her. Zu ihnen gehörten Carl Muth, Herausgeber einer katholischen Zeitschrift, der Schriftsteller Theodor Haecker, der entlassene Justizbeamte Josef Furtmeier und der Soziologieprofessor Alfred von Martin. Das regimiekritische Denken jener geistigen Autoritäten löste in Scholl den christlich motivierten Widerstand gegen den Staat als Selbstzweck und gegen „sinnloses Blutvergießen“ des Krieges aus, wie Sophie Scholl in den Verhörprotokollen der Gestapo aussagte.

Die Flugblatt-Aktionen verfolgten neben der Forderung nach einem rein passiven Widerstand im Kern zwei Argumentationslinien Scholls: eine christlich-theologische und eine weltliche. Die Überhöhung des Staates war ihm zuwider und er sah Hitler als den Boten des Antichristen.

Seine Sichtweise basierte auf einem staatsphilosophischen und staatspolitischen Verständnis und war aus der christlichen Perspektive heraus gegen eine Staatsomnipotenz gerichtet. Der Allmacht des Staates und seiner politischen Überheblichkeit wird die Forderung nach Freiheitsrechten des Individuums entgegengesetzt.

Scholl spricht vom „in seinem tiefsten Wesen korrumpierten und zerfallenen“ deutschen Volk, das „das Höchste, das ein Mensch besitzt (...), nämlich den freien Willen“ und die „Freiheit des Menschen“ preisgibt. „Wenn die Deutschen so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind“, verdienten sie den Untergang.

Das vierte Flugblatt handelt vom „Kampf wider den Dämon oder den Boten des Antichrists“. Diesen Gedanken finden wir bei seinem Mentor Muth, für den der Nationalsozialismus nur ein „Konkurrenzunternehmen“ zum Christentum und den christlichen Werten war.

Der „Schmorell-Kreis“ sah die verhasste „Masse“ vom geistlosen Nationalsozialismus verführt und zum Mob geworden. Adressatenkreis der Flugblätter war zunächst die in der Verbannung geglaubte Elite, die vermeintlich im Kampf gegen die (verführte) Masse



Büste von Sophie Scholl in der Walhalla in Donaustauf (seit 2003)

stünde. Die Handlungsaufforderung war: „Sabotage auf allen wissenschaftlichen und geistigen Gebieten, sei es an Universitäten, Hochschulen, Laboratorien, Forschungsanstalten aller Art“ sowie in Schrifttum, allen Zeitungen, die im Solde der Regierung stehen“.

Scholls christliches Widerstandskonzept trieb sein Elitebewusstsein an. Ihm war nicht bewusst, dass die Eliten an die er sich richtete, die Verführten und Verführer zugleich und somit selbst Mob und Masse waren.

Am Abend des 22. Februar 1943, also kurz nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl und Christoph Probst, war der große Hörsaal der LMU gerammelt voll, der Andrang so groß, dass die Rede des Studentenfürhlers nach draußen übertragen wurde. Die deutsche Studentenschaft wollte beweisen, dass es sich bei dem Widerstand um Einzelgänger und um Hochverräter handelte. Würde man sie heute Egomanen nennen?

In anderen Universitäten wie Tübingen riefen Professoren zur Führertreue auf und die Studenten hoben den rechten Arm zum „Sieg Heil!“. Scholls Elite reagierte nicht so, wie er es sich vorstellte – die von ihm Verklärten versagten auf ganzer Linie und waren selbst zum Ungeist geworden.

Judenverfolgung kein zentrales Thema

Bis Ende Oktober 1942 waren die Münchner Studenten für drei Monate nach Russland abkommandiert; eine Zeit, in der sie offenbar nicht Zeugen des Vernichtungskrieges wurden. Gesichert ist, dass der Russlandaufenthalt ihren Widerstand trotzdem radikalisierte. Zurück in München, hofften sie auf das revolutionäre Potenzial der Studentenschaft. Neben dem Appell an diese richtete sich der Kreis in seinen Flugblättern nun an das gesamte Volk: „Auf-

ruf an alle Deutsche!“

Weder in den Flugblättern, Briefen und Aufzeichnungen der Beteiligten noch in den Unterlagen der Gestapo, die tatsächlich auch politische Bekenntnisse enthalten, ist die Verfolgung und Ermordung der Juden ein Thema.

Lediglich im zweiten Flugblatt äußert Schmorell: „Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen“, und erwähnt „die Tatsache, dass seit der Eroberung Polens dreihunderttausend Juden in diesem Land bestialisch ermordet worden sind“. Mit keinem Wort erwähnt Scholl die Deportation der Münchner Juden vom November 1941 oder die alltägliche Diskriminierung, wodurch sich der Eindruck manifestiert, dass der staatlich legitimierte Antisemitismus kritiklos hingenommen wurde. Einerseits dominiert das Schweigen zum Judenmord, andererseits befremdet Hans Scholl im fünften Flugblatt mit dem Element eines nahenden Gerichts für das deutsche Volk und stellt die Frage: „Deutsche! Wollt Ihr und Eure Kinder

dasselbe Schicksal erleiden, dass den Juden widerfahren ist? Wollt ihr mit dem gleichen Maße gemessen werden wie Eure Verführer? Sollen wir auf ewig das von aller Welt gehasste und ausgeschlossene Volk sein? Nein! Darum trennt Euch von dem nationalsozialistischen Untermenschentum.“

Auch in anderen Flugblättern finden sich Analogien zum traditionell-christlichen Antijudaismus wieder; sprachliche Bilder, die den Juden als Gottsmörder eine berechnete Strafe auferlegen. An anderer Stelle weist Scholl auf die Zerstreuung als Strafe hin, nahm damit unmittelbaren Bezug auf die Juden als jene, die Jesus nicht als Gottessohn anerkannten.

Leitgedanke der Ausführungen Scholls im Flugblatt fünf ist das potenzielle Ausgestoßensein der Deutschen vor aller Welt, eine drohende Kollektivschuld, die über Generationen hinausreichen könnte. Wenn sich die Deutschen nicht jetzt gegen den NS-Staat wehrten, so Scholl, drohe ihnen die „gerechte Strafe“, ähnlich wie sie den Juden widerfahren sei.

Was aber verband die Juden mit den Nationalsozialisten aus der Sicht Scholls? Die Antwort liegt auf der Hand: die antichristliche Entscheidung.

Das scheint der Grund zu sein, warum Scholl zwar die Expansionspolitik und den nicht mehr zu gewinnenden Krieg ansprach, nicht aber die strukturelle Verfolgung der Juden und den Genozid, was vor dem Hintergrund der zweitausendjährigen Verfolgungsgeschichte der Juden und den von Schmorell erwähnten Massenerschießungen von 300.000 Juden mehr als befremdlich anmutet.

Es blieb die einzige konkrete Kritik am NS-Judenmord, obwohl Sophie Scholl die systematische Ermordung der russischen Juden seit dem Sommer 1942 aus einem Front-Brief ihres Freundes Fritz Hartnagel bekannt war.

Belege für die These, die Judenverfolgung oder die Shoa seien maßgebliches Handlungsmotiv für den Scholl-Schmorell-Kreis gewesen, finden sich nicht. Sie ist ein Mythos. Antijudaistisches Denken basierte auf einem zeitgenössischen Konsens, entstanden aus der christlichen Theologie, mit dem zentralen Gottesmordvorwurf. Das finden wir in der Gedankenwelt der Münchner Studenten auch wieder, da sie Kinder ihrer Zeit waren.

Der Schmorell-Kreis war nicht repräsentativ, gerade weil oft einfache Menschen den Juden halfen, sie versteckten oder ihnen Essen gaben. Menschlichkeit ist eben keine Tugend der Eliten, wie das nicht aufgehende Elitekonzept Hans Scholls unter Beweis stellte. Elite contra Masse – Geist versus Ungeist hatten versagt.

Dennoch bleibt der Mut, für ihre Freiheit zu kämpfen, beispiellos.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Vor 120 Jahren wurden die „Protokolle der Weisen von Zion“ veröffentlicht

Obwohl sie 1935 gerichtlich als Fälschung ausgemacht wurden, sind die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ bis heute eine fest verankerte Verschwörungstheorie bei Antisemiten und Israel-Hassern. Was 1864 als fiktiver Dialog zwischen Montesquieu und Machiavelli vom französischen Schriftsteller Maurice Joly 1864 verfasst wurde und als Kritik an Frankreichs Monarchie gedacht war, wurde vom zaristischen Geheimdienst umgeschrieben, als Beweis für eine „jüdische Weltverschwörung“ und zur Rechtfertigung der gewalttätigen antisemitischen Pogrome des Zarenreichs in Umlauf gebracht. (JR)

Von Juri Kramer

Die Geschichte dieser Fälschung geht auf das Jahr 1864 zurück, als der skandalumwitterte Pariser Jurist und Literat Maurice Joly, der durch Artikel im Figaro berühmt geworden war, die „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu“ veröffentlichte - eine politische Satire auf das Regime von Napoleon III, das er mit jeder Faser seines Wesens verabscheute. Er veröffentlichte es in Brüssel (offene Kritik an der Regierung war in Frankreich verboten) und versuchte dann, das Buch nach Paris zu schmuggeln. Doch die Verbreitung wurde von der französischen Polizei abgefangen, Joly wurde verhaftet und zu 15 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 200 Francs „wegen Aufstachelung zum Hass und zur Verachtung der Regierung des Kaiserreichs“ verurteilt.

Der Zickzackkurs der Geschichte
Alles, was Joly unternahm, um berühmt zu werden, schlug fehl, und 1879 nahm er sich, völlig am Boden zerstört und desillusioniert, das Leben.

Berühmtheit erlangte er nach seinem Tod, als sein Buch „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu“ die Aufmerksamkeit von Pjotr Ratschkowski erregte, dem Leiter der Auslandsabteilung der Polizeibehörde des russischen Innenministeriums in Paris, der von den Mitgliedern der gesamten Polizeibehörde als vollendeter Meister der Intrige und Provokation angesehen wurde. Er zeichnete sich besonders durch das Fälschen von Briefen und Dokumenten aller Art aus.

Im Jahr 1885 wurde er zum Leiter einer Auslandsagentur ernannt. Innerhalb von zwei Jahrzehnten gelang es ihm, ein umfangreiches Netz von Agenten in Europa aufzubauen, die die russischen Revolutionäre heimlich überwachten, wo immer sie sich aufhielten - in Frankreich, England oder der Schweiz. Und da sich unter ihnen etliche Juden befanden, kam Ratschkowski auf die Idee, seine Lieblingsmethoden - Provokation und Fälschung - gegen die Gegner des zaristischen Regimes einzusetzen.

1891 schickt er einen Brief von Paris nach St. Petersburg an den Polizeidirektor S.E. Zvoljansky, in dem er ihn über seine Absicht informiert, eine Kampagne gegen die Juden zu starten, die „die absoluten Herren Europas geworden sind und sowohl Monarchien als auch Republiken sorgfältig verwalten“. Das einzige Hindernis für die jüdische Weltherrschaft ist Moskau. Um das „internationale Syndikat der reichen und mächtigen Juden“ in den europäischen Hauptstädten - Paris,

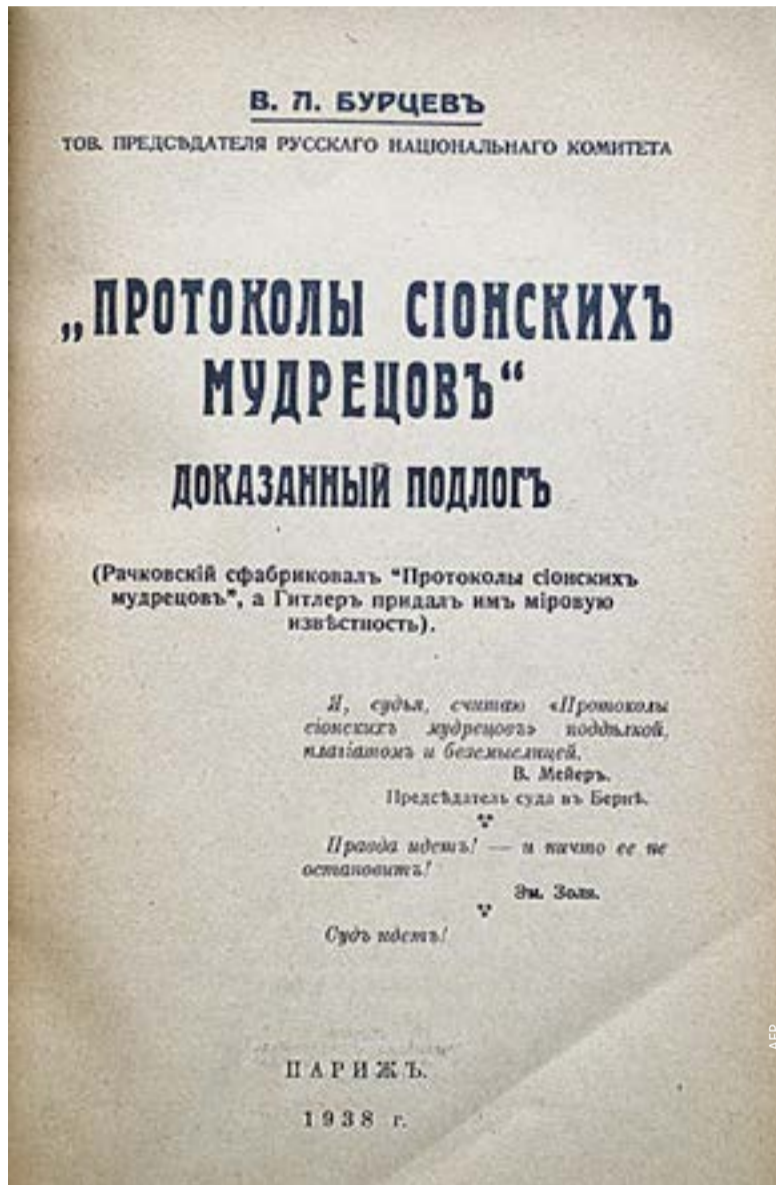
London, Berlin und Wien - zu zerstören, müssen daher alle Anstrengungen unternommen werden, um gegen dieses Syndikat eine mächtige Koalition unter Führung Russlands zu bilden.

Gleichzeitig entstand die Idee, eine „weltweite jüdische Verschwörung“ zu erfinden, um nicht nur das Russische Reich, sondern die ganze Welt zu unterjochen. Aber um sie umzusetzen, brauchten sie einen Macher. Und ein solcher Darsteller ist gefunden worden. Die Wahl fiel auf den russischen Journalisten Matwei Golowinski, der in Paris lebte, für die Zeitung Le Figaro schrieb und mit dem Sicherheitsdienst zusammenarbeitete.

Golowinskis Zusammenarbeit mit der Garde begann in Russland, wo er im Auftrag der Revolutionäre Proklamationen und Manifeste schrieb und in Zeitungen regierungsfreundliche Artikel veröffentlichte. Gorki nannte ihn öffentlich einen „Spitzel“, ein Skandal brach aus, und Golowinski musste nach Frankreich fliehen. Dort wurde er von Ratschkowski adoptiert, der sein ideologischer Vordenker wurde - der Agentenjournalist musste die „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu“ nur leicht überarbeiten.

Und, man glaubt es kaum, es gibt solche Wendungen in der Geschichte - mit keinem geringeren als Charles Joly, dem Sohn eben jenes Maurice Joly (1921 behauptete Gräfin Catherine Radziwill in der in Paris erscheinenden Zeitung The Jewish Tribune, dass ihnen Manusewitsch-Manuilow, ein weiterer Agent der Geheimpolizei, der an verschiedenen Abenteuern beteiligt war, geholfen habe).

Die Lieferung des Manuskripts nach Russland war eine technische Angelegenheit - ein Dienst, der von Justyna, einer bekannten theosophischen Anhängerin und Tochter des Generals und Diplomaten Dimitri Glinka, geleistet wurde. Durch eine dritte Hand gelangte das Manuskript dann an den Publizisten Sergei Nilus. In Russland wurden die „Protokolle“ zum ersten Mal in der Sankt Petersburger Zeitung „Znamya“ der „Schwarzen Hundertschaft“ (eine Bezeichnung des frühen 20. Jahrhunderts für russische antisemitische Nationalisten) von Pawel Kruschewan veröffentlicht, der 1903 das Pogrom in Kischinew anzettelte.



„Die Protokolle der Weisen von Zion. Bewiesene Fälschung“ von Vladimir Burtsev, 1938 in Paris veröffentlicht

Bevor er in die nördliche Hauptstadt zog, war Kruschewan Eigentümer der Zeitung „Bessarabets“, in der er nach der Ermordung des Teenagers Michail Rybachenko Tag für Tag Pogromstimmung schürte und behauptete, die Juden hätten den armen Jungen erst brutal gefoltert und dann ermordet, und zwar nicht nur zum Spaß, sondern rituell, d. h. buchstäblich „dieser Stamm trinkt das Blut christlicher Säuglinge“.

Als sich herausstellte, dass der Junge von seinem Cousin ermordet worden war (sein Großvater hatte nicht ihm, sondern Michael ein Erbe hinterlassen), verbot Innenminister Pleve, der im Staat eine harte antisemitische Politik verfolgte, jegliche Veröffentlichung über den Fall, und die demokratischen Zeitungen konnten Kruschewans Verleumdung nicht widerlegen.

In St. Petersburg setzte er seine antisemitischen Aktivitäten mit verdoppelter Kraft fort. Die „Protokolle“ wurden vom 28. August bis zum 7. September 1903 als Bericht über geheime Treffen der Zionisten in Basel unter dem Titel „Protokolle der Treffen der Weisen von Zion“ gedruckt.

Warten auf den Tag des Jüngsten Gerichts

Sergej Nilus, Autor zahlreicher Veröffentlichungen in der Zeitung Moskovskie Vedomosti, Verteidiger der Orthodoxie und der Autokratie, der glaubte, die Welt stehe am Rande einer apokalyptischen Katastrophe, predigte Anfang des 20. Jahrhunderts, doch der Antichrist tauchte nie auf, und in Erwartung des Jüngsten Gerichts begann Nilus in seinen Schriften eine Theorie der jüdischen Weltverschwörung zu entwickeln. 1905 veröffentlichte er als erster Russe die „Protokolle der Versammlungen der Weisen von Zion“ vollständig in seinem Buch „Der Große im Kleinen - Der kommende Antichrist und das Reich des Teufels auf Erden“ (fast gleichzeitig mit dem „Werk“ von Nilus erschien ein Buch von Georgi Butmi, einem der Ideologen der Schwarzen Hundertschaft des Russischen Volkes, mit dem Titel „Denunziatorische Reden. Feinde der menschlichen Rasse“).

Das Weltbild von Nilus ist offensichtlich als Folge seiner Nervenkrankheit entstanden. Nach den Erinnerungen von Zeitgenossen war er schroff und launisch, geistig unausgeglichen und konnte mit fast niemandem auskommen. Sein Leiden wurde oft von Anfällen begleitet; Dmitrij Nilus, Vorsitzender des Moskauer Bezirksgerichts, hielt seinen jüngeren Bruder für geisteskrank.

Seine Bücher waren kein Erfolg; das damalige Publikum interessierte sich für Okkultismus und Spiritismus, nicht für die Geschichten von „dunklen“ Hausmeistern, Köchen und Gottesanbeterinnen. Das Buch „The Greatness in Small Things...“, in dem Nilus die „Protokolle“ unterbrachte, erreichte den Zaren, der am Rande schrieb: „Was für eine präzise Erfüllung ihres Programms!“, „Es kann keinen Zweifel an ihrer Echtheit geben“, „Die lenkende und zerstörerische Hand des Judentums ist überall zu sehen“. Nachdem jedoch Peter Stolypin, Innenminister und Vorsitzender des Ministerrats, berichtet hatte, dass

die Untersuchungskommission zur Herkunft der „Protokolle“ deren Fälschung zugegeben hatte und dass sie erstmals 1897-1898 in Paris in französischer Sprache erschienen waren, war der Kaiser entsetzt, wie sich der Sohn des Ministerpräsidenten, Arkadi, erinnerte: „Er mag an die Existenz einer weltweiten jüdischen Verschwörung geglaubt oder sie zugegeben haben“. Dennoch verbot er die Verwendung der „Protokolle“ für antijüdische Propaganda: „Die Protokolle sollten entfernt werden, man kann eine saubere Sache nicht mit schmutzigen Mitteln schützen.“ Offenbar war er der Meinung, dass man mit ungeliebten jüdischen Bürgern im Reich mit anderen Methoden umgehen sollte...

Die „Protokolle“ waren jedoch nicht beschlagnahmt worden und wurden bis zur Februarrevolution, als Kerenski anordnete, alle auf dem Markt erhältlichen Bücher aufzuspüren, sicher wiederveröffentlicht. Und dann haben die Bolschewiki 1917 die „Protokolle“ überhaupt verboten.

Ihre Renaissance begann in Europa und Amerika, wo sie durch die Auswanderer eingeführt wurden. 1920 gab der berühmte Antisemit und „Autokönig“ Henry Ford auf eigene Kosten eine halbe Million Exemplare (!) seiner Zeitung „The Dearborn Independent“ heraus, und dann veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel „Der internationale Jude: Ein Weltproblem“, das von den in Deutschland an die Macht gekommenen Nazis verwendet wurde. Ford war ein brillanter Geschäftsmann und ein... mittelmaßiger Autor: Das Buch war eine Zusammenstellung der „Protokolle“, eine Zusammenstellung, die von dem alkoholkranken Zeitungsredakteur William J. Cameron unterstützt wurde.

In denselben 1920er Jahren erschienen Übersetzungen der Fälschung in England, Frankreich und Deutschland (in Deutschland wurde sie unter dem Titel „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ veröffentlicht).

Nicht nur Juden, sondern auch Nicht-Juden, Politiker, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens protestierten gegen die Veröffentlichung des Buches, aber es kam nicht zu einem Verbot und der Anerkennung der „Protokolle“ als Fälschung. Erst 1933 wurden sie für eine Fälschung erklärt.

Rechtfertigung für Verbrechen an den Juden

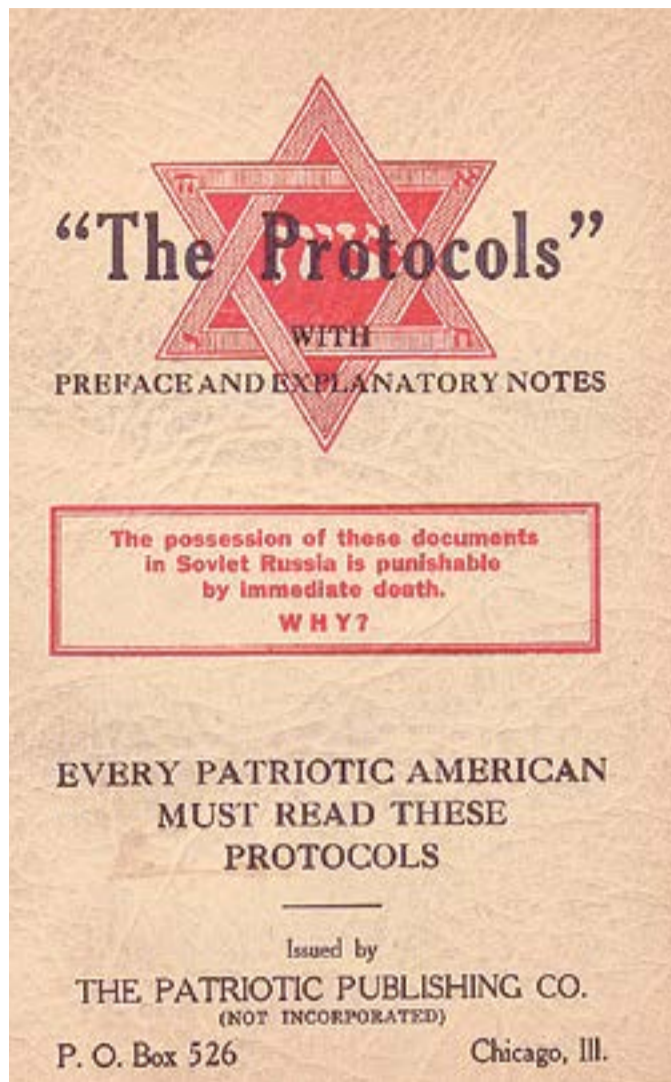
Die Nazis übernahmen die Macht in Deutschland leicht und einfach, wie eine promiskuitive Jungfrau, die im Staub auf der Straße liegt. Am 30. Januar 1933 nahm Reichspräsident Hindenburg den Rücktritt von Schleicher an und ernannte Hitler zum Reichskanzler. Es folgte eine beispiellose antisemitische Propaganda, die sich größtenteils auf die „Protokolle“ stützte. Es dauerte nicht lange, bis die Nazi-Ideologen in die Nachbarländer vordrangen, insbesondere in die Schweiz, wo sie ihre eigenen lokalen antisemitischen NS-Organisationen gründeten, die begannen, die Idee einer „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung“ zu veröffentlichen und den wohlhabenden Bürgern aller 26 Kantone einzupflanzen. Die Schweizer Juden schwiegen nicht und beschlossen, den Unsinn der „Protokolle“ vor Gericht zu entlarven. Der Kanton Bern verbot den Druck, die Veröffentlichung und den Verkauf sittenwidriger Werke, die gute Bürger zu Verbrechen anstiften

oder ihre Moral verletzen würden. Die jüdische Gemeinde wandte sich an die renommierten Anwälte Matti und Brunshwig, die vor dem Berner Gericht Klage gegen die Herausgeber der „Protokolle der Weisen von Zion“ Fischer, Haller und andere einreichten.

Die Versuche fanden im Oktober 1934 und im Mai 1935 in Bern statt. In der ersten Verhandlung ging es um die Frage der Echtheit der „Protokolle“. Im Einklang mit den Grundsätzen der Objektivität und Unparteilichkeit wurden drei Sachverständige ausgewählt, und zwar von der Staatsanwaltschaft, dem Angeklagten und den vom Gericht bestellten Sachverständigen. Der angeklagte Sachverständige erschien nicht vor Gericht, und mehrere Mitglieder des Zionistischen Kongresses (darunter Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation 1921-1931 und erster Präsident des Staates Israel 1949-1952) waren als Zeugen geladen, weil das Buch von Nilus, „Bliz is at the Door: Über das, was sie nicht glauben wollen und was so nahe liegt“ (1917) wurde behauptet, die „Protokolle der Weisen von Zion“ seien heimlich aus dem Protokoll des 1. Zionistenkongresses vom August 1897 in Basel entnommen worden. In ihren Aussagen behaupteten alle Zeugen übereinstimmend, es gebe nichts Geheimes und Heimliches an ihren Aktivitäten - sie, die Zionisten, streben offen vor der Welt ihren Nationalstaat an.

Das Gericht hörte auch die russischen Emigranten an - den ehemaligen Führer der Kadetten, Außenminister der Provisorischen Regierung, Pawel Miljukow, und den Autor von Feuilletons über Nilus und Mitglied der Weißen Bewegung in Südrussland, Graf Alexander du Chaillet, der sich in Russland gegen Nilus aussprach. Beide behaupteten, die „Protokolle“ seien eine Fälschung, die in den Tiefen des zaristischen Sicherheitsdienstes entstanden sei, wie der Historiker und ehemalige Kommissar der Provisorischen Regierung, Sergej Swatikow, und Prinzessin Ekaterina Radziwill bestätigten. Der Kommissar und die Prinzessin sagten beide, dass nicht nur die „Protokolle“, sondern auch andere gefälschte Dokumente mit Hilfe von Raczkowski, dem Leiter der Auslandsabteilung der Pariser Polizei, der 1905-1906 stellvertretender Direktor der Abteilung wurde und Golowinski, einen Journalisten, der mit der Geheimpolizei kollaborierte, mit dem Verfassen des Textes beauftragte, hergestellt wurden.

Nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider entschied das Gericht erster Instanz in Bern in seiner Sitzung vom 14. Mai 1935: Die „Protokolle der Weisen von Zion“ seien eine Fälschung und hätten nichts mit den Zionisten zu tun. Zwei der fünf Angeklagten - Schnell und Fischer - wurden zu Geldstrafen verurteilt, die anderen wurden freigesprochen.



Das Deckblatt einer 1934 erschienenen amerikanischen Ausgabe der Protokolle durch die Patriotic Publishing Co. in Chicago.

Das Zürcher Gericht hob unter Berücksichtigung der falschen Auslegung des Wortes „obszön“ das Urteil teilweise auf, bestätigte aber in seinem Entscheid die Fälschung der „Protokolle“ und schrieb: „Dieses unwahre Werk ist ein unerhörtes und haltloses Angriff auf die Juden und muss vorbehaltlos als sittenwidrige Literatur eingestuft werden“. Dort wurde den Behörden geraten, „im öffentlichen Interesse“ die Verbreitung von Werken dieser Art zu verbieten.

Im Angesicht der Geschichte

Wladimir Burtsev war ein bekannter Informant für die Geheimagenten des Ministeriums und Provokateur in revolutionären Kreisen; in den frühen 1900er Jahren gab er die Zeitschrift Byloe heraus, in der Werke über die Geschichte der russischen Befreiungsbewegung veröffentlicht wurden; einer der ersten, der Lenin nach seiner Rückkehr aus der Schweiz beschuldigte, ein deutscher Spion zu sein; zweimal - vor der Revolution 1905 und nach dem bolschewistischen Staatsstreich 1917 - aus Russland geflohen ist, zweimal 1914 (er wurde beim Versuch, die Grenze zu überqueren, am finnischen Bahnhof Raumo verhaftet) und 1917 (die Bolschewiki verhafteten ihn, weil er am 25. Oktober in der Zeitung Unsere gemeinsame Sache einen Aufruf veröffentlicht hatte: „Bürger! Rettet Russland!“) - der im Exil gegen den Antisemitismus und den siegreichen Faschismus in Italien und Deutschland gekämpft hatte (siehe „EP“, 2020, Nr. 12) - kam auch nach Bern, um als Zeuge vor Gericht zu erscheinen. Nach dem Prozess, in dem Buch „Die Protokolle der Weisen von Zion. Bewiesene Fälschung“, 1938 in Paris veröffentlicht, beantwortete die in vielen Ländern gestellten Fragen: Was ist der Ursprung der „Protokolle“? Woher stammen sie? Wie sind sie entstanden? Wer hat sie geschrieben? Was war ihr Zweck? - Burtsev antwortete entschlossen und mit Fakten in der Hand:

„Die Protokolle von Zion sind eine Fälschung. Sie sind gleichzeitig Plagiate. Sie sind das lächerlichste Dokument, das nur gegen die Juden erfunden werden konnte, denn sie sind eine talentlose Fälschung und ein ungeschicktes Plagiat.“

Im Vorwort „Vom Autor“ schreibt Burtsev: „Manche Bücher haben ein seltsames Schicksal. Besonders seltsam, auf den ersten Blick sogar unglaublich, war das Schicksal der so genannten „Protokolle der Weisen von Zion“, oder „Protokolle von Zion“, oder wie sie allgemein genannt werden, einfach „Die Protokolle“. Seit 1917 wurden sie in Deutschland die „Zionistischen Protokolle“ genannt und... sie wurden mit der zionistischen Bewegung im Allgemeinen und mit dem Zionistenkongress in Basel 1897 im Besonderen in Verbindung gebracht, und einige der Kongressteilnehmer wurden als ihre Autoren genannt. Sie wurden auch unter den Titeln veröffentlicht: „Programm für die Eroberung der Welt durch die Juden“, „Die Wurzel unserer Katastrophen“, „Feinde der Menschheit“, „Plan für die Eroberung der Welt durch die jüdischen Freimaurer“, „Dokumentarische Beweise für den Ursprung des Bolschewismus und die wahren Ziele der Bolschewiki“ usw.

Diese „Protokolle“ wurden vor 40 Jahren in Paris von russischen Antisemiten, hauptsächlich Agenten der russischen Geheimpolizei, ausgeheckt. Alles in ihnen ist auf blinder, grenzenloser Wut gegen die Juden aufgebaut. Es ist ein wütendes antisemitisches Pamphlet. Aber es stellt sich heraus, dass es sich gar nicht um ein Originalwerk handelt. Es handelt sich um ein eklatantes Plagiat. In den „Protokollen“ finden sich einige Auszüge aus der umfangreichen, seit Jahrzehnten, Jahrhunderten, entstandenen antisemitischen Literatur in verschiedenen Sprachen...

Auf Russisch erschienen die „Protokolle“ erstmals gedruckt Anfang 1900. In anderen Sprachen kamen sie erst 15-20 Jahre später auf. Zunächst einmal sind sie in Deutschland erschienen. Sie wurden sofort in Hunderttausenden von Exemplaren und später in Millionen von Exemplaren verbreitet...

Diejenigen, die sie in Russland veröffentlichten und verbreiteten, glaubten nicht an die Echtheit der „Protokolle“. Diese und andere wussten, dass die „Protokolle“ falsch waren, aber sie erwarteten - und in diesem Fall irrten sie sich nicht -, dass sie dennoch sehr nützlich für ihre antisemitische Agitation unter den dunklen Massen sein würden. Wie sich herausstellte, waren die „Protokolle“ sowohl nach dem Geschmack der Russen als auch der deutschen Schurken. In der Folge konnten sie von Antisemiten aus allen Ländern mit so viel Zynismus und Erfolg eingesetzt werden.

Aber die „Protokolle“ sind nicht nur ein Dokument unserer unmittelbaren Vergangenheit, sondern haben auch eine aktuelle Bedeutung. Die gesamte gegenwärtige deutsche Politik beruht in hohem Maße auf ihnen. Auch in einigen anderen Ländern spielen sie eine wichtige Rolle.

Natürlich wird man mit der Zeit die „Protokolle“ als erwiesene Fälschung betrachten und sich fragen, wie sie über Jahrzehnte einen so fatalen Einfluss haben konnten...

Bertolt Brecht und die Juden: Mit Sprachkritik gegen den Nationalsozialismus

Anlässlich des 125. Geburtstages des Dramatikers lohnt sich ein Blick auf die Werke Bertolt Brechts und sein Leben. Die Nationalsozialisten verfolgten ihn, bürgernten ihn aus und verbrannten seine Bücher. Im Exil verfasste Brecht antifaschistische Gedichte und Theaterstücke und pflegte eine enge Freundschaft zum jüdischen Philosophen Walter Benjamin.

Von Alexander Kumbarg

"Der ungeduldige Dichter Brecht schrieb die ersten Gedichte und Theaterstücke des dritten Jahrtausends."

Lion Feuchtwanger

Der bedeutende deutsche Dramatiker, raffinierte Dichter und Autor der Theorie des epischen Theaters, Bertolt Brecht, schrieb *Der gute Mensch von Sezuan*, *Das Leben des Galilei*, *Mutter Courage und ihre Kinder*, *Trommeln in der Nacht*, *Die Dreigroschenoper*, *Der kaukasische Kreidekreis* und andere Werke, die in der Kulturwelt sehr bekannt sind. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus nahm einen sehr wichtigen Platz in seinem Leben und seinen Werken ein. Ein wesentlicher Bestandteil seiner internationalen Haltung war seine freundliche Haltung gegenüber Juden, seine Freundschaft und Zusammenarbeit mit Juden aus seinem engen kulturellen und politischen Umfeld sowie die Präsenz jüdischer Themen in seinen Werken.

"Sie müssen ein sehr gehorsames Volk schaffen"

Bertolt Brecht wuchs in einer wohlhabenden Familie auf (sein Vater war Direktor einer Papierfabrik), aber er rebellierte gegen die ihn umgebende Lebensweise:

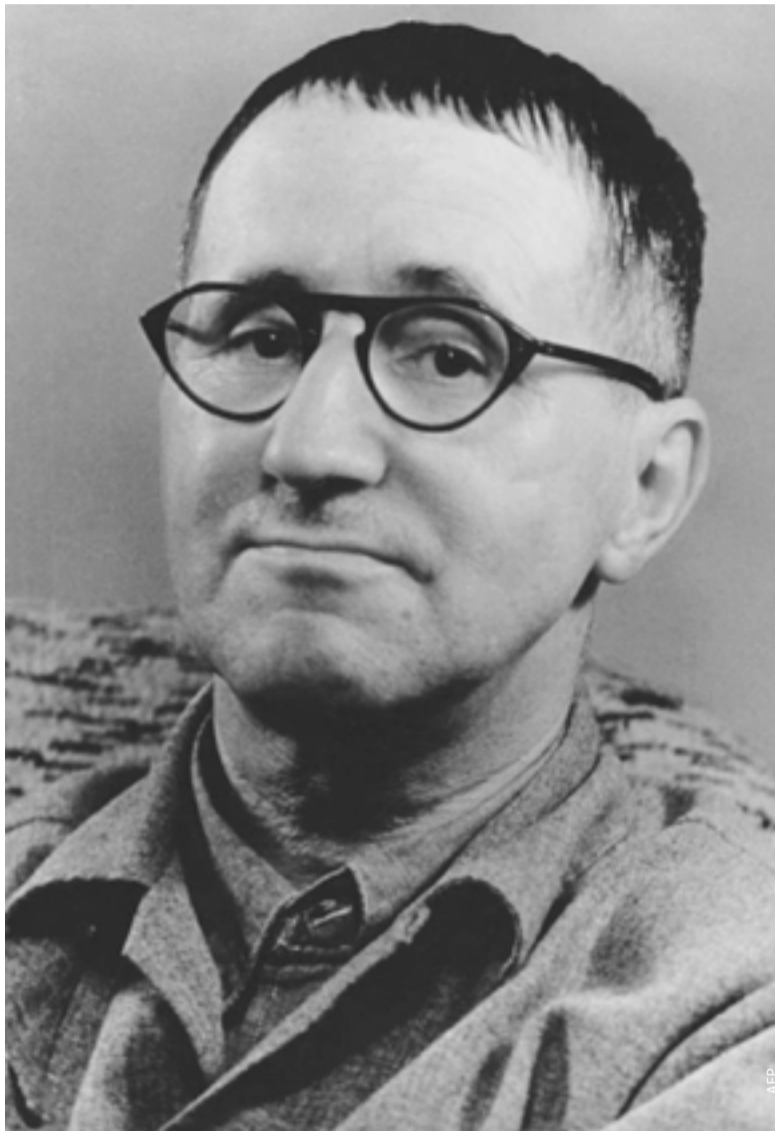
"Als ich erwachsen wurde, habe ich mich umgesehen, Ich mochte die Leute in meiner Klasse nicht, Ich mochte es nicht, herumkommandiert zu werden und Diener zu haben. Also verließ ich meine Klasse und reihte mich in die Reihen der Armen ein."

In seiner Jugend unterstützte Brecht zunächst den deutschen Patriotismus des Ersten Weltkriegs, wurde aber schnell vom Krieg desillusioniert. Seine Ballade von 1918, *Die Legende vom toten Soldaten*, war ein grotesk-sarkastischer Blick auf Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. Aus dem Gedicht wurde dann ein Lied - sowohl Brecht selbst als auch der populäre Sänger und Schauspieler Ernst Busch sangen es mit einer Gitarre im Stil eines Leierkastens. Brechts literarisch-dramaturgisches Talent blühte in der Weimarer Republik auf, sein Name wurde international bekannt.

Gleichzeitig war er ein aktiver Anhänger der linken politischen Ideologie. Er las *"Das Kapital"*. "Als ich *Das Kapital* von Marx gelesen habe, habe ich auch meine Stücke verstanden", sagte Brecht.

Brecht arbeitete mit der Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zusammen und war zeitweise Mitglied dieser Partei, zu deren Führern der jüdische Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hilferding gehörte. Er sympathisierte mit der Kommunistischen Partei als der antibürgerlichsten Partei, obwohl er einige ihrer Aktivitäten kritisierte. Er nahm an Trauerkundgebungen nach der Ermordung der Politiker Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und des Linken Kurt Eisner teil.

Brechts politische Positionen haben die Sache bisweilen schwierig gemacht. Einige seiner Werke wurden von der Zensur überarbeitet, seine Auftritte waren von gelegentlichen Skandalen begleitet, und er wurde manchmal von den Nazis angegriffen. Brecht, der den gescheiterten Künstler Hitler ironisch und sarkastisch als "Hausmaler" bezeichnete, kämpfte mit Entschlossenheit und Konsequenz gegen den Nationalsozialismus und schrieb antinazistische Gedichte, Lieder, Theaterstücke und Artikel. Erinnert sei hier an *"Das Lied vom Klassenfeind"*, und das spätere *"Einheitsfrontlied"*, Skizzen aus *"Furcht und Elend des Dritten Reichs"* und andere Werke. Zeilen wie diese, zum Beispiel:



Bereits 1923, während des Münchner Bierputches, wurde der damals in München lebende Schriftsteller von den Nationalsozialisten auf eine "schwarze Liste" gesetzt, um ihn zu vernichten. 1932 wurde er, wie der deutsche Theaterhistoriker und -kritiker Ernst Schumacher in seinem Buch *"Leben Brechts"* schreibt, von der NSDAP auf die „Schwarze Liste“ gesetzt. Brecht war sich bewusst, was ihn in dem von den Nationalsozialisten an die Macht gebrachten Land erwartete. Nach dem Brand des Reichstages im Februar 1933 verließ er vernünftigerweise Deutschland. Das Dritte Reich entzog ihm die Staatsbürgerschaft, beschlagnahmte sein gesamtes Vermögen, verbot seine Auftritte und verbrannte seine Bücher mit "antideutschem Geist". Selbst Brechts Name durfte nicht genannt werden.

Der Dramatiker wanderte durch Europa, "wechselte öfter das Land als seine Schuhe", und setzte seine intensive Anti-Nazi-Arbeit fort, obwohl er dadurch in die reale Gefahr geriet, an Hitler ausgeliefert zu werden. Sicherheit fand er erst in den USA, wohin er 1941 ausreiste.

Nach dem Krieg kehrte Brecht 1948 nach Deutschland zurück. Er entschied sich für Ost-Berlin und blieb dann in der neu gegründeten DDR. Er gründete das Theater "Berliner Ensemble", das erfolgreich durch die europäischen Hauptstädte tourte. Er wurde mit dem Nationalpreis der DDR ersten Grades ausgezeichnet, zum Präsidenten des deutschen PEN-Zentrums und zum Vizepräsidenten der Akademie der Künste gewählt. Obwohl, wie Ernst Schumacher schreibt, seine Beziehungen zur DDR-Führung nicht ganz ungetrübt waren. Brecht wurde wegen "Verleugnung des nationalen Kulturerbes", "Formalismus", "Kosmopolitismus" und an-

derer "Ismen" verfolgt. Eine bekannte Geschichte, nicht wahr?

Brecht und Benjamin

Ein sehr enger Freund Brechts war der Philosoph, Kritiker und jüdische Schriftsteller Walter Benjamin. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede in Bezug auf den Charakter, die Denkweise, den sozialen Hintergrund und den Stil des Autors. Zwei Intellektuelle auf der Suche nach Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Sie diskutierten über Theater, Radio, Kino, die Funktionen der Kunst und den Kampf gegen den Nationalsozialismus. Erdmut Wizisla, der Leiter des Brecht-Benjamin-Archivs in Berlin, hat sogar ein ganzes Buch über die Besonderheiten dieser Beziehung geschrieben: *"Benjamin und Brecht"*. Eine Geschichte einer Freundschaft. Sie halfen sich gegenseitig bei der Veröffentlichung ihrer Werke und beteiligten sich an Projekten, um gemeinsam gegen den Nationalsozialismus vorzugehen. Im erzwungenen Exil besuchte Benjamin Brecht in Dänemark und blieb bei ihm. Brecht bewahrte Benjamins Bibliothek mehrere Jahre lang auf, bis er sie in Frankreich unterbringen konnte. Die Freunde hatten die Absicht, gemeinsam einen Kriminalroman zu schreiben.

Die berühmte jüdische Philosophin Hannah Arendt, die Benjamin gut kannte, bemerkte, dass seine Freundschaft mit Brecht "ein Geschenk des Schicksals" war, besonders während seiner Zeit im Exil, als Brecht "die wichtigste Person" für ihn war: "Die Freundschaft zwischen Benjamin und Brecht ist einzigartig, weil der größte lebende Dichter den wichtigsten Kritiker der Zeit traf...".

Als 1940 der Krieg über Frankreich hereinbrach, versuchte Benjamin, die französisch-spanische Grenze zu überqueren, um in die Vereinigten Staaten zu gelangen. Er hatte jedoch kein Visum, und die Spanier beabsichtigten, ihn ins besetzte Frankreich zurückzuschicken, wo er in die Hände der Nazis fallen würde. In dieser Situation nahm sich Benjamin, der auch unter gesundheitlichen Problemen litt, das Leben am Grenzübergang. Von der Tragödie überwältigt, bezeichnete Brecht sie als den ersten wirklichen Schaden, den Hitler der deutschen Literatur zugefügt hatte. Und obwohl er ein eher zurückhaltender Mann war, schrieb er vier Epitaphien zu Benjamins Tod.

Brecht und Feuchtwanger

Lion Feuchtwanger war ein Freund Brechts, der feststellt, dass Brecht von deutschen Nationalisten heftig angegriffen wird: "Er betont seinen Internationalismus, und man könnte ihn für einen Spanier oder einen Juden oder beides halten".

Gemeinsam überarbeiteten sie den Text von C. Marlowes Historiendrama *Das Leben von Edward II*, König von England für das Münchner Kammertheater, wo Brecht als Regisseur arbeitete. Zusammen mit Feuchtwanger und dem Deutschen Willi Bredel gab Brecht in Moskau die literarisch-künstlerische Zeitschrift „Das Wort“ heraus.

Auch in den USA unterhielt Bertolt eine Beziehung zu Feuchtwanger. Lion arbeitete an Brechts Theaterstück *"Die Träume der Simone Machar"* mit, das er auf der Grundlage des populären Romans

"Simone" verfasste, und gab einen Teil der Tantiemen an den bedürftigen Brecht ab, so dass dieser einige Jahre lang gut leben konnte.

In einem zu seinem 50. Geburtstag 1934 veröffentlichten "Brief an Feuchtwanger" reflektierte Brecht über die "Asphaltliteratur", ein von den Nazis geprägter Schimpfbegriff für humanistische Literatur, die sich gegen chauvinistische Vorstellungen von "Blut und Boden" wandte: "Warum akzeptieren wir nicht einfach den Ausdruck 'Asphaltliteratur'? Was spricht gegen Asphalt, wenn nicht diese unheilbaren, dem gesunden Menschenverstand völlig entfremdeten Menschen, denen kein noch so großes 'Heil!'-Gejubel helfen wird? Nur der Sumpf beschuldigt den Asphalt - seinen großen schwarzen Bruder, geduldig, rein und nützlich... Alles Hässliche, Hässliche, Irrsinnige, Formlose, Untalentierte soll nichts mit der 'Asphaltliteratur', der großen europäischen Literatur, die sich in den letzten Jahrhunderten historisch entwickelt hat, gemein haben".

Kurt Weill und andere

Unter Brechts Freunden, den Menschen, mit denen er zusammenarbeitete, sind andere Juden sehr präsent. Im vornazistischen Berlin war Brecht Mitglied der literarischen "Groupe-1925", der unter anderem die Schriftsteller Alfred Döblin, Kurt Tucholsky, Egon Erwin Kisch und der Dichter Ernst Toller angehörten. Der renommierte Regisseur Max Reinhardt lud Brecht ein, als Dramatiker am Deutschen Theater Berlin zu arbeiten. Der Komponist Edmund Meisel komponierte die Musik zu Brechts "Der Mensch ist der Mensch". Brecht hatte ein gutes Verhältnis zu dem österreichischen Satire-Dichter Karl Kraus.

Der jüdische Komponist Kurt Weill wird als "Verdi für die Armen" bezeichnet: Er komponierte Opernmusik, die für ein breites Publikum verständlich war. Gemeinsam produzierten Brecht und Weill die Oper "Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny", das Berliner Requiem, "Die sieben Todsünden" und die Dreigroschenoper unter der Regie von Erich Engel, die in Deutschland und im Ausland ein durchschlagender Erfolg war.

Die „Jüdische Frau“

Eine der größten schöpferischen Leistungen Brechts ist das brillante Theaterstück „Furcht und Elend des Dritten Reichs“, das er in Zusammenarbeit mit der Schriftstellerin Margarete Steffin schrieb. Das gedankenreiche Stück schildert das Leben in Hitlerdeutschland und ist ein beredtes Plädoyer an das deutsche Volk, die Verbrechen der Nazis nicht zu unterstützen. Eine Szene heißt "Die jüdische Ehefrau":

Frankfurt, 1935 Abend. Die Frau mit dem biblischen Namen Judith packt ihre Koffer und überlegt, welche Dinge sie mitnehmen möchte. Sie zögert lange, ob sie das große Foto ihres Mannes auf der Kommode mitnehmen soll, und lässt es schließlich zurück. Dann geht sie zum Telefon, ruft ihre Freundinnen an, sagt ihnen, dass sie nach Amsterdam fährt, "für eine Weile, zwei Wochen", und lädt sie ein, ihren Mann Fritz zu besuchen, damit er sich nicht einsam fühlt. Sie ruft auch die Schwester ihres Mannes an und bittet sie, sich um ihn zu kümmern: "Kümmere dich um seine Anzüge und erinnere ihn daran, zum Schneider zu gehen, er hat einen Man-

tel bestellt. Und sorg dafür, dass sein Schlafzimmer länger beheizt ist, er schläft immer bei offenem Fenster und es ist auch zu kalt." Und "Versteh das bitte nicht falsch - er redet nicht gerne vor dem Essen - vergiss das nicht? Ich habe mich immer zurückgehalten."

Dann verbrennt sie das Adressbuch mit den Telefonnummern und probt eine kleine Rede vor ihrem Mann: "Fritz, ich gehe. Vielleicht hätte ich das schon vor langer Zeit tun sollen, sei mir nicht böse, dass ich mich nicht entscheiden konnte. Sie sagt ihm, dass sie nicht bleiben darf, weil sie ihn sonst ruinieren würde. Er ist kein Feigling, er wird keine Angst vor der Polizei haben, aber es gibt noch viel schlimmere Dinge. Vor den Augen ihres Mannes werden die Türen der Klinik, in der er eine hohe Position innehat, geschlossen: "Du wirst nichts sagen, aber du wirst krank werden. Ich will nicht, dass du hier untätig sitzt und in Zeitschriften blätterst."

„Ach, Fritz, was ist mit uns passiert! Als mir vor zehn Jahren jemand sagte, ich sähe gar nicht jüdisch aus, hast du mir sofort widersprochen: Doch, das tust du. Das hat mich glücklich gemacht. Das war klar. Warum also tan-

sie ihre Familien zerstörten, waren die Menschen bereit, sich dem Diktat zu unterwerfen.

Wir kennen aber auch ein anderes Beispiel: Vor 80 Jahren fanden im Februar und März 1943 in Berlin die Ereignisse statt, als die Nazis einen Versuch zur "Befreiung Berlins von seinen Juden" starteten und etwa 2000 Juden aus gemischt deutsch-jüdischen Familien in das Durchgangslager in der Rosenstraße deportiert wurden. Und dann protestierten ihre mutigen deutschen Ehefrauen, die "Rassenverbrecher", und verlangten die Rückgabe ihrer Ehemänner. Trotz aller Versuche der Behörden, sie von den Juden zu trennen, blieben sie ihnen treu. Eine Scheidung war gleichbedeutend mit Deportation und Tod in einem Konzentrationslager. Nun verließen sie ihre Verwandten nicht mehr. Und die Nazi-Behörden wurden durch den Protest der Frauen erschreckt und ließen die Verhafteten frei.

Das Gleichnis von König Salomon

Das jüdische Thema schwingt auch in einer Reihe anderer Werke Brechts mit. In dem Stück „Der kaukasische Kreidekreis“ beispielsweise geht es um

Und nur der Jude kann dahinterstecken, wenn für das Brot der Weizen fehlt, weil das Militär für seine Übungsplätze und Kasernen soviel Boden beschlagnahmt, daß er an Umfang einer ganzen Provinz gleichkommt. Da also der Jude für das Volk ein Unglück ist, kann es hiermit für das Volk nicht schwer sein einen Juden zu erkennen. Es braucht dazu weder Geburtsregister noch äußere Merkmale alles dies kann ja täuschen, es braucht nur zu fragen: ist der oder jener Mensch ein Unglück für uns?

Dann ist er ein Jude. Ein Unglück erkennt man nicht an der Nase, sondern daran, daß man einen Schaden hat dadurch.

Es sind nicht die Nasen die das Unglück sind, sondern die Taten.

Es braucht einer da doch keine besondere Nase, um das Volk berauben zu können, er braucht doch nur zum Regime zu gehören.

Jeder weiß, daß das Regime für das Volk ein Unglück ist, wenn also alles Unglück vom Juden kommt, muß das Regime vom Juden kommen. Das ist doch einleuchtend!“

"Das Volk soll meinen Namen nennen"

In einer Rede auf dem Zweiten Internationalen Schriftstellerkongress 1937 erklärte Brecht: "...mein Land ist durch schreckliche Ereignisse erschüttert worden, die gezeigt haben, dass eine tödliche Bedrohung über der menschlichen Kultur in ihrer ganzen Vielfalt schwebt. Der faschistische Umsturz löste in zahlreichen Ländern leidenschaftliche Proteste aus, und die damit einhergehenden Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten riefen bei vielen Menschen Abscheu hervor. Nur wenige waren jedoch in der Lage, die enorme Bedeutung des Geschehens zu begreifen, seine wahre Bedeutung zu erfassen. Einige dieser Ereignisse waren für niemanden ein Geheimnis, aber nicht jeder verstand, dass sie das Fortbestehen der menschlichen Kultur in Frage stellten. Brecht war der Mann, der sofort verstand, was vor sich ging.

Sowohl in der Zeit vor Hitler als auch in der Zeit, in der Deutschland vom Nazi-Virus befallen war, verriet der Dramatiker nie seinen Internationalismus und seine Wahrnehmung der Juden als menschliche Wesen, nicht als Nazi-Theorie.

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

zen wir jetzt darum herum...? Sag mir nicht, dass ich nicht gehen soll. Ich habe es eilig, weil ich nicht auf den Tag warten will, an dem du mir sagst: Geh weg... Du hast die Quantentheorie erfunden, die witzigsten Behandlungen, und du lässt dich von diesen Wilden herumkommandieren. Man gaukelt dir vor, dass du die Welt erobern wirst, aber es ist dir nicht erlaubt, eine Frau deiner Wahl zu haben..."

Der Ehemann wird sagen, dass er ihr Geld schicken wird, aber er weiß, dass sie ihn nicht lassen werden. Und er braucht nicht so zu tun, als würde sie einen Monat lang verreisen. Was in diesem Land geschieht, wird keinen Monat dauern. Und ihr Mann weiß das. "Sag also nicht: Nur für ein paar Wochen, schenk mir einen Pelzmantel - ich brauche erst im Winter einen Pelzmantel."

Ein sehr subtiles Werk, das perfekt zeigt, wie ungeheuerlich die Nazi-Ideologie den Großteil der deutschen Gesellschaft beeinflusst hat, wie sie völlig in alle Lebensbereiche eingedrungen ist, sogar in das, was man das "persönliche Leben" eines Menschen nennt, und Algorithmen für das Verhalten vorgegeben hat. Selbst wenn

König Salomons berühmtes Gleichnis der wahren Liebe, das von zwei Frauen erzählt, die sich um ein Kind streiten. Bei Brecht weist der Richter jedoch die Ansprüche der leiblichen Mutter zurück, der das Kind gleichgültig ist, und übergibt es der Frau, die ihm trotz aller Gefahren und Schwierigkeiten das Leben gerettet hat.

Mit dem Gedicht "Der Jude, ein Unglück für das Volk" verspottet Brecht das Nazi-Regime. Es gibt Zeilen wie diese:

„Wie die Lautsprecher des Regimes verkünden sind in unserem Land an allem Unglück die Juden schuld. Die sich immerfort mehrenden Mißstände können, da die Führung sehr weise ist wie sie oft betont hat nur von den sich immerfort vermindernden Juden kommen. Nur die Juden sind schuld, daß im Volk Hunger herrscht obwohl die großen Grundbesitzer sich auf den Feldern zu Tode arbeiten und obwohl die Ruhrkapitäne nur die Brotsamen essen, die von der Arbeiter Tische fallen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

„Jud Süß“ - Die geschichtliche „Schändung“ des Hofbankiers Joseph Süß Oppenheimer

Joseph Ben Issachar Süßkind Oppenheimer war im 18. Jahrhundert Bankier und Finanzverwalter des württembergischen Landesherrn Karl Alexander. Sein Verhängnis: Er war Jude. Als der Herzog starb, war der einflussreiche Berater den antisemitischen Anfeindungen seiner Neider schutzlos ausgeliefert und landete am Galgen. Seine Geschichte, Aufstieg und Fall, wurde in vielen Theaterstücken und Filmen, wie von Lion Feuchtwanger, nacherzählt aber auch in feindlichen Darstellungen verunglimpft. 1940 entdeckte Josef Goebbels Süßkind Oppenheimer für einen Hetz-Film seiner perfiden und antisemitischen Propagandamaschinerie. (JR)

Von Weniamin Tschernuchin

Jud Süß. Das ist der Name einer der bekanntesten jüdischen Gestalten der europäischen Literatur- und Filmgeschichte. Symbolisch für die gewalt- und willkürgeladene Beziehung des europäischen Abendlandes zum Judentum. Dabei geht es um die reale historische Figur. Joseph Ben Issachar Süßkind Oppenheimer wurde im Februar oder März 1698 in einer angesehenen jüdischen Kaufmannsfamilie in Heidelberg geboren und wuchs dort in bürgerlichen Verhältnissen auf. Nach einigen Jahren, die er mit Reisen verbrachte, wurde er zu einem bekannten und hochgeschätzten Privatfinanzier in der Pfalz. 1732 lernte er den Herzog Karl Alexander von Württemberg kennen. Dieser litt unter akutem Geldmangel und berief noch im selben Jahr Joseph Süß Oppenheimer als Hof- und Kriegsfaktor. Dieser führte das Monopol auf Salz-, Leder-, Tabak- und Alkoholhandel ein, gründete eine Bank sowie eine Porzellanfabrik. Als erfolgreicher Finanzexperte und -verwalter hatte er viele mächtige Feinde, denen nach dem Tod des Herzogs von Württemberg eine Verhaftung und Verurteilung des „Jud Süß“ gelang, scheinbar wegen des angeblichen Machtmissbrauchs seinerseits.

Die jüdische Gemeinde hat alles unternommen, um ihm zu helfen, jedoch ohne Erfolg. Während des Prozesses, welcher unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, wurde ihm vorgeschlagen zum Christentum zu konvertieren - er lehnte aber definitiv und entschieden ab. Joseph Ben Issachar Süßkind Oppenheimer wurde am 4. Februar 1738 hingerichtet. Selbst am Schafott lehnte er die Konvertierung zum Christentum ab - die letzte Chance zur Rettung.

Literarische Adaption

Diese tragische Geschichte zog Aufmerksamkeit auf sich. Im Jahr 1827 veröffentlichte der junge deutsche Literat Wilhelm Hauff seine Erzählung «Jud Süß», in welcher sich, wenn auch in naiver Form, Widerspiegelungen der anti-jüdischen Geschehnisse fanden.

Ein weitaus reiferes und erfolgreicheres Werk floss nach fast hundert Jahren - im Jahr 1925 - aus der Feder von Lion Feuchtwanger. Er wandte sich an diese Geschichte noch im Jahr 1917, als er ein Theaterstück schrieb, welches jedoch nie inszeniert wurde. Der Mord an dem deutschen Außenminister, dem Juden Walther Rathenau, in dessen Schicksal Feuchtwanger eine Parallele zu dem tragischen Leben des Joseph Süßkind Oppenheimer sah, brachte ihn auf den Gedanken, sich wieder diesem Thema zu widmen. Führende Verlage verweigerten zunächst die Veröffentlichung, bald aber feierte dieser Roman einen grandiosen Erfolg und wurde bis zum Jahr 1931 in 17 Sprachen übersetzt.

Als nächster nahm sich dieses Sujets der englische Dramaturg und Theatermanager Ashley Dukes an. Das Stück, welches Joseph Süßkind Oppenheimer gewidmet war, schrieb er im Jahr 1929 und im September des gleichen Jahres wurde es in London inszeniert. 1930 folgte New York.

Im Oktober 1930 wird ein Stück mit dem Titel «Jud Süß» in Berlin uraufgeführt. Dessen Autor - der in Tschechien geborene Paul Kornfeld - stirbt während des Zweiten Weltkriegs in Ghetto Lodz

Die Verfilmung

Dank Dukes werden englische Filmemacher auf diese Geschichte aufmerksam. An der Verfilmung arbeitet nun ein bekannter Produzent, Sohn der armen jüdischen Migranten aus Osteuropa, Michael Balkon, zu jener Zeit eine große Figur im Filmgeschäft und Lehrer von Alfred Hitchcock. Regie führt der Schüler von Max Reinhardt, der Berliner Lothar Mendes. Für die Hauptrolle wurde der deutsche Schauspieler Conrad Veidt eingeladen, der in dem ersten deutschen Tonfilm «Das Land ohne Frauen» mitspielte. Veidt war ein Überzeugter Gegner der Nazis, dazu noch war er mit der Jüdin Ilona Prager verheiratet. Nach Hitlers Machtergreifung emigrierte das Ehepaar nach England. Ab dem Beginn des Zweiten Weltkriegs spendete der Schauspieler regelmäßig einen großen Teil seiner Einnahmen an die Alliierten. Im Nazi-Deutschland wurde selbst die Erwähnung seines Namens verboten.

Nichtdestotrotz wollte im Jahr 1934, als der Film gedreht wurde, niemand einen offenen Konflikt mit dem neuen Regime in Deutschland eingehen. So wurde «Jud Süß» zu einem historischen Kostümdrama, in welchem die Verurteilung von Antisemitismus nur sehr gedämpft erklang. Der Filmtitel lautete nun «Power».

Gleich am nächsten Tag wurde der Film in Österreich gezeigt, wo er fast augenblicklich verboten wurde mit der Begründung, dass im Film angeblich die guten Juden den schlechten Katholiken gegenübergestellt werden.

Der Propagandafilm der Nazis

Die nächste Behandlung des Stoffes erfolgte in Nazi-Deutschland. 1939 bereitet der Propagandaminister Josef Goebbels eine Reihe der ideologisch geladenen Filme vor. 1939-1940 kommt der Pseudo-Dokumentarfilm «Der ewige Jude» auf die Leinwand. Das Drehbuch schrieb Eberhard Taubert, ein Jurist, der das Gesetz zum Tragen des gelben Davidsterns für die Juden initiiert und durchgesetzt hat. Regie führte SS-Offizier Fritz Hippler, wobei die Dreharbeiten persönlich von Goebbels kontrolliert wurden. Die Juden wurden in diesem Machwerk als



Joseph Ben Issachar Süßkind Oppenheimer

östliche Barbaren dargestellt, die sich in die europäische Gemeinschaft hineinschmuggeln haben und „parasitieren“. Ihre Einwanderung wurde mit der Rattenplage gleichgesetzt, die Hunger und Krankheiten mit sich bringt. Der Minister verstand, dass eine solche stumpfe und unverblühte Propaganda gegenüber einem gut gemachten Spielfilm nicht gewinnen kann. Und da kam die Geschichte des Jud Süß wieder an die Tagesordnung. Wenn auch das Sujet teilweise auf Feuchtwangers Roman basierte, waren die Akzente bis zur Unkenntlichkeit versetzt und die Hauptfiguren gerade in ihr Gegenteil gekehrt. Als Regisseur wurde Veith Harlan eingeladen. Ein überzeugter Nazi. Er machte schnell Karriere und wurde bald neben Leni Riefestahl zu einem der bedeutendsten Regisseure Nazi-Deutschlands.

Bekannte Schauspieler dieser Zeit zeigten kein großes Verlangen daran, an diesem «Meisterwerk» mitzuarbeiten. Jeder fand eine mehr oder weniger plausible Ausrede. Als Goebbels sich der Peinlichkeit der Situation bewusst wurde, entschied er sich, in den Befehlsmodus zu wechseln. Er wählte den Schauspieler des Deutschen Theaters Berlin, Ferdinand Marian, für die Hauptrolle aus. Marian hat bisher an der Propaganda und antisemitischer Hetze der Nazis nicht teilgenommen. Mehr noch, seine erste Frau war Jüdin: Die Pianistin Irene Sager. Zudem war der erste Ehemann seine Frau der Oberspielleiter und stellvertretender Direktor der Münchner Kammerspiele, Julius Gellner, der 1933 von allen Positionen freigestellt wurde und gerade das Ehepaar Marian half ihm, sich von der Gestapo zu verstecken, bis seine Ausreise nach England möglich wurde. Das alles konnte von Goebbels nicht unbemerkt bleiben, und somit hatte er ein weiteres Druckmittel gegen Marian.

Antijüdische Propaganda

In Harlans Film verliert Süß natürlich jegliche Züge, die auch nur Andeutung irgendwelcher Sympathien hervorrufen könnten. Ohne Prinzipien,

verruht, gierig, niederträchtig und machtbesessen, verhilft er durch seine politischen Machenschaften zur Machtübernahme durch die Juden. Dabei ist er die einzige jüdische Figur im Film, die eine europäische Kleidung trägt. Alle anderen Juden sehen selbst äußerlich völlig fremd und abstoßend aus. Eine Reihe der Szenen zeigt jüdische religiöse Handlungen absichtlich in einem bösen und karikierten Licht.

Der Protagonist hat mit seinem historischen Prototypen nur sehr wenig gemeinsam: den Namen sowie einige äußerliche Merkmale. Dazu kamen einige neue erdachte Figuren, unter anderem das jungfräuliche

Mädchen Dorotea, die von dem Juden Süß vergewaltigt wird. Sie wurde von Harlans dritter Ehefrau Kristina Söderbaum gespielt. Gerechterweise muss man dazu sagen, dass sie versucht hat, ihre Mitwirkung an dem Dreh zu verweigern, indem sie auf ihre Pflichten als Mutter des gerade geborenen Kindes hinwies. Das brachte aber nichts - für das Kind wurde ein Kindermädchen bestellt.

Seine Premiere hatte der Film auf dem Filmfestival von Venedig im September 1940. Es gab positive Pressereaktionen sowie den Hauptpreis, den Goldenen Löwen. Am 24. September kam der Film in den deutschen Verleih und am 30. September erging von Himmler der Befehl an alle SS-Mitglieder und Polizeibeamte, diesen Film anzusehen. Im Januar 1941 Ungarn und Niederlande, im Februar Frankreich - bis zum Jahr 1943 haben mehr als 20 Millionen Zuschauer in verschiedenen Ländern den Streifen gesehen.

Nach dem Krieg wurde Harlan der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, darunter antisemitische Hetze und Ausbeutung der Zwangsarbeiter aus dem Prager Ghetto beim Dreh. 1947 wurden die Beschuldigungen, wie so oft unverständlicherweise aufgehoben und er konnte zu seiner Arbeit zurückkehren.

Anders erging es Ferdinand Marian, dem man für die Verkörperung des Juden Süß alle Rechte zur Ausübung seines Berufs entzog. Am 7. August 1946 kam er bei einem Autounfall bei Freising ums Leben. Bis heute bleiben die Umstände des Unfalls ungelöst, nach wie vor besteht der Verdacht auf Selbstmord.

Für Harlan gab es gewissermaßen auch eine Strafe im persönlichen Leben. Seine Nichte Christiane heiratete 1958 den amerikanischen Regisseur und Juden Stanley Kubrick. Und Harlans eigene Tochter trat zum Judentum über und heiratete einen Mann, der Sohn von Holocaust-Überlebenden war.

Aus dem Russischen von David Serebryanik

Luthers Geschenk an die Antisemiten

Martin Luthers „Judenschriften“ werden von der Evangelischen Kirche verharmlost, ihre antisemitische Sprengkraft heruntergespielt. Luther sei kein Antisemit, denn er habe Juden aus rein theologischen Gründen abgelehnt, heißt es. Doch Luthers politische Empfehlungen an die Obrigkeit lesen sich fast wie die Protokolle der Wannseekonferenz: Die Zerstörung von Synagogen, Wohnhäusern und Schriften, die Konfiskation von Geld und Besitz, Arbeitszwang, Verbot jüdischer Gottesdienste und letztendlich die Vertreibung der Juden aus dem gesamten Land waren auch für Hitler und seine Nazis beispielgebend. Bis auf den industriellen Massenmord beinhalten sie nämlich all das, was Hitler vier Jahrhunderte später in die Tat umgesetzt hat. (JR)

Von Miriam Sofin

Für lange Zeit waren Martin Luthers späte "Judenschriften" für den Großteil der Bevölkerung der deutschen Nachkriegszeit relativ unbekannt, obgleich sich die evangelische Kirche bereits 1960 offiziell von ihnen distanzierte. Erst im letzten Jahrzehnt wurde der scharfe antijüdische Ton des Reformators auch öffentlich aufgearbeitet. Heinrich Bedford-Strohm, deutscher evangelischer Theologe, Landesbischof von Bayern und ehemaliger EKD-Ratsvorsitzender, äußerte wiederholt in Interviews, er schäme sich angesichts solcher Texte des maßgeblichen Begründers der evangelischen Kirche.

Die Frage, die es dringend zu beantworten gilt, lautet: War Martin Luther ein Antisemit? Und wenn ja, was bedeutet das für die Evangelische Kirche als öffentlich-rechtliche Institution, für die vielen Gotteshäuser, die seinen Namen tragen, für eine Stadt, die sich mit Stolz "Lutherstadt Wittenberg" nennt sowie für die unzähligen Straßen und Schulen, die nach ihm benannt sind? Martin Luther ist in Deutschland allgegenwärtig. Oder war er womöglich gar kein Antisemit, sondern "lediglich" ein rein theologisch motivierter Antijudaist? Und macht das überhaupt einen Unterschied?

Versuche der Verharmlosung

In der offiziellen Kirchengeschichtsschreibung sieht man es zumindest so. Es wird dort zwar eingeräumt, Luthers "Judenschriften" seien "schlimm", doch handele es sich dabei nicht um Antisemitismus, sondern "bloß" um theologisch begründeten Antijudaismus. Zumeist wird noch hinzugefügt, dass Luther in seiner Jugend durchaus judenfreundlich gewesen sei. Zu Zeiten seiner Hetzschriften gegen Juden sei er alt gewesen, habe unter diversen Krankheiten sowie Depressionen gelitten. Außerdem sei er nach langen Bemühungen, die Juden zum Christentum zu bekehren, schlicht und einfach enttäuscht gewesen.

Margot Käßmann, deutsche Bischofin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, hält ebenfalls an dieser These fest. Luther sei in seiner letzten und dunkelsten Schaffensphase eindeutig Antijudaist, jedoch zu keinem Zeitpunkt seines Lebens Antisemit gewesen.

Nun fragt man sich dennoch, wie man sich im heutigen Deutschland - nach Hitler, dem Dritten Reich und dem Holocaust - zu einer Person bekennen kann, die neben allen unbestrittenen Verdiensten und Leistungen auch dazu aufrief, die Juden aus dem Land zu vertreiben und Synagogen anzuzünden. Martin Luther steht dadurch schließlich in einer langen und hässlichen Tradition judenfeindlicher Narrative, deren Wurzeln bis zu den Anfängen der Kirche zurückreichen. Seine

Äußerungen waren klar von "Judenhass", "Ressentiments" und "Schmähungen gegen Juden" geprägt, so der offizielle Wortlaut der evangelischen Kirche. Der Begriff Antisemitismus wird jedoch stets sorgsam umgangen. Das liegt vor allem an der Auffassung, Antisemitismus liege nur dann vor, wenn er auf Hass gegenüber der "jüdischen Rasse" als biologistisches Konstrukt beruhe und diesen habe es erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben. Schon deshalb, so die evangelische Kirche, könne es sich bei Luther gar nicht um einen Antisemiten gehandelt haben, denn er habe Juden aus rein theologischen Gründen abgelehnt.

Wegbereiter der Endlösung

Der Göttinger Kirchenhistoriker und Experte der Reformationszeit, Thomas Kaufmann, kommt in seiner Studie "Luthers Juden" aus dem Jahr 2014 zu einem anderen Schluss. Er ist der Meinung, Luthers Judenhass habe auch Motive beinhaltet, die über den traditionellen christlichen Antijudaismus hinausgingen. Neben dem bei Luther hauptsächlich theologisch angelegten Antijudaismus meint Kaufmann bei ihm einen "vormodernen Antisemitismus" entdeckt zu haben. Besonders seine judenpoli-

tischen Empfehlungen an Obrigkeiten und Pfarrherren des 16. Jahrhunderts stechen hier hervor, welche Luther als "Maßnahmen einer scharfen Barmherzigkeit" bezeichnete. Diese Empfehlungen beinhalteten unter anderem: Die Zerstörung von Synagogen, Wohnhäusern und Schriften, die Konfiskation von Geld und Besitz, Arbeitszwang, Verbot jüdischer Gottesdienste und letztendlich die Vertreibung der Juden aus dem gesamten Land.

Kaufmann nennt daher Luthers judenfeindliche Schriften die "literarische Endlösung der Judenfrage". Bis auf den industriellen Massenmord beinhalten sie nämlich all das, was Hitler vier Jahrhunderte später in die Tat umsetzen würde.

Heute ist wohl bekannt, dass sich ab 1933 unter evangelischen Theologen ein besonders boshafter Antisemitismus ausbreitete. Hatten sie diesen von Martin Luther? Der Pfarrer Siegfried Nobiling, der seit 1928 in der Gemeinde "Zum Guten Hirten" in Berlin-Friedenau tätig war, bekannte 1932 in einer Stellungnahme zum Nationalso-



Martin Luthers antijüdischen Aussprüche dienten den Nationalsozialisten als Argumentationshilfe

zialismus: "Zusammenfassend kann ich nur aus ehrlichem Herzen gestehen, dass der Nationalsozialismus für mich Schicksal und Erlebnis zugleich ist. Die Belange der Rasse gelten immer nur so weit, als sie dem Volksganzen nützlich sind. Wir sehen im Judentum die geistliche Vergiftung unserer Rasse." Bereits 1932 schloss sich Nobiling der Glaubensbewegung "Deutsche Chris-

Judentum" gewesen sei. Er bewarb darüber hinaus die jüngste Sonderausgabe des "Stürmers" zur "Judenfrage" und behauptete, Jesus sei ein "reinblütiger Arier" und "nordischer Held" gewesen. Was natürlich in Anbetracht der Tatsache, dass Jesus ein Jude war, äußerst verwunderlich ist. Auch wenn man Jesus durchaus als Reform-Juden betrachten kann, so hat er das jüdisch Sein nie abgelegt.

Im Kontrast zu den "Nürnberger Gesetzen", die in den Publikationen der "Deutschen Christen" ausdrückliche Zustimmung fanden, herrschte im gesamten protestantischen Umfeld nach den Pogromen von 1938 ein kollektives Schweigen vor. Vielen ging die offensive Gewalt gegenüber Mitgliedern der jüdischen Gemeinde dann doch zu weit. Explizite Zustimmung zu den Exzessen kam äußerst selten und wenn, dann nur hinter vorgehaltener Hand vor, obgleich es sie natürlich vereinzelt gab.

Schon vor dem Schicksalsjahr 1933 durften Luthers "Judenschriften" in den Augen unvoreingenommener Leser als problematisch gegolten haben. Nach dem Nationalsozialismus und der Schoah stehen sie jedoch in einem veränderten historischen Kontext, der dieselben Texte noch einmal in ein neues, noch dunkleres Licht rückt und Luthers verbale Entgleisungen gravierender erscheinen lassen. Man fragt sich unmittelbar, ob es Adolf Hitler ohne Martin Luther überhaupt gegeben hätte. Diese Frage lässt sich natürlich, wie so viele, heute nicht beantworten.

Trotz allem wurden erst in den letzten Jahren die Existenz und Brisanz der "Judenschriften" einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Das ist im Sinne der historischen Aufklärung und Aufarbeitung der Vergangenheit zu begrüßen. Für die evangelische Kirche macht dieser Umstand den Umgang mit ihrem umstrittenen Erbe jedoch nicht gerade einfacher. Auf Dauer wird die angestrengt euphemistische Beurteilung von Luthers Judenhass als "Antijudaismus" und "bedauerliche Schattenseite eines großen Theologen" vermutlich nicht ausreichen. Im Endeffekt ist es nämlich egal, ob Luthers Abneigung auf religiösen oder rassistischen Thesen beruhte. Hass ist Hass und Gewaltauftrufe sind Gewaltauftrufe. Hätte Adolf Hitler die Juden aus theologischen, anstatt aus rassistischen Gründen verfolgt, es hätte ihnen auch nichts genützt. So gewinnt man leider den Eindruck, die evangelische Kirche verstecke sich hinter einer Entschuldigung, die in Wahrheit keine ist.

In der NS-Zeit kam es zu einem regelrechten Luther-Comeback.

ten" an, wo er auf zahlreiche gleichgesinnte Kollegen traf.

In der NS-Zeit kam es zu einem regelrechten Luther-Comeback. Der Reformator wurde als deutscher Nationalheld wiederentdeckt und als Urbild des "arischen Mannes" und Kämpfers gefeiert. Oftmals wurden sogar Parallelen von Luthers Leben zu Hitlers Biographie gezogen und dies wohlge-merkt von den Protestanten selbst und zwar mit Stolz.

Komplizenschaft der Kirche

In der Spandauer Lutherkirchengemeinde beschloss der Gemeindevorstand im September 1935 in Anbetracht der gerade frisch verabschiedeten "Nürnberger Gesetze" die tausendfache Verbreitung von "Luther und die Juden" sowie die Anschaffung von Aushängkästen für das Hetzblatt "Der Stürmer" im gesamten Land. Johannes Schleuning, Superintendent im Berliner Osten, schrieb im März 1937 in seinem Artikel "Judentum und Christentum", dass Martin Luther ein "christlicher Vorkämpfer gegen das

Megillat Esther – Das Purimspiel der Purimspiele

Die Megillat Esther ist voller Witz, Parodie, Anspielung und Übertreibung, wie eine Komödie von Molière oder Shakespeare, mit karikaturhaften Figuren und absurden Situationen. Wir können das Buch Esther, die Beschreibung der schwersten Stunden und der drohenden existenziellen Vernichtung des jüdischen Volkes, besser verstehen, wenn wir uns bewusst machen, dass diese biblische Erzählung auch gewollt komisch sein kann. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Zwei dramaturgische Elemente sind zentral: Ironie und Übertreibung.

Ironie bedeutet, dass jemand etwas erwartet, aber das Gegenteil eintritt. Für den Leser entsteht Humor in dem Moment, in dem die Person mit diesem Widerspruch konfrontiert wird. Zum Beispiel als der König Ahaschwerosch Haman fragt:

»Was soll man dem Mann antun, dessen Ehre der König begehrt?«

Der selbstsüchtige Haman denkt natürlich, dass der König ihn ehren will.

Doch der Schock kommt, als Haman erfährt, dass der König Mordechai, seinen Erzfeind, im Sinn hat. Man spürt, wie Haman das Blut in den Adern gerinnt.

Überspitzt lesen wir, dass Haman deprimiert und tief betrübt ist, weil Mordechai sich weigert, sich vor Haman zu verneigen. Daraufhin baut Haman im Hof seines Hauses einen Galgen, um Mordechai loszuwerden. Der Galgen ist 50 Ellen hoch.

50 Ellen sind etwa 20 Meter. Der Galgen war also so hoch wie ein 7-stöckiges Haus. Im Vergleich dazu war der Tempel von Salomo 13 Meter hoch.

Nun stellt euch vor, wie dieses Gebäude in Hamans Hof steht. Es muss alles in der Stadt überragt haben und war von überall zu sehen, wie der Fernsehturm am Alexanderplatz.

Doch Hamans Plan wurde vereitelt und er fiel in die Grube, die er selbst gegraben hatte, oder besser gesagt, er wurde an dem Galgen erhängt, den er selbst gebaut hatte.

König Ahaschwerosch

Die Personen im Buch Esther sind sehr komplexe Wesen. Es würde den Rahmen sprengen, hier alle Personen vorzustellen. Deshalb möchte ich nur den König Ahaschwerosch und die persische Staatskultur vorstellen.

Das Buch beginnt mit der Einführung des Königs Ahaschwerosch. Dabei erinnert uns der Erzähler immer wieder daran, wie königlich es hier zugeht. In den ersten 4 Versen begegnet uns fünfmal das Wort König, königlich oder Königreich.

1,1 Es begab sich in den Tagen Ahaschwerosch - das ist Ahaschwerosch, der König war von Indien bis Äthiopien über hundertsevenundzwanzig Gaue -

2 in den Tagen, da der König Ahaschwerosch auf dem Thron seines Königreiches saß, das in der Pfalz Schuschan genannt wird

3 im dritten Jahr seiner Regierung machte er ein Trinkgelage mit allen seinen Fürsten und Knechten, mit dem Heer von Persien und Medien, mit den Fürsten und mit den Fürsten der Gaue, die vor ihm waren

4 und ließ sie sehen den Reichtum seiner königlichen Majestät und die Fülle seiner Pracht und Herrlichkeit, viele Tage, hundertundachtzig Tage.

Nachdem das Trinkgelage von 180 Tagen (das ist ein halbes Jahr!) vorüber war, veranstaltete der König ein kleineres, aber nicht weniger prächtiges Trinkgelage von sieben Tagen. Der König ließ königlichen Wein ausschenken und gab königliche Befehle.



Die erste erhaltene künstlerische Darstellung der Estergeschichte ist ein Fresko der Synagoge von Dura Europos, etwa 245 n. Chr. Rechts thront König Ahasveros, neben ihm Ester als Königin. Links wird Mordechai geehrt, indem er auf dem Pferd des Königs reiten darf, das von Haman geführt wird.

Wir hören von königlichen Provinzen, vom königlichen Palast, vom königlichen Tor, von königlichen Dienern, von königlichen Gesetzen, von königlichen Verwaltern, von königlichen Eunuchen, vom königlichen Schatz, von der königlichen Krone. Der König erweist königliche Gunst, der König selbst ist königlich.

Haman treibt das Königtum auf die Spitze. In der Hoffnung, derjenige zu sein, dem der König die Ehre erweist, verlangt Haman, das königliche Gewand zu tragen und auf dem königlichen Pferd zu reiten. Das königliche Pferd soll dabei die königliche Krone auf dem Kopf tragen. Das Adjektiv "königlich" kommt

war, da ließ er die Königin Waschti rufen. Sie weigerte sich jedoch, vor den betrunkenen Gästen des Königs zu erscheinen. Ahaschwerosch wurde zornig. Als erstes beriet er sich mit seinen Beratern, was nun zu tun sei. Memuchan, ein Berater des Königs, sagte:

»Nicht wider den König allein hat Waschti die Königin vermisst, sondern wider alle Fürsten und wider alle Völker, die in allen Gauen des Königs Ahaschwerosch sind, denn die Sache mit der Königin wird zu allen Frauen hinausgehen, ihre Männer vor ihren Augen zu verachten, indem sie sagen: »Der König Ahaschwerosch hat befohlen, Waschti,



Pieter Lastman, 1624. Der Triumph des Mordechai

in dem Buch so oft vor, dass die Ironie nicht zu übersehen ist.

Denn der so gepriesene König ist in Wirklichkeit ein Schlimazel, unfähig, selbst zu denken und Entscheidungen zu treffen. Jede Entscheidung im Buch wird immer von jemand anderem als dem König selbst getroffen.

Zuerst sind es die Eunuchen, dann Haman und schließlich Mordechai und Esther, die den König nach ihrer Pfeife tanzen lassen. Die Megilla entlarvt durch Übertreibung.

Als der König am siebten Tag des Trinkgelages im Vollrausch war, oder wie die Megilla es ausdrückt, als vom Wein das Herz des Königs guter Dinge

die Königin, vor sein Angesicht zu bringen, und sie ist nicht gekommen!«

Die Unzulänglichkeit des Königs

Memuchan prophezeit eine internationale Katastrophe. Alle Frauen in den von Persien kontrollierten Gebieten werden sich gegen ihre Männer auflehnen. Sie werden Waschtis Verhalten als Vorbild nehmen, die Vorherrschaft der Männer stürzen, zur Revolution aufrufen und schließlich ganz Persien in den Abgrund reißen. Der König und sein Hof sind erschüttert, weil eine Frau Nein gesagt hat. Welche weise Entscheidung wurde getroffen, um Waschtis Verhalten zu bestrafen und die ganze Welt zu retten?

Ironischerweise ist die Strafe für Waschtis Verhalten nichts anderes als das, was Waschti wollte. Dem König fernbleiben. Sie wollte nicht kommen, also soll sie auch nie wieder kommen.

Der König ist nicht nur unfähig, eigene Entscheidungen zu treffen, er lebt in seiner eigenen Realität, in einem Wolkenkuckucksheim. So lesen wir, dass niemand vor das Angesicht des Königs treten darf, der nicht vom König eingeladen wurde. Sonst droht die Todesstrafe. Sogar die Königin selbst ist davon nicht ausgenommen. Wie kann so ein Narr einen Staat regieren?

Die Unfähigkeit des Königs zu regieren, zeigt sich auch in einer anderen Episode. Als der König nicht schlafen konnte:

6,1 In derselben Nacht verließ den König der Schlaf. Er befahl, man solle ihm das Buch der Erinnerungen bringen, die Ereignisse der Tage, und man las es dem König vor.

Ahaschwerosch kümmert sich um die Staatsgeschäfte, weil er nicht schlafen kann? Nein, er beschäftigt sich mit den Staatsgeschäften, um wieder einzuschlafen. Was kann für einen König langweiliger sein, als sich mit Staatsgeschäften zu beschäftigen?

Der König ist unfähig und blind. So übergibt er ungerührt seinen Ring, das Symbol seiner Macht, dem Bösewicht Haman, damit dieser Gesetze erlassen kann. Am Ende des Buches hat der König nichts dazugelernt, denn er übergibt seinen Ring an Esther und Mordechai für ihre Zwecke.

Als Hamans böser Plan, die Juden zu vernichten, bekannt wird, ist der König sehr wütend. Er geht in den Garten, um sich abzukühlen und nachzudenken. Währenddessen fällt Haman der Königin Esther zu Füßen und bittet um sein Leben. Als der König zurückkommt und Haman vor der Königin liegen sieht, missversteht er die Pose. Er denkt, dass Haman die Königin verführen will und sagt:

Auch noch die Königin verführen, in meinem Haus?

Verführung war das Letzte, woran Haman denken konnte. Aber wir wissen ja schon, dass König Ahaschwerosch kein heller Kopf ist.

Als das von Haman erlassene Gesetz bekannt wird, sind alle entsetzt, nur der König und Haman setzen sich zusammen und trinken. Wie ist diese Geste des Trinkens zu verstehen? Der griechische Geschichtsschreiber Herodot schreibt in seinen Historien über die Perser:

Die Perser pflegen im Rausch die wichtigsten Angelegenheiten zu verhandeln. Den Beschluss, den man so gefasst hat, trägt der Hausherr, in dessen Haus die Beratung stattfindet, am nächsten Tage, wenn die Beratenden nüchtern sind, noch einmal vor. Ist man auch jetzt damit einverstanden, so führt man das Beschlossene aus, andernfalls lässt man es fallen. Auch wird ein Gegenstand, den sie nüchtern vorberaten haben, in der Trunkenheit noch einmal erwogen.

Mit anderen Worten: Beraten, trinken, beraten oder trinken, beraten, beraten. Purim Sameach!

Zum Wochenabschnitt „Jitro“ – Was ist das Besondere an den Zehn Geboten?

Die Zehn Gebote, die auch als erste frühe Formulierung der Menschenrechte betrachtet werden können, spielen in der gesamten Hebräischen Bibel eine zentrale Rolle, aber warum eigentlich? Was unterscheidet sie von den restlichen 603 Geboten? (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Die Zehnt Gebote, wörtlich zehn Aussprüche, werden unter Feuer, Rauch und Beben am Berg Sinai von Gott offenbart. Im Gegensatz zu den anderen Geboten des Pentateuchs werden die Zehn Gebote nicht durch Moses vermittelt, sondern das Volk hörte sie direkt von Gott. Das Hören der Stimme Gottes versetzte das Volk in Angst und Schrecken und es bat Moses um Vermittlung: „Rede du mit uns, und wir wollen hören. Gott aber soll nicht mit uns reden, damit wir nicht sterben“ (Ex. 20,19). Zusätzlich gab Gott die Gebote auf zwei Tafeln aus Stein verschriftlicht. All dies weist auf die Wichtigkeit der zehn Gebote hin, die auf den ersten Blick nicht offensichtlich ist.

Viele jüdische Denker und Philosophen haben sich mit der Frage nach der Bedeutung der Zehn Gebote auseinandergesetzt. Im Folgenden will ich einige ihrer Antworten vorstellen.

Nach Rabbiner David Fohrman kann man sie anstatt als eine Reihe von zehn Geboten, als eine Reihe von fünf Geboten mit zwei Erscheinungsformen betrachten. Die linke und die rechte Seite spiegeln sich wider und haben im Kern das gleiche Prinzip.

1. Ich bin dein Gott	6. Nicht morden
2. Keine anderen Götter haben	7. Nicht ehebrechen
3. Gottes Namen nicht missbrauchen	8. Nicht stehlen
4. Den Schabbat heiligen	9. Nicht als falscher Zeuge aussagen
5. Eltern ehren	10. Nicht beneiden

So entspricht das 1. Gebot, das vom Glauben an Gott handelt, dem 6. Gebot, dem Verbot von Mord. Ihr gemeinsames Prinzip ist, dass der Mensch im Ebenbild Gottes erschaffen wurde: „Wer einen Menschen tötet, so ist es, als hätte er die ganze Welt getötet“ (Sanhedrin 4:5). Das 2. Gebot, keine anderen Götter anzubeten, entspricht dem 7. Gebot, nicht fremdzugehen. Ihr gemeinsames Prinzip ist die Verletzung einer Beziehung. Das 3. Gebot, den Namen Gottes nicht vergeblich auszusprechen, entspricht dem 8. Gebot, nicht zu stehlen. Nach der jüdischen Tradition bezieht sich das 8. Gebot auf Menschenraub und so wie wir uns in der Welt mit unserem Körper ausdrücken, tut Gott das gleiche mit seinem Namen. Das 4. Gebot, den Schabbat zu heiligen entspricht dem 9. Gebot, vor Gericht nicht falsch auszusagen. Ihr gemeinsamer Grundsatz ist der Schutz der Wahrheit. So wie wir durch Schabbat Zeugnis ablegen von Gottes Schöpfung, „denn in sechs Tagen hat der Ewige den Himmel und die Erde gemacht, das Meer und alles, was in ihnen ist, dann ruhte er am siebten Tag. Darum hat der Ewige den Schabbat gesegnet und ihn geheiligt“ (Ex. 20:11), so sollen wir auch vor Gericht die Wahrheit bezeugen. Das 5. Gebot, die Eltern zu ehren, entspricht dem 10. Gebot, andere nicht zu beneiden. Ihr gemeinsames Prinzip ist die Selbsterkenntnis, denn wer neidisch ist, ist unzufrieden mit sich selbst und will so sein wie die anderen. Aber so wie man mit seinen Eltern zufrieden und dankbar



Dekalog-Pergament von Jekuthiel Sofer, 1768 (heute in der Bibliotheca Rosenthaliana, Amsterdam)

für alles sein soll, was man hat, so soll man auch mit sich selbst und seinem Besitz zufrieden sein.

Verschiedene Interpretationen der 10 Gebote

Andere, wie Rabbi Honigwachs, sehen in dieser Entsprechung Wachstumsstufen einer gesellschaftlichen Entwicklung von der Stufe der Anarchie und des Egoismus zur Stufe der Einheit mit allen Menschen und mit Gott. Das 1. und 6. Gebot stellen somit die erste Stufe dieser Entwicklung dar. Sie besteht in der Akzeptanz der Existenz anderer. Die zweite Stufe, das 2. und 7. Gebot, besteht in der Akzeptanz des Bereichs anderer. Die dritte Stufe, das 3. und 8. Gebot, besteht in der rechtmäßigen Nutzung des Eigentums. Die vierte Stufe, das 4. und 9. Gebot, besteht in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, insbesondere durch die Sprache. Die fünfte und letzte Stufe, das 5. und 10. Gebot, besteht in der völligen Einheit.



Lucas Cranach der Ältere schuf 1516 ein großes Wandbild für den Gerichtssaal in Wittenberg.

Es gibt noch viele andere Interpretationen, was das Wesen der 10 Gebote ist, aber wir haben uns bisher mit den Details beschäftigt, wie stehen die 10 Gebote im globalen Kontext?

In den heidnischen Kulturen der biblischen Welt wurden die Götter als mächtige aber nicht als moralische Kräfte oder Naturgewalten angesehen, die

in der Natur wirken und menschliche Angelegenheiten beeinflussen, nicht als Ausdruck eines moralischen Willens, sondern als Ausdruck ihrer Macht. Nach heidnischer Auffassung können die Götter durch Opfer oder andere rituelle Handlungen beeinflusst oder besänftigt werden, rituelle Handlungen gelten als das Wesen der Religion.

Die große Revolution der hebräischen Bibel ist die Art und Weise, wie Gott dargestellt wird, als ein moralischer Gott, der Moral fordert. Dies drückt sich in dem ersten Gebot aus, in dem Gott nicht als Schöpfer und Herrscher des Universums, nicht als Gott der Macht, sondern als Gott Israels, als Gott der Offenbarung und Erlösung vorgestellt wird, der das Volk Israel aus Sklaverei und Unterdrückung erlöst hat: „Ich bin der Ewige, dein Gott, der dich herausgeführt hat aus

gen, sind größtenteils in der dritten Person Singular verfasst und werden durch die Vermittlung von Mose überliefert und sie sind gesetzlicher Natur, an bestimmte Bedingungen und Umstände gebunden und von diesen abhängig.

Die Gesetze über die Sklaverei zum Beispiel beginnen mit einem Gebot, das rechtlicher, Natur ist: „Wenn du einen hebräischen Sklaven kaufst, soll er sechs Jahre dienen“ (Ex. 21, 2). Die konditionale Form (wenn, dann) weist darauf hin, dass das Gesetz an einen bestimmten Fall gebunden ist und kein absolutes Gebot darstellt, wie im Fall der zehn Gebote. Das Gesetz verlangt oder verbietet nicht, dass man einen Sklaven besitzt. Vielmehr regelt das Gesetz die Bedingungen, unter denen man einen Sklaven besitzen darf. Solche bedingten Gesetze spiegeln die besonderen

„ Moralische Gebote eines moralischen Gottes “

dem Land Ägypten, aus einem Sklavenhaus“ (Ex. 20:2). Aus der Tatsache, dass Gott in die Geschichte eingreift, um die Kinder Israels aus der Unterdrückung zu befreien, leiten wir ab, dass Gott Moral fordert und diese revolutionäre Vorstellung von Gott wiederum verwandelt das Wesen der Religion von ritueller Praxis der heidnischen Vorstellung in eine moralische Religion. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit gibt es also eine Verbindung zwischen Religion und Moral, in der das Wesen der Religion als Moral verstanden wird.

Universelle Gebote

Die zehn Gebote enthalten eher moralische und universelle als rechtliche Gebote. Dabei können wir den Schabbat als Ruhetag für alle Menschen verstehen, aus dem später das Wochenende

sozialen Bedingungen einer alten Agrargesellschaft wider, in der Sklaverei erlaubt war. Die zehn Gebote haben die Form von absoluten moralischen Imperativen, die universell sind und über alle besonderen Bedingungen, Kulturen oder Zeiträume hinausgehen. Sie sind für jeden Menschen von Bedeutung, unabhängig davon, in welcher Kultur oder Zeit er oder sie lebt, auch wenn sie an das Volk Israel gerichtet sind.

Natürlich sind auch die anderen Gesetze der Tora moralischer Natur, wie das Spenden an die Armen oder die Rückgabe eines verlorenen Gegenstandes. Diese waren aber auch im Alten Orient lange vor der Hebräischen Bibel bekannt und finden sich im babylonischen Gesetzbuch des Hammurabi oder in den alten hethitischen Gesetzbüchern. Absolute sittliche Gebote

Gottes, wie die zehn Gebote, haben jedoch keinen Vorläufer und finden sich außerhalb der Bibel auch nicht in anderen altorientalischen Gesetzbüchern und Literatur. Genau das macht die zehn Gebote außergewöhnlich, sie sind moralische Gebote eines moralischen Gottes, so etwas war bis dahin der Welt unbekannt.

Ljudmila Ulizkaja : „Ich schreibe, seit ich schreiben gelernt habe“

Ljudmila Ulizkajas Bücher zählen zur Weltliteratur. Die jüdisch-russische Schriftstellerin ist Preisträgerin zahlreicher Auszeichnungen, u.a. des Österreichischen Staatspreis für Literatur und des Preises für „Verteidigung der Menschenrechte durch Kultur und Kunst“. In ihren Büchern verknüpft sie die jüdische Erzähltradition mit modernen Elementen.

Von Alexander Livshitz

Ljudmila Ulizkaja (geboren am 21. Februar 1943) ist Schriftstellerin, Übersetzerin, Drehbuchautorin und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Sie ist Trägerin zahlreicher Literaturpreise, darunter der Medici-Preis (Frankreich, 1996), Simone-de-Beauvoir-Preis (Frankreich, 2011) oder der Österreichische Staatspreis für Europäische Literatur (2014). Ljudmila Ulizkaja ist Ritterin des Ordens der Akademischen Palmen (Frankreich, 2003), Offizierin des Ordens der Künste und der Literatur (Frankreich, 2004), Offizierin der Ehrenlegion (Frankreich, 2014), Trägerin des Preises "Verteidigung der Menschenrechte durch Kultur und Kunst" (2021), Mitbegründerin der Liga der Wähler und der Stiftung zur Unterstützung humanitärer Initiativen. Ihre Werke sind in mehr als 50 Sprachen übersetzt worden. Sie wurde bereits mehrfach für den Literaturnobelpreis nominiert.

– Ludmila, wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich vor Ihrem Geburtstag zu einem Interview mit Jewrejskaja Panorama bereit erklärt haben. Vielleicht gibt Ihnen das die Gelegenheit, "innezuhalten und sich umzuschauen" und mit unseren Lesern die wichtigen und denkwürdigen Ereignisse Ihres Lebens zu teilen?

– Innehalten und zurückblicken" ist genau das, was ich in letzter Zeit getan habe. Glücklicherweise habe ich die Angewohnheit, täglich oder fast täglich Aufzeichnungen zu führen, und dank dieser wunderbaren Angewohnheit (alle anderen Gewohnheiten sind schlecht) fehlt mir nur wenig in meinem Leben. Es gab ein wichtiges Ereignis in meinem Leben, das seinen Lauf veränderte! Im August 1968 marschierten sieben Personen auf dem Roten Platz in Moskau, um gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei zu protestieren. Meine Freundin, die Dichterin Natasha Gorbanewskaya, war unter ihnen. Sie alle zahlten den Preis für diese Tat, und Natascha musste nach einem Jahr in einer Spezialklinik zur Zwangs"heilung" von schädlichen Gedanken auswandern. Doch nach der Auflösung dieser kleinen, aber bedeutenden Demonstration fanden im ganzen Land Versammlungen statt, auf denen die Verurteilung der "politischen Hooligans" gefordert wurde. Auch im Institut für allgemeine Genetik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wo ich damals arbeitete, fand ein solches Treffen statt. Als es an der Zeit war, abzustimmen, verließ ich den Saal. Zwei Monate später war meine Zeit am Institut vorbei. Damit endete meine kaum begonnene wissenschaftliche Karriere. Und dann begann ein anderes Leben...

– Gab es ein bestimmtes Ereignis, das Ihre Zukunft als Schriftstellerin vorbestimmt hat?

– Ich schreibe, seit ich schreiben kann –Notizen, Briefe, Tagebücher. Alles, was vor Ende der 1970er Jahre geschrieben wurde, ist verschwunden, aber die Einträge ab Ende der 1970er



An Tu BiSchvat werden traditionell Bäume gepflanzt.

Jahre, die fast durchgehend vorhanden sind, haben überlebt. Ein solches, fast fertiges Notizbuch ließ ich 1983 im Flugzeug zurück, als ich zum ersten Mal nach Amerika flog.

– Was war Ihre Inspiration? Wer oder was hat Sie auf Ihrem Weg zum Schriftsteller begleitet?

– Das ist eine Familientradition. Mein Urgroßvater schrieb einige Notizen in einer geheimnisvollen unbekanntem

„ Schreiben ist im Wesentlichen eine historisch jüdische Tätigkeit.“

hebräischen Sprache, und nach seinem Tod brachte mein Großvater seine Notizen in eine Synagoge in Moskau. Es wäre interessant gewesen, sie zu lesen, aber aus vielen Gründen ist das nicht möglich. Aber die Familie hat einen Teil der Korrespondenz meines Großvaters väterlicherseits, Yaakov Ulitsky, erhalten. Einiges davon war in einem meiner letzten Bücher enthalten.

– Ist die Familie eine Unterstützung oder ein Hindernis für einen kreativen Menschen?

– Es ist eher eine Unterstützung: Meine Familie behandelt meine Arbeit mit Respekt. Und die Hausarbeit, die ich ehrlich gesagt auch mache, ist für mich

eher eine Freizeitbeschäftigung.

– Leo Tolstoi sagte: "Was ist Ruhm? Das ist, wenn dich alle lieben". Lieben dich wirklich alle?

– Meine Freunde schon. Und alle anderen – wie sie wollen. Ich war nie auf der Suche nach Ruhm. Ich fand es unanständig und lästig.

– Sie haben viele Literaturpreise gewonnen. Welches davon ist für Sie am wichtigsten?

– Diese Frage kann ich nicht beantworten. Aber wenn ich inmitten der politischen Konfrontation mit dem Westen eine westliche Auszeichnung erhalte, dann betrachte ich das als einen Sieg der Kultur über die Politik.

– Was akzeptieren Sie an anderen Menschen nicht und was schätzen Sie an ihnen am meisten?

– Das ist schwer zu beantworten... Ich mag bei manchen Menschen ihre Intelligenz, bei anderen mag ich ihre Naivität, ich mag die Präzision ihrer Bewegungen bei meinem Mann Andrei Krassulin: wie er das Brot schneidet und wie er die Farbe aufträgt.

– Es ist bekannt, dass die in der

UdSSR lebenden Juden einer Zwangsassimilation unterworfen waren. Hat es Sie beeinflusst?

– Natürlich hat es das! Ich kann kein Hebräisch, was mein Urgroßvater und mein Großvater konnten, und Jude zu sein, erschien mir in meiner Kindheit wie ein demütigender Nachteil. Ich lese die Bibel auf Russisch und habe daher eine etwas deformierte Sicht der biblischen Werte in der Übersetzung. Meine Muttersprache ist Russisch. Ich kann in keiner Sprache, mit der ich nur ein wenig vertraut bin, vollständig existieren. Nur auf Russisch. Dies ist ein Beispiel für eine sehr erfolgreiche Assimilation. Aber egal, wie erfolgreich die Assimilation war, ich durfte nie vergessen, dass ich Jude bin! Ich danke Ihnen dafür.

– Was ist Ihr Engagement für das Judentum und Israel? Ist diese Komponente für Sie wichtig und gibt es etwas in Ihrer Arbeit, was ein nicht-jüdischer Autor nicht hat?

– Das ist eine sehr schwierige Frage für mich. Ich bin seit 1993 fast jedes Jahr in Israel gewesen und habe Israel auf eine Weise bereist, wie es nur wenige Israelis tun. Ich liebe Israel, auch wenn es allen Grund hat, mich nicht zu lieben. Aber Liebe ohne Gegenseitigkeit ist immer noch Liebe, nicht wahr? Schreiben ist im Wesentlichen eine historisch jüdische Tätigkeit. Die Juden sind nach Ansicht von Wissenschaftlern eines der ältesten Völker der Erde und existieren seit mehr als 6000 Jahren. Die Bezeichnung "auserwähltes Volk" weist nicht nur auf die lange Lebensdauer des Volkes hin, sondern auch auf einige andere Besonderheiten. Eines kann ich als ehemalige Genetikerin sagen: Diese Merkmale sind höchstwahrscheinlich nicht genetisch bedingt, sondern von anderer Art. Und auf eine religiöse Komponente kann man nicht verzichten...

– Zurzeit findet im Zentrum Europas die größte militärische Auseinandersetzung seit dem letzten Jahrhundert statt. Ihre Haltung dazu ist wohlbekannt. Sehen Sie in diesem Zusammenhang jetzt und in Zukunft kulturelle Veränderungen für die Welt insgesamt und für Russland im Besonderen?

– Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten – territorial, politisch, ethnisch – ist ein archaisches Phänomen. Der Krieg, den Russland heute gegen die Ukraine führt, macht überhaupt keinen Sinn. Abgesehen von den Verlusten auf beiden Seiten wird es nichts bringen, aber Russland wird letztlich der Verlierer sein, selbst wenn es ein paar Grenzstädte behält. Ein Mann in einem gut geschnittenen Anzug mit einem gut geschnittenen Gesicht wird niemanden haben, der ihm die Hand zum Applaus schüttelt... Selbst Erdogan denkt nach... Die Zeit der Ost-West-Konfrontation ist vorbei. Eine neue Zeit ist angebrochen, und diese Tatsache erfordert Nachdenken.

– Ich danke Ihnen. Wir gratulieren Ihnen und wünschen Ihnen viel Gesundheit, Glück und Erfolg! Viele weitere Jahre! Mazl tov!